5,-

kassIBLER

stadtzeitung
für politik, alltag, revolution

nr. 29 - september 96

Im Bann des Patriarchats ?

Editorial

wenn jemals die ganze gemeinde in die kirche hineinging,
ginge natürlich niemals die ganze gemeinde in die kirche hinein.
da aber niemals die ganze gemeinde in die kirche hineingeht,
geht selbstverständlich die ganze gemeinde in die kirche hinein.

Die Olympiade war gerade rum, da hat sich die Bremer Bullerei für den grüninternen Wettkampf, wieviel Grüne wohl in einen Redaktionsraum hineingehen, nach neuen Räumlichkeiten umgeschaut. Fündig geworden ist sie beim WK, beim Weser-Report und bei der taz. Die 3 haben darob - handwarm-liberal natürlich - alte Werte ins Blatt gehoben, die Solidarität wurde wiederentdeckt und gar gemeinsam, als Protesterklärung inszeniert, Betroffenheitsprosa veröffentlicht. Tja, Betroffenheit weitet das Erkenntnisvermögen. 'Die Presse ist so unfrei', ruft es schmerzhaft in den Redaktionsstuben. Ja.

In der selben Disziplin war man von grüner Seite vor Jahresfrist immerhin schon in den verschiedensten Räumlichkeiten von Leuten gestartet, von denen man dachte, daß sie irgendwas mit der radikal am Hut hätten. Vier von ihnen waren seit dem 13.6.95 abgetaucht. „Es war eigentlich ein sehr künstliches Leben", sagte uns Jutta aus Bremen, eine von den vieren, im Interview. Zum Glück ist das jetzt vorbei, denn wie allgemein bekannt sein dürfte, haben sich drei von vieren genau ein Jahr später, am 13.6.96, der Polizei gestellt. Genaueres könnt ihr ebenfalls dieser Ausgabe entnehmen. Mit Jutta und zwei FrauenLesben aus der Solistruktur haben wir über ihre Erfahrungen mit dem Jahr Abtauchen und über die Situation jetzt nach dem Auftauchen gesprochen.

Allerdings gibt es auch Stimmen, die nach über einem Jahr eine Aufarbeitung der ganzen Geschichte mit der Repression einfordern, und zwar gerade auch mit den Fehlern innerhalb der verfolgten Strukturen. Quo vadis ist eine von ihnen.

In ein Jahr gehen vier Jahreszeiten hinein. Aber wieviele kassiber-Ausgaben gehen in ein Jahr? Der Frühling jedenfalls kam und ging, und auch der Sommer erreicht fast seine Neige, bis jetzt der kassiber Nr 29 vor euch liegt. Typische Frage bei mangelndem 'Erfolg' bei Olympia und sonstigen Sportveranstaltungen: Woran hat's gelegen?"

Wenn wir ganz in uns hineingehen, natürlich daran, daß wir schon zu Beginn von '96 wenige waren und sich daran nichts geändert hat. Die Redaktion ist im Umbruch; dazu sind wir seit diesem Jahr in der Situation, daß sie nur aus Männern besteht. Für uns haben wir in dieser Lage beschlossen, erst einmal ganz ohne Druck, zu dem oder dem Termin eine neue Ausgabe fertig haben zu wollen, uns auszutauschen, wie wir über die Situation denken, wie wir uns welche Veränderungen und was wir uns für die Zukunft vorstellen. 100% männliches Wort? Nein. Auf jeden Fall hoffen wir auf FrauenLesben, die mit dem kassiber was anfangen können sich vorstellen können, in einem „gemischten" Projekt mitzuarbeiten. Alles weitere lest bitte unter Interna nach, wo wir eine Einschätzung aus unserer Sicht hingeschrieben haben.

Unsere eigene Situation hat uns auch auch dahin geführt, weiter in das Thema hineinzugehen und einen Schwerpunkt zum Thema Patriarchat zu machen. Die Antwort auf die Frage Im Banne des Patriarchats? - wer noch nicht selbst drauf gekommen ist, der oder dem sei es hier verraten - lautet natürlich 'Nein'. Das Patriarchat als eine Struktur, die uns alle irgendwie im Griff hat, ist nicht. Zuschauen auch nicht. Das Patriarchat lebt durch den Alltag in jedem und jeder von uns, im altäglichen Bewußtsein wie auch in den bgewohnheitsmäßigen kleinen und großen Machthandlungen von Männern gegenüber Frauen, FrauenLesben, Lesben.

Ein Artikel beleuchtet eine sehr extreme Konsequenz davon, wenn Männer fürchten, ihre privilegierte Position zu verlieren: Männliche Gewalt in heterosexuellen Beziehungen ist keine Normverletzung, sondern stellt vielmehr die Verlängerung der geltenden patriarchalen Normen dar. Schreibt Hartmut Lauch in seinem Artikel. Die männliche Weltsicht bringt es mit sich, daß eigentlich jeder Mann potentiell zum Gewalttäter werden kann. Lauch hat sich explizit auch der Fragestellung zugewandt, wie mit den Tätern real umgegangen wird, wie mit ihnen umgegangen werden könnte.

Um einen weiteren Rekordversuch wird sich Tag ür Tag bemüht: in eine bundesdeutsche Gesellschaft gehen verdammt viele Scheißhaufen hinein. Nicht mit körperlicher Gewalt, sondern mit bequemer Medienmacht versuchen sich einige von ihnen im Stellungskrieg gegen alles, was lebendig, links und/oder feministisch ist. „Das bißchen Haushalt macht doch keine Müh, sagt mein Mann", sang in den 80ern schon Johanna von Koczian, und mit dieser Botschaft können sich auch diejenigen solidarisieren, die gegen den Tugendterror der „political correctness" anschreiben und damit aber „Antifeminismus" betreiben. PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik heißt so auch unser Artikel dazu.

Die Szene geht an vielen Schauplätzen ihrem Anspruch hinterher, einen offenen und auch radikalen Umgang mit Sexismus im linksradikalen Umfeld hinzubekommen und kommt oft nicht mal mehr dazu, diesen Anspruch exakt zu fassen. Die „Arranca!", die ihre LeserInnen weitgehend im autonomen Spektrum hat, wollte dem etwas Positives entgegensetzen und mit einer Nummer eigens zum Thema „Sexualität" zur Debatte anregen. Die Debatte gabs auch: der Zeitschrift wurde Sexismus, pornographisches Layout und einen Rückfall weit hinein in die Standardklischees zur Sexualität vorgeworfen. Daffke gibt Einblick in die Diskussionen, die einigen von euch leider nur allzu bekannt vorkommen werden.

„Stell dir vor, es wird Tag und du hast dein Geschlecht vergessen". Judith Butler kündet seit nun schon längerer Zeit von einer Möglichkeit, den Zwang, ein Geschlecht haben zu müssen, in richtun Freiheit links liegen zu lassen. Sie wird viel diskutiert, und es ist schwierig, einen Text anzubieten, an dem möglichst viel von euch was dran gewinnen können. „Munddusche und Zahnpasta in einem", das war früher „die blaue Ziel". Einführung und Kritik in einem, das bietet jedenfalls unserer Ansicht nach der Artikel von Jutta Willutzki.

Uneinholbar rekordverdächtig war schließlich bislang die Disziplin „wieviele Zeichen gehen eigentlich auf eine kassiber-Seite?" Unser Umbruch in der Redaktion hat auch dazu geführt, mal ab und zu eher einen Seitenumbruch und alles etwas großzügiger zu machen. Wie aber was mit dem Layout noch zu geschehen hat, da sind wir uns noch nicht so einig und auch erst am Anfang. Vielleicht haltet ihr ja schon irgendwas davon?

Achja, und Rio Reiser ist tot. Allein machten sie ihn letztendlich ein.

Die Redaktion, 26.8.96

Inhalt

MAGAZIN

Was bisher geschah.....4

Termine.....9.

Interna 10

BREMEN UND UMZU

„Rechtsstaat - höre ich richtig?"- Zu den Chaos-Tagen.....12

Bremer Datenschutzbericht.....14

Konsum, Karte, Kontrolle.....19

Der Castor kommt - der Castor kommt nicht - der Castor kommt..... 21

"RADIKAL-VERFAHREN"

Wieder „fast durchgängig strafbarer Inhalt". Zum Stand des sog. Radikal-Verfahrens.....23

Entenvieh macht auch Mist!.....26

Auch das Abtauchen hat 'ne Perspektive und die ist keine schlechte".
Interview zum „radikal-Verfahren.....29

KULTUR

bücher broschüren filme.....37

Nachruf auf Rio Reiser.....39

IM BANNE DES PATRIARCHATS?

Gewalt in Hetero-Beziehungen.....40

PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik.....44

Das Kochbuch des postmodernen Gourmet.....49

Die Linke, „Arranca", Moral und Zensur.....54

POLITISCHE GEFANGENE / PROZESSE

„Strickende Staatsanwälte. Zum Prozeß von Birgit Hogefeld.....59

Katalanischer Linker in Blitzaktion an den spanischen Staat ausgeliefert!.....62

Klassenjustiz in der BRD am Beispiel der Verfolgung der PKK.....64

Prozesse-Kurzmeldungen.....66

Bild hetzt

FAZ sprotzt

WELT geifert

W-K übt

TAZ lügt

Wer wirklich informiert sein will, liest kassiber: Reisechaoten aus aller Welt berichten, Terroristen knüpfen internationale Netze und informieren und ewig gestrige Kommunisten disputieren. Und an alles hängen wir ein In/Innen. Wenn das kein Grund ist, jetzt zu abonnieren, wissen wir noch einen kassiber ist teurer geworden. Pro Ausgabe kostets fünf Mark.

Deshalb:

Zugreifen. Erst zahlen, dann genießen. Alle zwei bis drei Monate. Ein Abo (sechs Ausgaben) incl. Porto kostet 35 Mark.
Kohle in Scheinen oder gebräuchlichen Briefmarken (keine Schecks an: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen.

Impressum

bremer kassiber
Herausgegeben vom Verein zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (VzVuN).

V.i.S.d.P.: J.Kranz, Sebaldsbrücker Heerstraßé 234, Bremen.

Redaktionsanschrift: VzVuN, St.-Pauli-Straße 10/12, 28203 Bremen

Fax: 0421-75682

Texte bitte als MS-Word, Winword (2.0) oder ASCII-Dateien auf Diskette - mit einem Ausdruck - an die Redaktionsanschrift (für Rückfragen bitte Adresse, Telefon-Nr. o.ä. beilegen).

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem oder der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit den Gründen der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird diese Zeitschrift der oder dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur die, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Was bisher geschah...

12. Juni

Rüstung sichert Bremer Arbeitsplätze

Im Verteidigungsausschuß des Bundestags stimmen CDU/CSU, FDP und SPD dem Bau von drei Fregatten der Klasse "F 124" zu, PDS und Bündnis 90/Die Grünen lehnen ab. Ein Sprecher des Bremer Vulkan bezeichnet den damit erteilten Neubauauftrag als "Meilenstein auf dem Weg in die Zukunft". Er bedeute zunächt rund 400.000 Arbeitsstunden für die Bremer Vulkan Marineschiffbau GmbH (60 Angestellte) für die Konstruktion der Schiffe. Die Fregatten sollen dann frühestens 1998/99 von einer Arbeitsgemeinschaft gebaut werden, der neben dem Vulkan AG die Hamburger Blohm + Voss AG, die Howaldtswerke in Kiel, die Bremer Vulkan Marineschiffbau GmbH und die Thyssen Nordseewerke in Emden angehören. Das Auftragsvolumen beträgt drei Milliarden Mark, für acht Jahre seien 2.000 Arbeitsplätze gesichert.

13. Juni

Comeback

Mit Frank aus Köln, Ulli aus Oldenburg und Jutta aus Bremen stellen sich drei der vier Gesuchten im sog. radikal-Verfahren genau ein Jahr nach ihrem Abtauchen (s. Berichte in dieser Ausgabe).

15. Juni

Sexistischer Angriff

Ein unbekannter Mann versucht beim Hohenhorster See, ein 13jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Als der Täter zu küssen versucht, beißt sie ihm in die Zunge und kann anschließend flüchten.

18. Juni

Sexueller Mißbrauch

Zwei Tage nach den 100jährigen Jubiläumsfeierlichkeiten des VfB Komet wird bekannt, daß mindestens fünf 12- bis 14jährige Jungen aus einer Fußballmannschaft von ihrem Trainer mißbraucht wurden. Der 27jährige Täter wird zunächst verhaftet, anschließend unter Auflagen wieder freigelassen. Seit dem 8. Juli befindet er sich wegen Wiederholungsgefahr wieder in Untersuchungshaft, schließlich läuft gegen ihn seit März ein weiteres Strafverfahren wegen sexuellen Mißbrauchs eines Jungens vor dem Jugendschöffengericht Delmenhorst. Allzuviel klingt hier ähnlich wie ein Jahr zuvor, als nach den 90-Jahr-Feiern des ATSV Sebaldsbrück bekannt gemacht wurde, daß zwei Betreuer zahlreiche Jungen einer Fußballmannschaft sexuell mißbraucht hatten (Konkret dazu und zum sexuellen Mißbrauch an Jungen allgemein vgl.: Auch Indianer kennen Schmerz, in: kassiber 28, S. 18ff).

22. Juni

Berufsverbotsopfer erhält Schadensersatz

Die 1987 aufgrund des sog. Radikalenerlasses als Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) entlassene Lehrer Dorothea Vogt aus Jever erthält jetzt doch Schadensersatz vom Land Niedersachsen, das diese Berufsverbotspraxis erst 1991 aufgegeben hatte. Darauf einigten sich die AnwältInnen der 47jährigen mit VertreterInnen von Bundes- und Landesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Der hatte im September 1995 geurteilt, daß das Berufsverbot gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verstoßen habe (s. kassiber 28, S. 4). Über den Schadensersatz hinaus müssen alle entgangenen Bezüge nachgezahlt werden.

Sexueller Mißbrauch

Zwei fünfjährige Mädchen werden nachmittags auf dem Gelände eines Sportplatzs an der Thedinghauser Straße von einem etwa 20-25 Jahre alten Täter sexuell mißbraucht.

24. Juni

Alle Räder stehen still ...

Rund 1.000 ArbeiterInnen des Bremer Daimler-Benz-Werks legen für eine halbe Stunde die Arbeit nieder und protestieren so gegen das Ansinnen der Werksleitung, den Sonnabend als Regelsarbeitstag einzuführen.

Demo für ProfessorInnenstellen

Etwa 50 PhilosophiestudentInnen demonstrieren auf dem Marktplatz für die Wiederbesetzung zur Zeit unbesetzter ProfessorInnenstellen in ihrem Studiengang. Die rund 600 PhilosophiestudentInnen an der Bremer Uni sehen den Weitergang ihrer Ausbildung bedroht, bleibt doch vermutlich nur einer von bisher drei Professoren.

25. Juni

Deutsche Waffen, deutsches Geld ...

Aus 'sicherheitspolitischen Gründen' will das Verteidigungsministerium einen Verkauf oder eine mehrheitliche übernahme der zum Bremer Vulkan-Verbund gehörenden Rüstungsfirma STN-Atlas Elektronik (STN-AE) an ein ausländisches Unternehmen verhindern. Es gehe vor allem darum, industrielle Mindestkapazitäten in der deutschen Wehrtechnik zu erhalten. Dieses Ziel künne gefährdet sein, wenn eine Mehrheit der Geschäftsanteile von einer nicht-deutschen Firma, gemeint sind insbesondere Lockheed Martin (USA) und Thomson (Frankreich), übernommen werdem die bereits auf dem gleichen oder nahe verwandten Gebieten tätig sei. Ein entsprechender Briefwechsel zwischen dem Verteidigungsministerium und Vulkan-Vergleichsverwalter Wellensiek wird von einem Vulkan-Sprecher bestätigt.

26. Juni

Razzien auf Baustellen

BeamtInnen des Arbeitsamts

Oldenburg, des Hauptzollamts Bremen-Nord, des Bremer Ausländeramts sowie dreier Polizeireviere führen Razzien auf zwei großen Bremer Baustellen durch: im Weser-Stadien (Ostkurve) und Am Grashof. Angesichts des Großaufgebots und der generalstabsmäßigen Planungen künnen nur zwei Leute fliehen, 93 Beschäftigte aus 17 Firmen werden überprüft. Zehn von ihnen werden jetzt Verstöße gegen das Arbeitserlaubnisrecht vorgeworfen. Außerdem seien einige Fälle von "unerlaubter Arbeitnehmerüberlassung" entdeckt worden, x-mal bestehe der Verdacht

auf "Leistungsmißbrauch".

27. Juni

Solidaritätsaktion wg. 13.6.

Einige Dutzend Frauen und Männer protestieren mit einer Pressekonferenz und Kundgebung vor der Bürgerschaft dagegen, das der Frank ("Glosch") aus Köln, dem vorgeworfen wird, Redakteur der radikal zu sein, nach wie vor von der Bundesanwaltschaft in Untersuchungshaft gehalten wird. Er hatte sich, gemeinsam mit Ulli aus Oldenburg und Jutta aus Bremen, am 13. Juni den Behörden gestellt. Die Anwesenden demonstrieren ferner gegen die schikanösen Bedingungen für die

Außervollzusetzung der Haftbefehle der beiden anderen, insbesondere gegen das sog. Kontaktverbot (s. Berichte in dieser Ausgabe).

Abschiebetermin verschoben

Bosnische Flüchtlinge sollen im Einvernehmen mit dem Bundesinnenministerium aus Bremen nicht, wie bisher geplant, ab dem 1. Juli, sondern erst ab dem 1. Oktober abgeschoben werden. Innensenator Ralf H. Borttscheller begründet dies damit, daß die Voraussetzungen für die im Neudeutsch der SchreibtischtäterInnen "Rückführungen" genannten Deportationen noch nicht gegeben seien. Am Abschiebebeschluß der deutschen Innenminister und -senatoren werde aber grundsätzlich festgehalten.

Bremer Drogenpolitik

Besorgte BürgerInnen und andere FreizeitfaschistInnen machen im Beirat Schwachhausen/Vahr einmal mehr gegen ein Drogenhilfeprojekt mobil. Selbst der Weser-Kurier-Reporter befand später, daß das mit "sachlicher Auseinandersetzung nicht viel zu tun" hatte: "Die Wogen der Erregung schlugen hoch, Bürger in Schlips und Kragen vergaßen die einfachsten Anstandsregeln, die Aggressionen waren mit Händen greifbar." Stein des Anstoßes ist das Therapiezentrum Steps, das von Lesum in die

Villa im Schwachhauser Ring 110 (Monatsmiete: DM 10.000) umziehen will, um dort 18 Drogengebrauchern - nach ihrer "Entgiftung" - jeweils sechs Monate lang mit ÄrztInnen, PädagogInnen und PsychologInnen zu "betreuen". Statt nun die Drangsalierung der Junkies durch die Steps-TherapeutInnen zu problematisieren (zum Sinn und Unsinn von Drogen-Therapien vgl. kassiber 25, S. 24ff), gilt der Protest der braven BürgerInnen allein den DrogengebraucherInnen. Nach Meinung des Beirats jedoch besteht keinerlei rechtliche Handhabe gegen das Projekt (SchwachhauserBürgerInnen und die anderer Nobelstadtteile waren in den letzten Monaten immer wieder vor Gericht gescheitert), und so wird nun eine Arbeitsgruppe aus AnwohnerInnen, Beiratsabgeordneten und Steps-MitarbeiterInnen eingerichtet werden, die ein wachsames Auge auf das Haus und seine Bewohner haben soll

Dokumentation

wir haben in der nacht vom 21. auf den 22.7. das auto des faschisten jörn garltz, kanalstr. 1, 26639 wiesmoor/ostfriesland, abgefackelt. garlts ist einer der hauptverantwortlichen für den terror, der seit einiger zeit in wiesmoor und umgebung von einer bande neonazis gegen alle ausgeübt wird, die ihnen nicht passen. sein auto wurde bei diesen aktionen als transportmittel für den faschistischen mob eingesetzt. der letzte vorfall, an dem j. g. beteiligt war, ereignete sich am sa., den 20.7., während des bürgermarktes in wittmund, wo ein von j. g. und mehreren kumpanen als links angesehener mensch direkt vor der polizeiwache attackiert und schwer verletzt wurde. die polizei schritt (mal wieder) nicht ein, die täter konnten entkommen.
j. g. und seine gefolgschaft sind für div. angriffe auf migrant/innen, antifaschisten, punks und skater in der region sowie für gezielten terror gegen bestimmte personen verantwortlich. u.a. wurden kindern von migrant/innen brennende zigaretten auf dem arm ausgedrückt, um nur ein beispiel zu geben, das die qualität dieser angriffe demonstriert. diese vorfälle werden von der polizei und der presse geflissentlich ignoriert.
kein fußbreit den faschist/innen!!!
antifa heißt angriff !!! kommando kolbenfres-

28. Juni

Fake

Angesichts der immer unkritischer werdenden Studierenden weist die

Pressestelle der Universität per Aushang vorsorglich darauf hin, daß es sich bei einem in den letzten Tagen verteilten Schreiben (mit offiziellem Uni-Logo), in dem die EmpfängerInnen aufgefordert werden, 100 Mark "Verwaltungsgebühr" zusätzlich zum Semesterbeitrag an die Landeshauptkasse zu überweisen, um eine Fälschung handelt. Gar nicht dumm, wird gemutmaßt, daß es sich hier wohl um eine Protestaktion gegen die Einführung von Studiengebühren handelt.

Sexistischer Angriff

Ein Kripo-Beamter zwingt eine 44jährige Frau auf dem Polizeirevier während ihrer erkennungsdienstlichen Behandlung zum Oralverkehr. Der Täter wird zwar vorläufig vom Dienst suspendiert, behauptet aber, von der als Prostituierte arbeitenden Frau "blitzartig überfallen" worden zu sein. Dafür findet er Verständnis nicht nur bei Polizeipräsident Lüken ("Zur Zeit steht Aussage gegen Aussage"), zumal er als "Familienvater" aufgrund der Vorkommnisse selbstmordgefährdet sei und sich in psychiatrischer Behandlung befinde.

29. Juni

Shell-Boykott

In mehrere bundesdeutschen Städten findet ein Aktionstag gegen die mörderische Shell-Politik in Nigeria statt. In Bremen ruft das Panafrikanische Forum vor einer Shell-Tankstelle mit Transparenten und Flugblättern zum Boykott des Konzern, der die nigerianische Militärdiktatur stützt, auf. Proteste der Bevölkerung, insbesondere von den Ogoni, gegen das Regime und die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen durch die Ölförderung werden vom dortigen Militär grausam beantwortet. Mehrere tausend Menschen wurden ermordet.

30. Juni

Sexueller Mißbrauch

Ein dreijähriges Mädchen wird gegen 17 Uhr in der Bredaer Straße von einem etwa 30jährigen Mann sexuell mißbraucht.

23 Selbsttötungen in Abschiebeknästen

In der zweiten Jahreshälfte 1995 nahmen sich drei in Abschiebehaft genommene Menschen das Leben. Damit haben allein im vergangenen Jahr acht AusländerInnen in einem deutschen Abschiebegefängnis Suizid begangen. Die Zahl dieser Selbsttötungen hat sich somit seit der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl auf 23 erhöht. Einer Übersicht aus acht Bundesländern zufolge, gab es allein im Zeitraum Juli-Dezember 1995 neun Selbsttötungsversuche in bundesdeutschen Abschiebeknästen. Ebenfalls acht Bundesländer gaben an, daß sich dort seit 1993 mindestens 13 abgelehnte AsylbewerberInnen das Leben genommen haben. 31 Menschen haben sich angesichts einer bevorstehenden Abschiebung zum Teil schwere körperliche Verletzungen beigebracht bzw. versucht, sich umzubringen.
Die Suizide und Selbsttötungsversuche gehen auch 1996 weiter: Im Januar erhängte sich ein kurdischer Asylbewerber in Delmenhorst, weniger Tage vor seiner Abschiebung. Ein Algerier erlitt Anfang Februar schwere Verletzungen, als er sich einer Zwangsvorführung zum Erhalt seines Abschiebehaftbefehls durch Flucht zu entziehen versuchte. In Bremen legte im Januar eine Person am Tag ihrer Rückführung Feuer in der Abschiebehaftzelle.
Die Bundesregierung sieht jedoch keine Veranlassung, auf die für die Durchführung von Abschiebungen zuständigen Bundesländer einzuwirken. Dies, obwohl sie eine Verbesserung der Abschiebehaftbedingungen als "insgesamt wünschenswert" bezeichnet. Tatsächlich ist die Bundesregierung durch ihre rigide Asyl- und rücksichtslose Rückführungspolitik (z.B. in Folterstaaten wie die Türkei bzw. in Bürgerkriegsländer wie Algerien) für die Verzweiflung der abzuschiebenden Menschen moralisch und politisch verantwortlich zu machen.
Büro Ulla Jelpke, PDS-MdB

1. Juli

Keine Ermittlungen zu Brechmittelvergaben

Auf einer Pressekonferenz des Anti-Rassismus-Büros (ARAB) liefern die RechtsanwältInnen Barbara Kopp und Günther Werner weitere Indizien für die ARAB-These, daß "Rassismus bei Polizei und Justiz prinzipiell folgenlos bleibt" (vgl. u.a. kassiber 25). So würden durch die Staatsanwaltschaft und die Afrikaner mit schwarzer Hautfarbe, negative Bescheide. In zwei Fällen haben man regelrecht darum bitten müssen, daß die Mandanten zu den angezeigten Übergriffen und Mißhandlungen bei der Brechmittelvergabe vernommen werden. Im Januar 1996 seien alle vier Ermittlungsverfahren eingestellt worden, wogegen jeweils Beschwerde erhoben wurde. Im Mai wurde in zwei Fällen der Beschwerde stattgegeben. Eine weitere Beschwerde wurde abgelehnt, deswegen wurde nun Klageerzwingung beim Oberlandesgericht beantragt. DieGeneralstaatsanwaltschaft Bremen hatte nicht etwa eigene Untersuchungen angestellt, sondern auf die Aussagen von Polizeibeamten, also von den Tätern, verwiesen. Wider alle Erfahrungen, was im Frühjahr auch durch Untersuchungen aus dem Apparat selbst gestützt wurde, behauptete der Leiter der Bremer Staatsanwaltschaft, Jan Frischmuth, dennoch: "Bedingt durch die strenge Auswahl der Polizeibewerber und ihre gründliche Ausbildung können Polizisten mit Streßsituationen gut umgehen und neigen nicht zu Übergriffen. Ich gehe davon aus, daß sie die Wahrheit sagen."

8. Juli

Rassenjustiz

Das Amtsgericht verurteilt einen Mann aus Ghana wegen Beleidigung zu 1.200 Mark Geldstrafe (30 Tagessätze). Geklagt hatte ein Polizist, der den 28jährigen vor etwa einem Jahr deshalb angehalten habe, weil dieser in rücksichtslosem Tempo über dem Bahnhofsvorplatz geradelt sei. Aber noch nie in seinen immerhin 38 Dienstjahren sei er - dazu noch in aller Öffentlichkeit - von einem Verkehrsteilnehmer derart

"gekränkt" worden. Ernest Q. habe u.a. behauptet, der 58jährige Polizist würde "immer nur Schwarze anhalten", außerdem sei er "blöde" und "Scheiße". Nun dürften dies zwar alles zutreffenden Bemerkungen sein, allein stellt die schwarze Hautfarbe des Angeklagten vor einem deutschen Gericht ein gravierendes Manko dar - schon gar, wenn der/die KlägerIn PolizistIn ist. Da half es dem 28jährigen auch wenig, daß er im letzten Jahr diverse Male zu Unrecht von weißen, deutschen PolizistInnen verhaftet wurde, weil aus dem sachsen-anhaltinischen Eisleben ein Festnahmeersuchen zwecks Abschiebung vorlag - und die dortigen SchreibtischtäterInnen es nicht für nötig befanden, ihn, der mit einer deutschen Frau verheiratet ist, von den Fahndungslisten zu streichen.

12. Juli

Büro des türkischen Sozialattaches besetzt

Zur Unterstützung des Hungerstreiks von politischen Gefangenen in der Türkei, der in der BRD bisher wenig Beachtung findet, besetzen zehn TürkInnen, acht Männer und zwei Frauen, am Nachmittag das Büro des türkischen Arbeits- und Sozialattaches an der Schlachte. Um 18 Uhr stürmt das SEK das Haus und nimmt die der Dev Sol angehörenden BesetzerInnen vorläufig fest.

13. Juli

Sexueller Mißbrauch

Ein etwa 30jähriger Mann mißbraucht ein junges Mädchen an der Rückseite eines Hochhauses in der Neuwieder Straße sexuell. Der Täter soll bereits im Juni im Stadtteil mehrere spielende Kinder mißbraucht haben.

Bonn erleichtert Rüstungsexporte

Die Bundesregierung hat die Zusammenarbeit deutscher Rüstungsfirmen mit ausländischen Unternehmen erneut erleichtert. Das gilt auch für gemeinsame Rüstungsexporte. Kooperationen privater Firmen werden dabei Regierungskooperationen gleichgestellt. (...) Nun kann über eine Exportgenehmigung zunächst die Regierung des Landes entscheiden, in dem der größte Produktionsteil liegt. (...) Deutschen Firmen wird die Teilnahme an solchen Aufträgen dadurch erleichtert, daß eine Genehmigungsvermutung gilt. Dies ersetze aber nicht die Prüfung durch die Bundesregierung, hieß es im Wirtschaftsministerium. Ein Rüstungsexport kann dann untersagt werden, wenn die Ministerien für Wirtschaft und Verteidigung sowie das Auswärtige Amt dies einvernehmlich beschließen.
Die Genehmigungsvermutung gilt für die Zusammenarbeit mit Firmen in der EU, einem NATO-Staat oder einem NATO-gleichgestellten Staat. Dazu gehören auch die ASEAN-Staaten ohne Vietnam. Bei Zulieferungen gilt sie auch, wenn der Wert unterhalb von zehn Prozent des Endpreises liegt. Ausgenommen sind Panzermotoren und -getriebe sowie komplette Kriegswaffen, ABC-Waffen und Bauteile mit Trägertechnologie. Ausgenommen bleiben auch Lieferungen in folgende Staaten: Afghanistan, Angola, Jugoslawien, Kuba, Libanon, Libyen, Irak, Iran, Mocambique, Myanmar (Birma), Nordkorea, Somalia und Syrien.
aus: Weser-Kurier v. 11.7.96 (leicht gekürzt)

19. Juli

Bremer Drogenpolitik

Innensenator Borttscheller kündigt an, auch weiterhin "mit aller Härte und Konsequenz" gegen DrogengebraucherInnen vorgehen zu wollen. Seine BeamtInnen seien "hochmotiviert" und würden sich sogar zu Sondereinsätzen melden. Dieser verbale Aktionismus korrespondiert aber nur wenig mit den Zahlen und Fakten der diesjährigen Sommerloch-Aktion der Bremer DrogenbullInnen: So habe man "allein" (!) am Hauptbahnhof in den ersten beiden Juliwochen 70 Personen überprüft, 15 Durchsuchungen vorgenommen und acht Strafanzeigen in Zusammenhang mit Betäubungsmitteln erstattet - ein bißchen wenig, angesichts der Tatsache, daß sich dort seit längerem eine offene Szene befindet.

Innensenator Borttscheller (li.) bei der Einführung der Stahlhelmpflicht für Politiker.

21. Juli

Sexistischer Mord

Eine 37jährige, als Prostituierte arbeitende Frau wird gegen 1 Uhr vermutlich von einem Freier in den Hinterräumen der "Krokodil-Bar" (Nordstraße) gewürgt und dabei so schwer verletzt, daß sie an den Folgen stirbt.

Sexistischer Angriff

Drei etwa 17- bis 19jährige Skinheads greifen kurz vor Mitternacht in der Leher Heerstraße eine 22jährige Frau an und versuchen, sie zu vergewaltigen. Die Frau, die bei dem Angriff verletzt wird, kann flüchten, als plötzlich mehrere Autos am Tatort vorbeifahren.

Die entschlossene Antifa-Demo in Osterholz-Tenever zur Wohnung von Fascho Hermann Thiele am 1. Juni...

Mannes der ersten Stunde. Der Ostpreuße Waschkies, natürlich Träger des Bundes-verdienstkreuzes, war von Anbeginn an Mitglied des Landesvorstandes der RevanchistInnenorganisaton und wirkte in Bremen vor allem für heimatvertriebene Bauern.

23. Juli

Brandanschlag auf türkischen Verein

Nachdem in der Türkei ein erster hungerstreikender politischer Gefangener gestorben ist, finden in mehreren bundesdeutschen Städten Anschläge auf türkische Moscheen und "Kulturvereine" statt. In Bremen richtet sich ein Brandanschlag um 3.15 Uhr gegen die Türkische Familienunion im Steffensweg; die dortigen Räume werden völlig zerstört. Wie fast immer bei solchen Anschlägen, nehmen die AktivistInnen keinerlei Rücksicht darauf, daß sich außer dem Verein noch Wohnungen im Haus befinden. So kann sich eine Familie mit drei kleinen Kindern aus diesem Haus, das zum dritten Mal Ziel eines Anschlags ist, nur mit knapper Not vor den Flammen in Sicherheit bringen. Leicht verletzt wird ein 33jähriger Mann, der als "Brandschutzwache" in den Vereinsräumen übernachtet. Die drei TäterInnen können flüchten.

27. Juli

Brandanschlag auf türkischen Verein

Auf einen türkischen Verein in der Georg-Seebeck-Straße im Bremerhavener Stadtteil Geestemünde wird von Unbekannten kurz nach 3 Uhr ein Brandanschlag verübt. Die TäterInnen schlagen ein Loch in die Scheibe und werfen einen Brandsatz hinein. Das Feuer wird jedoch schnell gelöscht, es entsteht nur geringer Schaden.

28. Juli

Sexistischer Angriff

Eine 26jährige Frau wird von ihrem 'Freund' in Bremerhaven-Geestemünde auf offener Straße brutal zusammengeschlagen und muß im Krankenhaus behandelt werden. Der Täter, gegen den bereits ein Haftbefehl wegen Körperverletzung vorlag, wird festgenommen.

29. Juli

Platzverweise gegen Punks

Die Bremer Polizei erteilt wenige Tage vor Beginn der in Hannover geplanten Chaos-Tage 30-40 Punks aus der Ex-DDR Platzverweise für die Stadt Bremen. Diese Maßnahmen werden an den folgenden Tagen fortgesetzt, um, so die Polizei, einerseits zu verhindern, daß die Punks von hier aus nach Hannover reisen, andererseits, daß in Bremen eine "Ersatzveranstaltung" stattfinde.

30. Juli

Heim ins Reich

Mit dem Tod von Johannes Waschkies beklagt der Bremer Bund der Vertriebenen den Verlust eines

31. Juli

Faschistische Demonstration verboten

Das Stadtamt verbietet eine vom Bremer Faschisten Markus Privenau für den 3. August angemeldete Demonstration anläßlich des neunten Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Privenau, z. Zt. Mitglied der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten, hatte als Motto der Demonstration "Versammlungsfreiheit statt Verbote" (sic!) angegeben. Eine in Bremerhaven angemeldete Demonstration wird am 1. August verboten. Das Nationale Infotelefon der Nazis meldet, daß man für den 3. August bundesweit 89 Demos angemeldet habe.

3. August

Keine Chaos-Tage

Bremer Polizei und Bundesgrenzschutz verhindern mit massivem Aufgebot und Hunderten von Platzverweisen jegliche "Ersatzveranstaltungen" für die in Hannover nicht stattfindenden "Chaos-Tage". Hunderte Punks werden bei der Anreise am Hauptbahnhof in Gewahrsam genommen und bald wieder in ihre Heimatstädte 'abgeschoben'. Zahlreiche andere Punks greifen die Schergen in verschiedenen Stadtteilen ab. Auf der Sielwallkreuzung werden am Sonnabend und Sonntag jeweils nach Mitternacht Dutzende

Personen eingekesselt und festgenommen, anschließend in ein Sammellager in der Kaserne Vahr gebracht (s. Bericht in dieser Ausgabe).

Antisemitischer Anschlag

Die Synagoge der Jüdischen Gemeinde in Bremerhaven wird von Unbekannten mit sechs braunen Farbeiern beworfen. Da der Lack, als dieser Anschlag bemerkt wird, bereits getrocknet ist, muß die Synagoge neu gestrichen werden. Für den 3. August waren in Bremerhaven und Bremen sowie in 87 anderen Städten anläßlich des Todestages von RudolfHeß angemeldet, aber verboten worden.

19. August

Durchsuchungen bei Bremer Presse

Die Redaktionsräume von taz, Weserkurier, RB und dem Weser-Report, sowie zwei Privatwohnungen werden von der Polizei nach einem vertraulichen Dokument des Bremer Landesrechnungshofs durchsucht. Die erfolglose Aktion ruft in der Öffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung hervor. Daß Durchsuchungen und Beschlagnahmungen gegen linke Zusammenhänge schon lange Mechanismen des staatlichen Repressionsapparates sind und offenbar auch keinen Halt vor den bürgerlichen Medien machen, ist jeigentlich nichts Neues und daher list der mediale Aufschrei doch eher Ausdruck eines größeren Sommerlochs...
Willy Leow (& Mahmout El Khalil)

D i , 3 . S e p t e m b e r

Bangladesh 1971 bis 1996 - 25 Jahre Unabhängigkeit [V: AK "Bangladesh in Niedersachsen" und Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung]. Mit SprecherInnen der neuen Demokratiebewegung, KünstlerInnen und ExpertInnen aus Bangladesh. Übersee-Museum, Bahnhofsplatz 13, 19.30 Uhr.

D o , 5 . S e p t e m b e r

Infoveranstaltung über die Kommune "Alla Hopp" (nähere Infos s. Kasten im Magazin). FrauenLesbeninfoladen, Kreuzstraße/Ecke Reederstraße, 18 Uhr (für Frauen).

6 . - 8 . S e p t e m b e r

15 Jahre Schlachthof - Kongreß "Bescheidene Verhältnisse" [V: Kulturzentrum Schlachthof]. Das Kulturzentrum verzichtet anläßlich seines 15 Geburtstages auf den eigentlich obligatorischen Empfang und lädt statt dessen zum Kongreß incl. Workshops, Theater, Kunst und Musik zu den "Mega-Themen der Zeit": Arbeit - Armut - Alternativen. Im Mittelpunkt sollen diejenigen Menschen, Projekte und Ideen stehen, die den Zumutungen der freien Marktwirtschaft ihre eigene Version von "Bescheidenheit" entgegengestellt haben (zu den einzelnen Programmpunkten s. ausliegende Faltblätter).

S a , 7 . S e p t e m b e r

Agit-Pop-Disco [V diesmal: kassiber]. Disco zur Finanzierung linksradikaler Projekte. Buchtstraße 14/15, 22 Uhr.

S o , 8 . S e p t e m b e r

Internationaler Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg. Die VVN/BdA lädt ein, zur Ehrenanlage für die Opfer von Faschismus und Krieg auf dem Osterholzer Friedhof zu kommen. 11 Uhr.

8 . S e p t e m b e r - 2 0 . O k t o b e r

Ausstellung "Von Kaffee, Baumwolle, ausgetretenen Schuhen und neuen Wegen" [V: Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung (biz) und entwicklungspolitische Gruppen]. Was suchten Bremer Kaufleute vor hundert Jahren in Westafrika? Wie werden baumwollproduzierende Länder zu Kunden des Altkleidermarktes? Was haben die Industrieländer mit den weltweiten Fluchtbewegungen zu tun? Was heißt überhaupt Entwicklung - wer muß sich entwickeln, wohin soll die Entwicklung gehen? Zwanzig Bremer Gruppen und Institutionen, die seit langem in der Entwicklungs- und Umweltpolitik engagiert sind, haben sich diese und andere Fragen gestellt und beleuchten sie in einer gemeinsamen Ausstellung. Parallel zur Ausstellung findet ein vielfältiges Begleitprogramm (im biz, Übersee-Museum, erhältlich) statt. Übersee-Museum, Bahnhofsplatz 13.

I n t e r n a

Die kassiber-Redaktion besteht das erste Mal seit ihrer Gründung im Sommer/Herbst 1990 nur aus Männern. Ende letzten/Anfang diesen Jahres haben ein Mann und zwei Frauen aus verschiedenen Gründen die Redaktion verlassen (s. Editorial von kassiber 28). Daß ein linkes Zeitungsprojekt nur von Männern herausgegeben wird, stellt für uns - unterschiedlich schwerwiegend - das Projekt 'kassiber' in Frage. Wir wollen das, wie es gegenwärtig ist, schnellstens verändern. So stellen diese Zeilen nicht nur einen Beitrag dar, wie wir die Situation einschätzen, sondern sollen gleichzeitig auch Interesse wecken, bei uns mitzuarbeiten.

Journalistisches Arbeiten und Zeitung machen ist ja eh als männliches Projekt gestartet. Als in der Zeit der Aufklärung so vor zweihundert Jahren sich die Idee vom autonomen selbstbestimmten Subjekt durchzusetzen beginnt, erscheinen die ersten Zeitungen. Es entsteht "Öffentlichkeit" als ein Feld, in dem sich gestritten wird, um mehr oder weniger Schwergewichtiges. Das ganze Selbstverständnis, das dahinter zu sehen ist: aktiv sein, hinaus in die Gesellschaft gehen, sich zu messen und Ansehen zu verschaffen, ist jedoch an einen männlichen Rollenentwurf gerichtet. Es waren Männer, die streng vernünftig mit alten Ideologien „abrechneten“; der erste Presseskandal der damaligen Zeit, als der Schriftsteller Lessing der orthodoxen Kirche in Spitzfindigkeiten und logischen Beweisführungen die Inkonsistenz ihrer Lehre vorwarf, ist ein beredtes Zeichen dafür.

"Öffentlichkeit", "öffentliches Schrei-ben" ist so von Anfang an Anzeichen wie auch Mittel der Durchsetzung des modernen, immer männlich gedachten Subjekts. So entstand ein Raum, in dem Frauen nicht vorkamen und auch aktiv ausgegrenzt wurden. Auch dieser Prozeß ist bis in die Anfangstage des regelmäßig öffentlichen Schreibens zurückzuverfolgen. So hat schon Rousseau ausgeführt, daß eine Frau zwar für sich schreiben möge, mit öffentlichem Schreiben aber die Geschlechtergrenzen überschreite und folgerichtig in eine Außenseiterinnenposition gerate.Die Begründungen, warum Frauen nicht öffentlich schreiben sollten, wurde bis hinein in den Körper projeziert. Männer hätten nunmal mehr Anteil am Geistigen, während die Frauen immer mehr am Körperlich-Naturhaften hinge. Diese sexistische Grundeinschätzungen führte zu immer detaillierteren Diskriminierungen, die bis heute fortwirken. Als ein Beispiel unter vielen konnte ein Professor Jespersen noch in den zwanziger Jahrenschreiben, daß Frauen eben einen "linguistischen Defekt" hätten.

Auch heute gilt auf gesamtgesellschaftlicher Ebene noch häufig, was die italienische Feministin Marini 1984 formulierte, daß Frauen, die "öffentlich über ihre Vorstellungen reden, den Prozeß geschlechtsspezifischer Sozialisation in Frage stellen". Die meisten Bücher werden von Autoren geschrieben, und auch in den Redaktion hocken oft nur Männer rum. Neben das Buch sind andere Medien getreten, und auch an ihnen kann immer wieder die Symbolkraft des öffentlich geäußerten Wortes fürs Patriarchat festgestellt werden, bspw. auch an dem langjährigen Widerstand der Fernsehanstalten gegen Nachrichtensprecherinnen.

Schreiben, der rationale Zugriff gerade auf politische Theoriegebäude, ist etwas geblieben, was sich in erster Linie für Männer geziemt. Längst hat sich - zum Teil auch in Auseinandersetzung mit der Männerdominanz auch im Schriftlichen - eine sehr kraftvolle und intensive Produktion an Geschriebenem von Frauen und an feministischen Texten entwickelt. An der Grundproblematik ändert das freilich wenig.

Für uns als momentane Männerredaktion bleibt aus der Geschichte von "Öffentlichkeit" denn auch die Frage, ob und inwieweit ein Projekt wie unseres überhaupt seine Berechtigung hat. Nehmen wir als Männer nicht nur ein Privileg wahr, daß gesellschaftlich eben auch für Männer eingerichtet ist? Sitzen wir damit fest im Sattel des Patriarchats? Diese Fragen treiben uns um, sind aber ebenso Antrieb, uns eben verstärkt an Frauen mit der Frage, Bitte nach Mitarbeit zu wenden.

Wie kam es zu dem Punkt, an dem wir jetzt stehen? Unsere Situation ist nun im Moment einmal so, daß die Zahl der verbliebenen RedakteurInnen einmal mehr, wie schon 1993, dermaßen geschrumpft war, daß ein weiteres Erscheinen des kassibers nicht gewährleistet war. Unsere üblichen "Maßnahmen", interessierte Frauen und Männer zu finden, d.h. politisch-persönliche Gespräche mit und flehentliche Bitten an zahlreiche Genossen und - in erster Linie - Genossinnen zeitigten, wie gehabt, wenig Resonanz.

Da das Herausgehen von o.g. Frauen und Männern aus der Redaktion nicht Ergebnis von zu politischen Unvereinbarkeiten kulminierten Streits, sondern schon über einen längeren Zeitraum absehbar war, konnten wir die entstehende Situation schon im Spätherbst 1995 in der damaligen Redaktion diskutieren. Dabei ergaben sich im wesentlichen drei Optionen:

* Erstens, dem offensichtlich relativ geringen Interesse an einer redaktionellen Mitarbeit Rechnung zu tragen - und das Projekt kassiber einzustellen. Eine Konsequenz, die in den letzten Jahren zahlreiche befreundete (Szene-) Zeitschriften gezogen haben.

* Zweitens, ähnlich wie schon 1993, eine Pause von unabsehbarer Länge einzulegen, bis sich Frauen und Männer finden, die mitmachen wollen - vielleicht, weil sie neu in der Stadt sind, weil sie auf der Suche nach einer (neuen) politischen Heimat sind oder den kassiber nicht länger entbehren können (das Prinzip "Leidensdruck").

* Drittens, und dazu haben wir uns letztendlich erst einmal entschlossen, die Situation halb-öffentlich einem Kreis von befreundeten Frauen und Männern nicht nur darzustellen, sondern sie mit krassen Parolen aus ihrer scheinbaren Lethargie zu rütteln ("Wenn sich bei Euch nichts tut, bedeutet das das Ende des kassibers, etc.ì; dann weiter mit "Erstens").

Ein Ergebnis dieses Treffens war, daß der kassiber keine "Szenezeitschrift" ist (was wir aber auch nie sein wollten, sondern ein redaktionelles Konzept präferierten), wir uns die mangelnde Unterstützung von größeren Teilen der Szene auch gerade durch Gedanken, Kritik und Lästereien an/über ihre Politik bzw. Gehabe selbst zuzuschreiben hätten, sie den kassiber also nicht als "ihre" Zeitung begreifen würden. Trotzdem (teil-

weise auch deshalb) sei der kassiber aber durchaus interessant und unterhaltsam, mithin erhaltenswert.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis dieses Treffens war, daß sich eine Reihe von Frauen und Männern bereitgefunden hat, uns bei den vielen regelmäßig zu erledigenden Aufgaben, wie z.b Artikel schreiben, AutorInnen zu kontaktieren, Korrektur lesen, selbst Handverkauf (!) zu unterstützen. Außerdem signalisierten während des Treffens und in einigen vorher und nachher stattgefundenen Gesprächen mehrere Männer und auch zwei Frauen, sich einen Einstieg in die Redaktion vorstellen zu können, einige allerdings erst nach Abschluß ihrer Diplom-, Magister- und ähnlicher Arbeiten (die eigentliche ArbeiterInnen-klasse ist aber traditionell nur spärlich vertreten), so "in diesem, vielleicht auch erst im nächsten Jahr, je nachdem". Zum "sofortigen" Mitmachen in der Redaktion sahen sich allerdings nur Männer in der Lage - was zur eingangs beschriebenen Situation führte. Wir haben uns darauf geeinigt, diese und noch zwei weitere Ausgaben herauszubringen, um das Projekt "kassiber" zu erhalten, sind uns aber ebenso einig, daß wir schnellstmöglich eine "gemischte Redaktion" werden wollen.

Die "Zugangskriterien" zur Redaktion sind seit Mitte 1994 offener geworden - im Gegensatz zu den Jahren davor, in denen sie zumindest nach außen hin als politisch ziemlich homogen erschien. So sind Frauen und Männer in die Redaktion gekommen, die nicht mehr vor allem an einem Konzept "Gegenöffentlichkeit", insbesondere der Verbreitung unterdrückter Nachrichten aus der "Szene" und ihren Gruppen sowie den entsprechenden Diskussionen, sondern vor allem auch am "Zeitungsmachen" interessiert waren (und den kassiber natürlich "gut" fanden). Dies drückt sich auch in einer breiteren Themenpalette und den darin verfolgten Ansätzen aus, die uns mitunter auch den Vorwurf einer gewissen Beliebigkeit einbrachten - aber wir arbeiten (gemeinsam) daran... Aber natürlich suchen wir nicht RedakteurInnen an sich, sondern setzen auf eine gewisse persönliche und politische "Vereinbarkeit" - ohne Unterschiede verwischen bzw. gemachte Erfahrungen, verschiedene "theoretische Fundamente, etc. nivellieren zu wollen.

Wir glauben, daß für redaktionelle Diskussionen und die in der Zeitung gedruckten Informationen, Erfahrungen und Theorien die von linken Feministinnen vor allem in linksradikalen Frauen-Lesbengruppen diskutierten entsprechenden Ansätze und Analysen wichtig wären. Das ist, neben der Einsicht in die problematische Symbolik von von Männern 'betriebenwn' Gruppen, ein weiterer Grund für eine 'gemischte' Redaktion. Zwar ist es so, daß die meisten Frauen, die wir auf einen Einstieg in die Redaktion angesprochen haben, eher individuelle Gründe hatten, die sie von einer Mitarbeit abhielten. Wir stehen aber mit der grundsätzlichen Entwicklung nicht alleine da. Einmal lösen sich nämlich immer mehr Gruppen in der gemischten "Szene" auf, immer weniger Männer und gerade auch Frauen, FrauenLesben organisieren sich in diesen Gruppen, nur selten gründen sich neue.

Andererseits haben sich viele FrauenLesben aus "gemischten" Gruppen als Ergebnis der (mangelnden) Auseinandersetzung um patriarchale Strukturen, um dominantes und egozentrisches Auftreten von Männern verabschiedet bzw. aufgrund dieser Tatsache eine Organisierung in dieser Szene nie ernsthaft in Erwägung gezogen und sich stattdessen in FrauenLesbengruppen organisiert.

Das heißt für uns, daß wir auch in unserer Redaktionsgruppe darauf achten wollen, wie wir zusammenarbeiten. Es geht eben nicht nur darum, nach einigen Frauen zu suchen, die mitarbeiten wollen und dann zu sagen: prima und Schwamm drüber: Es geht auch darum, Elemente einer feministischen Kritik aufzunehmen. Das bedeutet zum Beispiel auch eine Kritik des Schreibens. Auch an linken Schreiben wird oft die Kritik laut, daß es ein männliches zweckrationales sei. An zwei Schlaglichtern ist das ja in der letzten Zeit wieder allzu deutlich geworden - den Begriff 'links' will ich dabei ungenau und weit fassen, um die Allgegenwärtigkeit des Problems zu erfassen. So ergab einerseits die Diskussion in internationalistischen Zusammenhängen um die BUND-Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" - jetzt mal von anderen Kritikpunkten abgesehen, daß die Studie Frauen oder gar FrauenLesben schlicht vergessen hat oder aber an wenigen Stellen als "Hausfrau" in die Studie mitaufnahm.

Andererseits hat auch die Diskussion um das Schwerpunktheft 'Sexualität der linksradikalen "Arranca!" als einen Punkt, daß hier sich in vielem ein rein männliches Herangehen wiederfinde Schließlich hatte sich auch in der 'radikal' eine eigenständige Frauenredaktion gebildet, als Ergebnis eines damals als unauflösbar verstandenen Geschlechte-rkonflikts in der Redaktion.. Letzteres weist natürlich darauf hin, daß 'gemischte' Zusammenhänge allzu oft auch scheitern. Daß FrauenLesben oft genug auch die Nase voll haben von männlicher Wichtigtuerei. Oder schlicht ihren Schwerpunkt darauf setzen, sich gemeinsam mit anderen FrauenLesben zu organisieren.

Hier liegt ja auch ein anderes grundsätzliches Problem: Viele Männer "können nicht anders", als laut und raumgreifend aufzutreten und damit eine Gruppe auch zu dominieren. Vielleicht würde sich das auch bei uns so erweisen. Einige FrauenLesben werde zu Recht keine große Lust verspüren, es darauf ankommen zu lassen. Für uns sieht das natürlich anders aus. Wir hätten lieber den Versuch, es 'gemischt zu versuchen und Konflikte dann auch anzusprechen und zu diskutieren.

Wir sind in einer schwierigen Situation. Auch während der Findungsphase für die jetzige Redaktion haben uns zwei Männer wieder verlassen - einer, weil er gemerkt hat, daß die Zeitung doch zuviel seiner Zeit in Anspruch nimmt, ein anderer aus anderen, persönlichen Gründen. Wir sind im Moment eine reine Männerredaktion, sehen die Legitimationsprobleme, würden gerne Weichen dafür stellen, insbesondere FrauenLesben einen Rahmen anzubieten, in der sie sich eine Mitarbeit vorstellen können. Einige wollen aus der Redaktion dann rauszugehen, wenn FrauenLesben Interesse hätten, dies aber daran zu scheitern drohte, daß zahlenmäßig im Moment viel mehr Männer in der Redaktion wären. Wir haben uns auch einige Gedanken zur Redaktionskonzeption gemacht, so auch über getrennte Redaktionen von Männern und Frauen. Gleichzeitig sehen wir auch, daß viele FrauenLesben sich aus nur zu guten Gründen aus der "gemischten" "Szene" herausgezogen haben, weil eben auch in der "Szene" nur zu oft männliche Dominanzkultur vorherrscht. Für den Moment haben wir beschlossen, den 'kassiber' weiter laufenzulassen. Für einige von uns ist jedoch klar, daß es für eine Zeitung, die nur von Männern gemacht wird, auf Dauer keine Berechtigung gibt und sie auf längere Sicht dann auch aus der Redaktion rausgingen.

Die Redaktion

„Rechtsstaat, höre ich richtig ?"

FRAGTE DER BREMER ANWALT HEINRICH HANNOVER VOR VIELEN JAHREN IM KURSBUCH UND BESCHRIEB SEINE UNENDLICHEN ENTTÄUSCHUNGEN DEN UMGANG DER POLIZEI MIT BÜRGERN BETREFFEND.

Rechtswidriges Verhalten haben sich Polizeikräfte schon häufig vorhalten lassen müssen. Aber auch wenn man den Chaostagen nicht unbedingt selber etwas abgewinnen kann, muß die Behandlung der Punks, oder genauer derjenigen, die von der Polizei zu Punks erklärt wurden, an diesen Tagen durch die Bremer Obrigkeit bedenklich stimmen.

Die Frage ist, ob künftig dieses rigorose und in weiten Teilen sicherlich rechtswidrige Polizeikonzept auch auf andere gesellschaftliche Gruppen Anwendung finden wird. Hierfür spricht, daß Bremens Innensenator Borttscheller bundesweite Anfragen nach dem Einsatzkonzept bekam und die Kommentierung in der FAZ erkennen ließ, daß in ihm ein hoffnungsvoller Nachwuchsmann der harten Linie gesehen wird. Deswegen lohnt es sich einerseits genauer hinzuschauen und anderseits, die hier aufs Juristische beschränkte Kritik ausführlich zu machen.

DAS POLIZEIKONZEPT

Einen Überblick zu geben, fällt auch heute noch schwer, da die Auswertung der Ereignisse noch nicht abgeschlossen ist. Als Quellen stehen natürlich vor allem die zahlreichen Betroffenen, aber auch Zuschauer, Pressevertreter und zuletzt - allerdings nicht mit besonderer Glaubwürdigkeit -Polizeivermerke zur Verfügung.

Die Polizei des Landes Bremen war vorbereitet. Schon bald nachdem bekannt wurde, daß die üblicherweise in Hannover stattfindenden Chaostage bei zu großem Druck nach Bremen verlegt werden könnten, entwickelten die Behörden folgende einfache und brutale Strategie:

» möglichst die Anreise auswärtiger Punks und der zu ihnen Gezählten zu verhindern

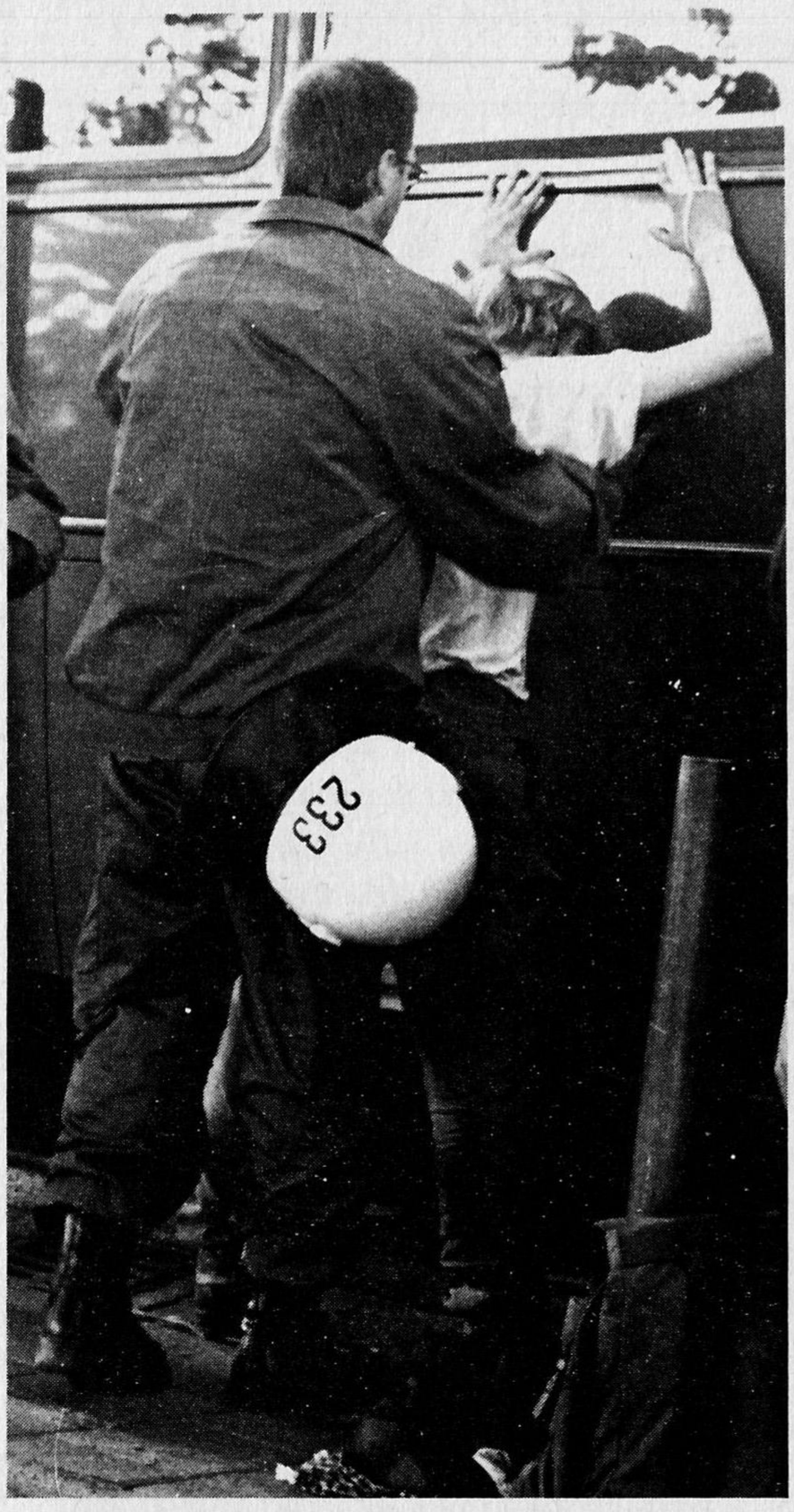
» in Bremen Ansammlungen von ortsüblich Verdächtigen aufzulösen

Im einzelnen:

PLATZVERWEISE IM VORFELD

Bereits in der Woche vor dem 3.8.1996 wurden Platzverweise in Bremen gegenüber Punks oder so aussehenden Leuten ausgesprochen

Am Mittwoch, 31.7.1996, traf es unter anderem eine Gruppe meist nicht Volljähriger, die nicht nur ihre Festnahme zum stadtbekannten 3. Polizeirevier erleben durften. Ihnen wurde überdies ein unbefristetes Stadtverbot für die Stadt Bremen erteilt. Ein aus Bremen bereits aus der Bauwagenszene her Bekannter beantragte gegenüber dem Verwaltungsgericht die Aufhebung des Stadtverbotes; ausgeurteilt wurde dies nicht, da die Behörde selbst das Stadtverbot zurücknahm, als absehbar war, daß das Verwaltungsgericht das Stadtverbot schon wegen



der Unbefristetheit kippen würde. Weiteren vier sich wehrenden Personen gab das Verwaltungsgericht noch am 2.8.96 ebenfalls die Stadtrechte zurück.

ALLGEMEINVERFÜGUNG

Kläger gegen die Allgemeinverfügung des Stadtamtes vom 1.8.1996 fanden sich nicht. Diese im Weserkurier vom 2.8.1996 veröffentlichte Verfügung besagte das Verbot von Ausweich- oder Ersatzverantstaltungen zu den Chaos-Tagen 1996 in Hannover und untersagte "den Personen, die von der Polizei verdächtigt wurden, in Hannover bereits Platzverweise pp. erhalten zu haben" oder die Durchführung oder Teilnahme der von Bremen verbotenen Veranstaltung vorzubereiten, den Aufenthalt in der Stadtgemeinde Bremen bis zum 5.8.1996, sofern sie keinen festen Wohnsitz in Bremen hätten.

Juristen zergeht natürlich der Satz: "... verdächtigt, in Hannover bereits Platzverweis bekommen zu haben..." auf der Zunge, da eigentlich auch behördlicherseits feststellbar sein sollte, ob jemand in Hannover Platzverweis pp. erhalten hat oder nicht.

Wie groß die Zahl der von Platzverweisen Betroffenen bis zum 3.8.96 war, kann nicht gesagt werden; die Polizei behauptet, sie habe in der Zeit vom 30.7.- 4.8.96 476 auswärtigen Personen Stadtverbot erteilt. Diese Zahl ist zweifelhaft. Sie wird wesentlich höher sein, da die Polizei sich sehr unterschiedlich verhielt. So berichteten viele Betroffene, daß ihnen Platzverbote lediglich mündlich, aber mit großem körperlichen Nachdruck erteilt worden seien, sie aber keine schriftlichen Bescheide, Zettel oder ähnliches erhalten hätten. Zudem - so die Polizei - seien die Bremer, welche Platzverbote erteilt bekommen hätten, nicht gezählt worden. Auffällig schon insoweit, daß im Vorfeld des 3.8.1996 lediglich fünf Personen bereit waren, sich mit rechtlichen Mitteln gegen ihre persönliche Platzverweisung zu wehren.

INGEWAHRSAMNAHMEN

Ab dem 2.8. kann von Belagerungszustand in Bremen gesprochen werden. Am Bahnhof wird ein großer Bereich zu einem öffentlichen Knast umgebaut. Die Bilder der umzäunten Bereiche, in die am Bahnhof Ankommende gepfercht wurden, bevor sie von BGS-Einheiten in verschiedenen Züge zwecks Heimreise ver-

bracht wurden, sind bekannt. Auf den Straßen wird quer durchs Stadtgebiet, vor allem im Ostertor-/Steintorviertel Jagd auf Punks pp. gemacht. Aber auch in der Innenstadt werden einkaufende Jugendliche mit Platzverweisen überzogen. Eine autonome Spontandemo wird unmöglich gemacht. Lediglich fünf Personen schaffen es, den Treffpunkt zu erreichen.

Auch im Viertel wohnende Personen erhalten Platzverweise für das Ostertor-/Steintorviertel. Auf Nachfragen, wie sie die Platzverweise erfüllen könnten, kommt die lapidare Antwort: Dann dürft ihr eben nicht das Haus verlassen. Juristisch kommentiert sich ein solcher Platzverweis von selbst.

In der Nacht vom 2. - 3. 8.96 werden dort gegen 2.00 Uhr eine größere Zahl von Personen zunächst eingekesselt, dann in Polizeihaft, sprich in Gewahrsam genommen und zur Gefangenensammelstelle in die von der Bundeswehr geräumte Kaserne Vahr gebracht. Dort soll das neue Polizeipräsidium für Bremen nach entsprechender Umbauphase eingerichtet werden. Zur Zeit stehen die Gebäude leer, so auch die LKW-Garagen, die am Rand des Geländes, Richtung McDonald liegen.

In den 4 Garagen, zum Teil in Polizeiwachen und vermutlich auch in der JVA-Oslebshausen werden im Laufe des 3.8.96 nach Polizeiangaben 315 Personen, davon 116 unter 18-jährige, eingesperrt. Die Haftbedingungen sind bekannt. Die Garagen hatten keinerlei Einrichtung, aus Sicherheitsgründen versteht sich. Die Betroffenen mußten auf nackten Beton ausharren.

Zu Trinken gab es aus einer Wanne voll Wasser, zu der Pappbecher in die Gemeinschaftszellen gebracht wurden. Betroffene berichten, daß sie sich Magen-Darmgrippen durch das verschmutzte Wasser zugezogen hätten. Zu essen gab es für die bereits um 2.00 Festgenommen bis ca. 20.00 Uhr lediglich ein sog. Lunchpaket, allerdings nicht in ausreichender Zahl, es mußte geteilt werden. Allerdings ist ein Lunchpaket für diesen Zeitraum schon sparsam zu nennen. Man darf vermuten, daß die eingesetzten Polizeibeamten knackiger verpflegt wurden.

Kontaktaufnahme zu Anwälten wurde bis auf drei Ausnahmen nicht erlaubt. Die telefonisch geführten Gespräche wurden von der Polizei mitgehört und in einem Fall abgebrochen, als der Betroffene dem Anwalt, die Namen von weiteren Betroffenen, die anwaltliche Vertretung wünschten, mitteilen wollte. Das ist so offensichtlich rechtswidrig, daß jeder Kommentar entbehrlich ist.

Die Polizei streitet nunmehr ab, Kontaktaufnahme zwischen Anwalt und Mandant verhindert zu haben. Sie behauptet nunmehr, daß sie sogar für alle diejenigen Personen, die keinen Anwalt nennen konnten, die Nummer des Anwaltsnotdienstes in Bremen bereitgehalten habe, daß aber lediglich 5 Personen von dem Angebot, einen Anwalt zu verständigen Gebrauch gemacht hätten. Dies ist aus eigener Sicht der Dinge falsch und gelogen. Das wäre schon technisch nicht möglich gewesen, da die Gefangenensammelstelle lediglich über D2-Handy (0172-4204414) und Polizeifunk erreichbar war, diese Gerätschaften aber von der Leitung der Gefangenensamelstelle gebraucht wurden.

So ist die Telefonnummer des Anwaltsnotdienstes vom Verfasser des Artikels selbst der Leitung der Gefangenensammelstelle mitgeteilt worden; dabei mußte allerdings festgestellt werden, daß die Institution "Anwaltsnotdienst" gänzlich unbekannt war. Anrufe gingen bis auf die genannten Ausnahmen denn auch nicht ein.

Zudem wurde die Kontaktaufnahme auch insoweit verhindert, daß der Verbleib von festgenommenen Personen, nach deren Aufenthalt direkt unter Angabe der Namen gefragt wurde, geleugnet wurde. In einem Fall wurde die Ingewahrsamsnahme einer Person auf direkte Nachfragen bestritten; später gehörte die gleiche Person zu den beim Amtsgericht Vorgeführten. Diese Person saß also ca. 22 Std im polizeilichen Gewahrsam und die Polizei leugnete die Festnahme dieser Person !!!

Laut Polizeiangaben wurden 315 Personen im Verlaufe der Chaostage festgenommen, davon 305 aufgrund polizeirechtlicher Gefahrenabwehr, sprich als Ingewahrsamsnahmen. Diese Zahl war selbst für die Gefangenensammelstelle zu groß, so daß versucht wird, Auswärtige zum Bahnhof zu verbringen und zurückzuschicken. Auswärtige werden zum Bahnhof gebracht und zurückgeschickt.

Von den 305 polizeirechlich Festgenommenen werden am 3.8.1996 ab 21.00 Uhr 10 richterlich angehört, davon 7 unmittelbar mittels richterlichen Beschlusses gegen die Interessen der Polizei auf freien Fuß gesetzt. Gegen 10 Personen wird strafrechtlich ermittelt, Vorwürfe u.a. Landfriedensbruch, Sachbeschädigung pp.. Hervorzuheben ist, daß die Polizei einen "Uralt Szene VW-Bulli mit Hannoveraner Kennzeichen", der von als Punker verkleideten Polizeibeamten genutzt wurde, am Sielwalleck verloren hat. Das Polizeiprotokoll vermerkt: Sämtliche Scheiben eingeschlagen, Dellen in der Karossierie, Reifen zerstochen etc.

Man müßte dieses nicht erwähnen, hätte der Polizeipräsident nicht in der Beantwortung der Anfrage der Grünen (auch ?) in diesem Punkt gelogen. Der Polizeipräsident behauptet nämlich auf die Frage. "Wieviele als "Punker" verkleidete Polizeibeamte sind in Bremen im Einsatz gewesen ?" Antwort: "Keine." Abgründe tun sich auf. Es kann spekuliert werden, wieviele SEK'ler als Punks beim Provozieren im Einsatz waren.

JURISTISCHE KRITIK

Mit den rechtlichen Mitteln des Versammlungs-, Polizei- und Strafrechtes soll der Polizeieinsatz legitmiert werden. Nachdem alle Versammlungen vom 2.-4.8.1996 in Bremen verboten wurden und die strafrechtlichen Verfolgungen nach jetziger Kenntnis im Bereich des Normalen blieben, soll sich auf die polizeirechtlichen Ingewahrsamnahmen konzentriert werden.

Diese dürfen nach Bremischen Polizeirecht - gegenüber dem bayrischen Polizeirecht - gem. §§ 15, 16, 17, 2, 3 und 4 BremPolG nur bei Vorliegen konkreter Gefahr vorgenommen werden. Es hat hierzu in den 80ziger Jahren eine Debatte gegeben, nach der in der Bürgerschaft mit den Stimmen der SPD dieser Gefahrenbegriff zum Gesetz erhoben wurde. Alles Schnee von gestern, Herr Scherf ?

Der Gesetzestext heißt wörtlich: "Die Polizei darf eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn dies unerläßlich ist, zur Verhinderung der unmittelbar bevorstehenden Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit von erheblicher Gefahr". Erhebliche Gefahr ist ebenfalls definiert: "eine Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut, wie Bestand des Staates, Leben, Gesundheit, Freiheit oder nicht unwesentliche Vermögenswerte."

Konkreter Gefahrenbegriff bedeutet weiter, daß individuelles Verhalten vorliegen muß. Auszusehen wie ein Punk, oder sich so verhalten, reicht eindeutig nicht aus; Festnahmen hiermit zu begründen ist und war rechtswidrig.

In der Antwort auf die Anfrage der Grünen teilt die Polizei lapidar mit: "... der Nachweis der individuellen Beteiligung im Rahmen dieses Szenarios war nicht zu führen..." Dies korrespondiert mit den beim Amtsgericht eingereichten polizeilichen Mustertext, mit dem die richterliche Bestätigung der Ingewahrsamnahmen erreicht werden sollte, wo es heißt: "Grund der Ingewahrsamnahme des xyz war nicht, daß dieser selbst als Person eine Gefahr darstellt..." Deutlicher konnte die Polizei das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit des eigenen Handelns nicht belegen.

Fortsetzungsfeststellungsklagen, Schadensersatz- und Schmerzensgeldklagen sowie strafrechtliche Anzeigen wegen Freiheitsberaubung im Amt scheinen angezeigt und gut begründbar.

Martin Stucke/Rechtsanwalt

Von Datenspuren und Persönlichkeitsprofilen

Bremer Datenschutzbericht

In der weitestgehenden Multimedia-Vision ist der Bürger ein Mensch, der kaum noch unmittelbare zwischenmenschliche Kontakte im Arbeitsleben oder in der Freizeit hat. Von seinem heimischen Allround-Terminal, von seinem 'integrierten Telefon-PC-TV' aus sieht er fern, telefoniert er, bestellt und kauft er elektronisch; per Bildschirm liest und kommuniziert er. Eine Vielzahl lebenswichtiger Dienstleistungen wird nur noch elektronisch interaktiv angeboten; nur mit einer häuslichen 'Set-Top-Box' ist der einzelne an die Datenautobahn angeschlossen."

Trübe Aussichten, nicht nur für Bremens Landesbeauftragten für den Datenschutz, Stefan Walz, der den Konsequenzen von Multimedia den ersten Beitrag in seinem neuen Jahresbericht (1) gewidmet hat. Aber so klar scheint die Sache nicht... Denn DatenschützerInnen stehen in ihrer Arbeit in der Regel vor dem gleichen Problem wie viele WissenschaftlerInnen, aber z.B. auch zahlreiche Linke und andere SozialarbeiterInnen, die vor allem StellvertreterInnen-Politik machen: Sie arbeiten jahrelang in und zu einem bestimmten, relativ eng begrenzten, Gebiet, entwickeln sich dort zu SpezialistInnen, sind aber kaum noch in der Lage, zu abstrahieren. Statt gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen aufzuzeigen, glänzen sie mit Detailkenntnissen - und kommen fast zwangsläufig oftmals zu falschen Schluß·folgerungen. So ergeht es auch Walz. Zwar soll das oben entwickelte Szenario nicht in die Rubrik 'science fiction' verwiesen werden, doch ist zu konstatieren, da· in der BRD die Multimedia- genauso wie die Internet-Welle derzeit abebbt, die weitere (Dynamik der) Entwicklung nicht absehbar ist.

Zurück zum Tätigkeitsbericht von Stefan Walz: Er und seine KollegInnen geraten, auch ohne daß sich die oben skizzierte Entwicklung bereits vollzogen hat, angesichts der multimedialen 'Errungenschaften' ins Schwimmen: "Die Anonymität des Barkaufs, des Fernsehkonsums, des Telefonierens und der häuslichen Datenverarbeitung entfällt, wenn jede Aktivität 'über das Netz' eine 'Datenspur' hinterläßt.

Persönlichkeits- und Nutzungsprofile können hergestellt werden, der einzelne wird 'gläsern', wenn seine Interessen, Kaufwünsche, Vorlieben, Gesprächspartner usw. registriert und ggf. offengelegt werden.

Die wichtigsten Grundlagen für 'Multimedia' sind bereits heute gelegt. Dies zeigt vor allem der ebenso dynamische wie radikale Wandel der Medienlandschaft. Aus ursprünglich wenigen öffentlichen Sendern ist ein 'duales Rundfunksystem' geworden mit Dutzenden von öffentlich-rechtlichen wie privaten Sendern ..., die über Rückkanäle mögliche 'interaktive' Sendungen wie Tele-Shopping oder pay-per-view anbieten wollen und in Bälde auch können. Aus dem Monopolbetrieb Bundespost ist ein buntscheckiges Telekommunikationssystem mit einer Vielzahl von Netzbetreibern und einer breiten Palette von Telediensten, z.B. von Mail-, Phone- und Voice-Boxen, geworden.

In der Datenverarbeitungslandschaft schließlich werden isolierte Terminals und Großrechnerverfahren zunehmend Vergangenheit. Computer und Telekommunikation sind mobil geworden (Laptops, Notebooks, Mobiltelefon etc.), Informations- und Kommunikationstechnik verschmelzen, Rechner werden unternehmensintern und national ebenso verknüpft wie international über globale Netze wie das Internet.

Die Digitalisierung der Informationsübertragung und der Vermittlungstechnik hebt die traditionellen Grenzen zwischen Massen- und Individualkommunikation, zwischen Computer und Telefon, aber auch zwischen Musik- und Sprachwiedergabe, auf. Die technischen Grundlagen für die Multimedia-Zukunft sind vorhanden. Deren Protagonisten leitet die Vision von der 'Informationsgesellschaft' als globaler, kommerzialisierter und weitgehend privatisierter Informationsstruktur."

Was kann, was soll der institutionalisierte Datenschutz, der sich immer noch im Vorstellungsrahmen seiner 'Gründerzeit', den frühen 70er Jahren, bewegt, da noch bewirken? Hier wird der Datenschutz immer noch als eine Materie verstanden, die ausschließlich die Datenverarbeitung als einen klar definierten, von den Massenmedien und der Telekommunikation eindeutig unterscheidbaren Bereich regelt. Damals wurde ein Datenschutzrecht entwickelt, das, so waren die Zeiten, von eindeutig definierbaren und in ihrer Zahl überschaubaren "datenverarbeitenden" oder "speichernden" Stellen - gleich ob Behörden oder Unternehmen - ausgeht, die als NormadressatInnen anzusprechen sind. "Schon heute, erst recht aber in den künftigen Netzstrukturen, droht 'multizentrische Verantwortungslosigkeit': Die Zahl der Datennutzer, aber auch der 'Relaisstationen' nimmt exponentiell zu. Immer mehr personenbezogene Kommunikationsdaten werden an mehr Stellen registriert und ausgewertet. Die Verantwortung für die Zulässigkeit des Umgangs mit personenbezogenen Angaben verflüchtigt sich. Dementsprechend erschwert wird die externe Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte und Aufsichtsbehörden."

Erschwerend kommt hinzu, daß die DatenschützerInnen ihre "politische Basis, Sozialdemokratie und Grüne, und zweitens ihre Alternativen, die Reform-Utopien der 70er Jahre, verloren. Die Kontrollsysteme für Arbeit und Gesundheitsleistungen sind von Gewerkschaften und Sozialdemokratie gefordert worden. Mit ihnen soll die 'Schwarzarbeit' und die 'Selbstbedienung der Ärzte und der Pharmaindustrie' bekämpft werden. Auch die Bekämpfung des 'Leistungsmißbrauchs' bei Sozialleistungen, also die Kontrolle der Sozialhilfe-EmpfängerInnen, wurde von der SPD mitgetragen... (...) Personenbezogene Datenzuordnung für Müllbeseitigung steht bei grünen UmweltreferentInnen oben auf der Tagesordnung. (...)

Wenn die staatlichen Datenschutzbeauftragten die jeweiligen Verdatungsaktionen in Frage stellen, sitzen sie sofort zwischen allen Stühlen. Den guten Zweck können sie nicht bezweifeln. Wenn sie die kompletten Problemlösungen der elektronischen Rationierung in Frage stellen wollen, benötigen sie ebenso umfassende

Alternativen: Statt Kontrolle der Schwarzarbeit radikale Arbeitszeitverkürzungen, so daß jede/r Arbeit bekommt. Statt Sozialkontrollen Grundsicherung für alle. Statt der Zuteilung von Gesundheitsleistungen Pauschalentgelte für ÄrztInnen und andere AnbieterInnen. (...) Das alles war einmal, ist auf dem Müllhaufen der Utopien gelandet. Die Aussichten des Datenschutzes hängen davon ab, ob es gelingt, solche grundsätzlichen Strukturreformen wieder denkbar zu machen - als Alternative zu Kontrollsystemen." (2)

Walz sieht seine Arbeit zudem durch den von der Bremer Bürgerschaft beschlossenen Doppelhaushalt 1996/97 bedroht. Hatte sein Amt 1995 noch ein konsumtives Budget von DM 190.000, so wurde dies für die beiden Folgejahre um jeweils etwa 16 Prozent auf DM 160.000 gekürzt, wobei der für 1996 veranschlagte Betrag noch unter dem Vorbehalt einer weiteren fünfprozentigen Kürzung steht. Das reicht hinten und vorne nicht, geschweige denn für die Fortbildung seiner MitarbeiterInnen, die lt. Bremer Datenschutzgesetz gefordert sind, zu den Auswirkungen des Einsatzes neuer Informationstechniken Stellung zu nehmen, tatsächlich aber Gefahr laufen, mit ihren IuK-Kenntnissen (3) unter das Niveau der AnwenderInnen in der bremischen Verwaltung zu geraten.

"Die Welt wird alt und wird wieder jung, doch der Mensch hofft immer Verbesserung" (4)

Zahlreiche schriftliche Eingaben von BürgerInnen erreichten den Landesbeauftragten für den Datenschutz auch im vergangenen Jahr. Fast zwei Drittel betrafen Stellen der öffentlichen Verwaltung, hier insbesondere die Polizei. Moniert wurde u.a. das immer aktuelle Problem der polizeilichen Sammelwut, das sich vor allem im Umfang der Speicherung bzw. der nicht erfolgten Löschung ausdrückt (5), Datenabrufe aus dem polizeilichen Informationssystem zu privaten Zwecken, abgelehnte Auskunftsanträge, erkennungsdienstliche Behandlungen, daß mehrere Verhöre im gleichen Raum stattfanden und die Aufbewahrung von Video-Filmen bei Verwarnungen.

Auch beim Datenaustausch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft gibt es "Mängel bei der Löschung". Die Polizei setzt seit Dezember 1993 das Informations-System-Anzeigen (ISA) ein (6), in dem alle Strafanzeigen erfaßt und neu 'gewonnene' Daten ergänzt werden, womit sich alle polizeilichen Daten in der ISA-Datenbank befinden. Bei jeder Erfassung, Nachmeldung, Zusammenführung von Personen, bei Löschung und bei Veränderung berechnungsrelevanter Daten wird vom ISA-Verfahren automatisch ein Programm zur Ermittlung der Löschfrist gestartet. Für die Datenübernahme von der Staatsanwaltschaft werden die ISA-Daten in eine Zwischendatenbank gestellt, von der aus sie abgerufen und in das staatsanwaltschaftliche CANASTA-System übernommen werden. Der Ausgang von Ermittlungsverfahren und der dazugehörige Tatvorwurf werden von der Staatsanwaltschaft sowohl in CANASTA als auch in ISA eingegeben. Bei ISA erfolgt nach Übermittlung des Ausgangsgrundes die Festlegung von Aufbewahrungsfristen für das Verfahren. Soweit geht alles seinen rechtsstaatlichen Gang, aber irgendwie hat Walz dann doch "häufig festgestellt, daß sich in ISA schon längst beendete Verfahren ohne Speicherung eines Verfahrensausgangs befinden". Das liegt u.a. daran, daß die Staatsanwaltschaft bei so manchen beendeten Verfahren doch keine Ausgangsmeldung macht oder aber die Polizei diese nicht zuordnen kann, z.B. bei der Abgabe des Verfahrens an andere Staatsanwaltschaften, bei Verbindung mehrerer Ermittlungsverfahren und bei der Mitverurteilung einzelner Personen in anderen Verfahren.

CANASTA wird aber z.Z. durch SIJUS-Straf, ein Softwarepaket, das bei etwa 50 Staatsanwaltschaften in der BRD eingesetzt wird, abgelöst, die Daten werden übernommen - genauso wie die o.g. "Mängel". Zwar hatte Walz schon in seinem letzten Tätigkeitsbericht umfangreiche Datenschutzanforderungen für den Einsatz des neuen EDV-Systems aufgelistet, doch entschieden wurde, die Entwicklung und Einführung des Verfahrens auch ohne ausreichende gesetzliche Grundlage zu betreiben. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz mußte einmal mehr, wie z.B. vor zwei Jahren bei der Einführung von ISA, hinnehmen, daß "ganze Datenverarbeitungs-Systeme mit teilweise sensiblen Daten in Betrieb genommen werden, ohne daß gleichzeitig ein ... Datenschutzkonzept realisiert ist" (7). Wie es um entsprechende Befindlichkeiten bei der Staatsanwaltschaft bestellt ist, läßt sich schon aus der dortigen "zurückhaltenden bis ablehnenden" Reaktion auf die Forderung, die Diskettenlaufwerke der angeschlossenen PCs zu sperren, damit nicht jede/r ohne großen technischen Aufwand Daten kopieren kann, ersehen.

Dabei ist klar, daß alle Möglichkeiten von Hard- und Software genutzt werden: "Untersuchungen wie das vom BMFT (8) geförderte ... Diskurs-Projekt 'Rechtliche Beherrschung der Informationstechnik' haben gezeigt, daß die Steuerungswirkung datenschutzrechtlicher Normen für die tatsächliche Nutzung vorhandener Informationen durch die 'Anwender' in Wirtschaft und Verwaltung nur begrenzt ist. Erwartungen an lediglich rechtlich verordnete Zweckbindungsgebote oder Nutzungsbeschränkungen sind vielfach enttäuscht worden."

Mit den Aufbewahrungsbestimmungen im Justizbereich hat sich auch die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder befaßt und gefordert, "die derzeit bestehenden Aufbewahrungsfristen konsequent zu vereinfachen und zu verkürzen". Die derzeit generell geltende 30jährige (!) Aufbewahrungsfrist für Strafurteile und Strafbefehle mit der Folge der umfassenden Verfügbarkeit der darin enthaltenen Informationen sei "nicht angemessen", bei den Aufbewahrungsfristen und der Bemessung des Zeitpunktes der Einschränkung der Verfügbarkeit "vielmehr nach Art und Maß der verhängten Sanktionen zu differenzieren". Bei Freisprüchen und Einstellungen des Verfahrens wegen Wegfalls des Tatverdachts müsse dafür gesorgt werden, "daß ein Zugriff auf die automatisiert gespeicherten Daten nur noch zu Zwecken der Aktenverwaltung erfolgen kann".

In welchem Ausmaß Daten bei der Polizei über Jahre hinaus gesammelt werden, konnte ein Mann aus dem Landkreis Osterholz feststellen, der einen Antrag auf Erteilung einer Waffenbesitzkarte gestellt hatte. In dem Verwaltungsverfahren wurden auch beim Polizeipräsidium in Bremen "Erkundigungen zur Überprüfung der Zuverlässigkeit des Antragstellers" (9) eingeholt. Und die BremerInnen gaben wahrhaft umfassend Auskunft über Eintragungen in der Kriminalakte, u.a. schon lange zurückliegende Bagatelldelikte wie Verstöße gegen das Bremische Schulgesetz oder "Schwarzfahren", eine erkennungsdienstliche Behandlung, die Namen der Eltern des Antragstellers sowie Verfahrensdaten zu einer dritten Person - alles Daten, die nicht nur nach Meinung von Stefan Walz "nicht mitzuteilen"

waren. Abgerundet wurde das Bild durch die Kopie des Fernschreibens einer anderen Polizeidienststelle mit dem Hinweis über weitere Ermittlungsverfahren, ohne daß die darin enthaltenen Angaben überprüft wurden, und ohne daß bei Angaben aus zurückliegenden Jahren der Ausgang der Ermittlungsverfahren berücksichtigt wurde.

Per Hausdurchsuchung ins Reality-TV

In zunehmendem Maße sehen sich Männer und Frauen, ob als Tatverdächtige oder als Geschädigte, mit der Tatsache konfrontiert, daß ihre Namen oder sonstige Angaben aus der Privatsphäre nach einer Straftat sofort in den Medien veröffentlicht werden. Beispielsweise werden Sitzungslisten mit den Namen der Angeklagten und dem Tatvorwurf weitergegeben, Anklageschriften oder der Anklagesatz vor der Hauptverhandlung der Presse bekannt oder Polizei oder Staatsanwaltschaft nehmen Fernsehteams bei der Durchführung einer richterlich angeordneten Hausdurchsuchung oder sonstigen Fahndungseinsätzen mit - das sog. Reality-TV (10).
Das "Spannungsfeld zwischen dem grundgesetzlich abgesicherten Informationsanspruch der Medien und dem Schutz des Persönlichkeitsrechts der von Strafverfahren Betroffenen" wird in Bremen wie in anderen Bundesländern durch im einzelnen unterschiedliche Verwaltungsvorschriften geregelt, die über die bundesweit einheitlich geltenden Richtlinien über das Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV) hinausgehen. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hat festgestellt, daß hier Verwaltungsvorschriften nicht ausreichend, sondern "für die Übermittlung von personenbezogenen Daten (eine) bereichsspezifische Rechtsgrundlage" zu schaffen ist. Die Datenübermittlung an die Medien sei "nur ausnahmsweise gerechtfertigt, wenn das Verfahren gerade im Hinblick auf die Person des Betroffenen oder die besonderen Umstände der Tat für die Öffentlichkeit von überwiegendem Interesse" sei.
Aber nicht jedes Ansinnen des Bremer Datenschutzbeauftragten stößt auf (fast) taube Ohren. Der Mann hat auch Erfolge zu verzeichnen. Drei Beispiele: Um zu verhindern, daß gemeinnützige Einrichtungen feststellen können, ob sie Spenden von Personen erhalten haben, deren Straf- oder Bußgeldverfahren gegen Zahlung eines Geldbetrages eingestellt wurde, sind Gerichte und Staatsanwaltschaft nun verpflichtet, sicherzustellen, daß die Zahlungspflichtigen zwischen unmittelbarer Zahlung an die Einrichtung und der Zahlung über die Landeshauptkasse wählen können (auf den Überweisungsvordrucken befindet sich nämlich neben dem Namen das Aktenzeichen des Strafverfahrens). Und auch diejenigen, die in ihrer Abwesenheit ungebetenen Besuch von dem/der Gerichtsvoll-zieherIn bekommen, müssen jetzt nicht mehr damit rechnen, das selbige/r ihnen die Androhung der Zwangsvollstreckung ohne Briefumschlag z.B. in den Briefkasten eines Mehrfamilienhauses wirft oder sein/ihr Begehren per Klebezettel an die Haustür pappt. Nein, jetzt sind Briefumschläge angesagt, auch wenn sich weiterhin "einige Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit oder ohne Kenntnis der Nachbarschaft durchführen" lassen.
Von der Bildungs- und der Sozialbehörde wurden im vergangenen Jahr Formblätter für Elternrundschreiben für Klassen- bzw. Schulfahrten verbindlich vorgeschrieben. Diese können auch zur Beantragung eines Zuschusses bei den Sozialämtern benutzt werden. Bislang mußten Eltern bei Fahrten in ein Bremer Schullandheim ein Formblatt vorlegen, auf dem Schulleitung oder KlassenlehrerIn dann die erstattungsfähigen Kosten der Fahrt aufschlüsselten, bei Fahrten zu anderen Zielen sich zusätzlich Zweck, Ablauf und inhaltliche Schwerpunkte bescheinigen lassen und die Zustimmung der Schulleitung beibringen. Um diesem zwangsläufigen 'Outen' als SozialhilfeempfängerInnen zu entgehen, hatten mitunter Eltern ihre Kinder von der Teilnahme an der Fahrt abgehalten.

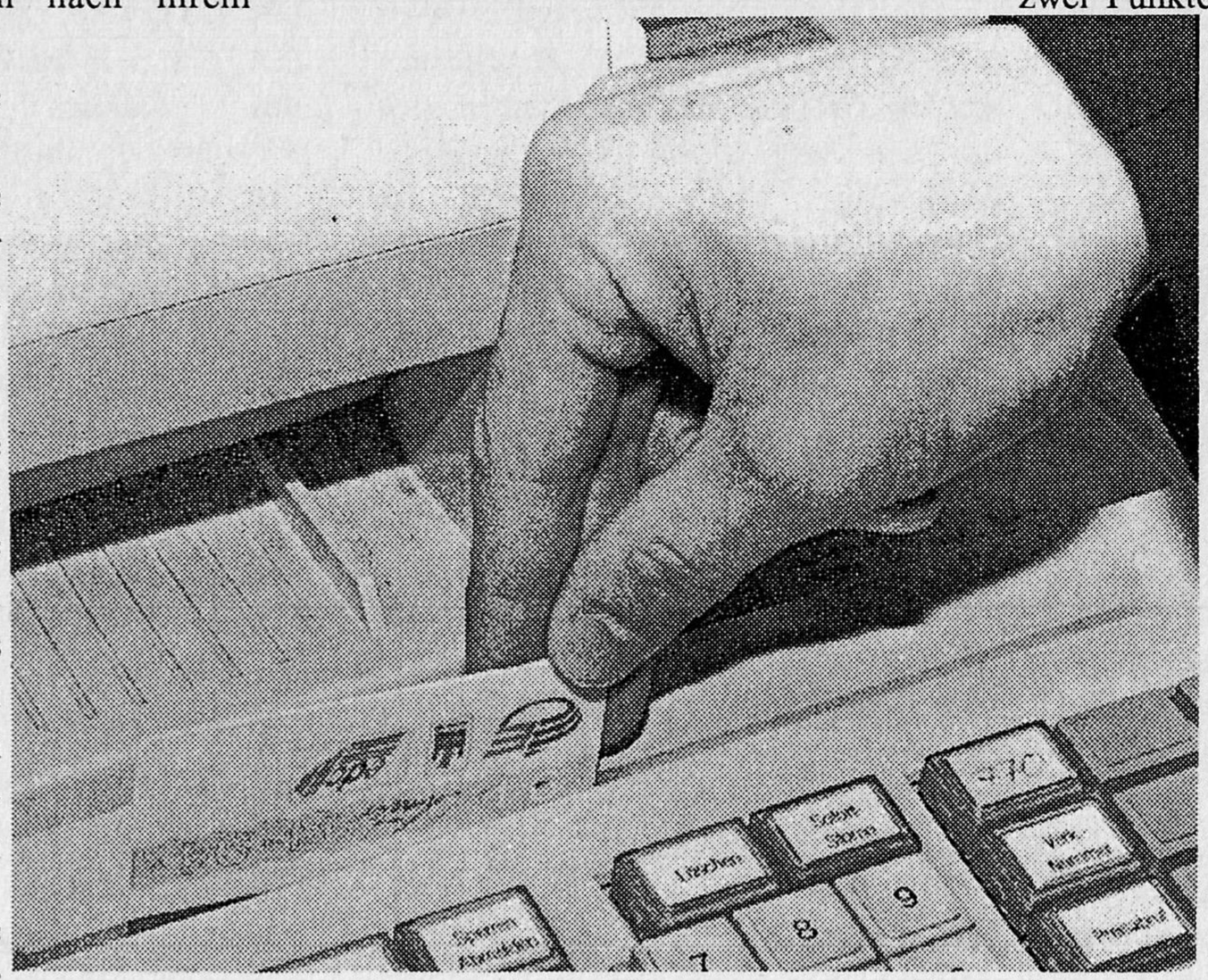
Bekämpfung des "Sozialleistungsmißbrauchs"

Der vor drei Jahren inkraftgetretene sog. Solidarpakt und eine Reihe weiterer Gesetze, die angeblich den "Sozialleistungsmißbrauch" bekämpfen sollen, tatsächlich aber vor allem der Kürzung von Sozialhilfe und Lohnersatzleistungen dienen, setzten eine neue Qualität bei der Überwachung und Kontrolle derjenigen Männer und Frauen, die o.g. Gelder beziehen bzw. beantragen. Walz kritisierte schon vor zwei Jahren, daß es hier "nicht um Einzelprüfung auf begründeten Verdacht hin geht, sondern um 'Rasterfahndung' in Form des Abgleichs von Daten, die unterschiedliche Stellen zwecks der Erfüllung ihrer unterschiedlichen Aufgaben über Leistungsempfänger oder Klienten gesammelt haben" (11).
Die Kreativität der KämpferInnen wider den "Leistungsmißbrauch" scheint indes unbegrenzt. Das verdeutlichen zwei Beispiele, die zwar vorerst scheiterten, aber in nächster Zeit wohl wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden: Ein Antrag Bayerns an die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister des Bundes und der Länder, den Bund aufzufordern, es gesetzlich zu ermöglichen, die an beliebiger Stelle der Verwaltung gespeicherten Daten der BürgerInnen für alle SozialleistungsträgerInnen verfügbar zu machen, wurde abgelehnt. Dieses Ansinnen der CSU-Regierung, vorgesehen war z.B. ein direkter Zugriff der Polizei auf Dateien der Arbeitsämter, hätte die Zweckbindung der Datennutzung und ihre Transparenz für die Betroffenen vollends abgeschafft.
Für erhebliche Unruhe auch bei vielen LeserInnen dieser Zeitschrift dürfte die im Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts (12) enthaltene Idee der Bundesregierung gesorgt haben, alle Frauen bzw. Männer, die in einer WG wohnen, zu verpflichten, dem Sozialamt Auskunft über Einkommen und Vermögen zu geben, wenn ein/e MitbewohnerIn Sozialhilfe beantragt oder erhält. Es sollte dann Aufgabe der Erstgenannten sein, die Vermutung zu entkräften, daß sie mit dem/der HilfeempfängerIn gemeinsam wirtschaften; gelänge dies nicht, würde letzterer die Hilfe gekürzt bzw. die MitbewohnerInnen in Regreß genommen.
Unabhängig davon, daß das Vorstellungsvermögen der Damen und Herren MinisterInnen betreffs Wohngemeinschaften sich immer noch auf dem geistigen Niveau der Schreckensszenarien der 70er Jahre (Kommunen oder so, in denen alles geteilt wird) bewegen dürfte, und daß WGs heutzutage vor allem 'Zweckbündnisse' insbesonderer junger Leute aufgrund hoher Mieten - und nur selten mit der Perspektive gemeinschaftlichen Lebens verbunden - sind, hätte eine solche Regelung der Schnüffelei in der Privatsphäre Tür und Tor geöffnet.

Diejenigen, die Sozialhilfe beziehen - oder perspektivisch beantragen müssen oder wollen - hätten nach ihrem Inkrafttreten wohl (noch) größere Schwierigkeiten, eine WG zu finden. Über die jetzt schon immer öfter vollzogenen Befragungen bei 'Verdacht' auf eine sog. nichteheliche Lebensgemeinschaft hinaus, hätten alle BewohnerInnen von WGs Fragebögen des Sozialamts ausfüllen und mit amtlichem Besuch zwecks Überprüfung der Angaben rechnen müssen (13).
Hierzu paßt die Meldung, daß die Senatorin für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport in Fällen, in denen für die Zuweisung eines Schülers zu einer öffentlichen Schule bei mehreren Wohnsitzen der Hauptwohnsitz maßgeblich ist (und die Behörde entsprechenden Angaben der Schülerin bzw. deren Erziehungsberech-tigten nicht glaubt), "Wohnsitzfeststel-lungsprüfungen" durchführen läßt. Hier reichen angeblich weder amtliche Dokumente noch die Bestätigung der Meldebehörde. Also läßt man uniformierte BeamtInnen der zuständigen Polizeireviere auch in der Nachbarschaft Erkundigungen über die Familie einziehen...

Ende des PatientInnengeheimnisses?

Menschen, die sich in Fragen Gesundheit bzw. Krankheit ihren ÄrztInnen anvertrauen, gehen davon aus, daß die dabei vermittelten, zu den persönlichsten und heikelsten Daten einer Patientin gehörenden, Daten durch die ärztliche Schweigepflicht geschützt sind. In den letzten Jahren aber hat sich die Automatisierung der Datenverarbeitung gerade im 'Gesundheitswesen' rasant weiterentwickelt, es stellt sich die Frage, inwieweit vom sog. Patientengeheimnis überhaupt noch die Rede sein kann.
Geplant wird die "versichertenbezogene Transparenz des Leistungsgeschehens", was nichts anderes heißt als die Rationalisierung der 'Gesundheitsverwaltung' insgesamt und die technische Kontrolle nicht nur der



LeistungserbringerInnen (z.B. ÄrztInnen, Krankenhäuser, Apotheken), sondern auch der Versicherten durch die bessere Auswertbarkeit der Daten. Erreicht werden soll das über das Verbot für Krankenkassen, Abrechnungen der LeistungserbringerInnen anzuerkennen, wenn sie nicht auf maschinell lesbaren Datenträgern übermittelt worden sind. Ziel dieser Gesetzesregelung ist die Feststellung, welche Leistungen aufgrund welcher Diagnosen für einzelne PatientInnen abgerechnet worden sind. Da sich die Finanzierungsdefizite im Gesundheits- und Sozialbereich weiter zuspitzen dürften, läuft dies über kurz oder lang auf eine administrative Gesundheitsberatung, Kontrolle und risikobezogene Selektion hinaus (14).
Doch noch stehen die Tücken der Technik dieser Entwicklung im Wege. Zwar gilt das Abrechnungsverbot an die Kassen bei nicht EDV-gerechten Datenträgern seit Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes am 21.12.92 mit Wirkung vom 1.1.95. Letztere Frist wurde aber zunächst bis zum 1.1.96 verlängert, dann bis zum 31.12.97. Dies hat sicherlich auch damit zu tun, daß die Auseinandersetzung jetzt nicht mehr nur zwischen ÄrztInnen(verbänden) und Kassen auch auf juristischer Ebene läuft, sondern eine öffentliche Kontroverse über den Einzug der EDV in die Gesundheitsverwaltung und deren Folgen für das Persönlichkeitsrecht von Versicherten/PatientInnen stattfindet, an der sich nicht mehr nur DatenschützerInnen, Gesundheitsläden und einige 'alternative' ÄrztInnen beteiligen.

Die veröffentlichte Meinung war im Frühjahr vor allem durch die Kritik an zwei Punkten bestimmt: ZahnärztInnen und ihre Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung weigerten sich, die Daten im geforderten Umfang zu liefern, weil die Fülle der Daten es den Kassen gestatten würde, entgegen dem Gesetz, den Abrechnungsdatensatz versichertenbezogen auszuwerten.
Diejenigen, die sich in den 80er Jahren etwas genau mit der Volkszählung befaßt haben, aber auch jene, die nicht wie die meisten kassiber-RedakteurInnen ihren Mathematikunterricht mit sonstwas verbracht haben, könnten eine Vorstellung davon haben, daß allein die Fülle fallbezogener, d.h. nicht unmittelbar auf die einzelne Versicherte bezogener, Daten es den Kassen technisch ermöglicht, durch elektronischen Abgleich die von den Abrechnungsunterlagen betroffenen PatientInnen doch zu identifizieren und versichertenbezogene Auswertungen zu den unterschiedlichsten Zwecken vorzunehmen.
ÄrztInneninitiativen wehrten sich dagegen, die im gesetzlich vorgeschriebenen Datensatz enthaltenen Diagnosen wie gefordert mit dem sog. ICD-10-Schlüssel zu codieren. Während die auf der Krankenversichertenkarte (15) gespeicherte Krankenversicherungsnummer die elektronische Zuordnung von Abrechnungssätzen zu den einzelnen Versicherten ermöglicht, eröffnet die Codierung der Diagnosen die Auswertung der Datensätze nach bestimmten medizinischen Kriterien, nach Wunsch auch versichertenbezogen. Zwar befindet sich auch jetzt schon eine als Stichwort genannte Diagnose auf den Abrechnungsunterlagen, die Codierung (mit einer auf eine Zahl verkürzte Angabe) führt aber zu einem völligen Informations- und Kontextverlust und potenziert bei der schematischen Auswertung die Gefahr einer falschen fallübergreifenden Aussage und führt zu verhängnisvollen Etikettierungen und Diskriminierungen der Betroffenen. Viele der im ICD-10-Schlüssel vorgeschriebenen Codierungsziffern transpor-

tieren denn auch weniger die Diagnose von Krankheiten, sondern denunzieren unangepaßtes Verhalten, z.B. die Schlüssel für "antisoziale Persönlichkeit", "oppositionelles Verhalten" des jugendlichen Patienten, "Erziehungsfehler der Eltern", "exzessive sexuelle Lust" oder "Konflikte mit Vorgesetzten". Insgesamt 14.000 Ziffern umfaßt der Diagnoseschlüssel, so ist die "Intelligenz" in 30 Stufen zu beurteilen, allein für die Codierung eines Motorradunfalls gibt es z.B. 72 mögliche Ziffern (16).

Das Bundesministerium für Gesundheit hat aufgrund der öffentlichen Kritik zunächst die offen diskriminierenden Schlüssel für unangepaßtes Verhalten außer Kraft gesetzt, inzwischen wurde - ohne Gesetzesänderung - die Codierungspflicht, die eigentlich ab dem 1.1.96 gelten sollte, um zwei Jahre verschoben, in deren Verlauf der Code überarbeitet werden soll.

Bewegungprofile und ausgewertetes Konsumverhalten

Immer größere Verbreitung finden "elektronische Geldbörsen" und andere kartengestützte Zahlungssysteme. Nicht nur beim Telefonieren und an Warenautomaten, auch im öffentlichen Personennahverkehr zahlreicher Städte oder bei der Deutschen Bahn AG kann bargeldlos bezahlt werden, und AutofahrerInnen können ebenso auf das Portemonnaie verzichten, ob beim Parken, Tanken oder künftig bei der Benutzung von Autobahnen. Zum elektronischen Bezahlen werden entweder Kreditkarten, Debitkarten oder Guthabenkarten eingesetzt. Was vielen NutzerInnen nicht klar sein dürfte, ist, daß bei Kredit- und Debitkarten sämtliche Zahlungsbeträge verbucht und für mindestens sechs Jahre gespeichert werden. Bei Guthabenkarten wird hingegen im voraus ein Guthaben eingezahlt und bei jeder Zahlung das Guthaben entsprechend herabgesetzt; die Zahlungsbeträge müssen keiner Käuferin zugeordnet werden.

Das wesentliche Datenschutzrisiko der Kredit- und Debitkarten besteht darin, daß aus Abrechnungsgründen gespeicherte personenbezogene Daten ausgewertet und zweckentfremdet genutzt werden könnten. So lassen sich z.B. Bewegungsprofile erstellen, wenn Fahrscheinkäufe und Autobahngebühren ausgewertet werden, das Konsumverhalten wird bis ins Detail nachvollziehbar, wenn perspektivisch auch Kleinkäufe am Kiosk abgerechnet werden. Weitere Risiken ergeben sich über den Datenverkauf für Werbung und Marketing. Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder fordert die "Kartenherausgeber und die Kreditwirtschaft dazu auf, kartengestützte Zahlungssysteme zu entwickeln, die möglichst ohne personenbezogene Daten auskommen, und deren Anwendung so zu gestalten, daß ein karten- und damit personenbezogenes Clearing nicht erfolgt. Der Gesetzgeber muß sicherstellen, daß auch in Zukunft die Möglichkeit besteht, im wirtschaftlichen Leben im gleichen Umfang wie bisher anonym zu bleiben."

Willi Leow

Anmerkungen:

(1) Der Landesbeauftragte für den Datenschutz der Freien Hansestadt Bremen (Hg.), 18. Jahresbericht, 92 Seiten, A4. Der Bericht umfaßt den Zeitraum vom 1.3.95-29.2.96 und kann beim o.g. Amt angefordert werden (Postfach 10 03 80, 27503 Bremerhaven). Alle Zitate, wenn nicht anders angegeben, entstammen diesem Bericht.

(2) aus: Jan Kuhlmann, BürgerInnen auf Karten. Totalerfassung durch sozialökologische Rationierungssysteme, in: kassiber 24, Januar 1995, S. 35ff. Aufmerksame, an der Materie "Datenschutz" interessierte LeserInnen mag das Gefühl eines Deja-vu-Erlebnisses beschleichen. Von daher gesteht der Autor, diese, das Dilemma der DatenschützerInnen treffend beschreibende, Passage schon in einem Artikel in kassiber 26 (s.u.) zitiert zu haben.

(3) IuK = Informations- und Kommunikationstechnologien.

(4) aus: Friedrich Schiller, Hoffnung.

(5) s. Willi Leow, Gläserne BürgerInnen statt transparenter Staat, in: kassiber 23, Oktober 1994, S. 21ff.

(6) ISA ist ein dezentrales Informationssystem, über etwa 140 PC in Bremen können PolizistInnen damit online aus folgenden Datenbeständen abfragen: Kfz-Halterinformationssystem des Bundes (ZEVIS) und des Landes Bremen (FAZID), Einwohnermeldedatenbank des Landes (EDAS/DEMOS), Polizeiliches Informationssystem über Strafverdächtige und Täter, Anzeigeerstatter und Geschädigte im Lande Bremen (ISA), Polizeiliche Zentral- und Verbunddatei beim Bundeskriminalamt (INPOL), Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt (AZR).

(7) s. Willi Leow, Gläserne BürgerInnen statt transparenter Staat, a.a.O.

(8) BFMT = Bundesministerium für Forschung und Technologie.

(9) Vgl. ı 5 i. V. m. ı 30 Waffengesetz.

(10) Hier sind besonders und regelmäßig DrogengebraucherInnen auf der sog. Offenen Szene und in ihren Unterkünften sowie Flüchtlinge betroffen. Zu einem Einsatz einer polizeilichen "Sondergruppe" gemeinsam mit "Focus"-Reportern gegen zwei kurdische Männer s.: ARAB, Bremen hat einen Polizeiskandal allerersten Ranges, in: kassiber 24, Januar 1995, S. 23ff.

(11) s. Willi Leow, Gläserne BürgerInnen statt transparenter Staat, a.a.O.

(12) Bundestags-Drucksache 13/2440.

(13) Die von der Bundesregierung nach der Ablehnung durch den Bundesrat zugesagte Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten führte lediglich dazu, daß einige Zeit später ein im wesentlichen unveränderter Änderungsantrag eingebracht wurde, der zwar im federführenden Gesundheitsausschuß des Bundestages abgelehnt wurde - aber lediglich mit der Begründung, er werfe eine Reihe von Fragen auf, die jetzt nicht abschließend erörtert werden könnten.

(14) [Beispiel Großbritannien]

(15) s.: Willi Leow, "Das technisch Machbare drängt immer nach Umsetzung", in: kassiber 26, Juli 1995, S. 12ff; sowie: Krankenversicherungskarte - Der erste Schritt zur Gesundheitskarte, in: kassiber 23, Oktober 1994, S. 23.

(16) Weser-Kurier, 21.12.95.

VerbraucherInnenprofile durch KundInnenkarten in GB und anderswo

Konsum, Karte, Kontrolle

In Großbritannien hat seit einem Jahr die verschärfte Konkurrenz unter den führenden Supermarktketten auf die einzelnen VerbraucherInnen eine erstaunliche Konsequenz: Nach Jahren der Entpersonalisierung und Rationalisierung in Mega-Märkten wie "Tesco", "Safeway" oder "Sainsbury" soll wieder auf die individuellen Wünsche der KundInnen eingegangen werden.

Natürlich wird hier nicht die persönliche Bindung zwischen KonsumentIn und VerkäuferIn Ö la "Tante-Emma-Laden" revitalisiert, sondern die Chefetagen setzen nun auf eine EDV-gestützte Kundenprofil-Bestimmung. Den Anfang machte Britanniens größte Kette, Tesco, im vergangen Jahr. Unter dem Kampfbegriff "micro-marketing" wird von ihrer Planungsabteilung angestrebt, kleine Gruppen von KonsumentInnen und sogar einzelne KundInnen in ihren Konsumgewohnheiten zu "identifizieren" und ihnen genau das Produkt zu verkaufen, das sie angeblich brauchen. Mit genannter Identifizierung beginnt ein gewaltiger Durchleuchtungsaufwand: Zuerst einmal müssen bei Tesco die KundInnen geködert werden, ihre persönlichen Daten abzugeben. Einkaufende bei Tesco werden umworben, sich ihre persönliche "Clubcard" ausstellen zu lassen. Dies ist keine Kreditkarte im herkömmlichen Sinne, sondern ein elektronisches Bonheft, in dem jedes einzelne Produkt eines jeden Einkaufes gespeichert wird - ab einer bestimmten Einkaufssumme winken Vergünstigungen auf "Tesco"-Produkte. Diese Datensammelwut ermöglicht es Tesco, schon nach kurzer Zeit bestimmte Vorlieben ihrer regelmäßigen KundInnen ausfindig zu machen.
Dann kann es passieren, daß die Kundin - mit ihrer Zuneigung zu einer bestimmten Art von Keksen - auf einmal ein Werbeangebot geschickt bekommt, das ihr ein neues Produkt ähnlichen Geschmacks schmackhaft machen will. Oder es geht an den Haushalt, der regelmäßig guten Rotwein kauft, eine Einladung von Tesco zu einer Weinprobe im Supermarkt - alles ganz unverbindlich und natürlich nur im Sinne der VerbraucherInnen.
Über 150 Millionen Pfund (rund 400 Millionen Mark) an Gutscheinen und Vergünstigungen für die ca. 6,5 Millionen Clubkarten-BesitzerInnen hat sich Tesco diese Kampagne bisher kosten lassen (1).
Auf der Jagd nach dem möglichst genauen KundInnenprofil lohnt sich diese Investition schon jetzt. Langfristig spart Tesco so Milliarden durch Optimierung ihrer Werbestrategie, da jetzt, bis auf eine einzelne Person genau, gezielt für ein Produkt geworben werden kann.
Die sonst üblicherweise mitumworbene Menge von KonsumentInnen, für die jenes spezifische Werbeangebot gar nicht erst in Frage kommt, bleibt ausgespart. Zudem versucht Tesco so, im heißumkämpften Markt der "hypermarkets" seine KundInnen durch die Verlockungen des beständigen Bonuspunkte-Sammelns an sich zu binden. Im Hintergrund aber geht es noch um einen ganz anderen Markt: den Handel mit KundInnenprofilen.

Milliardendeals mit Privatdaten

Eine US-Marktforschungsfirma (2) spricht von 2/3 aller Großunternehmen, die neuerdings auf "data warehouses" genannte

Datenbanken zurückgreifen. Eine solche Datenbank sammelt und speichert alle KundInnen-Informationen. zu denen eine Firma Zugang hat, und analysiert sie, um Markttrends ausfindig zu machen und VerbraucherInnenprofile kleinerer Gruppen zu erstellen. Die Datenbankfiorma Oracle stellte kürzlich ein "data warehouse" mit vier Terabytes Speicherkapazität vor - auf Britannien bezogen wären dies rund 200 Megabytes pro Haushalt (3).

So kommt Tesco nicht nur durch eine rationalisierte Marketingstrategie zu einer Steigerung seiner Profitrate, sondern mischt nun ebenso im Milliardenmarkt der Konsument-Innendaten mit, indem die gesammelten Profile an andere Firmen weiterverkauft werden.

Inzwischen findet ein reger Austausch dieser Daten statt - zwischen Supermärkten wie Tesco (Somerfield und Safeway zogen vor kurzem auch mit eigenen Clubkartensystemen nach) und Firmen wie der Fluggesellschaft Air Miles oder Shell, mit teilweise übertragbaren Vergünstigungen beim Konsum von Firma zu Firma (4). Die Nobelhotelkette Ritz-Carlton z.B. sucht auch weiterhin, "die unausgesprochensten Wünsche und Bedürfnisse" ihrer Gäste zu erfüllen und hat aus diesem Grund schon die "unausgesprochenen Wünsche" von 120.000 Personen gespeichert (5).

Bald auch hier...

In der BRD ist die Entwicklung noch nicht so weit. Allein die schon immer mit KundInnenkarten arbeitenden Großhandelsketten wie z.B. Metro haben im Moment die Möglichkeit, das Einkaufsverhalten ihrer KundInnen zu speichern und auszuwerten. Bei der Metro ist jedes einzelne Produkt, welches einE KundIn gekauft hat, auf dem Computer abrufbar. Aufgrund dieser Datenbank, werden halbjahresweise Metro-KundInnen benachrichtigt, daß sie erst für weniger als DM 500,- dort eingekauft haben (6).

Die Daten für ein ausgereiftes KundInnenprofil sind bei der Metro also schon jetzt vorhanden. Gerade Kreditkartenunternehmen verfügen auch hierzulande über eine Fülle von Daten ihrer KundInnen, denn jeder einzelne Einkauf mit Karte bleibt bis zu sechs Jahre gespeichert. Die American Express Corporation (Amexco) z.B. verdient sich ein Zubrot mit dem Verdealen von KundInnenprofilen. Ein Partnerhotel der Amexco wendet sich aus werbestrategischen Gründen an diese und bekommt prompt eine Datei mit 48.000 potentiellen KundInnen, die in den vergangen 12 Monaten in vergleichbaren Hotels in den USA nächtigten (7).

Inzwischen werden von den Kreditkartenunternehmen KundInnenprofile auch zu deren angeblichen Schutz benutzt: Über die Jahre hinterläßt der oder die KartenbenutzerIn eine Datenspur, die einen Eindruck des jeweiligen Konsumverhaltens vermittelt. Taucht nun auf einmal eine dem Profil ganz und gar nicht entsprechende Buchung auf, reagiert das System mit einer Sperrung der Karte. Dieses System wird in den USA und in den Niederlanden (Eurocard) schon angewandt, in der BRD allerdings noch nicht (8). Wir stehen hier erst am Anfang einer Entwicklung, und da gerade in der BRD die Öffentlichkeit im Bereich Datenschutz sensibler reagiert als in den USA oder Großbritannien, ist die Umsetzung dieser neuen "Konsumleitsysteme" jenen Ländern noch etwas "hinterher". Modellversuche wie die "elektronische Geldbörse" aber zeigen, daß es auch hier nur noch eine Frage der Zeit ist, bis wir als KonsumentInnen gläsern werden.

Kontrollmöglichkeiten ??

Neben der intensivierten Steuerung von Konsumverhalten fährt gerade das profitable Weiterverdealen von Datenprofilen zu einer ungeheuren Sammelwut größerer Firmen, welche bald sicherlich die der staatlichen Instituionen in den Schatten stellen wird. Gerade im Bereich der Wirtschaft läßt sich aber das Sammeln von Daten und der Umgang mit ihnen noch viel weniger kontrollieren und reglementieren - dem Datenschutz bietet sich hier in Zukunft kaum eine Möglichkeit zum Eingreifen. Staatlichen Stellen gegenüber müssen Datenbestände zwar eigentlich gemeldet werden, doch wird dieses gesetzeswidrigerweise oft nicht getan (9) und es bleibt ohnehin anzuzweifeln, ob so ein wirklicher Schutz gewährleistet werden kann. Die KonsumentInnen erfahren in der Regel sowieso nicht, ob sie in ihrem Konsumverhalten gerade gespeichert werden oder nicht.

Mahmout el Khalil

Anmerkungen:

(1) The Observer, 7.4.96.
(2) "Forrester Research" aus Massachusetts; nach: The Guardian, 7.12.95.
(3) The Guardian, 7.12.95.
(4) Ebd.
(5) Ebd.
(6) Auskunft in einem Gespräch mit einer Ex-Angestellten der "Metro".
(7) Beat Leuthardt: Leben online, rororo aktuell, Reinbek 1996, S. 141.
(8) Ebd., S. 140.
(9) Ebd., S. 142.

BAHAMAS

Nr. 20 – Sommer 1996

Schwerpunkt: Elemente des Antisemitismus

* Deutsche Antworten auf die soziale Frage *
* Linksradikale für kulturelle Erweckung *
*„Frieden" im Nahen Osten *
* Antiimperialismus und Antizionismus *
* Phantom Kollektivschuld *
* Goldhagendebatte *
* Deutschen Fernfuchtlern mißfällt Dayton *
* Kommunitarismus *
* 200 Jahre deutsche Intelligenz u.a.m *

Abonnement DM 18 für drei Ausgaben; Einzelpreis DM 6
(nur Vorauskasse / Briefmarken)

Fon/Fax: Berlin 030 / 623 69 44, Postfach 620 628, 10796 Berlin; Konto: E. Müller, Nr. 12005270, Berliner Volksbank; BLZ 100 900 00

Der Castor kommt - der Castor kommt nicht - der Castor kommt ...

Soll es dieses Jahr noch weitere Castor-Transporte ins Zwischenendlager Gorleben geben oder nicht? Die Pressemeldungen widersprechen sich, die Zeichen lassen sich nicht leicht deuten.

Das niedersächsische Innenministerium hält im Moment noch daran fest, daß 1996 kein Castor mehr gen Gorleben rollen wird, da eine „Sicherung" des Transports nicht zu gewährleisten sei. Erstens hat die niedersächsische Polizei Kapazitätsprobleme durch die angelaufenen Überstunden beim Castor im Mai 1996 und bei den „Chaostagen" im August.

Zweitens hält das Innenministerium einen Transport während der dunklen Jahreszeit sowieso für nicht durchführbar: Im Herbst und Winter sind die Nächte so lang, und diese gehören bekanntlich nicht den Machthabern, sondern dem militanten, unappetitlichen Pack.

Dessenungeachtet hält die GNS - Gesellschaft für Nuklearservice - als die für die Transporte zuständige Betreibergesellschaft an einem bzw. mehreren Castortransporten im November fest. Nach wie vor favorisiert die GNS die sogenannte Konvoi-Lösung, bei der mehrere Castor-Behälter auf einmal eingelagert werden. So sollen - ginge es nach der GNS - im November gleich drei Behälter ins „Zwischenlager" gebracht werden, zwei (mit insgesamt 38 Brennelementen) aus dem AKW Neckarwestheim und einer (ein „alter" Castor mit 8 Brennelementen) aus dem AKW Gundremmingen. Die technischen Voraussetzungen dafür werden im Moment geschaffen: Der Gleisanschluß am Verladekran in Dannenberg wird verlängert und eingezäunt, so daß ein Zug mit mehr als einem Castor an Bord auf dem Verladebahnhofgelände abgestellt und nach und nach ausgeladen werden kann. Baubeginn dieser Maßnahme war am 12. August. Nur eine Woche vorher fand - vom Widerstand weitgehend unbeachtet - ein Probelauf für den nächsten Transport statt. Ein leerer Behälter der neuen Castor-Generation (mit Platz für 19 statt wie bisher 8 Brennelemente) rauschte in Dannenberg ein, wurde verladen und ins Zwischenlager gefahren.

Die Vorbereitungen der Gegenseite laufen also auf vollen Touren, nicht nur bei der GNS. Auch Polizei und Bundesgrenzschutz wollten nach ihrer eher kläglichen Vorstellung beim letztenmal die Gelegenheit eines Probelaufs nutzen und neue Vorgehensweisen einüben. Der leere Behälter wurde mit großem Aufgebot gesichert, schweres Gerät an strategisch günstigen Punkten verteilt, ca. 300 DemonstrantInnen sahen sich acht Wasserwerfern gegenüber, vier Truppenhubschrauber des BGS kreisten über dem Ganzen, kamen dann aber doch nicht zum Einsatz. Daß die AtomgegnerInnen diesen Probe-Castor verschlafen haben, hat also wenigstens den Bütteln ihren Testlauf vermasselt. Festzuhalten aber bleibt: Der Widerstand ist im Sommerloch verschwunden

Obwohl ein weiter Transport in diesem Jahr noch lange nicht vom Tisch ist, laufen die Vorbereitungen für eine neue Kampagne im Moment nur schleppend. Das ist angesichts des gewählten Mottos um so bedenklicher: NIX, lautet die Parole. Das soll zum Ausdruck bringen, daß es noch keine ausgemachte Sache ist, daß wir den dritten Transport auch nicht verhindern, sondern allenfalls noch besser behindern und noch teurer machen können. Das Ziel ist klar: X3 soll gar nicht erst eintreten, ein dritter Transport soll gar nicht erst losfahren. Ihn zu behindern, wenn er denn losgefahren ist, ist nur die zweitbeste Lösung. Nimmt mensch die Idee ernst, die hinter NIX, steht, dann ergibt sich, daß der Schwerpunkt einer neuen Kampagne auf das Vorfeld des möglichen Transporttermins gelegt werden muß. Mit anderen Worten: Spätestens ab September müßte es richtig losgehen. Tatsächlich fehlt aber an einer durchdachten Strategie für NIX, noch sehr viel. Das liegt unter anderen daran, daß eine solche von Teilen des Widerstandes auch nicht gewünscht wird.

Zur Situation nach dem letzten Castor: Im großen und ganzen waren die Aktionstage zu X" ein voller Erfolg. Es waren viel mehr Menschen da als beim ersten Tag X, alle haben Widerstandserfahrung gesammelt, vieles war praktisch möglich, trotz der riesigen Polizeipräsenz. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich nach X" noch mehr Menschen mobilisieren lassen werden, sich außerdem immer weniger Leute durch den gesetzlichen Rahmen in ihrem Handeln einschränken lassen.

Im Gefolge der letzten Aktionstage, dem z.T. sehr harten Bullenvorgehen und den Auseinandersetzungen zwischen Verladekran und Splietau am Transporttag ist aber natürlich mal wieder eine Diskussion um den Nutzen und die Zulässigkeit einzelner Aktionsformen entbrannt. Die eine Seite (darunter Teile der BI Lüchow-Dannenberg) schreibt den Erfolg von X" weitestgehend der massenhaften Mobilisierung zu und setzt demzufolge für die Zukunft konsequent auf Masse. Wenn es uns gelingt, so die Theorie, beim nächsten Mal 20.000 Leute auf die Beine zu bringen, dann haben wir gewonnen. Weitere Planung erübrigt sich. Friedlicher, massenhafter Protest ist der Weg zum Erfolg. Militante Aktionen oder Anschläge sind in diesem Kalkül nicht so wichtig, schädlich oder gar gefährlich. Ein kurzer Blick auf das Schicksal der Friedensbewegung sollte die Erfolgsaussichten einer Bewegung, die sich auf Massendemonstrationen und Sitzblockaden beschränkt, eigentlich deutlich machen, tut es aber offensichtlich nicht.

Die andere Seite setzt auf Vielfalt und Unberechenbarkeit, auf die gesamte Bandbreite des Widerstands. Sitzblockaden und Schienensägen, Treckerdemonstrationen und Kleingruppenaktionen, gewaltfrei oder militant... - alles hat seinen berechtigten und notwendigen Platz im Widerstand. Das eine würde ohne das andere nicht zum Erfolg führen, und gerade die Mischung macht auch einen großen Teil der Attraktivität des wendländischen Widerstands aus.

„Wenn die jetzt anfangen zu singen, dann mach' ich einen Ausbruchsversuch."

Das Nebeneinander der unterschiedlichsten Aktionsformen erfordert natür-

lich von allen Beteiligten ein erhebliches Maß an Toleranz. Den einen wird übel, wenn da schon wieder jemand einen Kanon anstimmt, andere fühlen sich durch die räumliche Nähe zu „Chaoten" bedroht, weil sie z.B. glauben, daß die Bullen dann härter vorgehen, oder weil sie der Meinung sind, daß militantes Auftreten die „gute Sache" gefährdet. Wieder einmal steht die „Gewaltfrage" auf der Tagesordnung. So nervig das ist für alle, die diese Diskussion schon 81mal geführt haben: Wenn der Bedarf besteht, dann muß mensch sich auf diese Diskussion einlassen. Für viele stellt sich die „Gewaltfrage" im Rahmen der Castor-Transporte zum ersten Mal, ein überhebliches Abwinken der alten Hasen kann in dieser Situation nur schaden.

Komm' mit mir ins Abenteuerland

Von den Aktionen gegen die Castor-Transporte geht eine große Faszination aus: Hier sieht mensch, daß erfolgreiche Gegenwehr gegen das, was einer nicht paßt, möglich ist. Hier hat zum ersten Mal seit Jahren eine Teilbereichsbewegung die Aussicht auf einen Etappensieg. Wenn das Wendland ruft, strömt alles zusammen: Einheimische und Auswärtige aus allen Teilen der BRD, jung und alt, BewegungsveteranInnen und Jugendumweltbewegte, Kleingruppen, Einzelpersonen, Neugierige, Aktionswillige etc. Sogar die Autonomen, die sich größtenteils Mitte der Achtziger aus der Anti-AKW-Bewegung verabschiedet haben, sind wieder dabei.
Allerdings verhalten sich viele Linke zur Anti-AKW-Bewegung hauptsächlich aktionistisch: Das Wendland als Abenteuerspielplatz. Das erklärt sich z. T. aus der bisherigen Strategie: An den Tagen vor einem Transport in Kleingruppen den Landkreis unsicher zu machen, war immer ein notwendiger Teil der Gesamtkonzeption. Hier konnte mensch was tun, was Spaß macht und außerdem noch nützlich ist. Die politische Vermittlung des Widerstands, die Planung und Organisation von Aktionstagen, Vorfeldaktionen etc. wurde dabei größtenteils anderen, zumeist den politisch eher gemäßigten überlassen.
Das bedeutet im Endeffekt, daß von einem Ineinandergreifen, einem sinnvollen Zusammenhang der verschiedenen Aktionsformen nur selten gesprochen werden kann. Meistens ist es eher ein Nebeneinanderher, und die Summe aller Aktionen wird dann Kampagne genannt. Eine politische Auseinandersetzung über die politische Stoßrichtung, die eine Kampagne bekommen sollte, über Sinn und Unsinn bestimmter Aktionen zu einem bestimmten Zeitpunkt oder über eine sinnvolle Arbeitsteilung der verschiedenen Flügel innerhalb der Bewegung findet fast nicht statt.

Alles wird gut

Ein politisches Sich-einmischen in die Anti-AKW-Bewegung seitens der Linken wäre unter den gegebenen Umständen so wünschenswert wie notwendig. Zum einen, um der drohenden inhaltlichen Verflachung und der Beschränkung der Aktionsformen auf massenhaften Protest vorzubeugen. Das bisherige Erfolgsrezept - die Einbeziehung der ganzen Bandbreite von Protest und Widerstand, der weitgehende Verzicht auf Distanzierungen - steht zur Disposition. Wenn die, die noch andere Sachen im Kopf haben als den Schutz der wendländischen Heimat sowie die Beteiligung an Sitzblockaden und Menschenketten, darauf verzichten, sich politisch zu Wort zu melden, wird es nicht sehr schwerfallen, sie künftig zu ignorieren und einen fatalen politischen Kurswechsel durchzusetzen.
Zum anderen wäre ein stärkeres politisches Eingreifen in die Auseinandersetzungen um die Atommülltransporte ins Wendland auch deshalb wünschenswert, weil sich hier eine große Chance bietet, mit Leuten ins Gespräch zu kommen, die die (radikale) Linke sonst nicht erreicht. Beim letzten Transport waren im Wendland 10.000 Menschen auf den Beinen - sollte es einen nächsten Transport geben, wird mit noch mehr Leuten gerechnet. Sehr viele davon machen, wie gesagt, dort ihre ersten Widerstandserfahrungen, sehen sich zum ersten Mal mit der geballten Staatsmacht konfrontiert.
Die Erfahrungen von X" haben praktisch alle in ihrer Entschlossenheit nur noch bestärkt. Die Frage ist, ob es gelingt, daraus etwas Dauerhaftes zu entwickeln, ob es gelingt, diese Gelegenheit zu nutzen und klarzumachen, daß es um mehr geht als um die Frage, ob ein weiterer Castor im „Zwischenlager" Gorleben steht oder nicht: Es geht auch um mehr als um's Atomprogramm, um mehr als um die Umwelt: Es muß immer auch um die Gesellschaftsordnung gehen, in der aus Profitgründen über Leichen gegangen wird, und in der so hemmungslos Atommüll produziert werden kann.
Ob es, ausgehend von den Castor-Transporten, gelingt, auch über den Tellerrand des Wendlands hinauszuschauen - daran entscheidet sich, ob wirklich wieder eine Bewegung entsteht, die diesen Namen verdient, oder ob in nicht allzu ferner Zukunft die Atommülltransporte ins Wendland und der Widerstand dagegen zu einem putzigen Ritual verkommen, das von Mal zu Mal getreulich wiederholt wird.

Termine: Was steht an?

Am 7. September findet als Auftakt einer Nix,-Kampagne im Wendland entlang der Transportstrecke unter dem Motto „Wir machen dicht" ein Aktionstag statt, zu dem überregional aufgerufen wird. Aktionen sollen sowohl entlang der beiden möglichen Straßenrouten (Hauptstrecke über Gusborn, Ausweichstrecke über Quickborn) als auch an der offiziell stillgelegten Bahnstrecke Uelzen-Danneberg stattfinden. Hier kann mensch mal wieder ihre Ortskenntnisse auffrischen, Kontakte knüpfen oder etwa ausprobieren, ob es die Bahn mit der Stillegung der Uelzen-Danneberg-Strecke so richtig ernst meint oder nicht. Ein praktischer Versuch in dieser Richtung stände ohnehin an.
Geplant und angemeldet sind für den Aktionstag große, öffentlichkeitswirksame Aktionen mit möglichst breiter Beteiligung, ausdrücklich erwünscht sind darüberhinaus gut geplante und sinnvolle Kleingruppenaktionen längs der Strecke. Um 12 Uhr findet in Danneberg auf dem Marktplatz eine Kundgebung statt, abends gibt's Tanz und Party mit Sound against System am Endlager, tagsüber können sich alle längs der Strecke frei entfalten.
Am 8. September findet im Wendland das nächste Delegiertentreffen statt (in Trebel oder Gedelitz, der genaue Ort steht noch nicht fest). Vom 27.-29. September gibt es die wunderbare, legendäre Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Hamburg.
Also, GenossInnen, auf!
Viele Grüße an die wendländischen Sägefische!

Nix^{3}e

Wieder "fast durchgängig strafbarer Inhalt"

VOR RUND 14 MONATEN, AM 13.JUNI 1995, WURDEN BUNDESWEIT ÜBER 50 WOHNUNGEN, ARBEITSPLÄTZE UND LINKE PROJEKTE DURCHSUCHT, U.A. IN BREMEN UND OLDENBURG. DIESER DURCH DIE BUNDESANWALTSCHAFT (BAW) ZENTRAL GESTEUERTE STAATSSCHUTZANGRIFF RICHTETE SICH GEGEN DIE VERSCHIEDENSTEN LINKEN UND FEMINISTISCHEN PROJEKTE UND ZUSAMMENHÄNGE, DIE ALLESAMT EINGESCHÜCHTERT WERDEN SOLLTEN.

Im Mittelpunkt des Interesses der Büttel aber stand zweifelsohne die linke Zeitschrift radikal, die, aufgrund ihrer bis 1982 zurückreichenden Verfolgungsgeschichte, in der BRD nicht mehr legal redigiert, gedruckt und vertrieben werden kann (1). In diesem Zusammenhang bildeten die Razzien den Höhepunkt einer mehr als eineinhalb Jahre währenden Bespitzelung, an deren Anfang eine Abhörmaßnahme des Landeskriminalamts Rheinland-Pfalz in einem Wochenendhäuschen in Baar-Wandcrath (Eifel) stand, die sich von Juni 1993 bis Januar 1994 hinzog. Der hier praktizierte große Lauschangriff mit Mikrosendern war zwar nicht legal, seine gesetzliche Zulassung wurde und wird seit mehreren Jahren diskutiert, trotzdem wurde er, aufgrund des Verdachts, daß sich dort "Mitglieder der RAF und/oder andere Personen aus dem linksterroristischen Umfeld" träfen, genehmigt. Den sieben Leuten, die dort am 18. und 19. September 1993 also eher 'zufällig' belauscht wurden, wird unterstellt, die Redaktion der radikal zu bilden bzw. innerhalb einer Struktur dasjenige Gremium zu sein, das in erster Linie mit allen technischen und organisatorischen Aufgaben im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift betraut ist - weitere Gremien hätten andere Funktionen (2).

Im Anschluß an die Abhöraktion, die auf 800 Seiten Gesprächsprotokoll festgehalten wurde, erfolgten Observationen und Videoüberwachungen, bei den auch FreundInnen, politische Zusammenhänge, Arbeitsplätze usw. ausgeforscht, immer mehr Menschen in das Konstrukt "kriminelle Vereinigung" radikal einbezogen wurden; ferner fanden Post- und Telefonüberwachungen (sowohl private Telefone als auch öffentliche Telefonzellen) statt. Anscheinend hofften die Ermittler auch, über diese sieben Leute personelle Verbindungen zwischen der Zeitschrift radikal und verschiedenen militanten Gruppen in der BRD konstruieren zu können (3). Der Staatsschutzangriff am 13. Juni 1995 (4) erfolgte dann aufgrund von Ermittlungsverfahren nach den §§ 129 und 129a StGB mit folgenden Vorwürfen:

» Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in den Antiimperialistischen Zellen (AIZ), denen diverse Anschläge in den Jahren 1993-95 zur Last gelegt werden;

» Unterstützung oder Mitgliedschaft in der Gruppe K.O.M.I.T.E.E., der ein mißglückter Anschlag auf den Neubau eines Abschiebeknastes in Berlin-Grünau zugerechnet wird;

» Vertrieb und Produktion der Zeitschrift radikal, verbunden mit der Werbung für und Unterstützung von "terroristischen Vereinigungen";

» Unterstützung und Mitgliedschaft in der Rote Armee Fraktion (RAF).

Vier angebliche radikal-Redakteure und damit Mitglieder einer "kriminellen Vereinigung" - Andreas aus Lübeck, Rainer aus Münster, Ralf aus Rendsburg und Werner aus Berlin - wurden verhaftet und zur BAW nach Karlsruhe gebracht. Drei weitere Männer (Matthes aus Bremen, Ulli aus Oldenburg und Frank aus Köln) sowie Jutta aus Bremen wurden gesucht, konnten aber abtauchen. Sieben Haftbefehle basierten auf der 1993er Abhöraktion, der achte wurde später, aufgrund von 'Funden' während der Razzien, erlassen (5). Bei den Durchsuchungen wurden über 1.000 Disketten beschlagnahmt, die z.T. verschlüsselt waren bzw. verschlüsselte Dateien enthielten. Aus den Mitte März von der BAW den AnwältInnen übergebenen 88 Aktenordnern geht hervor, daß spätestens im Oktober 1995 alle mit dem PC-TOOLS-Programm "PC-Secure" verschlüsselten Disketten entschlüsselt waren. Die BAW sah sich in ihren Ermittlungen durch die in den Akten enthaltenen Ausdrucke dahingehend bestätigt, als sie diese als Protokolle von Treffen, Diskussionspapiere und Schilderungen von bemerkten Observationen (sic!) interpretierte (6).

Außerdem wurde gegen 21 andere namentlich bekannte Frauen und Männer wegen der radikal ermittelt, denen in der Regel entweder der Vertrieb der Zeitschrift vorgeworfen wurde oder eine "persönliche Nähe zu Beschuldigten", wie es in zahlreichen Durchsuchungsbefehlen hieß. Zudem wurde Ulf B. aus Bremen im Juli 1995 für fünf Monate in Beugehaft genommen, weil er sich weigerte, gegen seinen Freund und Genossen Matthes auszusagen (7).

Die Darstellung der BAW, daß mit diesen, ironischerweise offiziell als "Aktion Wasserschlag" bezeichneten, Razzien eine vermeintliche 'Allianz terroristischer und krimineller Gruppen' (8) auf einen Schlag ausgehoben wurde, wurde von der bundesdeutschen Journaille begierig aufgegriffen, militante Gruppen wie die RAF, die AIZ und das K.O.M.I.T.E.E. wurden immer wieder in einem Atemzug mit der Zeitschrift radikal genannt. Realistischer war da schon Innenminister Kanther gegenüber den ARD Tagesthemen: "Die Aktion war eine zielgerichtete, präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene." (9)

COMEBACK EIN JAHR SPÄTER

Genau ein Jahr später, am 13. Juni 1996, kamen mit Frank, Ulli und Jutta drei der vier Gesuchten zurück, Matthes blieb abgetaucht. Zwischenzeitlich war das BAW-Konstrukt dahingehend aufgeweicht, daß *"die" radikal* zwar immer noch als *"kriminelle Vereinigung"* (§ 129 StGB) galt, die in der Zeitschrift für *"terroristische Vereinigungen"* (§ 129a StGB) werben würde, der Vorwurf der Unterstützung letzterer war aber fallengelassen worden; ferner erwiesen sich alle Versuche, die am Tag der *"Aktion Wasserschlag"* behaupteten Verbindungen zu militanten Gruppen zu beweisen, als sprichwörtlicher Schlag ins Wasser. Dementsprechend wurde das Verfahren von der BAW an die Oberstaatsanwaltschaft Koblenz abgegeben, also 'runtergestuft'. Die Haftbefehle

der vier am 13.6.95 Festgenommenen waren schon am 5. Dezember auf Antrag der BAW gegen strenge Auflagen (die allerdings bald gelockert wurden) außer Vollzug gesetzt - und dann im Juni 1996 aufgehoben worden.

Das aufgrund dieser Entwicklung kalkulierbarere Strafmaß war ein wesentlicher Grund für die drei, denen ja ebenfalls vorgeworfen wird, RedakteurInnen der *radikal* zu sein, zurückzukommen. Schon seit Anfang des Jahres hatten sie sich damit beschäftigt, ob das Wegbleiben noch verhältnismäßig sei, aber so z.B. Jutta, eine der Abgetauchten, im kassiber-Interview: *"Auch das Abtauchen hat 'ne Perspektive - und die ist keine schlechte."* (10) Alle drei schätzten die Entscheidung, im Juni 1995 *"erstmal abzutauchen"*, für sich als *"auf jeden Fall gut und richtig"* ein, da so die Möglichkeit bestand, *"abzuwarten, was letztlich bei der ganzen Sache rauskommt. Aber diese Alternative ist für uns drei zeitlich unkalkulierbar, denn der Prozeß kann durchaus ein halbes Jahr dauern und bei einem eventuellen Revisionsverfahren können leicht zwei oder drei Jahre ins Land gehen, bis ein endgültiges Urteil vorliegt. (...) Die Entscheidung fiel uns nicht leicht, denn (...) wir können nicht genau wissen, was mit uns passiert, wenn wir uns jetzt stellen. Aber mittlerweile überwiegen unsere Gründe fürs Zurückkommen deutlich die Ungewißheiten, die mit der Rückkehr verbunden sind.*

Schließlich sind wir ja nicht freiwillig verschwunden, sondern es war eine Folge der Repression und daher freuen wir uns natürlich riesig auf unsere FreundInnen und politischen Zusammenhänge. Wichtig ist es für uns auch, mit den anderen vier gemeinsam den Prozeß zu führen. Und je später wir zurückkommen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, von deren Verfahren abgetrennt zu werden." (11)

Jutta, Frank und Ulli stellten sich am Vormittag des 13. Juni dem Haftrichter des Landgerichts Bremen, nachdem zuvor eine Pressekonferenz in einer Bremer Anwaltskanzlei abgehalten wurde. Begleitet wurden sie dabei von rund 250 FreundInnen und GenossInnen aus mehreren Städten. Genauso wie die Bremer Polizei offensichtlich von diesem kurzfristig und 'konspirativ' organisierten Demonstrationszug überrascht wurde (jedenfalls gab es lange Zeit keinerlei sichtbare Reaktionen), zeigten sich dann die Schergen des Landgerichts verwundet, welche Leute plötzlich bei ihnen Einlaß begehrten, um sich zu 'ergeben'. Nach vergleichsweise pfleglicher Behandlung und einer Nacht in den Zellen des Bremer Polizeipräsidiums, wurden die drei am nächsten Tag mit einem Bulli nach Karlsruhe zur BAW gebracht, wo ihnen die Haftbefehle eröffnet wurden.

Die Haftbefehle von Ulli und Jutta wurden noch am gleichen Abend auf Antrag ihrer AnwältInnen außer Vollzug gesetzt, der Haftbefehl gegen Frank ("Glosch") aus Köln aber wurde bestätigt und sogar erweitert. Natürlich hatte auch Franks Anwalt seinen Antrag damit begründet, daß die Haftgründe *"Flucht- und Verdunklungsgefahr"* schon dadurch hinfällig seien, daß er sich selbst den Behörden gestellt habe. Allerdings wurde er durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs (BGH) davon in Kenntnis gesetzt, daß gegen Frank nicht nur wegen der Mitarbeit an der *radikal* bis zum Zeitpunkt seiner Flucht, sondern bis zum Tag seiner *"Selbstgestellung"* ermittelt wurde. Ihm wurde vorgeworfen, ohne daß hierzu Akten vorgelegt wurden, unter dem Decknamen *quak* an der ebenfalls am 13.6.96 erschienenen *radikal* Nr. 154 mitgearbeitet zu haben (hier bestände noch weiterer Ermittlungsbedarf). Zusätzlich wurde im entsprechenden BGH-Beschluß darauf hingewiesen, daß sich mit Matthes noch ein weiterer Beschuldigter, dem das gleiche vorgeworfen wird, der Haft durch Flucht entzieht.

Daß sich Glosch gestellt hätte, sei, so der Ermittlungsrichter des BGH, eine rein taktische Maßnahme, im Gegenteil habe er hierdurch eine tiefe Abneigung gegen die bestehende staatliche Ordnung in der BRD dokumentiert, weshalb der Haftgrund *"Fluchtgefahr"* nach wie vor bestehen würde. Weiterhin wurde ihm unterstellt, nach einer eventuellen Freilassung alles zu unternehmen, die Ermittlungen zu behindern - also *"Verdunklungsgefahr"*. Glosch sitzt seitdem in der JVA Karlsruhe in Untersuchungshaft, es gelten Sonderhaftbedingungen: 23 Stunden Einzelhaft, eine Stunde alleiniger Hofgang, d.h. keinerlei Kontakte zu anderen Gefangenen, Ausschluß von jeglichen Gemeinschaftsveranstaltungen; Postzensur; Anwaltsbesuche finden hinter einer Trennscheibe statt (12).

Auch bis zum Haftprüfungstermin am 22. Juli erhielt Glosch' Anwalt Detlef Hartmann nur ungenügenden Einblick in die Ermittlungsakten. Trotzdem beharrte die BAW an diesem Tag darauf, daß aus ihren Unterlagen die Mitarbeit des Verhafteten an den *radikal*-Ausgaben 153 und 154 hervorgehen würde. Dies habe sich auch durch Funde bei den Razzien am 13.6.95 sowie in der Folgezeit bestätigt (13).

Solidaritätskundgebung am 17. Juni auf dem Ziegenmarkt

Glosch freut sich über Post: Frank Großkinsky, über Ermittlungsrichter Wolst am BGH, Herrenstraße 45a, 76125 Karlsruhe.

SCHIKANÖSE BEDINGUNGEN

Die Außervollzugsetzung der Haftbefehle von Ulli und Jutta wurde an folgende Bedingungen geknüpft:

» Hinterlegung von je DM 20.000 Kaution,

» Hinterlegung des Personalausweises,

» unverzügliche Mitteilung über Wohnsitzwechsel,

» Meldepflicht bei der Polizei (montags, donnerstag und samstags),

» Auslandsreisen nur mit schriftlicher Zustimmung der BAW.

Diese Auflagen entsprechen, so Ullis Rechtsanwalt Horst Wesemann, den *"üblichen Gepflogenheiten"* (14). Zusätzlich wurden aber mündliche wie schriftliche Kontaktverbote (auch nicht über Dritte) untereinander wie zu 20 Mitbeschuldigten und *"Unterstützern"* verhängt. Generalbundesanwalt Hoffmann hatte zudem versucht, ein generelles Verbot von öffentlicher politischer Betätigung in der Soliarbeit zu den Verfahren zu erwirken, was aber vom Ermittlungsrichter abgelehnt wurde. Aufgrund der Kontaktverbote ergibt sich die einigermaßen paradoxe Situation, daß die vier ehemaligen Gefangenen, deren Haftbefehle inzwischen aufgehoben wurden, sich wieder treffen können, nicht aber mit Jutta oder Ulli, denen die gleichen Vorwürfe aufgrund der gleichen "Beweislage" gemacht werden.

Diese schikanösen Bedingungen beschränken ebenfalls das 'Privatleben' und die Bewegungsfreiheit der Betroffenen: So gibt es in Bremen zwei Frauen, gegen die wegen *"Unterstützung"* des Projekts *radikal* ermittelt wird. Beiden darf Jutta nicht über den Weg laufen (auch nicht zufällig), ob beim Einkaufen, im Kino oder am Badesee. Politische Gruppen, in denen sie früher zusammen gearbeiten haben, müssen sich darauf einrichten, daß jeweils nur eine von ihnen an Treffen teilnehmen kann (und selbst eine solche Terminkoordinierung verstößt gegen das Kontaktverbot, geschieht sie doch über Dritte); genauso wenig ist es z.B. möglich, gemeinsame Freundinnen gemeinsam zu treffen. Darüber hinaus wird die Verteidigung der mutmaßlichen *radikal*-RedakteurInnen, die aus o.g. Gründen eine 'Blockverteidigung' sein wird, behindert.

Und die Büttel lassen weiterhin nicht locker: Am 17. Juli wurden in mehreren Städten sechs Wohnungen angeblicher VerteilerInnen der *radikal* durchsucht. Dies sei notwendig gewesen, weil, so BAW-Sprecherin Eva Schübel, auch die aktuelle Ausgabe *"fast durchgängig strafbaren"* Inhalt enthalte (15). Zumindest der Durchsuchungsbeschluß für eine Wohnung in Flensburg enthielt auch den Vorwurf, daß der Heimgesuchte Abonnent der *radikal* sei (16). Hiermit wird, obwohl das BAW-Konstrukt der *radikal* insgesamt als *"krimineller Vereinigung"* im laufenden Ermittlungsverfahren immer unhaltbarer wird, die Zahl potentieller Kriminalisierungsopfer deutlich ausgeweitet.

Einmal abgesehen von den hier aufgeführten Entwicklungen hat sich im Verfahren in den letzten Monaten nicht viel neues ereignet - die BAW hatte die Ermittlungen ja schon Ende letzten Jahres als weitgehend abgeschlossen bezeichnet. Der Prozeßbeginn ist frühestens für Ende 1995, eher für Anfang 1996 zu erwarten. Ob gegen die drei jetzt Wiederaufgetauchten im selben Prozeß und also vor dem gleichen Gericht (Koblenz) verhandelt wird, ist noch ungewiß.

Die Verteidigung wird die Einstellung des Verfahrens beantragen, da die BAW die Ergebnisse eines "großen Lauschangriffs" nach Polizeirecht in diesem Strafverfahren zu verwerten beabsichtigt. Eine derartige Verwertung ist aber nach Auffassung der Verteidigung unzulässig. Ebenfalls unverwertbar sind nach Auffassung der Verteidigung die aus der unzulässigen Verwertung des Lauschangriffs weitergehenden Ermittlungen, da diese eben ihren Ursprung in der Abhöraktion haben (17).

Willy Leow

Anmerkungen:

(1) Vgl.: (Diverse HerausgeberInnen), 20 Jahre radikal. Geschichte und Perspektiven autonomer Medien, Hamburg: Libertäre Assoziation, Münster: Unrast, Berlin: Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin: Edition ID-Archiv, 1996; sowie: Oliver Tolmein, Justiz kontra radikal, in: junge Welt, 19.6.95.

(2) Vgl.: Bundesweite Jura-AG, Zum Stand des radikal-Verfahrens, in: radikale Zeiten, Nr. 4, April 1996, S. 9f.

(3) Vgl.: Ausführliche Presseerklärung der drei ein Jahr später Wiederaufgetauchten vom 13.6.96.

(4) Zu genaueren Informationen über die Razzien und die Wochen danach s.: "Polizei, Hausdurchsuchung ...!", in: kassiber 26, Juli 1995, S. 42ff, sowie: Wild Women, Eine vorläufige Bilanz, in: kassiber 27, Oktober 1995, S. 51f.

(5) Daß Betroffene nicht nicht nur in ihren Wohnungen das notwendige Maß an Klandestinität haben vermissen lassen, wird erstmals öffentlich von der Bremer Gruppe (?) Quo vadis diskutiert: Entenvieh macht aus Mist (in dieser Ausgabe). Vgl. auch die Erklärung des K.O.M.I.T.E.E.s zur gescheiterten Grünau-Aktion (und zur eigenen Auflösung) vom 6.9.95: Knapp daneben ist auch vorbei, in: kassiber 27, Oktober 1995, S. 31ff.

(6) Bundesweite Jura-AG, a.a.O.

(7) Vgl. das Interview mit Ulf und zwei solidarischen Frauen zu den Themen Aussageverweigerung und Beugehaft: "Und das war klar: Es war Sommer und ich wollte sowieso nicht in den Knast ...", in: kassiber 28, Februar 1996, S. 38ff.

(8) So das damals gegründete Bremer Solidaritätskomitee.

(9) Zitiert nach: junge Welt, 16.6.95.

(10) Vgl. das Interview mit Jutta und zwei Frauen aus einer Frauen/Lesben-Solistruktur in diesem kassiber.

(11) Aus: Ausführliche Presseerklärung der drei Wiederaufgetauchten vom 13.6.96.

(12) Vgl.: Presseerklärung der Kölner "Infostelle 13.6." vom 27.6.96.

(13) Junge Welt v. 23.7.96.

(14) Presseerklärung von Horst Wesemann vom 27.6.96.

(15) Zitiert nach: junge Welt v. 20.7.96.

(16) Junge Welt v. 18.7.96.

(17) Vgl.: Presseerklärung von Horst Wesemann vom 27.6.96.

Etwas besseres als die Nation ...

... unter diesem Motto veranstaltet das Antinationale Plenum Detmold auch in diesem Jahr wieder die Antinationalen Wochen. Neben fünf Informations- und Diskussionveranstaltungen, für die neun ReferentInnen gewonnen werden konnten, gibt es außerdem eine Party. Alle Veranstaltungen finden im Kultur- und Kommunikationszentrum "Alte Pauline", Bielefelder Straße 3, in Detmold statt.

* Zur Sicherung der Nation - Biopolitik in der BRD. Diskussions- und Informationsveranstaltung mit Beate Zimmermann (Gen-Archiv Essen) und Juliane Rebentisch (Journalistin, angefragt). Mo, 23.9.96, 20 Uhr.

* Eigentliche und uneigentliche Demokratie. Anmerkungen um eine linke Ideologie mit Freerk Huisken (Hochschullehrer, Bremen). Mi, 25.9.96, 20 Uhr.

* Das gute Deutschland schlägt zurück. Diskussion über die Goldhagen-Debatte mit Klaus Wehmeier (Redaktion "Bahamas", Jour-Fixe-Initiative, Berlin), N.N. (Antinationales Büro Hamburg) und Uli Sander (VVN/BdA NRW). Mo, 30.9.96, 20 Uhr.

* Krise in Deutschland. Streitgespräch zwischen Karl Held (Redaktion "Gegenstandpunkt", München) und Robert Kurz (Redaktion "Krisis", Erlangen). Do, 3.10.96, 20 Uhr

* Das Ende des Reformismus. Jürgen Elsässer (Redaktion "Junge Welt", Berlin) referiert aus seinem neuen, mit Sarah Wagenknecht verfaßten Buch und diskutiert zum Thema. Di, 8.10.96, 20 Uhr

* Dance Party mit DJ Jochen Distelmeyer (Blumfeld, Hamburg). Sa, 5.10.96, 22 Uhr

Kontakt: Antinationales Plenum Detmold, c/o Alte Pauline, Bielefelder Straße 3, 32756 Detmold, T.: 05231-20101

RADIKAL!!! RADIKAL ??? RADIKAL ??? RADIKAL !!!

Entenvieh macht auch Mist

DAS K.O.M.I.T.E.E. HAT SICH IN DER RADIKAL 153 ZU WORT GEMELDET. SIE HABEN SICH SELBSTKRITISCH GEÄUßERT, FEHLER BENANNT UND SICH ZU IHRER VERANTWORTUNG BEKANNT. AUS DEM "RADIKAL-KOMPLEX" (BESCHULDIGTE, BETROFFENE, DIE RADIKAL SELBST) WAR LEIDER NOCH NICHTS IN DIESER RICHTUNG ZU VERNEHMEN. GERADE DURCH DIE VERSCHÄRFTEN UND REPRESSIVEN UMSTÄNDE WURDEN ABER MÄNGEL, FEHLER UND SCHWÄCHEN NICHT NUR OFFENBAR, SONDERN HATTEN AUCH DIREKTE KONSEQUENZEN.

Ein verantwortungsvoller Umgang damit ist dringend notwendig - bisher aber findet er nicht statt. Wir finden es wichtig zu reflektieren, wieso die Repression so reinhauen konnte, warum sich relativ wenig dazu regt, welche Fehler gemacht wurden, warum, und welche Konsequenzen zu ziehen sind.

Manchmal fragen wir uns, ob die ganze Geschichte überhaupt als das Desaster wahrgenommen wird, das sie ist. Inzwischen ist öffentlich bekannt, daß alles mögliche bei den Durchsuchungen am 13.6.95 gefunden wurde, z.B. Hinweise darauf, daß die Observationen der Bullen relativ frühzeitig bemerkt wurden. Das wurde u.a. von einem Betroffenen auf einer öffentlichen Veranstaltung verkündet. Wenn mensch darüber nachdenkt, drängen sich Fragen auf:

» Warum wurde sich nicht zu den Observationen verhalten?

» Warum wurden sie nicht öffentlich gemacht, plattgemacht oder, wie auch immer, angegangen?

» Und warum haben die Bullen bei den Durchsuchungen haufenweise verschlüsselte Disketten, den Hinweis darauf, daß die Observationen bekannt waren und wer weiß, was noch alles, gefunden - wenn doch bekannt war, daß solche Observationen laufen? Ein gewisses Staunen darüber, daß z.B. die Kenntnis über die Observationen überhaupt schriftlich festgehalten wurde, wollen wir nicht verhehlen.

Wurde doch mehr vom Mythos als von eigener Substanz gelebt? Um es zu betonen: Es geht uns *nicht* darum, irgendwelche Leute persönlich für die Funde 'haftbar' zu machen. Wir gehen davon aus, daß es sich hier um *kollektive* Strukturen handelt, die auch *kollektiv* verantwortlich sind. Da ihnen bekannt war, daß sie observiert werden, gehen wir auch davon aus, daß niemand 'auf kaltem Fuß erwischt' wurde, sondern daß sich über Verhalten und Vorgehensweise auseinandergesetzt werden konnte. Darum vermissen wir schmerzlich irgendeine Art von Einschätzung oder Stellungnahme. Immerhin führten die Funde zu einem weiteren Haftbefehl und Folge-Durchsuchungen. Oder wird so etwas nur als 'Betriebsunfall' angesehen, der halt mal passieren kann und zu dem man sich nicht weiter äußern muß?

Auch, wenn es sicher kein leichtes Unterfangen ist, sich in einer Situation zu äußern, in der noch Prozesse anstehen, denken wir, daß es in einem gewissen Rahmen dennoch möglich ist.

Auch die *radikal* selbst könnte sich durchaus einigen Fragen stellen, die durch die Repression aufgeworfen wurden. Um so enttäuschter waren wir, als wir das Interview von der *radikal* mit der Antifa (M) über Repression (in der *radikal* 154) gelesen haben. Da ist - von seiten des Interviewers - die Rede von *"unkontrollierbaren Strukturen"*, die vielleicht irgendwann einmal *"Sprengkraft"* entwickeln können, von "Gefährlichkeit" usw. Daß real existierende Strukturen, die mit dem *radikal*-Vorwurf verfolgt werden, offenbar recht leicht aufzurollen waren - und das, obwohl sie sich über das aktuelle Ausmaß ihrer Gefährdung im klaren gewesen sein müssen -, wird nicht einmal erwähnt.

Wieso kommt nicht die geringste Nachdenklichkeit rüber? Kein noch so kleiner Zweifel auch am eigenen Tun bzw. Unterlassen? Keine Einschätzung, die sich auf die Realität bezieht? Kein Sinn für Verantwortung?

Wir haben uns solidarisch verhalten. Wir haben erwartet, nach einer angemessenen Zeit, auf irgendeine Weise, zu hören, was jetzt Sache ist, welche Fehler gemacht wurden und Überlegungen, welche Konsequenzen zu ziehen seien. Allmählich fühlen wir uns ein bißchen verarscht. Wenn das, was sich uns da präsentiert, ein Mythos sein soll, können wir nur müde lächeln. Nur leider hat das (fehlende) Ver-

halten auch Konsequenzen (für einige sehr direkte und unangenehme): Aufgrund von Funden wurden Monate nach dem 13.6. eine Wohnung in Oldenburg und Wohnungen in Münster und Bremen durchsucht, und im Anschluß daran gab es noch zwei Durchsuchungen (in Bremen und Kiel). So reißt man Leute rein, so organisiert man ganz gewiß keine konspirativen Strukturen - und unkontrollierbar sind sie anscheinend hauptsächlich für uns.

Wurde denn so dermaßen viel gefunden, daß die Betroffenen selbst keinen Überblick mehr hatten? Wieso war es nicht möglich, sich innerhalb einiger Monate zu diesen Funden in angemessener Weise zu verhalten? Klar, niemand ist perfekt, aber anstatt sich zu gemachten Fehlern wenigstens irgendwie zu äußern, sich Gedanken über die Gründe zu machen, sich um Schadensbegrenzung zu bemühen, dazuzulernen, wird anscheinend von der betroffenen Struktur auf Aussitzen, Verschweigen und Nichtverhalten gesetzt. Das halten wir für fatal. So werden Leute in die Scheiße geritten, so werden Leute verarscht, benutzt und gefährdet.

Während Selbstkritik nicht stattfindet, wird teilweise weiter so getan, als wäre alles cool, als würden die Fehler immer die anderen machen, als wäre politische Verantwortung ein Fremdwort, das man gern benutzt, aber eigentlich gar nicht versteht, als ginge es jetzt darum, sich selbst 'sauber' aus der Affäre zu ziehen, als wär' das Leben: eben radikal. Das stimmt nicht (mehr).

Vielleicht ist es an der Zeit, sich des Mythos zu entledigen - bevor es andersherum läuft. Niemand soll damit kokettieren können. Es sollte einigen allmählich so peinlich werden, wie es ist. Das sagen wir nicht aus Gemeinheit, sondern weil es anders nicht weitergeht. Das völlige Nichtverhalten von berufener Seite schlägt seine Wellen bis in die Soli-"Bewegung" hinein.

Durch 'Straßenklatsch' sind viele ganz gut informiert, z.B. über Funde. Aber da es auch nicht den Hauch einer Erklärung oder Stellungnahme gibt - bleibt nur das Klatschen, Tratschen, Spekulieren (oder wider besseres Wissen: blindes Vertrauen); der Info-Markt blüht, es kommt zu Abgrenzungen, ohne daß wirklich nachvollziehbar wäre, warum. Eingeweihte bekommen ausgewählte Informationen, Fraktionen bilden sich und belauern sich mißtrauisch. Banalste Mißverständnisse führen zu wüstesten Verdächtigungen.

Wie zuletzt bei der Pressekonferenz der Aufgetauchten in Bremen, wo eine Gruppe zu dem Schluß kam, daß die *"eigene"* Presse durch falsche Zeitangaben ausgebootet werden sollte. Später klärte sich auf, daß sie den Termin selbst verbaselt hatte. Aber warum sofort Verdächtigungen, Mißtrauen, Unterstellungen? Warum sollte irgendjemand ein Interesse daran haben, *"eigene"* Presse auszuschließen? Was gärt da eigentlich im 'Untergrund'?

Infos schwirren durch den nicht-öffentlichen Raum. Damit bleiben sie unbenennbar, unhinterfragbar, ein politischer Umgang mit ihnen ist nicht möglich. Dazu kommt, daß Informationen ausgesucht sind, abhängig von der jeweiligen Fraktion und Sichtweise. Das öffnet der Manipulation Tür und Tor. Sicherlich kann man nicht alles öffentlich bereden, aber wohl doch einiges mehr als es bisher der Fall ist. Vor allen Dingen darf der interne 'Informations-Markt' nicht als Ersatz für fehlende politische Auseinandersetzung fungieren.

Das eine schließt das andere nicht aus. Entweder benutzen wir Informationen, um die eigene Wichtigkeit zu steigern, unsere Sicht der Dinge zu verbreiten, Unangenehmes auch verschweigen zu können, Abgrenzungen zu initiieren und uns selbst ins rechte Licht zu rücken - oder wir stellen sie weitestmöglich zur Verfügung, um Diskussion und Auseinandersetzung zu ermöglichen. Uns interessiert nicht, wer sich am konspirativsten gebärdet, am coolsten ist oder behauptet, die radikalste Linie zu vertreten. Wir gieren nach etwas Verstand, Realitätssinn, Fähigkeit zur Selbstkritik, Witz, Verantwortungsgefühl und Bereitschaft zur Auseinandersetzung!

Wir haben uns, teilweise mehr, teilweise weniger, den Arsch aufgerissen, wir haben uns solidarisch verhalten. Einen entsprechenden Umgang erwarten wir auch für uns.

Aus den öffentlich gewordenen Informationen setzt sich das Bild zusammen, daß die betroffene Struktur die Repression ideenlos und passiv über sich ergehen ließ und nicht imstande war, z.B. auf die Observationen zu reagieren, ein bißchen flexibel und phantasievoll vorzugehen und die Bullen ins Leere laufen zu lassen. Anscheinend haben sie eher wie das Kaninchen auf die Schlange gestarrt. Und tun es noch. Aber warum?

Viele Menschen haben sich solidarisch verhalten, haben Veranstaltungen und Demos organisiert, Knastkundgebungen abgehalten und Geld gesammelt. Nicht zu vergessen die vielen Namenlosen, die den Untergetauchten auf verschiedene Weise geholfen haben. Denselben solidarischen Umgang erwarten wir auch von den betroffenen Strukturen. Wir wollen uns nicht unnötig gefährden, wenn wir uns solidarisch verhalten - nicht durch Getratsche und Fehler, die entweder gar nicht begriffen oder, aus was für Gründen auch immer, nicht abgestellt werden. Wir sind sozusagen in der Zwickmühle. Wir wollen solidarisch sein und versuchen, das Beste aus der beschissenen Lage zu machen. Angesichts des fehlenden verantwortlichen Umgangs mit Fehlern und ihren Konsequenzen - daß Leute ohne Not in die Repressionsmaschinerie geraten sind - vertrauen wir immer weniger auf die Fähigkeit besagter Struktur, verantwortlich zu handeln.

Zudem hat die Repression einen Punkt wieder auf die Tagesordnung gesetzt, den viele von uns schon länger eher unter 'ferner liefen' nur noch zur Kenntnis genommen haben: die *radikal.*

Vielleicht hätten wir schon, als es zunehmend langweilig wurde, sie zu lesen, die Diskussion um ihren Sinn und Zweck anfangen sollen. Jetzt werden wir von ungebetener Seite mit diesen Fragen konfrontiert. Denn warum eigentlich regt sich außerhalb einer engeren Szene so wenig zur *radikal*-Repression? Und warum tut sich die Szene selbst mit Öffentlichkeitsarbeit so schwer? Wir glauben, daß die Gründe nicht im Versagen einzelner Leute liegen, oder, wie es manchmal gern gesehen wird: die Soli-Bewegung tut nicht genug / die Öffentlichkeit ist gar nicht interessiert / die Betroffenen äußern sich nicht usw. usf. Wir denken, daß der momentane Zustand ausdrückt, was reell da ist - oder auch nicht.

Die Zeiten haben sich geändert und die *radikal* auch. Die *radikal* war in den letzten Jahren kein Sprachrohr der Szene, kein Feld kontroverser und fruchtbarer Auseinandersetzung, kein Blatt, das sich sonderlich für die Diskussion feministischer Positionen interessiert hat, keine Provokation, nur beschränkt ein Medium unterdrückter Nachrichten, keine Orientierung in der theoretischen Diskussion. Damit hat sie allerdings auch den Zustand einer autonomen Linken gespiegelt, von der wenig Provokation ausgeht, in der kontroverse Auseinandersetzungen ähnlich selten geworden sind wie eine politische Praxis, die jene erst ermöglicht. Die Szene selbst ist geschrumpft und hat sich aufgefächert. Zu speziellen Themen, wie AntiFa, Flüchtlinge, AKW, Gentechnik etc. gibt es jeweils eigene Zeitungen, die Information, Theorie und Diskussion liefern. Die wenigen Gruppen, die in diesen Bereichen existieren, sind mit Arbeit eingedeckt. Die verschiedenen Bereiche beziehen sich wenig aufeinander, was unterschiedliche Gründe hat.

Bei einigen sind es Differenzen zu einer autonomen Politikauffassung, die sie als Mackermilitanz, inhaltsleer und ohne jede sozialen Bezüge ansehen. Bei anderen wird kein Zusammenhang zwischen dem eigenen regionalen Kampf/Thema/Teilbereich zu anderen gesucht oder gesehen. Umgekehrt wurde aber auch die Auseinandersetzung mit bzw. Infragestellung von solchen Auffassungen nicht gesucht oder gefordert. Auch von der *radikal* - mit doch eher übergreifendem Anspruch - ging kein ernsthafter Versuch in dieser Richtung aus.

Daß sich in der Frage der Öffentlichkeitsarbeit so schwer getan wird, offenbart einen weiteren Mangel. Die *radikal* ist eine Zeitung einer kleinen Szene geworden, die sich teilweise viel zu sehr eingeigelt hat und um sich selbst dreht. Die gerade herrschende Ratlosigkeit ist nachvollziehbar: wenn ganz einfach keine politische Gruppe oder kein Projekt existiert, das sich äußern kann; wenn es keine Kontakte und Auseinandersetzungen mit anderen Menschen und Gruppen gibt, in die die Forderung nach einem Verhalten zur *radikal*-Repression einfließen kann; wenn sich politische Initiative im Gang zur Vokü erschöpft und wenn die *radikal* außerhalb der Szene so gut wie unbekannt und bedeutungslos ist, weil es keine Initiativen von ihr gab, in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen präsent zu sein und offensiv in ihnen vorzugehen, z.B. Sonderausgabe zum PKK-Verbot mit dem Versuch massenhafter Verteilung; Ausgabe mit praktischen Tips bezüglich Schienensabotage und Werbeaktion im Wendland; Schwerpunktthema Gentechnik mit Darstellung des Diskussionsstandes; Karte mit Feldern von Freilandversuchen etc. und Vertreibung der Ausgabe bei Gruppen, die zu dem Thema arbeiten, an Unis, Gesundheitsläden etc. pp. Der Verzicht auf solche Vorstöße und Einmischungen stellt einen Rückzug auf die 'eigene' Szene dar.

Aber es ist scheißegal, wie cool, wie militant, wie 'gefährlich', wie *radikal* wir im luftleeren Raum sind. Wichtig ist doch, ob wir Strukturen aufbauen können, die nicht 'potentiell gefährlich', sondern real in der Lage sind (nicht, die Bullen zu erschrekken, sondern) z.B. Flüchtlinge zu verstekken, Abschiebungen zu verhindern, den Gentechnikern ins Handwerk zu pfuschen, Fascho-Aktivitäten zu zerschlagen, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für geflohene Frauen durchzusetzen, den Castor auf weitere zig Millionen hochzupuschen, das PKK-Verbot zu Fall zu bringen, die Diskussion um das Lebensrecht Behinderter praktisch zu unterbinden und verschiedenes mehr. Das ist weniger die Frage von Verbalradikalität und bloßer Gewalt, sondern eine der inhaltlichen Arbeit, der sozialen Verankerung, der radikalen Position, der politisch verantwortlichen Militanz.

Als Orientierungspunkte einer möglichen Öffentlichkeitsarbeit fallen, wenn überhaupt, und auch eher zögerlich: Pressefreiheit und Notwendigkeit von Widerstandspresse. Daß es schwer fällt, an diesen Punkten eine Öffentlichkeitsarbeit hochzuziehen, liegt wohl auch daran, daß sie ziemlich vage und hohl im Raum stehen.

Die *radikal* als Verfechterin der Pressefreiheit? Widerstandspresse? Offensichtlich ist den wenigsten klar, was damit gemeint sein könnte. Welcher Widerstand? Wieso hat die *radikal* darin eine Funktion? Welche? Warum wird sich dann so wenig auf sie bezogen? Fragen, die sich aufdrängen, die immer wieder zu stellen sind, die aber anscheinend keiner zu stellen wagt. Die *radikal* ist eben die *radikal.* Ein Mythos muß sich nicht erklären. Das ist der Fehler von uns allen. Solange ein Mythos gewitzt und schlau genug ist, um zu überleben, machen wir uns keine Gedanken darüber, welche Funktion, welchen Sinn er noch hat, welches Risiko eigentlich wofür eingegangen wird. Erst wenn er angegriffen wird - und sich plötzlich die Frage stellt: Wie verhält mensch sich dazu? - guckt man wieder genauer hin. Wir glauben, daß genau das jetzt wieder nötig ist. Die große Ratlosigkeit und das große Schweigen sind deutliche Indizien dafür. Denn die Frage war ja nie, ob wir in der Lage sind, Papier zu bedrucken, sondern die Frage ist immer wieder: Womit? Und: Wofür?

Also: Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht.

In diesem Sinne

Quo vadis*

Bremen, August 1996

*) Wohin gehst du?

INTERVIEW ZUM "RADIKAL-VERFAHREN"

"Auch das Abtauchen hat 'ne Perspektive und die ist keine schlechte"

AM 13. JUNI 1995 FANDEN IM GESAMTEN BUNDESGEBIET RAZZIEN STATT. VIER IM SOG. RADIKAL-VERFAHREN GESUCHTE MÄNNER WURDEN VERHAFTET. DREI WEITERE MÄNNER UND EINE FRAU TAUCHTEN AB, UM NICHT IN DEN KNAST ZU MÜSSEN (ZUM STAND DER VERFAHREN S. ARTIKEL AUF DEN VORHERGEHENDEN SEITEN). GENAU EIN JAHR SPÄTER KAMEN JUTTA AUS BREMEN, ULLI AUS OLDENBURG UND GLOSCH AUS KÖLN ZURÜCK. MATTHES AUS BREMEN BLIEB ABGETAUCHT.

Im Ende Juli mit Jutta, Clara und Xenia (zwei Frauen aus einer Bremer Frauen/Lesben-Solistruktur) geführten Interview, das hier nur stark gekürzt wiedergegeben werden kann, ging es schwerpunktmäßig um die Themen *Abtauchen* und *Solidaritätsarbeit;* die politische Einschätzung des Verfahrens und der Repression sowie das Projekt *radikal* sollen im nächsten *kassiber* diskutiert werden.

kassiber: Jutta, Du warst am 13.6.95 im Urlaub - und hattest das Glück, nicht festgenommen zu werden. Kannst Du mal erzählen, wie Du den Tag verlebt hast?

Jutta: So genau kann ich mich jetzt nicht mehr an den Tag erinnern ... Auf jeden Fall wußte ich davon nichts, hab' das auch erst später erfahren. Ich glaube, an dem Tag habe ich eine wunderschöne Radtour gemacht, bei schönem Wetter - das war einfach ein ganz netter Urlaubstag.

kassiber: Wie war denn Deine Reaktion, als klar war, daß, falls Du 'einfach' zurückkommen würdest, Du festgenommen werden würdest?

Jutta: Also ich hab' mich schon erstmal erschreckt, als ich davon erfahren habe. Was ganz gut war, daß ich einfach noch Urlaub hatte, und daß ich von daher mir einfach auch Zeit nehmen konnte, zu überlegen, was ich mache, ob ich überhaupt zurückkomme - oder nicht -, ohne das Gefühl zu haben, jetzt völlig panisch reagieren zu müssen.

kassiber: Die Entscheidung, nicht nach Bremen zurückzukommen ..., kannst Du mal erzählen, wie die gefallen ist: Warst Du da auf Dich allein gestellt, hast Du erstmal 'n paar Tage irgendwie 'vor Dich hin gelebt', ohne klar abzuchecken, was Du jetzt machen willst?

Jutta: Am Anfang war das ja ziemlich unklar, was mir eigentlich alles vorgeworfen wird. Überhaupt war das ganze propagandistisch so aufgebaut, daß verschiedene Gruppierungen mehr oder weniger in einen Topf geworfen wurden - und darüber natürlich auch relativ unklar war, was das heißt. Was mir schon relativ schnell klar war, daß ich mir erstmal die Zeit nehmen wollte, Informationen zu kriegen, um dann in Ruhe zu entscheiden, was ich machen will. Also das war nicht so, daß ich gedacht hab': "Ich fahr' jetzt zurück und erkundige mich hier", sondern da gab es dieses: "Das könnte dann auch sein, daß ich festgenommen werde, wenn ich zurückkomme" - das war mir nicht ganz klar. Und da fand ich es dann sinniger, mir erstmal die Grundlagen für 'ne Entscheidung zu schaffen.

kassiber: Wie hast Du Dich, nach der Entscheidung, erstmal abzutauchen, auf die neue Situation eingestellt? Was ist so abgelaufen, 'gedanklich', aber auch von daher, sich an ein Leben an einem anderen Ort gewöhnen zu müssen?

Jutta: Zunächst war ich schon ziemlich durcheinander ... Du fällst in 'ne Situation, die völlig unbekannt ist, oder die mir zumindest völlig unbekannt war. Ich war schon auch ziemlich aufgeregt, einfach dadurch, daß sich das so schwer einschätzen ließ - was bei politischen Prozessen ja sowieso meistens der Fall ist. Das hat mich schon beschäftigt, gedanklich, was mich eigentlich erwarten könnte, oder was daraus gedreht wird. Was ich versucht habe, ist möglichst nicht in so 'ne Panik zu verfallen, sondern mit Hilfe der Leute, die mich dann betreut haben, viel darüber zu reden, mich mit denen auszutauschen. Ich hab' viel gelesen am Anfang, was zum einen 'ne Ablenkung ist, zum anderen haste auf ein Mal total viel Zeit. Ich lese gerne, wozu ich früher nie so viel Zeit hatte, das hat mir

Radikale Zeiten am 13. Juni 1996 im Landgericht Bremen vor der "Sicherheitsschleuse" zu den HaftrichterInnen-Zimmern (dieses und die folgenden Fotos)

schon ganz gut getan. Und ich mußte mich zwangsläufig auch relativ viel mit mir selber beschäftigen - und das hat eigentlich ganz gut geklappt.

Aber es hat schon 'ne ganze Zeit gedauert, bis sich so 'n normaler Alltag wieder aufgebaut hat, denn das schüchtert schon ein. Es hat dann gedauert, bis ich einfach ganz normal wieder einkaufen gegangen bin, oder bis ich mich daran gewöhnt hatte, daß eigentlich das Leben auf 'ne bestimmte Art auch ganz normal weiter abläuft - weil es gibt dann so 'ne Verfolgungsparanoia... Ich weiß nicht, ob die bei allen einsetzt, bei mir war das so - ich mußte mich erstmal umstellen und daran gewöhnen, so 'nen Alltag wieder aufzunehmen, wie ich den von hier gewöhnt bin, zumindest in einigen Teilen.

kassiber: Wie lange hat das denn ungefähr gedauert? Ich stell' mir vor, daß 'ne wesentliche Schwierigkeit sein könnte, doch überwiegend mit den Gedanken in oder an Bremen, an Leuten hier, zu hängen, aber zugleich vor der Notwendigkeit zu stehen, sich auf die neuen Bedingungen einzulassen...

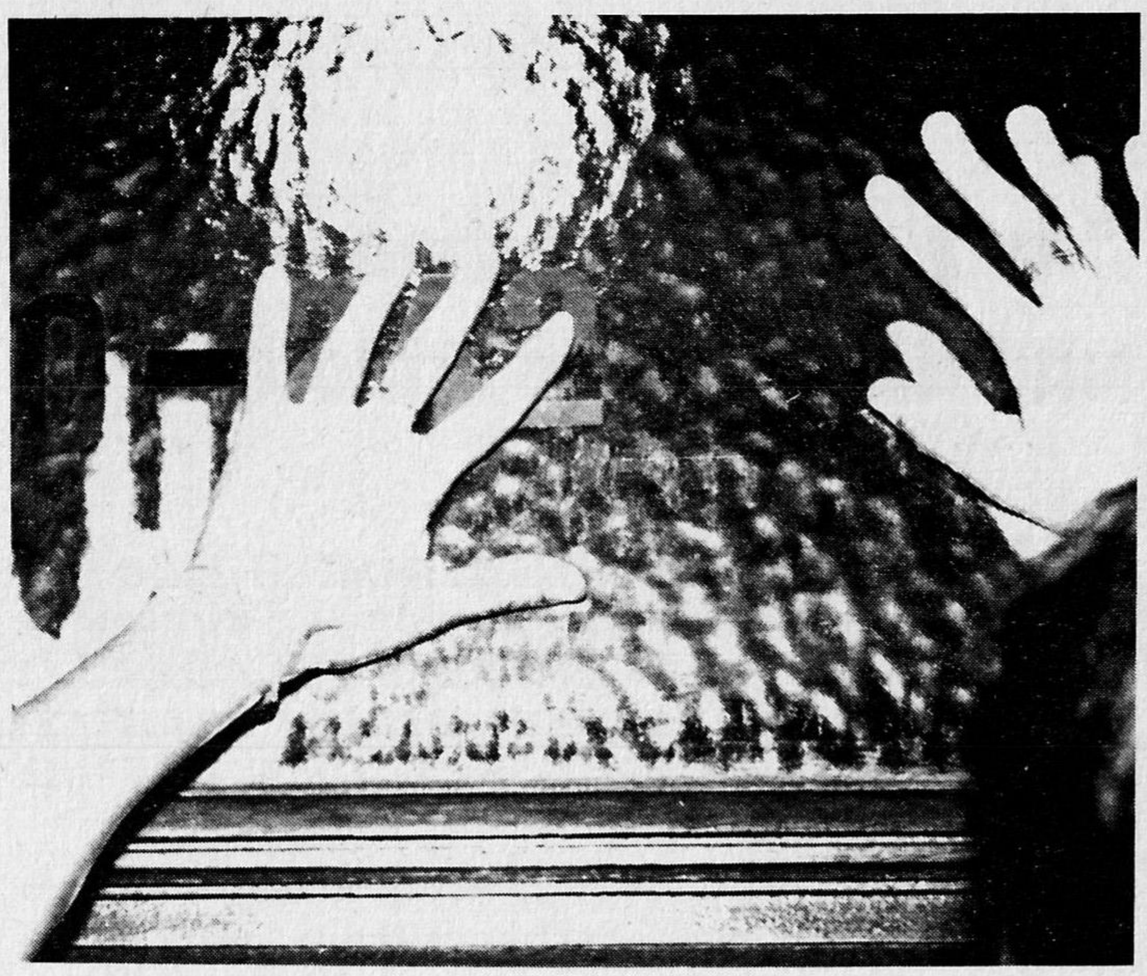
Jutta: Ich würd' da schon mal unterscheiden: Was mir total schwer gefallen ist, daß ich natürlich nicht mehr meine Freundinnen um mich hatte - mit denen ich am besten hätte reden können; also die sind mir vertraut, da gibt es auch das Vertrauen, über alles mögliche zu reden. Das hat' ich erstmal nicht, das fand ich auch sehr schmerzhaft. Das hat mir auch richtig was weggenommen, hat mich auch wütend und traurig gemacht. Aber, mir war auch ziemlich schnell klar: Ich bin jetzt irgendwo anders, damit muß ich mich auseinandersetzen und versuchen, die neue Situation, die neue Umgebung zu erkunden - mich darin zu orientieren und zurechtzufinden. Also das waren im Prinzip getrennte Sachen. Ich hab' nicht in meinen Gedanken immer hier gehangen, und das andere wie durch so 'nen Nebelschleier wahrgenommen, sondern hab' mich eigentlich schon richtig da befunden, wo ich war.

"DA MUßT DU DIR EINFACH ÜBERLEGEN: TRITTST DU UNTER 'NEM ANDEREN NAMEN AUF? GIBST DU DIR 'NE ANDERE LEGENDE?"

kassiber: Inwieweit hattest Du Dich mit der Frage auseinandergesetzt, an so 'nem anderen Ort, mittel- bzw. langfristig 'ne persönliche, 'ne politische Perspektive entwicklen zu können bzw. evtl. zu müssen?

Jutta: Das ging relativ schnell. Also die Einschätzungen am Anfang gingen ja dahin, daß es bis zu sechs Jahren Knast heißen kann, was bei dem Verfahren 'rauskommt. Das hätte für mich geheißen, nicht zurückzukommen. Von daher hab' ich mich relativ schnell damit auseinandergesetzt, daß das auch 'ne längerfristige Perspektive sein könnte. Die Schwierigkeiten sind dann ja, daß du das nicht so machen kannst, wie wenn du legal jetzt hier umziehen würdest in 'ne andere Stadt. Ich war erstmal ziemlich auf mich zurückgeschmissen - über Bücher und Broschüren und solche Sachen hab' ich theoretisch weiter 'ne Auseinandersetzung mit dem geführt, was ich auch früher gemacht habe. Und mir war schon klar, daß ich langfristig schon 'ne politische Perspektive da will, wo ich bin, aber daß das schon anders funktioniert als legal zu sein.

Denn mit den Leuten zu arbeiten, die Bescheid wissen und dich betreuen, ist relativ einfach. Die wissen, wer du bist, die kennen ein bißchen deine Geschichte... Da ist es kein Problem, was du erzählen kannst, weil die informiert sind, und da ist auch klar: Die reden jetzt nicht groß darüber mit anderen Leuten, sondern das bleibt in 'nem bestimmten festen Kreis einfach hängen. Wenn du



diesen Kreis verläßt, mußt du dir einfach überlegen: Trittst du unter 'nem anderen Namen auf? Gibst du dir 'ne andere Legende? Du hast ja zum Beispiel keine Familie, also du hast eigentlich nicht mehr viel Vergangenheit, außer, du denkst sie dir aus. Und das sind natürlich schon 'ne Menge Überlegungen, das geht nicht so schnell - innerhalb von wenigen Monaten -, 'ne Lösung dafür zu finden.

Dazu kommt dann auch noch: Du kriegst keine Post, du wirst auch nie angerufen, du bist richtig abgeschnitten von Deiner Vergangenheit. Für die, die das wissen, ist das auch klar. Aber für alle anderen, wenn du mehr mit denen zu tun hast, ist das dann irgendwie komisch. Also das ist eigentlich ein sehr künstliches Leben. Ich hätte mir nicht zugetraut, das ratz fatz zu verändern, sondern, um auch Fehler zu vermeiden, wollte ich mir damit Zeit lassen und das sehr gründlich mit den Leuten besprechen, wie man damit umgehen kann, daß man nicht völlig komisch auf andere Leute wirkt. Denn eigentlich bin ich nicht komisch, sondern die Situation ist irgendwie 'n bißchen komisch.

Clara: Hattest Du Dir auch überlegt, wie Deine politische Praxis weiterhin laufen könnte? Weil auf Demos z.B. kannst Du als Illegale ja eigentlich nicht gehen - oder nur unter erschwerten Bedingungen oder wenn Du 'n ganz festes Umfeld hast. Waren da so Überlegungen da oder eher noch nicht, weil die Zeit zu kurz war oder ...?

Jutta: Ich muß sagen, daß die Zeit wirklich relativ kurz war und ich relativ wenig ausprobiert hab', aber ich hatte schon auch Gedanken, wie z.B. daß ich mir vorgestellt hab', daß ich wieder Gruppen suche, in denen ich arbeiten kann; daß ich eigentlich nicht öffentlich auftreten kann; daß ich dem auch in gewisser Weise Rechnung tragen muß bzw. daß es auch irgendwann sein kann, daß ich 'n bestimmtes Risiko eingehen würde. Wenn du 'ne Gruppe hast, ist das natürlich einfacher, zu überlegen, welches Risiko du eingehst - und du baust das einfach ganz langsam auf ...

"ICH HAB' DANN SCHON FESTGESTELLT, DAß ICH MEINE SITUATION ERSTMAL NICHT ALS 'EXIL' BEZEICHNEN WÜRDE ..."

Xenia: Du hast vorhin gesagt, daß Du viel gelesen hast. Waren das vor allem Bücher über Leute, aus welcher Zeit oder welchen

politischen Bedingungen auch immer, die sich im Exil befunden haben, oder Literatur über Knast?

Jutta: Also ich hab' viel Widerstandsliteratur gelesen, auch Sachen zu Exil - und hab' da dann schon festgestellt, daß ich die Situation, in der ich mich befinde, erstmal nicht als "Exil" bezeichnen würde. Die Leute sind aus anderen Situationen gekommen, das war viel umfassender, was da an Repression war, es waren ja oft Exilbewegungen, wo sehr viele Leute zu 'nem bestimmten Zeitpunkt abhauen mußten - das war bei uns nicht so. Es gibt sehr viel zu Exil, Leuten, die ins Exil gegangen sind, während des Faschismus oder aus Lateinamerika, aus den Diktaturen geflohen sind - aber das war mit meiner Situation erstmal wenig vergleichbar. Das war aber 'ne ganz gute Auseinandersetzung, weil "Exil" schon 'n ganz schöner Begriff ist, auch ganz griffig, aber ich hatte so im Laufe der Zeit den Eindruck: Das paßt eigentlich nicht so richtig auf meine Situation ...

Xenia: Wie würdest Du Deine Situation denn beschreiben?

Jutta: Als Abtauchen - das finde ich eigentlich 'nen recht passenden Begriff.

kassiber: Eine weitere Frage wäre die nach anderen oder besonderen Bedingungen von Frauen oder Lesben, die abtauchen bzw. ins Exil gehen. Kannst Du dazu noch was sagen?

Jutta: Also ich kam ja aus einer Lebenssituation, wo ich hauptsächlich mit Lesben und Frauen gearbeitet, gelebt, meinen Alltag hatte - das hatte ich da erstmal nicht. Das war schon 'ne ziemliche Umstellung, mich in einer absoluten Heterowelt wiederzufinden. Also die Auseinandersetzungen laufen schon ein bißchen anders ...

Und ich denke, es gibt schon auch Vor- und Nachteile für Lesben. Wenn Du direkt in ein 'Netz' reinrutscht, wo auch viele Lesben drin sind, das erleichtert natürlich 'nen Einstieg in die 'Szene'. Dabei ist es aber sehr entscheidend, wo und in welchem Land du bist. Ich hätte mich auf jeden Fall auch in die Richtung orientiert, mir da wieder Zusammenhänge zu schaffen und 'ne Perspektive. Die sind dann als Lesbe vielleicht auch noch mal leichter zu finden, wenn es schon relativ viel Anlaufpunkte oder Möglichkeiten gibt, sich umzugucken. Auf der anderen Seite, wenn du das erst mal nicht hast ..., ich kann schon ganz eindeutig sagen: Mir hat da auch viel gefehlt von dem, was ich mir hier aufgebaut hatte an politischen und Lebenszusammenhängen, so wie ich leben und arbeiten will.

Im Alltag kommen noch ganz andere Faktoren dazu. Um mal 'n Beispiel zu nennen: Wenn ich in 'ne fremde Stadt komme, in der ich mich nicht auskenne, ist das schon ganz normal, daß ich erst mal mehr gucke. In Bremen kenne ich mich aus, da hab' ich das nicht so nötig, da weiß ich die Ecken, die ich irgendwie seltsam finde, also fahr' ich da entweder blitzschnell mit dem Fahrrad durch oder ich umgeh' die. So lernst du als Frau ja eigentlich jede neue Stadt kennen.

Ich war im Ausland, da kommen dann noch Sprachprobleme hinzu: Das ist 'n ganz wichtiger Faktor, daß wenn du angesprochen wirst, du irgendwas falsch auffaßt oder nicht verstehst oder auch nicht direkt passend antworten kannst, besonders wenn es sich um sexistische Anmache handelt. Und ich habe mich am Anfang, z.B. abends oder nachts, relativ wenig allein auf der Straße bewegt. Das mach' ich hier ganz automatisch, nachts allein auf der Straße zu sein, aber da mußte ich für mich erstmal dieses Gefühl für kriegen.

Dazu kommt dann auch noch dieser illegale Status, der ja heißt, daß du nicht auffällig sein willst. Da hatte ich den Eindruck, wie kann man das so schön sagen, daß bestimmte patriarchale Klischees mir schon genutzt haben: Frauen werden sowieso leichter übersehen, also auch schon schneller ignoriert. Und mit dem entsprechenden Aussehen und dem entsprechenden Outfit wirst du auf der Straße schon auch ein bißchen unsichtbar. Das hilft dir dann erstmal, selbst wenn es eigentlich total beschissen ist, dich zu bewegen, also auch davon 'runterzukommen, daß jeder Gang auf die Straße, zumindest am Anfang, wie so 'ne Bedrohung wirkt - du huscht dann irgendwie ganz unauffällig durch. Und ich hab' schon relativ schnell gemerkt, daß ich mir das nicht nehmen lassen will, z.B. nachts auf die Straße zu gehen, das auch auszuprobieren und mir da wieder 'n Gefühl für zu schaffen - also mir das wieder zurückzunehmen. Es hat einfach nur etwas länger gedauert als normal, würd' ich sagen.

Clara: Ein Vorteil war ja sicherlich auch, daß Du keine schwarze Frau bist, sondern 'ne weiße ...

Jutta: Ja, das war mir ziemlich schnell klar, weil ich auf der Straße schon gesehen hab', daß Leute, egal ob Männer oder Frauen, mit schwarzer Hautfarbe angehalten werden und wesentlich öfter in Konfliktsituationen gestanden haben - in die ich mich dann aber nicht eingemischt habe. Das ist mir sehr schwer gefallen, dieses Gefühl, mich nicht einmischen zu können, weil ich dann nachher vielleicht in einer Situation steh', die ich nicht überblicken und die für mich einfach relativ gefährlich werden kann. Ich bin nie angehalten und nach Personalien gefragt worden, sondern im Prinzip als Inländerin angesehen worden, außer, die Leute haben mich angesprochen - dann war ziemlich schnell klar, daß ich es nicht bin.

Das war auch noch mal 'n ziemlich großer Teil, mit dem ich mich beschäftigt hab': Das Land, in dem ich war, wollt' ich auch kennenlernen, weil ich auch 'nen Zugang zu dem Land kriegen wollte, Ansatzpunkte finden wollte dafür, was mich eigentlich politisch an dem Land interessiert. Weil ich nicht im Kopf hatte, da zu sein und Politik für hier zu machen. Sondern wenn ich da bin, dann mach' ich da Politik, denn dann werde ich da leben - alles andere wär' mir auch unsinnig erschienen. Das hätt' ich alleine machen müssen, und das wollte ich einfach nicht.

Ich hab' Bücher über das Land gelesen - dann auch in der Sprache, um die Sprache zu lernen. Dann hab' ich Unterricht genommen, damit das alles 'n bißchen schneller geht, Zeitung zu lesen, Nachrichten zu gucken ... Das war 'ne ganz gute Beschäftigung, das fand ich auch ziemlich interessant, mir 'n bißchen zu erarbeiten, was ähnlich zu hier ist, was eindeutig Unterschiede sind, warum es diese Unterschiede gibt - vieles resultiert dann ja auch aus der Geschichte von 'nem Land. das ist aber auch viel in Gesprächen gelaufen: Ich hab' ganz viele Sachen nachgefragt, hab' mir viel erzählen lassen.

"FÜR MICH WÄR' DAS AUCH TOTAL SCHWIERIG GEWESEN, AN BREMEN ZU KLAMMERN ..."

kassiber: Ich wollte noch mal auf einen Punkt zurückkommen: Freundinnen und Genossinnen von Dir hatten in einem Offenen Brief beschrieben, daß "Beziehungen, Freundinnenschaften und Kontakte von der Präsenz" leben, und daß über den "momentanen Verlust" durch Deine Abwesenheit quasi ein "Dauerverlust" droht ...

Jutta: Am Anfang hab' ich gedacht, und das war auch dieses Schmerzhafte daran, daß damit einfach ganz viele Beziehungen

unterbrochen oder vielleicht auch zu Ende sind. Damit hatte ich 'nen relativen Abstand zu hier. Also für mich wär' das auch total schwierig gewesen, an Bremen zu klammern, weil ich mich dann einfach auch auf nichts anderes hätte einlassen wollen oder können. Das ganze ist ja dann, nach knapp 'nem halben Jahr, ein bißchen gekippt: Dadurch, daß die vier aus dem Knast 'rausgekommen sind, gab es so eine Entwicklung, die 'ne Lücke aufgemacht hat, also 'ne Möglichkeit, mit 'nem bestimmten Risiko zurückkommen zu können. Da hat das auch bei mir eingesetzt, daß ich mich gedanklich wieder mit hier verbunden gefühlt habe - einfach dadurch, daß es sein könnte, daß ich zurückkommen kann. Das hat schon ziemlich viel ausgelöst - das wurde wieder viel präsenter.

Ich hab' dann im letzten halben Jahr von da langsam Abschied genommen. Das war dann auch schon so, daß ich gedacht hab', daß hier meine politische Perspektive liegt. Ich könnte sie mir irgendwo anders aufbauen, aber hier weiß ich, daß sie da ist - das ist ja noch mal 'n Unterschied. Aber, so 'n Jahr weg zu sein ..., im Moment hab' ich den Eindruck, ich komm' zurück und fang' schon überall 'n bißchen neu an. aber das war jetzt nicht so lange, daß sich das kaum überbrücken läßt - so ist es nicht.

Clara: Das hört sich jetzt so relativ bruchlos an ... Ich kann mir vorstellen, daß da schon auch ziemlich widersprüchliche Gefühle und Überlegungen 'bei waren, daß das auch 'ne ziemliche Zerreißprobe war, seine Gedanken so weit wegzuschicken - und dann wieder zurückzuholen ... Kannst Du den Prozeß vielleicht 'n bißchen genauer beschreiben?

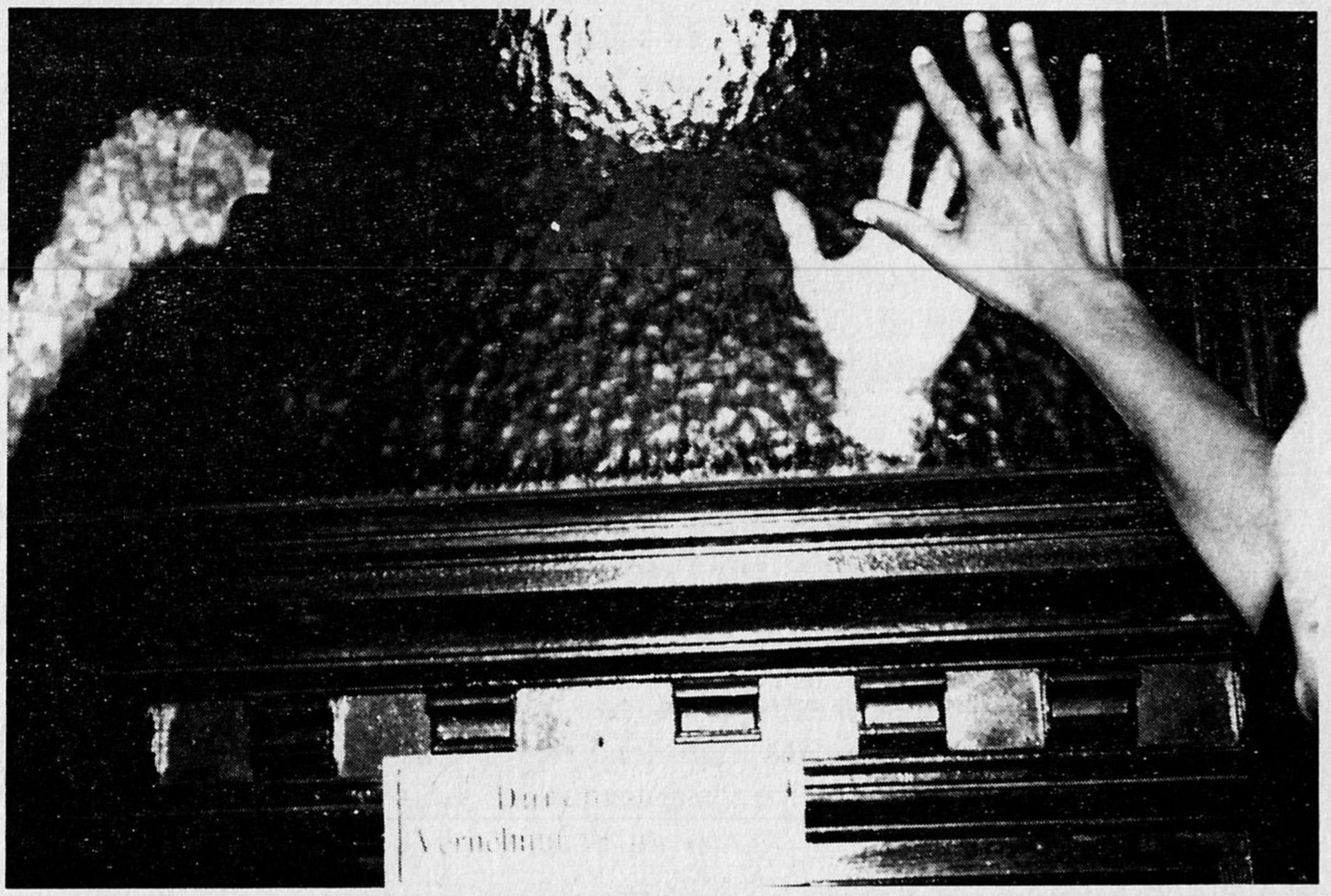
Jutta: Ich hatte schon, wenn ich das jetzt als Zeitraum beschreiben würde, vielleicht drei Monate gebraucht. Also erstmal dieser Anfangsgedanke, daß ich das überhaupt zugelassen hab', daß es evtl. eine Möglichkeit gibt zurückzukommen, das hat mich wirklich ..., das war schon euphorisch. Vielleicht hab' ich das ein bißchen abgedeckelt, weil es mir zu schmerzhaft gewesen wäre, immer wieder davon Abstand nehmen zu müssen, mich immer wieder davon verabschieden zu müssen, weil ich den Eindruck hatte: Es geht - vielleicht - einfach auch nicht. Und das war schon ..., das fand ich schon klasse, was sich da in mir bewegt hat, wie explosionsartig ich gedacht hab': "Mensch, diese Chance ist vielleicht da" - aber dann war ich schon auch hin und her gerissen. Was ich 'nen ziemlich Vorteil in der Situation fand, war genug Zeit zu haben, dieses Hin und Her und diese Widersprüchlichkeit mitzumachen. Das ist manchmal so gewesen, daß ich mich am Tag 24mal umentschieden hab' und gedacht hab': "Ja, ich geh' jetzt zurück", und irgendwie 'ne Stunde später hab' ich gedacht: "So 'n Quatsch, Du gehst nicht zurück" - denn auch das Abtauchen hat 'ne Perspektive und das ist keine schlechte. Dann hab' ich das mit den Leuten, die mich betreut haben, beredet, die ich im übrigen total großartig fand.

kassiber: Hatttest Du denn von der öffentlichen Soliarbeit zu den Verfahren im Zusammenhang mit dem 13.6.95 was mitbekommen? Also von der öffentlichen Soliarbeit?

Jutta: Ich hatte schon Zugang zu den Publikationen. Und es gab ja dann auch eine eigene Zeitung für das Verfahren, die "radikalen Zeiten", wobei natürlich in anderen Zeitungen auch immer wieder Sachen dazu drin waren. Das hab' ich schon mitgekriegt, das hab' ich dann natürlich auch immer gelesen. Das ist auch ganz wichtig, denk' ich, daß es so was gibt, damit du wenigstens die Chance hast, das mitzukriegen, was läuft oder was an Soliarbeit passiert, sonst biste wirklich ganz abgeschnitten und weißt ja überhaupt nicht mehr, was passiert.

kassiber: Clara und Xenia, Ihr beide seid Teile dieser Solistruktur aus Frauen/Lesbenzusammenhängen ... Könnt Ihr mal grob skizzieren, was Ihr so gemacht habt in den vergangenen 14 Monaten?

Clara: Am Anfang war die Situation hier ja auch sehr konfus: Niemand wußte genau, was die Vorwürfe sind, in welchen Städten was passiert ist, was mit den Leuten ist, die 'n Verfahren haben oder die im Knast sitzen. Dann gab's 'n ziemlich großes Frauen-Lesben-Plenum, wo wir angefangen haben, darüber zu reden und erstmal zu sortieren, was überhaupt passiert ist - und auch angefangen haben, zu reden, inwieweit das unsere Szene betrifft: Also, was ist mit dem Frauen-Buchladen und der Therapie-Praxis, oder was ist mit Jutta und den anderen Frauen, die Verfahren haben - parallel zu diesem gesamten Zusammenhang. Dann hamm wir ziemlich bald angefangen, über das Projekt "radikal" zu diskutieren, über Widerstand, über Militanz - immer in Hinblick darauf, vielleicht was dazu zu veröffentlichen, um so 'ne Diskussion anzufangen oder weiterzuführen. Dann gab's 'ne Infoveranstaltung, also wir hamm immer versucht, auch öffentliche Arbeit zu machen, nach außen zu gehen - grad noch mal in der Situation -, und gleichzeitig auch im eigenen Rahmen zu gucken, die Sachen zu sortieren: Also Anwaltskontakte aufnehmen und sich um diese ganzen rechtlichen Geschichten zu kümmern usw. usf. Das war so ungefähr das erste halbe Jahr.



"ES WAR JA SCHON SO, DAß WIR ALS SOLIBEWEGUNG AUCH VIELE FRAGEN AN DIE ABGETAUCHTEN, DAß WIR 'N AUSEINANDERSETZUNGSBEDÜRFNIS HATTEN."

Xenia: Was uns eben auch wichtig war, war möglichst viel nach außen zu bringen, in irgend'ner Form Sachen zu veröffentlichen, seien's Artikel, seien's Grüße, seien's Thesen oder auch dieser "Brief ins Exil" an Jutta, weil wir davon ausgegangen sind, daß,

wenn das in mehreren Zeitungen oder Zeitschriften veröffentlicht wird, sie irgendwann was davon mitkriegt. Das ist 'n Schwerpunkt in dem letzten halben Jahr der Solibewegung gewesen, den - soweit es unter diesen total beschissenen Bedingungen geht -, Kontakt zu den Abgetauchten aufzunehmen, also deutlich zu machen: "Ihr seid hier noch in unseren Köpfen und Herzen und wir vermissen Euch als FreundInnen, als KampfgefährtInnen oder Genossinnen und Genossen! Wir finden, daß Ihr hierher zurückkommen können müßt, wenn Ihr das wollt." Und unsere Aufgabe als Solibewegung, die wir halt hier sind und hier politisch arbeiten, ist es, die Bedingungen soweit wie möglich dafür zu schaffen, soweit es eben geht, 'ne Diskussion mit den Abgetauchten herzustellen, wo wir uns eben überlegt hatten: Wenn überhaupt, dann geht das über Offene Briefe, wo du welche - in Zeitungen veröffentlicht - anschreibst, und die die Möglichkeit haben, auf demselben Wege zu antworten. Denn es war ja schon so, daß wir auch viele Fragen an die Abgetauchten, daß wir 'n Auseinandersetzungsbedürfnis hatten.

Das ist uns im letzten halben Jahr erst richtig klar geworden: Da müssen wir mehr machen und da hätten ..., auch wir haben da relativ spät was ... Das war natürlich auch bei uns 'n Prozeß, diesen Automatismus des Vergessens oder Verschwindens aufzubrechen, zu sagen: "Halt! Nee! Stop! Wir lassen uns die Leute nicht wegnehmen!" Ich finde auch, daß mehr hätte laufen können und müssen - auch von uns aus. Und es muß auch in Zukunft mehr laufen, denn immerhin ist es ja so, daß nicht alle zurück sind, sondern Matthes abgetaucht ist. Ich sehe es nach wie vor als Aufgabe der Solibewegung an, Bedingungen zu schaffen, daß er zurückkommen kann, wenn er das will.

kassiber: Da wollt ich gleich noch mal zu kommen, aber Soliarbeit für Leute, die auf der Flucht bzw. im Knast sind, heißt ja auch, viel Kleinkrams machen zu müssen, z.B. Mietzahlungen zu gewährleisten oder irgendwas mit Ämtern zu klären ...

Clara: Das war ja nicht so viel und auch ganz gut aufgeteilt - das lief dann so nebenher: Da hat man eben die Wohnung aufgelöst, kurz die Klötten zu der Schwester gebracht und lauter solche Geschichten, aber das war irgendwie nicht so dramatisch und hat auch nicht so viel Zeit gebraucht. In so Extremsituationen ist man ja auch etwas mehr auf Zack - und so Sachen erledigen sich auch etwas schneller als normalerweise üblich ...

Gleich zu Anfang haben wir natürlich schon auch geguckt, daß Deine Familie angesprochen, aufgeklärt, daß da 'nen Kontakt hergestellt wird, und dann auch zu Deinem Umfeld, zu Zusammenhängen in anderen Städten, zu Bekannten usw. usf. Das war aber eigentlich nicht nur Arbeit, das war eigentlich 'ne ganz positive Sache, so 'nen Zusammenhalt zu spüren, auch von Leuten, die du kanntest, die sich dann engagiert haben. Also das war schon okay. Und zu Anfang waren ja schon unwahrscheinlich viele Leute auf den Beinen, hamm sich damit beschäftigt, versucht, was zu machen oder viel Geld gespendet ...

Xenia: Noch mal zu Deiner Frage ... Ich finde, es gibt drei Punkte in der Soliarbeit: Erstens mußt du Aktionen machen und nach außen gehen, da tauchen dann die Schwierigkeiten auf, die du als Linke oder Feministin in diesem System hast, deine Inhalte überhaupt nach außen zu bringen. Die Kontakte zur Familie, den juristischen Krams zu klären und und und - das ist der zweite Bereich, der auf die Leute zurückfällt, die halt hier sind und sich solidarisch verhalten wollen. Und der dritte Punkt ist natürlich, daß, auch wenn du nicht direkt von einem Verfahren, einem Haftbefehl oder 'ner Durchsuchung betroffen warst, du natürlich erstmal ganz schön perplex dastehst - trotz allem, was du dir vielleicht theoretisch oder politisch erarbeitest hast, und dir eigentlich klar ist, wenn es plötzlich in deine engsten Kreise einschlägt. Das ist was, womit du als Solistruktur, als Teil einer Gruppe oder als Einzelfrau erstmal auch klarkommen mußt: Du mußt es politisch einschätzen, du mußt es persönlich und emotional verarbeiten, du mußt dir klar werden: Was will ich wo, wie, wann, in welcher Art und Weise machen, zum Ausdruck bringen?

Viele Gruppen hatten dann plötzlich Auseinandersetzungen darum, also über Repression überhaupt: Wie gehen wir damit um? Was heißt das für uns? Wie können wir uns dazu verhalten? Und wir waren auch immer bemüht, die Angriffe des Staates zu thematisieren, z.B. den "Großen Lauschangriff" und solche Geschichten, haben immer versucht, nicht nur so Versorgungsarbeit und Aktionen zu machen, sondern auch die Inhalte nicht zu verlieren, uns klar zu machen, was da eigentlich gerade abgeht, in welchem Zusammenhang das eigentlich steht: Was wird u.a. durch solche oder andere Verfahren oder durch das PKK-Verbot und und und hier durchgepuscht? Also was versteckt sich hinter dieser Floskel "Verschärfung der gesamtgesellschaftlichen Situation"?

"ES GING UNS MIT DEM OFFENEN BRIEF AUCH DARUM, 'N POLITISCHES ZEICHEN ZU SETZEN: MAN/FRAU KANN ABGETAUCHTEN SCHREIBEN."

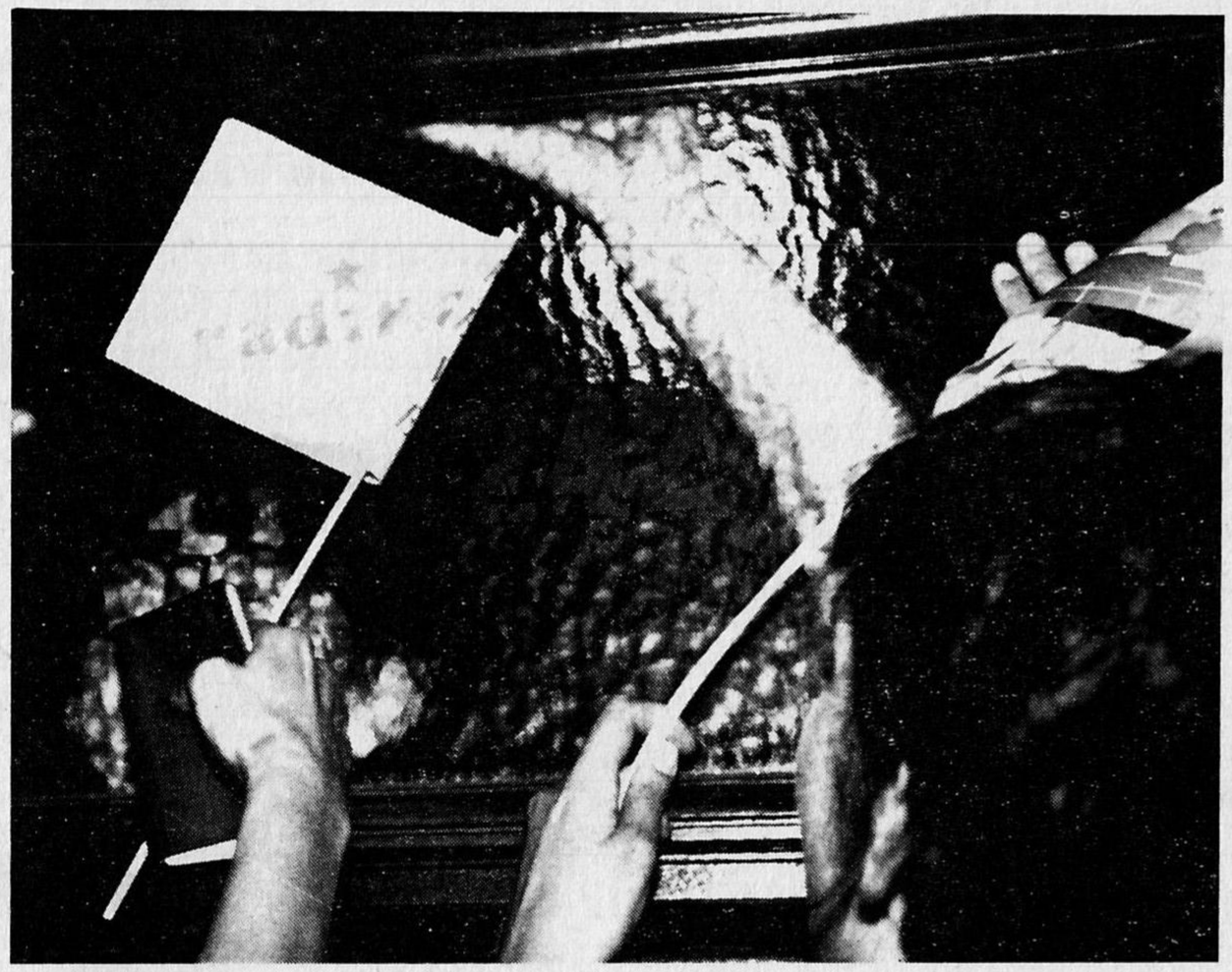
kassiber: Ihr als Solistruktur ..., auch andere Zusammenhänge haben so 'n ähnliches Bedürfnis formuliert, wolltet mit den Abgetauchten in die Diskussion kommen ... Da ist aber nach meinem Eindruck auf beiden Seiten, zumindest was diese Offenen Briefe angeht, sehr, sehr wenig gelaufen. Und Euer Offener Brief, fand ich, enthielt sogar relativ unverblühmt den Appell, doch wieder aufzutauchen - nachdem es vorher, zumindest auf so 'nem Wege, gar keine andere Diskussion gegeben hat. Und dieser Appell, der kann dann ja sicherlich auch weitergedacht werden, nicht nur an Jutta, sondern auch an ...

Xenia: Zugegebenermaßen kommt in so 'nem Offenen Brief, wenn frau ihn denn dann mal schreibt, natürlich die persönliche Haltung und das, was du dir wünscht und was du auch für richtig hälst durch - das war durchaus so. Aber daß "relativ unverblühmt" zum Zurückkommen aufgefordert worden sei, also ganz so würd' ich's nicht sagen. Ich denke, was vor allem zum Ausdruck kam, war, daß wir wollten, daß Jutta zurückkommen kann, das war quasi der politische Sinn dieses Offenen Briefes. Aber natürlich war der auch sehr persönlich an Jutta gerichtet, auch an die anderen, aber vor allem an sie, und natürlich wollten wir ihr damit zum Ausdruck bringen, daß wir sie vermissen, daß wir sie gerne bei uns hätten, daß wir gerne wieder mit ihr reden und arbeiten möchten ... war es keine Aufforderung: "Komm zurück!", sondern: "Wenn du kommst, stehen wir hier immer noch mit offenen Armen". Für uns war aber auch völlig klar, daß, hätte sie sich anders entschieden, wir diese Entscheidung mitgetragen hätten - und, so gut das eben geht, hier als Teil einer Solibewegung, versucht, diese Entscheidung zu unterstützen - und trotzdem den Kontakt nicht abreißen zu lassen, da weiterhin für zu arbeiten.

Es ging uns mit dem Brief auch darum, 'n politisches Zeichen zu setzen: Man/frau kann Abgetauchten schreiben. Das läuft natürlich nicht über den Postweg, sondern man muß sich eben die Mühe machen, so 'nen Brief zu formulieren und zu veröffentlichen.

Jutta: Ich möchte da auch noch mal was zu sagen, weil ich mich total über diesen Brief gefreut hab'. Der war allerdings wirklich sehr, sehr spät, ich hab' ihn erst gelesen, als meine Entscheidung für's Zurückkommen schon feststand . Was ich an dem Brief schwierig fand, war, daß ich mich, wie gesagt, sehr schwer damit getan hab', diese Entscheidung zu fällen, das war schon ein sehr langwieriger, widersprüchlicher Prozeß. Und das ist, fand ich, in dem Brief überhaupt nicht aufgetaucht. Das war auch was, worauf, wenn ich weggeblieben wäre, ich dann noch mal geantwortet hätte. Aber dadurch, daß meine Entscheidung eigentlich stand und ich ihn wirklich kurz vorher erst gelesen habe, ist das dann hinten 'runtergefallen.

Bei der ganzen Soliarbeit hatte ich den Eindruck, daß das im Prinzip das erste Mal war, daß direkt Bezug genommen wurde - und nicht auf einer sehr theoretischen, abstrakten Ebene, außer die der Grüße. Und das war auch was, was ich schon vermißt habe, wo ich mir vorstellen kann, daß es den anderen genauso gegangen ist. Ich hatte den Eindruck, daß wir relativ wenig Thema sind, egal wie Entscheidungen laufen, sondern daß das Weggehen auch wirklich ein bißchen bedeutet, daß du ausgelöscht bist. Also dann gibt es zwar immer mal Grüße,



manchmal ist das sogar so, daß dabei noch nichtmals alle benannt werden, was ich auch sehr komisch fand - das hat mich dann seltsam berührt. Und trotzdem hab' ich mich über den Brief gefreut und gedacht: "Ja, das ist vielleicht ein Anfang, so was zu probieren", weil es natürlich auch noch andere Leute gibt, wo es wichtig wäre, mit denen vielleicht über so 'ne Art in Kontakt zu treten: Was Du schon gesagt hast, daß Matthes noch weg ist - aber es gibt auch noch die K.O.M.I.T.E.E.-Leute, die erstmal 'n wesentlich größeres Risiko hätten. Wo ich denke, für die liegt das wahrscheinlich auch gar nicht an zu überlegen, zurückzukommen, aber es läßt sich ja trotzdem vielleicht 'ne Diskussion oder 'n Kontakt zu ihnen herstellen ...

Xenia: Was auf jeden Fall stimmt ist, daß der Brief sehr spät 'rauskam. Das liegt daran, daß, das muß ich auch sagen, es uns sehr spät als Möglichkeit erst eingefallen ist, daß frau so was machen kann. Das war im Endeffekt natürlich zu spät, jetzt nicht zu spät, weil Du dann eh bald darauf zurückgekommen bist, sondern politisch gesehen ... Und es war auch nur 'n Anfang, deshalb will ich den jetzt auch nicht überbewerten. Und das andere, warum er so sehr die Perspektive des Zurückkommens betont hat: Darüber sind bei uns viele Diskussionen gelaufen. Wir hatten aber keine anderen Überlegungen oder zumindest ähnliche Überlegungen wie Du, ganz woanders. Wir wußten natürlich auch: Die vier sind draußen, die Auflagen sind weg, das Verfahren ist an Koblenz abgegeben, also 'runtergehängt worden und und und. An diesem Runterstufen, diese Talfahrt, die das Verfahren genommen hat, daran haben wir diskutiert, daß die Perspektive, evtl. zurückzukommen, jetzt 'ne andere ist - oder näher liegt als noch vor einem Jahr.

Clara: Das ist bestimmt auch was, was man aus der Sache lernen kann: Daß es wichtig ist, Diskussionen öffentlich zu vermitteln. Es wurde zwar in den Frauengruppen diskutiert, auf dem bundesweiten FrauenLesben-Treffen ..., es war nur nicht so, daß das großartig veröffentlicht wurde - und ich denke, das haben wir teilweise auch versäumt. Und 'n anderer Punkt, den ich daran wichtig finde ist, daß uns ziemlich schnell klar war, daß weder die 'gemischte' noch die feministische Linke es schaffen wird, so 'ne politische Stärke zu entwickeln, daß Ihr zurückkommen könnt, ohne persönliche Repression zu erfahren, ohne einzufahren, daß Eure Haftbefehle durch unsere Stärke aufgehoben werden und ... Das war für uns ziemlich schnell klar - und darüber entstand dann auch so 'ne Abwägerei: Was passiert, wenn Ihr zurückkommt? Wieviel Knast müßt Ihr erwarten?

Das hat das ganze auch etwas zu einer persönlicheren oder individuelleren Diskussion gemacht, anders als wenn man jetzt Tausende von Leuten im Rücken hat - und 'ne unheimliche Kraft, um politisch was durchzusetzen. Und ich denke, der Brief war auch 'n Ausdruck dafür, daß Du hier einfach willkommen bist, daß wir wollen, daß Du zurückkommst, auch wenn die politische Situation die ist, daß Du dafür 'nen ziemlich hohen Preis bezahlen mußt.

kassiber: Die Soliarbeit aus FrauenLesben-Zusammenhänge wird in bzw. von 'ner 'gemischten' Szene immer wieder gern unter 'gemischter' Soliarbeit oder autonomer Politik subsummiert. Wie ist es für Euch als Frauen/Lesben, mit 'gemischten' Zusammenhängen Soliarbeit zu machen?

Xenia: Nicht ganz einfach! Das liegt einerseits daran, daß viele von uns entweder überhaupt das erste Mal oder zumindest schon seit langem nicht mehr innerhalb der 'gemischten' Linken arbeiten - und da ihre Gründe für haben - oder eben sowieso nur auf so 'ner 'Bündnispolitikebene'. Wenngleich es für uns als Frauen-Lesben-Zusammenhang immer so war, daß uns klar war, daß dieser Verfolgungszusammenhang 13.6. 'gemischt' ist, und wir deswegen, oder Teile von uns, 'ne bestimmte Arbeit in diesem Rahmen machen. Es war uns eben klar, daß wir Jutta als Freundin und Genossin, als Frau, Lesbe, da nicht herauslösen wollten, sondern daß sie in diesem Zusammenhang betroffen ist. Das andere sind eben die Schwierigkeiten, daß wir irgendwann das Gefühl hatten, daß wir als FrauenLesben-Zusammenhang ..., also das alte Problem, in 'ner 'gemischten' Organisierung immer Gefahr laufen, subsummiert zu werden: persönlich quasi und halt auch mit unseren Inhalten, mit unseren teilweise anderen Politikansätzen oder dem anderen -verständnis. Das ist 'ne Schwierigkeit, über die wir immer gestolpert sind - und das auch noch immer tun!

Clara: Ja, wobei man schon sagen muß, daß das von Anfang an 'n ganz klar solidarisches Verhältnis nicht nur zu Jutta, sondern auch zu den anderen Betroffenen war, auch wenn das immer wieder 'n Punkt ist, der diskutiert wird, inwieweit wir uns solidarisch zu 'gemischten' Projekten verhalten. Das knüpft auch noch mal an die Diskussionen an, die wir, auch aufm FrauenLesben-Plenum, geführt haben: "Was für 'ne Position haben wir eigentlich zu dem Projekt 'radikal'?" "Was für 'ne Position haben wir zu den militanten Gruppen, wie AIZ oder K.O.M.I.T.E.E. oder auch RAF?" Dann gibt es ja lange und sehr ausführliche Diskussionen z.B. auch über den Punkt Militanz - wo ich denke, daß Feministinnen 'nen wesentlich anderen Standpunkt vertreten als den, den 'gemischte' Zusammenhänge teilweise an die Öffentlichkeit tragen. Also es berührt ganz viele Punkte, politische Punkte, die wir zu diskutieren angefangen haben , um 'nen eigenen Standpunkt darin weiterzuentwickeln oder zu festigen.

Und das ist schon 'n unwahrscheinlicher Kraftaufwand, dieser Stimme, die eigentlich 'ne sehr starke Stimme ist, in so 'ner übermächtigen 'gemischten' Struktur, die richtige Position zu geben. Das kann man teilweise als subsummieren verstehen - ich versteh' das zumindest so. Aber das fällt sehr leicht unter den Tisch bzw., wenn man da nicht selber immer seine gesamte Energie hinterhersetzt, dann wird das überhaupt nicht thematisiert. Es wird aber gleichzeitig immer wieder 'ne eigentlich fast schon bedingungslose Solidarität erwartet - ich empfinde die oft als 'ne unkritische Solidarität -, und das ist 'n Widerspruch, der eben immer wieder auftaucht, nicht nur in diesem Verfahren, sondern in allen möglichen politischen Bereichen.

Jutta: Um das noch mal klarer zu machen, wobei ich da ja noch nicht besonders lange mit konfrontiert bin: daß permanent von "wir" und "uns" geredet wird. Alles, was dann kommt, das sind "wir" und das betrifft "uns" - und es wird nicht mehr unterschieden! Und das würde dann an den FrauenLesben-Zusammenhängen liegen, diese Unterschiede immer wieder zu thematisieren, immer wieder 'reinzubringen - und das macht müde, und das macht auch ärgerlich. Das ist dann schon 'n Kraftakt, das immer wieder deutlich zu machen, immer wieder zu sagen: "Moment, stop! Das ist aber noch ein bißchen unterschiedlich für unterschiedliche Zusammenhänge", die es faktisch einfach sind.

Xenia: Und ein Punkt, der da noch dazu kommt, ist, daß ich das Gefühl habe, daß die 'gemischte' Linke es auch recht schwer verkraftet, daß es autonome FrauenLesben-Zusammenhänge gibt, die sich so organisieren, so organisieren wollen und auch weiterhin so organisieren werden - und die sich ...

Jutta: ... der Kontrolle entziehen!

Xenia: Ja genau, die sich, ab 'nem bestimmten Punkt, auch der Kontrolle der 'gemischten' Linken entziehen. Daß das eben 'ne eigenständige Organisierung ist, eine, die sich immer wieder solidarisch verhält, das steht überhaupt nicht zur Debatte, aber eben 'ne eigenständige Organisierung - und ich glaube, da haben viele 'gemischte' Linke extreme Probleme mit, die sie vielleicht mal klären könnten ...

Clara: Also ich würde das schon mal anders sehen. 'ne autonome FrauenLesben-Organisierung ist aus dem Interesse heraus entstanden, die Politik zu vertreten, die man vertreten möchte, und mit den Frauen eben, mit denen man sie vertreten möchte - und nicht in Abgrenzung gegen linke oder 'gemischte' Inhalte. Die Inhalte sind ja auch nicht anders: Wir arbeiten ja zu allen Themen, die von der 'gemischten' Linken - unterschiedlich - auch aufgegriffen werden. Es gab ja z.B. auch 'nen Artikel zu dem Projekt "radikal", der wild diskutiert wurde und einen Teil von feministischen Positionen zu dem Projekt dargestellt hat. Ich fand, daß das eigentlich 'n ganz guter Ansatz war, in 'ne Diskussion zu kommen. Und es gab ja auch Veranstaltungen und viele andere Sachen in unserer Szene, die gelaufen sind - nicht nur diesen Brief.

kassiber: Der Offene Brief an Jutta war relativ persönlich gehalten - auf 'ner bestimmten Ebene -, ich hatte aber den Eindruck, daß er als ein sehr persönlicher Brief auch austauschbar gewesen wäre - auch für andere Zusammenhänge ...

Clara: Ich finde diesen Brief nicht austauschbar, weil ich mir nicht vorstellen könnte, daß so 'n Brief aus 'ner 'gemischten' Szene überhaupt geschrieben wird. Also da ist 'n ganz eigener Umgang mit Frauen aus 'nem Zusammenhang drin, den ich so von 'Gemischten' erstmal auch nicht kenne bzw. nicht erwarten würde, den ich aber eigentlich auch ganz positiv find'.

"DAMIT BLIEB DIESES FÜR MICH ERSTMAL KALKULIERBARE RISIKO, AM ANFANG DAFÜR BESTRAFT ZU WERDEN, DAß ICH MICH ENTZOGEN HABE ..."

kassiber: Jutta, Du hast Dich am 13.6. dieses Jahres, ein Jahr nach den Razzien, den Behörden gestellt ... Kannst Du noch mal kurz zusammenfassen, was Dich dann letztendlich dazu bewogen hat?

Jutta: Dieses Verfahren ist am Anfang ja total aufgebauscht worden - und du weißt ja nie, ob 'sie' das dabei belassen, ob 'sie' dann im Prozeß irgendwelche Konstruktionen durchkriegen, durchpowern können ... Aber dann hat das diesen Umschwung genommen: Ich war sehr überrascht, als die vier aus dem Knast kamen, da hatt' ich eigentlich nicht mit gerechnet, eher damit, daß die bis zum Verfahren im Knast bleiben ...

Dann wurden die Kontaktverbote aufgehoben, das war noch mal 'n Schritt in so 'ne Richtung, dann dieser Vorwurf der "Unterstützung von terroristischen Vereinigungen" fallen gelassen. Übrig geblieben ist eigentlich nur, daß wir eine "kriminelle Vereinigung" sein sollen, die zum Ziel hat, eine Zeitung herzustellen - und in dieser Zeitung wird dann halt geworben, also die "Werbung" ist bestehen geblieben. Das machte 'nen ziemlichen Unterschied, was sich jetzt im nachhinein noch mal dadurch bestätigt hat, daß bei den vieren die Haftbefehle aufgehoben wurden - relativ kurz, nachdem wir wiedergekommen sind.

Damit blieb dieses für mich erstmal kalkulierbare Risiko, am Anfang bestraft zu werden, dafür, daß ich mich entzogen habe, was ich im schlechten Fall, auf 'n halbes Jahr Knast angesetzt habe, die Alternative wäre gewesen, nicht zurückzukommen, den Prozeß abzuwarten, inclusive Revisionsverfahren - das zieht sich ja immer enorm lange hin. Das hätte auch geheißen, und das ist schon 'n Kraftakt, sich da 'n Leben aufzubauen - und das stand für mich in keinem Verhältnis. Denn ich hatte den Eindruck, daß ich ja weiß, wohin ich hier zurückgehe. Mir ist ja auch signalisiert worden, daß die Zusammenhänge noch existieren - und daß ich willkommen bin. Und es ist mir schon sehr wichtig, politisch zu arbeiten und ein leichteres, das hier zu tun als da neu aufzubauen. Das ist auch nicht so schwer, glaub' ich, sich das vorzustellen. Und nach diesem Abwägen hab' ich gedacht hab': "Okay, dann geh' ich dieses Risiko ein, weil das lohnt sich auch, zurückzugehen."

kassiber: Wart Ihr überrascht, von so vielen Leuten empfangen zu werden?

Jutta: Wir waren alle drei total begeistert von den vielen Leuten, die, als wir aus der Pressekonferenz 'rausgekommen sind, da waren - das hat uns total gefreut. Ich hatte da das Gefühl: "Das nehm' ich mit in den Knast 'rein." Jetzt bin ich ja nicht 'reingekommen, aber ich bin mir sicher, daß Glosch das auch mit 'reingenommen hat - das war wirklich ein total tolles Gefühl. So viele Leute und die Stimmung war, so wie ich das wahrgenommen hab', ziemlich powerig, ziemlich gut. Das hat für das Zurückkommen ziemlich viel ausgemacht, so 'ne Power dann auch mit ins Gerichtsgebäude 'reinzunehmen. Was sehr bitter war, war daß sie halt Glosch eingefahren haben.

kassiber: Drei von Euch sind zurückgekommen, Matthes ist abgetaucht geblieben ... War's für Euch schwierig, nur zu dritt zurückzukommen? Also gab's da, auch wenn natürlich die Entscheidung, ob Du wiederauftauchst, individuell gefällt werden muß, sozusagen moralische - oder andere - Bedenken, mit einem zu wenig wiederaufzutauchen?

Jutta: Sagen wir mal so: Ich will auf jeden Fall, daß Matthes zurückkommen kann! Ob er das dann tut oder nicht, das ist wirklich seine eigene Entscheidung ... Ich kann Dir das nur indirekt beantworten, weil ich eigentlich nur von mir ausgehen kann: Natürlich find' ich das schade, wenn vier weg sind - und nicht alle vier kommen gemeinsam zurück.

Meine Schwierigkeiten bei diesen Überlegungen zurückzukommen waren, daß ich den Eindruck hatte, daß ich in ein Vakuum zurückgehe. Und ich habe mich, für mich, darüber hinweggesetzt, weil ich nicht wußte, wann sich dieses Vakuum eigentlich auflöst. Es wäre einfacher gewesen, wenn es Thema gewesen wäre, du hättest das Gefühl gehabt, in 'ne Situation zurückzugehen, wo sich viele schon damit beschäftigen, sich auseinandersetzen: Ist dieses Risiko tragbar? Ist das politisch vertretbar? Wo dann vielleicht auch noch mal schneller 'ne Stärke entstehen kann. Also die muß dann nicht von ..., Null ist jetzt natürlich blöd, das stimmt nicht, aber sie muß nicht von relativ niedrig erstmal aufgebaut werden. Und meine Überlegung war dann halt, daß ich wenigstens noch die Chance haben wollte, in das Verfahren 'reinzurutschen, das wird immer schwieriger, je länger du wegbleibst. Und wenn ich weggeblieben wäre, hätte ich, nachdem meine Entscheidung eigentlich klar war, daß ich zurück und dieses Risiko eingehen will und auch die Konsequenzen verkraften werde -, nur noch gewartet: Das ist unerträglich, wenn du weg bist und eigentlich nur noch wartest, weil du dann aufhörst, da richtig zu leben.

"VIELE GRÜßE AN MATTHES. VIELE GRÜßE AUCH AN GLOSCH. GLOSCH MUß JETZT SOFORT 'RAUS!"

Clara: Aber hattest Du nicht auch den Eindruck, daß es schon auch noch mal 'n anderer Ausdruck von politischem Zusammenhalt und Stärke gewesen wäre, wenn Ihr zu viert gekommen wärt?

Jutta: Natürlich hat mich das beeinflußt und ich hätte das auch besser gefunden: Zum einen, weil ich denke, daß das natürlich auch noch mal 'n anderer Ausdruck gewesen wäre, das zu viert zu machen. Das war auch noch mal was, was diese Widersprüchlichkeit in der Entscheidungsfindung ausgemacht hat - aber die Entscheidung ist so gefallen. Und ich finde sie trotzdem nach wie vor richtig ...

Ich würde jetzt aber schon dafür powern wollen, daß zu Matthes mehr läuft als zu uns gelaufen ist. Wo ich das wichtig finde, daß so was wie Offene Briefe als Kommunikationsmöglichkeit mehr genutzt werden, oder daß, weiß ich nicht, vielleicht Bäpper gemacht werden zu ihm, die dann überall hängen, also daß er noch mal mehr präsent wird. Und daß ihm irgendwie signalisiert wird, daß es 'ne Auseinandersetzungsbereitschaft gibt - das find' ich total wichtig.

Clara: Du hattest, als Du noch weg warst, nicht den Eindruck, daß das in absehbarer Zeit, noch vor dem Prozeß, passiert, daß dieses Vakuum gefüllt wird?

Jutta: Das war ganz schwer einzuschätzen. Erstmal hab' ich da wenig Ansätze für gefunden, daß das passieren würde. Aber dadurch, daß ich weit weg war, wußt' ich natürlich auch nicht, was hier diskutiert wurde - intern quasi -, ob das kurz davor stand, ob das jetzt massiv Thema werden würde. Ich hatte einfach das Gefühl, daß für mich die Zeit abgelaufen ist. Das war 'ne gute Zeit - aber ich wollte die nicht künstlich verlängern, um sie zu 'ner schlechten Zeit zu machen.

kassiber: Das, was Du vorher gesagt hast, impliziert ja, daß 'ne 'bessere' Soliarbeit aus 'gemischten' Zusammenhängen, aus denen Matthes ja kommt, die Möglichkeit für ihn deutlich verbessern würde, ebenfalls zurückzukommen ...

Jutta: Wie ich vorhin schon gesagt hab', war das, wie ich es für mich gesehen habe. Wie das für ihn ist ..., das kann anders sein. Aber ich kann für mich einfach sagen, daß es mir leichter gewesen wäre, diese Entscheidung zu fällen, wenn ...

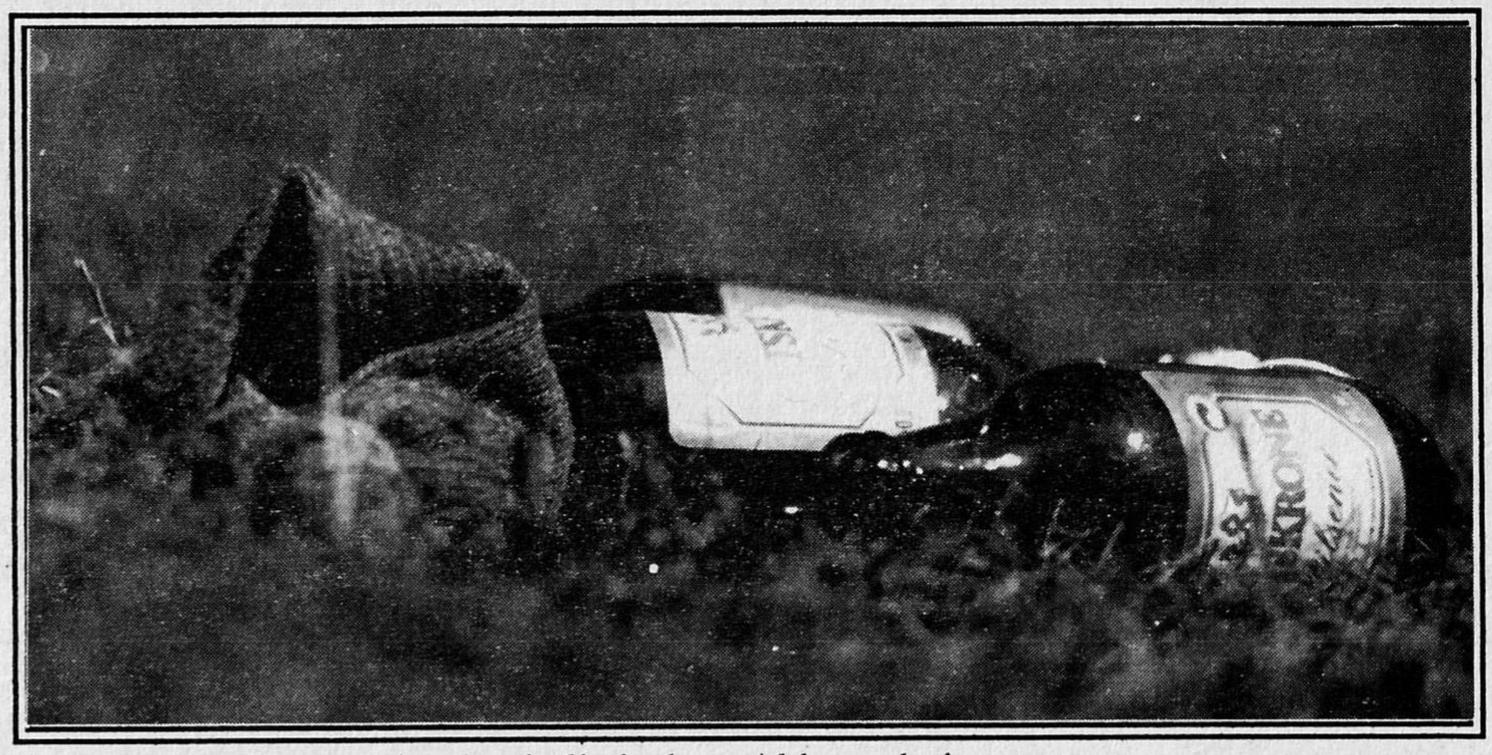
Es ist aber auch nicht so, daß ich sagen will, daß die Soliarbeit mangelhaft gewesen ist. Was ich fand, war eben, daß zu uns relativ wenig gelaufen ist, aber mir schon klar ist, daß in der Soliarbeit schon sehr viel gelaufen ist, was sich nicht direkt auf uns bezogen hat, mehr indirekt, wenn dahin gearbeitet wurde, daß diese Haftbefehle aufgehoben werden ... Also ich möchte nicht sagen, daß die Soliarbeit schlecht war, oder daß die Leute nichts gemacht haben, sondern kann einfach nur sagen: Für mich wäre das Zurückkommen widerspruchsfreier und einfacher gewesen, wenn dieser Punkt, das Abtauchen und - möglicherweise - das Wiederkommen, mehr thematisiert, mehr diskutiert und mehr in die Öffentlichkeit getragen worden wäre.

An dieser Stelle auch viele Grüße an Matthes. Viele Grüße an Glosch. Glosch muß jetzt sofort 'raus!

kassiber: Dann möchte ich mich bei Euch für das Gespräch bedanken.

Die Fragen stellte Willi Leow. Er - aber auch Clara und Xenia - heißen allerdings in Wirklichkeit ganz anders.

Daß in diesem Interview 'nur' Jutta und zwei anderen Bremerinnen, nicht aber der ebenfalls wiederaufgetauchte Ulli sowie weitere OldenburgerGenossInnen zu Wort kommen, ist weder einem Bremer Lokalpatriotismus noch der weiterhin bestehenden Kontaktsperre geschuldet. Vielmehr wurde die ursprüngliche Idee, den OldenburgerInnen dieselben Fragen zu stellen und ihre Antworten in das hier abgedruckte Interview einzufügen, nicht verwirklicht, weil in einem Vorgespräch - ohne die Antworten der Bremerinnen zu kennen - der Eindruck entstand, daß sich wohl allzuvieles "doppeln" würde, was für die LeserInnen kaum von Interesse sein dürfte. Im nächsten *kassiber* soll aber, wie schon gesagt, die Diskussion zur politischen Einschätzung des Verfahrens, der Repression sowie des Projekts *radikal* fortgesetzt werden - dann mit Ulli und OldenburgerGenossInnen.



„Die Offenbarung der Propheten"

Die beiden Ex-Grünen („Fundis") und Konkret-Schreiber Thomas Ebermann und Rainer Trampert sorgen mit ihrem neuen Buch wieder für Aufsehen - sowohl in den Feuilletons wie auch in linken Kreisen. Mit ihrem Anspruch, sowohl den Prozeß der globalen Manifestierung der kapitalistischen Weltgesellschaft als auch die zunehmende politische Regression in Deutschland zu analysieren, scheinen sie bei ihren LeserInnen auf eine Erwartungshaltung zu treffen, nämlich - in diesen Zeiten politischer Orientierungslosigkeit - endlich die Antworten zu erhalten, nach denen es so vielen verlangt. Unter anderem bei der Buchvorstellung am 20. Juni im Kulturzentrum Schlachthof zeigte sich ebenjenes Bedürfnis nach Erleuchtung, als am Ende der Veranstaltung Fragen aus dem Publikum laut wurden wie: „Ja, was können wir denn jetzt eigentlich tun?"
Daß Ebermann und Trampert nicht die Propheten sind, deren Offenbarung sie im Titel ihres Buches ankündigen, stellen sie gleich zu Beginn klar: „Dieses Buch ist ein Plädoyer dafür, auch dann nicht blöde zu werden, wenn ein klassenspezifisch bestimmbares revolutionäres Subjekt nicht aufzufinden ist. Schlechte Verhältnisse dürfen nicht gutgeredet werden, und Bewußtlosigkeit darf nicht auf einmal als Bewußtsein erscheinen. (...) Wann wieder 'mehr geht' für Linksradikale, wissen wir nicht. Prognosen dieser Art sind ohnehin bloß Angeberei." (Alle Zitate sind dem Buch entnommen.)
Im ersten Kapitel wird beschrieben, wo sich der Kapitalismus sich heute befindet und durch welche weltweiten Deregulierungsprozesse er sich stabilisiert. Dargestellt wird die Konzentration des Kapitals bei gleichzeitigem Sinken der Profitrate, was der an Keynes ausgerichteten staatlichen Steuerung und sozialen Absicherung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses grundlegend entgegenwirke:
„Der Keynesianismus, der Heilung verspricht, kann praktisch wie theoretisch den großen Knall nur herauszögern, der dann um so heftiger sich entlädt, je stärker die keynesianischen Maßnahmen zwischenzeitlich die für die laufende Sanierung des Kapitalbetriebes notwendigen Korrekturen aufgeschoben haben und je voluminöser der nichtprofitable Staatssektor durch die Regierungspolitik aufgebläht wurde."
Ebermann und Trampert erweisen sich als Anhänger der von Marx und Engels entwickelten politischen Ökonomie und bestreiten von daher die immer wieder geäußerte Auffassung, der Kapitalismus sei am Ende, schon gar, daß der „große Knall", der ja der zweiten Option der marxistisch-leninistischen Determinante „Sozialismus oder Barbarei" entspricht, unmittelbar bevorstehen würde. An anderer Stelle weisen sie denn auch darauf hin, daß mit Hilfe nationalstaatlicher Programme, in der Regel verbunden mit rigiden Deregulierungsmaßnahmen (wie in den USA, Großbritannien oder den „Tigerstaaten" Südostasiens) diese systemimmanenten Krisen überwunden werden können.
Damit stellen sie sich bewußt in Opposition zu postmodernen Apokalyptikern wie Robert Kurz, die den Kollaps des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems drohend heraufbeschwören. Ebermann und Trampert erteilen dem (vermutlich im Titel gemeinten) „Propheten" Kurz ebenso eine Absage wie der Behauptung Karl Heinz Roths, durch die Internationalisierung des Kapitals sei die marxistische politische Ökonomie zumindest dahingehend hinfällig, als sich die Ökonomie als nationales Konzept verflüchtige. „Die Herausbildung internationaler Wirtschafts- und Militärblöcke widerspricht dem nicht. Diese werden installiert, um gemeinsame Vorteile auszunutzen, ohne dadurch die Konkurrenz ihrer Mitglieder aufzuheben."
So werde beispielsweise „die EU-Politik (...) dominiert von einer eigenen Blockbildung gegen ökonomische Konkurrenzblöcke, einer quasimilitärischen Abschottung gegen Flüchtlings- und Einwanderungsbewegungen, einer großräumigen Marktdurchdringung mit Hilfe gleicher Regeln und Normen, der Anpassung der nationalen Sozialgesetze nach unten sowie dem Anspruch Deutschlands, Führungsmacht zu sein."
Nach den ersten beiden - fast ausschließlich ökonomistischen - Kapiteln versuchen die Autoren den Übergang zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in der BRD.
Auf der Suche nach dem hiesigen „revolutionären Subjekt" treffen sie auf ein dichte Netz aus ineinander verwobenen Unterdrückungsverhältnissen und Widersprüchen: „Es scheint, daß der marxistische Versuch, im entwickelten Kapitalismus ein revolutionäres Subjekt aus dessen sozialökonomischer Stellung abzuleiten, wenn nicht endgültig, dann zumindest auf absehbare Zeit gescheitert ist. Natürlich haben sich Klassengesellschaften deshalb nicht etwa in Luft aufgelöst, im Gegenteil: Die Ursache für das Verschwinden eines Klassenbewußtseins liegt gerade in deren Verfestigung durch die gelungene Identifikation der Ausgebeuteten mit dem Betriebszweck und den marktgemäßen Funktionen, die ihnen rund um die Uhr zugewiesen sind."
Schließlich landen die beiden Autoren beim Problem des Deutschtums an sich - und beginnen mit einem leider recht selektiven Streifzug durch die jüngere „Geschichte einer Stammeskultur". Der führt sie von Luther über Kant, Nietzsche und Wagner bis in die

Niederungen der deutschen Sozialdemokratie und deren Verhältnis zur Nation. In Anbetracht einer allgegenwärtigen völkischen Rennaissance (nicht nur hierzulande) seit der „Wiedervereinigung“ wird einmal mehr die inzwischen nicht mehr ganz so originelle Frage aufgeworfen: „Was ist deutsch?“
Als Antwort zeige sich das Konzept des deutschen Nationalismus, der als 'Idee' und eben nicht als Feststellung einer etwa geopolitischen Tatsache, schließlich - bei der Suche nach MerkmalsträgerInnen dieser Idee - auf die Biologie, sprich: Abstammung (=Blut), zurückgreife. Demzufolge stehe der spezifisch deutsche Nationalismus von vornherein dem Rassismus und dem Sich-unterwerfen unter eine unumstößliche Macht nahe, so daß Ebermann und Trampert zu dem Schluß kommen, daß „wenn es auch kein homogenes Deutschsein gibt, so doch eine spezifische Herrschaftsideologie deutscher Prägung, die in der Geschichte der Nation stets eine bereitwillig einverstandene - auch todesbereite - Bevölkerung fand“.
Alles in allem läßt die Dichte und analytische Schärfe des Buches in der zweiten Hälfte nach, um einem mehr essayistischen Rundumschlag Platz zu machen, der zwar nicht unbedingt viel Neues aufwirbelt, aber nichtsdestotrotz sehr anschaulich die neudeutsche Rückbesinnung auf Nation und Tugend darstellt. Zusammenfassend möchte ich Die Offenbarung der Propheten denjenigen empfehlen, die nach einer aktuellen Zusammenfassung linker Diskurse suchen. Vor allem im ersten Teil des Buchs wird der politischen Bestand der hiesigen Verhältnisse aufgezeigt und analysiert. Ein kleines Manko stellt allerdings der etwas verlorengegangene rote Faden in Ebermanns und Tramperts Analyse dar. Sie schaffen es nur andeutungsweise, die Ergebnisse ihrer ökonomischen Analyse in Zusammenhang zur gesellschaftlichen Befindlichkeit und jener Rückbesinnung aufs Völkische zu setzen. Genau hier gilt es noch, einige sehr spannende Fragen zu beantworten.

Mahmout el Khalil

Thomas Ebermann, Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten, Hamburg: Konkret Literatur, 1995, 360 S., DM 39,-.

„Grenzgängerinnen - Migrantinnen in der Plötze“

Im Frauenknast Berlin-Plötzensee sitzen zur Zeit ca. 180 Frauen. (Frauen machen nur ca. vier Prozent der Gefangenen in deutschen Knästen aus.) Der Anteil von Frauen ohne deutschen Paß schwankt in den verschiedenen Häusern zwischen 30 und 50 Prozent, in Untersuchungshaft ist er wegen überdurchschnittlich langer U-Haftdauer besonders hoch. Viele Lateinamerikanerinnen und Osteuropäerinnen sind darunter sowie Frauen aus der sog. zweiten Generation von Migrantinnen.
Wir das LAZ (Lateinamerikazentrum)-Frauenplenum, besuchen seit 1991 Migrantinnen in der Plötze, aufgrund unserer Sprachkenntnisse vor allem spanischsprechende Frauen, der Kontakt zu Frauen aus Osteuropa ist kaum vorhanden. Wir wollen den direkten Kontakt zu den Frauen, wollen sie persönlich und politisch unterstützen und Öffentlichkeit zu diesem Thema herstellen.
Es gibt für gefangengenommene Migrantinnen keine Sonderhaftbedingungen. Doch das häufige Fehlen sozialer Kontakte sowie einer politischen Lobby macht im Knastalltag vieles schwerer. Wer übersetzt das Juristendeutsch, wie kommt frau zu Hafterleichterungen, welche Möglichkeiten gibt es, die meist auf die Haftstrafe folgende Abschiebung in das Herkunftsland zu verhindern oder zu beschleunigen?
Neben diesen Fragestellungen, die meist aus dem Knastalltag rühren, beschäftigen wir uns in der Broschüre mit Themen, die uns für den hohen Anteil von Migrantinnen ursächlich erscheinen. Das ist zum einen die Feminisierung von Migration und ihre Illegalisierung und Kriminalisierung. In Zeiten erschwerter Einwanderungsmöglichkeiten finden gerade Frauen Möglichkeiten und Wege nichtoffizieller Einreise. Viele dieser Wege allerdings führen in den Knast. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Politik mit Drogen, auf die wir durch unsere Besuche in der Plötze immer wieder gestoßen wurden. Im Kapitel zu Drogen geht es um die Zusammenhänge zwischen internationaler Drogenpolitik und Rassismus, die aktuelle Legalisierungsdebatte, den Mythos Organisierte Kriminalität und die Suchtmittelabhängigkeit von Frauen. Ausführlich beschreiben wir auch Haftbedingungen in der Plötze und die Berliner Abschiebepraxis. (...)
Wir wollen mit der Broschüre die Situation verurteilter Migrantinnen transparenter machen und zur Diskussion politischer Konsequenzen anregen. Wir diskutieren vor allem Möglichkeiten, Migration von Frauen zu unterstützen, so z.B. durch die Forderung nach Legalisierung der Illegalisierten. Wir wollen die Migrationsbedingungen und Wege von Frauen sichtbar machen und auch ins linke Bewußtsein bringen. Im Zusammenhang mit Drogenpolitik fordern wir die Abschaffung des Betäubungsmittelgesetzes, Hintergründe dazu findet ihr in der Broschüre.
LAZ-Frauenplenum, Grenzgängerinnen - Migrantinnen im Frauenknast Plötzensee (Berlin), Berlin 1995, Broschüre. Kontakt über: Anares Nord, Postfach 2011, 31315 Sehnde

Video: „dem einfach was entgegensetzen ...“

Nicht nur in Berlin, auch in vielen anderen Städten Deutschlands organisieren sich wieder Jugendliche unter dem Namen Edelweißpiraten in antifaschistischen Gruppen. Sie wehren sich gegen den wachsenden Einfluß von Rechtsradikalen an ihren Schulen oder in ihren Stadtteilen, sie nehmen gemeinsam an Demonstrationen teil und sie initiieren Kampagnen, wie z.B. gegen den öffentlichen Verkauf rechtsextremer Zeitungen.
Im Ersten Teil des Films berichten vier Berliner Edelweißpiraten über ihre persönliche Motivation, sich in der Gruppe zu engagieren sowie über ihre konkrete politische Arbeit. Der zweite Teil des Films dokumentiert eine Begegnung zwischen den vier Jugendlichen und Fritz Theilen, der während des Nationalsozialismus als Mitglied einer Gruppe von Kölner Edelweißpiraten aktiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime leistete. Während eines gemeinsamen Spaziergangs durch Köln erzählt Fritz Theilen die Geschichte der damaligen Kölner Edelweißpiraten.
Geschichte bleibt in diesem Film nicht bloße Lektion, sondern wird in Bezug zur Gegenwart gesetzt, ohne dabei einer Gleichsetzung der Verhältnisse während des Nationalsozialismus und den gegenwärtigen Bedingungen zu erliegen. Besondere Aufmerksamkeit richtet der Film auf die Frage, was Jugendliche heute gegen Neofaschismus und

Rassismus tun können.
„dem einfach was entgegensetzen ..."
Edelweißpiraten - antifaschistischer Jugendwiderstan im Nationalsozialismus und heute. Ein Dokumentarvideo von Andrea Strasser, Sibylle Schubert, Carsten Does, Produktion: Videogruppe Rohschnitt, Berlin 1996, 50 min.
Verleih: autofocus e.V., Eisenbahnstraße 4, 10997 Berlin, T.: 030-6188002, Fax: 030-6111583 (Verleih: DM 50, Verkauf: DM 250)

Nachruf auf Rio Reiser

„Ich bin aufgewacht und hab das Lied geschrieben"

Am 20. August starb Rio Reiser „in seinem Bauernhaus in Nordfriesland an inneren Blutungen", wie die Frankfurter Rundschau zwei Tage später lapidar und geheimnisvoll vermeldet. Ein Nachruf auf einen Musiker in radikal-christlicher Mission.
Geboren 1950 in Berlin und als Ingenieurssohn in allen Himmelsrichtungen der Nachkriegsrepublik aufgewachsen, wurde Ralph Moebius in den Sechzigern Teil der beatenden Jugendrevolte und, unter dem Einflufl seiner Brüder und ihrer Freunde, bereits ab 16 sowas wie ein Bohemien. Genauer hieß das: Hauskomponist" des Mysterien-und-Wander-TEATERs. Das waren vier Freaks im Fränkischen, die die entstehende Rebellion der Jugendkultur aufnahmen und inszenierten, indem sie das Hinterland „wachrütteln" wollten : „Wir befanden uns im Bayernland. CSU-regiert. Nicht die freie Reichsstadt Nürnberg, die war evangelisch und SPD, aber die Landbevölkerung, die als der harte Kern der Reaktion erkannt war, die galt es zu erobern. Mit einem Wandertheater, zurück zu den Ursprüngen abendländischer Theatertradition: eine Theatergruppe zieht über's Land, auf Gedeih und Verderb abhängig vom Wohlwollen des Publikums. In diesem Falle den bayerischen und fränkischen Bauern. „Schee mues es sey unt kristlich." Die grobe künstlerische Ausrichtung ist damit auf lange Sicht gefestigt: Mystizismus meets Ironie, Beat meets politics, und alles sucht sich eine einfühlsam zu agitierende Öffentlichkeit; Rebellion ohne starre politische Dogmen. Die hatte Reiser auch später nicht nˆöig, als sich zwischen kämpferischen Parolensongs der TonSteineScherben "gegen's System" ("Keine Macht für Niemand") immer auch der Blick auf das Persönliche richtete und Herrschaft auch dort durchbrochen werden sollte, wo sie für große Teile der linken Öffentlichkeit unsichtbar oder allenfalls Nebenwiederspruch blieb ("Komm, schlaf bei mir"). Damit waren die Scherben den gewerkschaftsorientierten Liedermachern und Agit-Prop-Rockern ala Floh de Cologne, die eher gegen jugendlichen Individualis-mus und für die Organisierung musizierten, um vieles voraus und näher am Publikum und den Bewegungen der frühen Siebziger.
Und das macht sie auch heute noch für viele hörbar und zum Evergreen mindestens jeder zweiten linksgerichteten Tanzveranstaltung. In den Zeiten des organisierten Klassenkampfes war gerade das auch Anlaß für Szene-Schelte, denn das Spontane, Impulsive und unmittelbar Erlebte hatte bei den Scherben meistens Vorrang vor der "Didaktik objektiver Verhältnisse": "Die Scherben-Songs sollten nicht vermittelnd sein. ` Der Traum ist aus' ist so entstanden: ich bin aufgewacht und hab das Lied geschrieben. `Keine Macht für Niemand¥ war ein Auftragswerk aus der radikalen Linken. Hat dem Baader trotzdem nicht gefallen...Die Scherben waren immer im Clinch mit der Linken. (...) Es war uns egal, weil wir ein direktes Feedback durch das Publikum hatten."
TonSteineScherben gründeten sich 1970 als Nachfolgeprojekt von "Hoffmann's Comic Theater", einer Mischung aus Polit-Theater, Comedy und Rockmusik, in dem Lehrlinge und Musiker gemeinsam Improvisationsstücke zu ihrem Alltag inszenierten. Der Gründungsmythos der Scherben speist sich aus der Berliner Luft der Endsechziger, als der Berliner Blues (das Umfeld der späteren Bewegung 2. Juni), das Entstehungsfeld der RAF, Kommunen, Lehrlingsbewegung und dergleichen mehr noch Teile einer großen, hoffnungsvollen Sub-Pop-Bewegung waren, die zurecht vom Kulturmainstream als Bedrohung empfunden wurde. Und Moebius, der sich jetzt Reiser nannte, war die Stimme der Bewegung; eine von vielen einerseits, andererseits eine herausragende, schrill, schön und hymnisch, bis heute.
Auf dem selbstgegründeten Plattenlabel "David Volksmund Produktion" (Logo: Hand-Zwille-Stein), erschien im Sommer1970 die erste Single der Band: "Macht kaputt was Euch kaputt macht". Die RAF war gerade gegründet, Rio hatte sein schwules Coming-out und das Stück avancierte durch die Jahre zum Gassenhauer der militant gesinnten Linken: „In Berlin konnte man sie in jeder vernünftigen linken Musikbox neben `Dong Van Hong', der chinesischen Nationalhymne, finden."
Die Band lebte in einer bandeigenen Kommune in Kreuzberg und war Brennpunkt der hedonistischen Milieus, heute "Szene" genannt. Neben ihrer Musik unterstrich das real life der Band deren subversiven Charakter. Im Lauf der Bandgeschichte wurden 6 Langspielplatten produziert, von denen mir das schwarze Doppelalbum "tonsteinescherben IV" (1981) das Liebste ist: entstanden zu einer Zeit,als die auffordernden Parolen von gestern nicht mehr griffen, weil alles längst tausendfach gesagt und besungen war, kamen Reisers Texte jetzt vertrackter, ausgefeilter, mystischer und witziger daher, ebenso die Musik.
Nach mehreren Trennungsversuchen in den 70ern löste sich die Band 1985 endgültig auf, weil der Schuldenberg drückte („DM 300000, zuviel, um als Band davon zu leben.")
Reiser machte danach Solokarriere, die ihn zwar nicht zum Superstar machte, ihm aber gerechterweise ein erträgliches Einkommen verschafft haben dürfte. Was er außer "König von Deutschlandi noch so sang, weiß ich nicht. Es interessierte mich nicht, weil es auch unbesehen neben dem , was mir an den Scherben lag, nicht bestehen konnte. Reisers Tod ist vielleicht Anlaß, das zu überprüfen

schlumpf

(Alle Zitate aus: Rio Reisers lesenswerter Autobografie "König von Deutschland" (1994) sowie einem Interview der - auch lesenswerten- Zeitschrift "Schwarzer Faden"

Gewalt in Hetero-Beziehungen

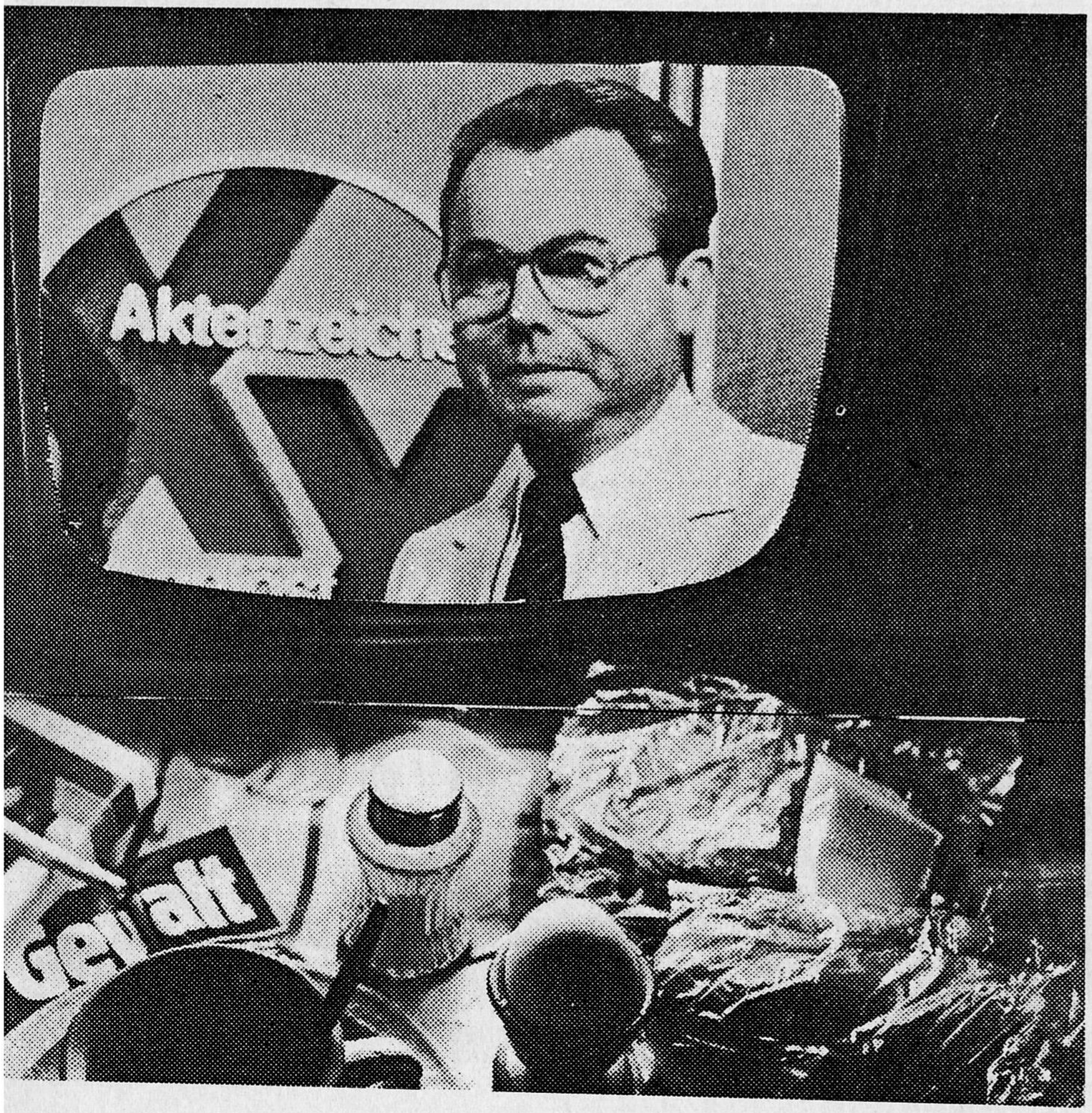
Diese Gewalt von Männern ist eingebettet in die Struktur der Gesellschaft, sie ist ebenso Teil von ihr, wie sie diese mitbedingt. Um diese strukturellen Verhältnisse soll es im ersten Teil des Artikels gehen, um die Gewalt in Beziehungen in einen Kontext einzuordnen.

BEI DER BETRACHTUNG VERSCHIEDENER FORMEN VON GEWALT WIRD SCHNELL DEUTLICH, DAß DIEJENIGEN, WELCHE DIE GEWALT AUSÜBEN, ZUMEIST MÄNNER SIND. GEMEINT SIND HIER: SEXUELLE GEWALT (VERGEWALTIGUNGEN, SEXUELLE AUSBEUTUNG VON KINDERN, SEXUELLE GEWALT VON MÄNNERN AN MÄNNERN), KÖRPERLICHE GEWALTTATEN, RASSISTISCHE GEWALT, GEWALT GEGEN ANDERSDENKENDE, GEWALT GEGEN SCHWULE, STRAßENSCHLÄGEREIEN UND EBEN AUCH - DIES IST DAS THEMA DES ARTIKELS - DIE GEWALT IN HETEROSEXUELLEN BEZIEHUNGEN.

STRUKTURELLE GEWALT

Strukturelle Gewalt zeigt sich in der Verhinderung von Entfaltungsmöglichkeiten. Strukturelle Gewalt gegen Frauen äußert sich bspw. darin: Frauen werden aufgrund einer zum Teil realen, zum Teil aber von (Männer-)Medien bewußt geschürten und skandalisierten Bedrohung in die Lage gebracht, sich im öffentlichen Raum bedroht zu fühlen und auch zu sein. Dagegen setzen sich Frauen/Lesben zur Wehr und durchbrechen diese Situation dadurch. Dennoch ist diese Bedrohung ein Bestandteil des Lebens der allermeisten Frauen. Frauen wird also nahegelegt, sich nachts zu fürchten und sich tunlichst aus der Öffentlichkeit fernzuhalten, wenn sie nicht in der "Obhut" von Männern sind. Die Gewalt wirkt somit nicht nur subjektiv, sondern strukturell auf alle Frauen.

Frauen haben nur geringe Chancen, in der beruflichen Hierarchie besser bezahlte Jobs zu bekommen, die mit gesellschaftlicher Gestaltungs- und Entscheidungsmacht verbunden sind. Sie werden wie eh und je auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter sozialisiert. Viele Frauen/Lesben suchen und finden andere Alternativen, aber diese werden nach Kräften unterdrückt.



Männer dagegen sind durch die strukturell bedingten Verhältnisse besser in der Lage, sich Machtmittel (hierarchisch günstigere Positionen, Geld, Statussymbole) zu verschaffen, weil sie qua Geschlecht in dieser patriarchalen Gesellschaft eher Zugang zu ihnen haben. Männer besetzen die öffentlichen Plätze wie auch den privaten Raum, dominieren in Wissenschaft und dem politischen Geschehen.

Während ihrer Erziehung wird Jungen von klein auf ansozialisiert, der Beste sein zu müssen oder zu werden. Männlichkeit ist ein gesellschaftlicher Wert und wird in traditioneller Ausprägung gleichgesetzt mit Handeln, mit der Fähigkeit, sich durchsetzen zu können,mit Stärke und Unabhängigkeit, mit Macht. Entsprechend wird auch das männliche Weltbild geprägt von Hierarchie, Konkurrenz und Herrschaft. Gewalt ist ein Bestandteil dieses Herrschens, sowohl in ihren strukturellen Formen, die von allen Männern mehr oder weniger bewußt mitgetragen und erhalten werden, wie auch in der körperlichen Gewalt des einzelnen.

Gewalt ist ein Bestandteil des Verhaltensrepertoires vieler Männer und kann jederzeit als Instrument zur Herrschaftssicherung eingesetzt werden. **So ist Gewalt nicht Normverletzung, sondern die Verlängerung der Norm.** Sie ist die Konsequenz au der patriarchalen Gesellschaft, die extreme Form der Herrschaftsausübung.

Insofern ist die körperliche Gewalttätigkeit von Männern in Heterobeziehungen leider nur allzu "normal": sie ist jedenfalls alltäglich. Sie ist überall festzustellen, unabhängig von Bildung, Alter, Schichtzugehörigkeit, Einkommen, Körpergröße,usw..

ZUR HÄUFIGKEIT UND SCHWERE DER GEWALT

Pro Jahr fliehen 40.000 Frauen (mit ebensovielen Kindern) vor der Gewalt ihrer Partner in Frauenhäuser. Diese Frauen kommen zum allergrößten Teil aus unterprivilegierten Schichten, so daß sie oft finanziell völlig abhängig von ihrem Mann sind. D.h, daß ökonomisch bessergestellte Frauen, die sich individuelle Wege wählen, um der Gewalt ihrer Ehemänner oder Beziehungspartner zu entkommen, in dieser Zahl nicht enthalten sind.

Das bayrische Sozialministerium schätzt, daß pro Jahr vier Millionen Frauen von ihren Beziehungspartnern geschlagen werden. Andere Ergebnisse lauten, daß es in jeder dritten Ehe zu Gewalttätigkeiten kommt. Es ist davon auszugehen, daß das Dunkelfeld immens ist. Das hier behandelte Thema ist also kein Randgruppenphänomen, sondern betrifft viele Männer.

Dabei reicht die Spanne von einem einmaligen Übergriff in einem Streit bis hin zu brutalster Gewalt, ausgeübt über Jahre. Die Opfer sind dann häufig wie im Gefängnis eingesperrt, von allen sozialen Kontakten abgeschnitten und für den Rest ihres Lebens aufs Schwerste traumatisiert. Diese extremen Formen von Männergewalt enden nicht selten mit dem Tod des Opfers. Vielleicht noch eine Zahl, die die Häufigkeit belegt. Bei einer Befragung von Opfern von Beziehungsgewalt waren die Opfer fast alle Frauen. Über die Hälfte von ihnen gab an, mindestens einmal pro Woche von ihrem Beziehungspartner geschlagen worden zu sein.

BEZIEHUNGEN UND GEWALT

Gewalt von Männern gegenüber ihren Beziehungspartnerinnen ordnet sich darüberhinaus in ein Beziehungskonzept ein, daß aus ökonomischer Sicht auf der Ausbeutung von Frauen beruht. Die Basis der Vergesellschaftung des Patriarchats ist heute die unentgeltliche Aneignung der weiblichen Arbeitskraft. Die Gleichberechtigung im Erwerbsleben und - umgekehrt - die gleichwertige Beteiligung an der Erziehungs- oder Beziehungsarbeit wie auch der Hausarbeit ist im traditionellen Modell Familie nicht vorgesehen.Die Frau wird mit Hilfe direkter und struktureller Gewalt in die Rolle der unentgeltlichen Reproduktionsarbeiterin gezwungen.

Diese Kontrolle von Frauen muß täglich aufrechterhalten und reproduziert werden. Dies geschieht eben auch durch Gewalt. Diese muß aber nur da angewandt werden, wo die Hierarchie bedroht ist und sie mit anderen Mittel nicht mehr gesichert werden kann. Sie ist somit eine Extremform anderer Formen von Unterdrückung, sie wird nur möglich durch die besondere Privatheit der Familie und deren staatlicher Legitimation.

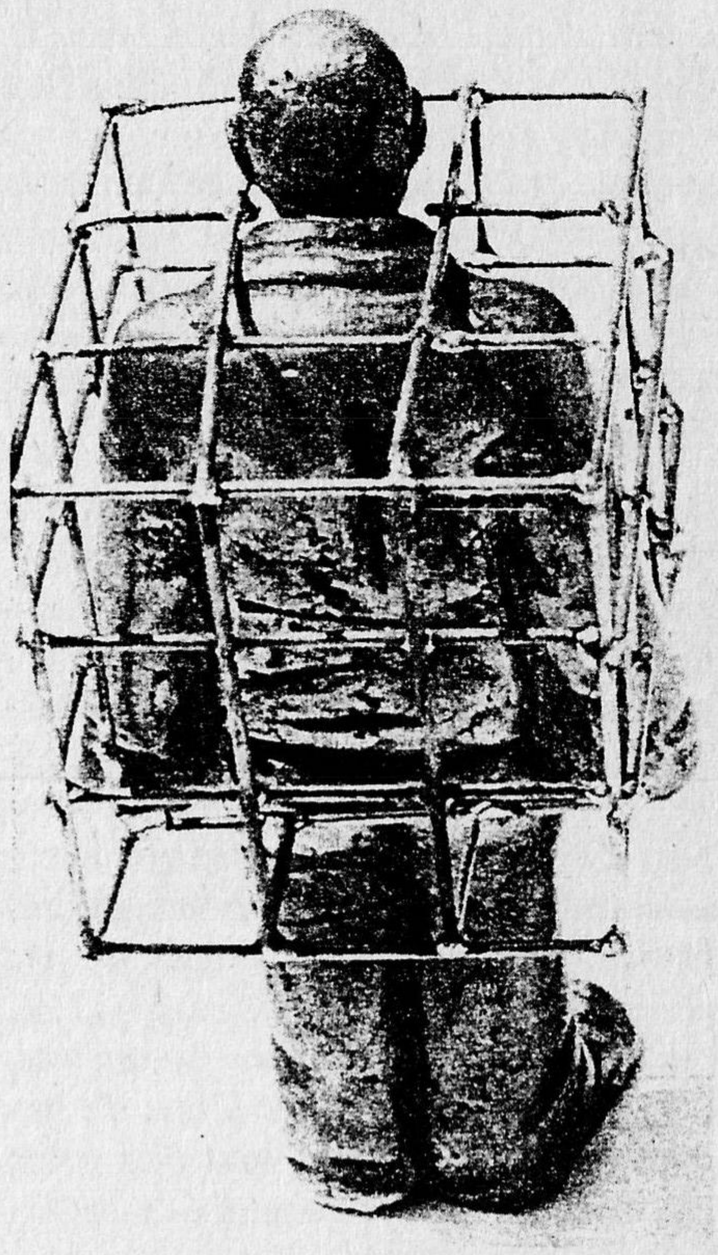
Der Schutz der Familie wird staatlicherseits im Grundgesetz garantiert (Art. 6), was sich einerseits in finanzieller Unterstützung der Familien manifestieren soll, andererseits aber auch in dem Gebot, in die Intimsphäre der Familie nur in klar definierten Situationen einzugreifen. Diese Ausnahmestellung der Familie beruht "... in der Ausgrenzung der Intimsphäre bei der Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer staatlichen Ordnung. Familie also als vorkonstitutionelles Recht, als Sphäre der Bedürfnisse und Leidenschaften". (Honig, 1986, S.262)

In der Familie gilt immer noch die Einheit von potestas und violentia (Staatsgewalt und Gewalttätigkeit), d.h. der Herrscher über die Familie kann hier immer noch seine Macht mit Gewalt durchsetzen, weil der Bestand der Familie ja gesetzlich geschützt ist.

Deshalb unterliegt die Gewalt von Männern in Beziehungen noch anderen Bedingungen und Ursachen als die Gewalt von Männern in der Öffentlichkeit.

Die Parole: 'Frauen schlägt Mann nicht!' ist allgemein weit verbreitet. Beschränkt aufs Faktische stellt sich die Situation allerdings anders da. Es müßte vielmehr heißen: Frauen schlägt Mann nicht in der Öffentlichkeit, sondern zuhause! Frauen müssten eigentlich vor dem Menschen, ihnen am nächsten steht, am meisten Angst haben.

Auf der Straße ist die Gefahr, Opfer von körperlicher Gewalt zu werden, für Frauen nicht so groß wie für Männer. Die Gefahr nämlich, in eine Schlägerei verwickelt zu werden. So wird die Gewalt unter Männern durch ZuschauerInnen und die Anwesenheit der eigenen Gruppe eher gefördert, da ein Kampf unter Männern der Absicherung oder Verbesserung des eigenen Status innerhalb der Männerhierarchie dient. Deshalb zetteln Männer aus ihrer Gruppe heraus Schlägereien an. Der öffentliche Raum ist den Männern vorbehalten, hier werden also die Machtkämpfe unter Männern ausgefochten, Frauen werden in der Öffentlichkeit kaum in Schlägereien verwickelt.



Im privaten Raum ist die Überlegenheit aufgrund der Nähe individuell stärker gefährdet. Hier wird die Gewalt zum legitimen Mittel der Machtausübung, und sie wird von anderen Männern (Kumpanen des Täters, Polizei, Justiz) gedeckt und aufrechterhalten.

Die Grundregel für die Gewalt von Männern könnte deshalb so lauten: Je mehr Menschen zugucken, desto eher werden Männer andere Männer schlagen (Kneipen-, Straßenschlägerei), je weniger Menschen dabei sind, desto eher wird der Mann "seine" Frau schlagen (Isolation in der Kleinfamilie).

Die Tatsache, daß Männergewalt gegen Männer für die allermeisten Männer kein Thema ist, zeigt, wie Männer sich in dieser Gesellschaft sehen wollen. Sie sind die Selbständig-Handelnden, die Herrscher, negativ definiert wenigstens noch die Täter; Frauen dagegen werden in die Opferrolle gedrängt, die Objekte, denen Mann rät, sich abends nicht allein auf die Straße zu begeben.

DIE KLASSISCHE HETERO/A-BEZIEHUNG

Gewalt in der Familie wird in den allermeisten Fällen in Ausnutzung einer Machtposition ausgeübt: (Opfer sind: Kinder, Alte, Pflegebedürftige, Frauen). Die Gewalt wird allerdings häufig in Situationen angewandt, in denen der Täter sich subjektiv hilflos und machtlos fühlt. Männer fühlen sich in der sozialen Kom-

petenz häufig Frauen unterlegen, was z.B. das Wahrnehmen und Ausdrücken von Gefühlen angeht, die Fähigkeit, sich zu streiten, etc.. Gleichberechtigte Beziehungen werden von Männern oft als Bedrohung wahrgenommen, sie bekommen schnell ein Gefühl von Ohnmacht, wenn sie die Definitionsmacht teilen müssen, sich auseinandersetzen müssen.

Die Struktur der Beziehungen in der Kleinfamilie mit traditionellen Geschlechterrollen ist häufig etwa so: Männer dominieren in allen Bereichen die Entscheidungen, sie haben die ökonomische Macht und die Entscheidungskompetenz. Gleichzeitig besteht eine Abhängigkeit der Männer auf emotionaler Ebene; Männer haben kaum intime, vertraute Beziehungen außerhalb ihrer Liebesbeziehungen, sie sind auf die emotionale Unterstützung und Reproduktion der Partnerinnen nahezu hundertprozentig angewiesen. Wenn sie ihm die Loyalität entziehen, wird dies sofort zur existentiellen Bedrohung des emotionalen Gleichgewichts,

So werden viele Männer gerade auch dann gewalttätig, wenn Frauen Trennungsgedanken äußern; was hier nicht heißen soll, daß die geschilderten psychologischen Zusammenhänge eine Entschuldigung für Gewalthandeln sein sollen oder können. Die Verantwortung für die Tat liegt bei dem Mann, der sie ausübt, und ihm ist diese Verantwortung klarzumachen und ihn dazu zu bringen, die Verantwortung für seine Handlungen zu übernehmen, weil das die Voraussetzung für die Änderung des gewalttätigen Verhaltens ist.

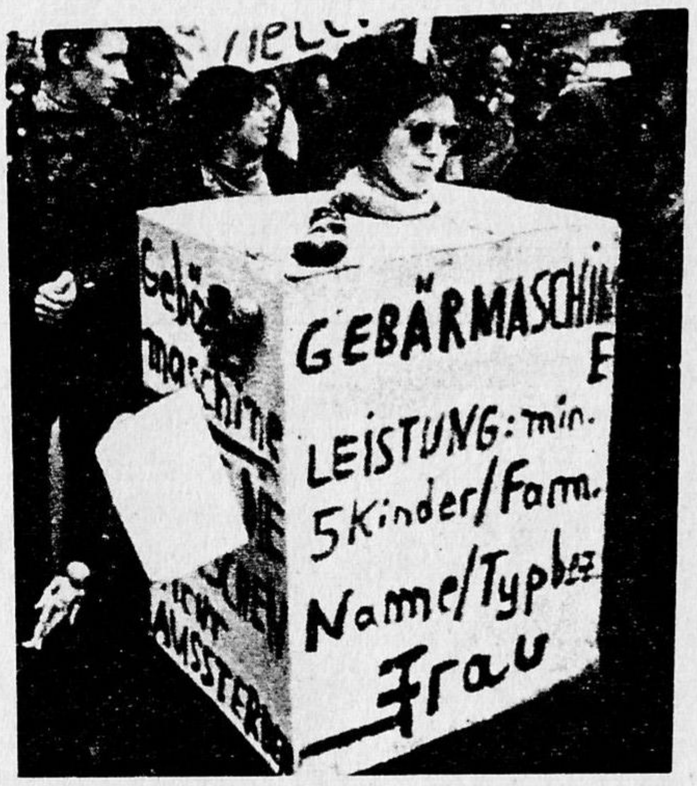
WAS TUN ?

Im nun folgenden Teil soll versucht werden, Möglichkeiten anzusprechen, die Auswege aus der Gewalt in Beziehungen sein können. Grundsätzlich trennen möchte ich hier die Bereiche: Opferschutz, der an erster Stelle und vor allem organisiert werden muß, dann aber auch den gesellschaftlichen, staatlichen und therapeutischen Umgang mit Gewalttätern. Diese Bereiche sind nicht isoliert voneinander zu sehen, sie müssen vielmehr gleichzeitig gesehen und bearbeitet werden.

OPFERSCHUTZ

Im staatlichen Umgang mit Gewalt, bei der staatlichen Definition von Gewalt wird folgendes vergessen: Durch die behördliche Wirklichkeit wird Gewalt in Familien erst relevant, wenn "straf- oder sorgerechtliche Erheblichkeit" besteht. Die subjektiven Interessen des Opfers und die Folgen einer Handlung für das Opfer stehen nicht im Mittelpunkt der Betrachtung. Die Sichtweise wird bestimmt durch die Definition von Tätigkeiten auf Seiten des Täters, das Opfer nur relevant, wenn es sichtbare Verletzungen aufweist. Bei dieser Sichtweise rücken die Folgen der Taten für die Opfer und ihre Wahrnehmung der Situation aus dem Blick. Im Bestreben nach 'Objektivität' gerät das Opfer aus dem Blick. Wobei nachgewiesenermaßen die staatlichen Instanzen nicht objektiv sind, sondern vielmehr ihre Postition bewußt und unbewußt als Normierungsmacht ausnutzen, indem sie ihre gesellschaftlichen Vorstellungen (Frauen- und Männerbild etwa) auf die Fälle übertragen.

Die Situation des Opfers ist bei der Gewalt die entscheidende. Nur durch eine Orientierung an den Opferinteressen kann die staatliche Intervention sinnvoll erfolgen. Das Ziel muß also sein, Opferschutzmaßnahmen zu erreichen und zu erhalten (institutionell in Form von Frauenhäusern und Opferberatungsstellen etwa; gesellschaftlich in Form von der Orientierung an der Wahrnehmung der Opfer: Was für die Frauen ein Übergriff war, muß auch so behandelt werden, genauso sollten bei den Maßnahmen der Sanktion gegenüber den Tätern die Interessen der Frauen - insbesondere wenn sie weiterhin an einer Fortführung der Beziehung interessiert sind - im Mittelpunkt stehen).



Demonstration gegen den § 218

Deshalb muß bei der Auseinandersetzung mit der Gewalt der Opferschutz immer Ausgangs- und Zielvorstellung sein. Bevor die Hinwendung zum Täter erfolgen kann, muß der Schutz und die Unterstützung der Opfer gewährleistet sein. Der Versuch, Beziehungsgewalt zu verringern, darf nicht dazu verkommen, die Lebensqualität der Täter zu verbessern. Die notwendige Veränderung von Verhaltensmustern (Gefühle wahrnehmen, unabhängig werden, Männerfreundschaften haben), darf nicht im Sinne davon geschehen, die privilegierte Position als Mann perfekter bzw. flexibler auszufüllen. Vielmehr müssen die Strukturen und Persönlichkeitsmerkmale (aller Männer) grundsätzlich in Frage gestellt werden. Das ist für uns ein langwieriger und nicht immer einfacher und schmerzfreier Prozess.

DER GESELLSCHAFTLICHE UMGANG

Dennoch: die Täter sind da, und ein Umgehen mit ihnen ist von Bedeutung. Auf der gesellschaftlichen Ebene ist die Auseinandersetzung mit dem eigenen Rollenverhalten und der Reproduktion patriarchaler Verhältnisse für jeden einzelnen Mann wichtig. Hierdurch wird einerseits die potientiell bei jedem Mann bestehende Gefahr, gewalttätig zu werden, gemindert. Andererseits kann durch die persönliche Auseinandersetzung und Veränderung auch ein anderes gesellschaftliches Klima geschaffen werden, daß strukturelle Gewalt vermindert.

Im Umgang mit gewalttätigen Männern ist die Distanzierung und gleichzeitige Thematisierung der ausgeübten Gewalt ein wichtiger Schritt, um die Kumpanei unter Männern, die Gewalt deckt und aufrechterhält, aufzubrechen. Ich halte es durchaus für gerechtfertigt und sinnvoll, Täter gesellschaftlich zu isolieren, Druck auf sie auszuüben und ihnen Solidarität zu entziehen. Genauso sollte ihnen unmißverständlich deutlich gemacht werden, daß ihr Verhalten nichts bewundernswert Männliches hat, sondern ein Übergriff ist und eine sexistische Tat..

Die Beschäftigung mit der eigenen Gewalt und der anderer Männer liegt nicht in der Verantwortung von Frauen, sondern von Männern. Hier müssen Umgangsweisen gefunden werden, sich der Verantwortung zu stellen und sich mit den eigenen Täteranteilen auseinanderzusetzen.

DER STAATLICHE UMGANG

Bei der Behandlung bzw. Inhaftierung von Straf- und Gewalttätern wird oft aus der Kosten- und Effektivitätssicht heraus argumentiert. Dem Problem der Beziehungsgewalt - der Gewalt, die von der 'Mitte unserer Gesellschaft ausgeht und deren Opfer Frauen sind' - kann man aber nicht so einfach beikommen mit einem Aufgebot an Bürokratie und mit kurzfristi-

gen Programmen. Genausowenig kann die alltägliche Gewalt auf den Straßen, in den Betrieben, in Schulen und Ausbildungsstätten, im alltäglichen Umgang miteinander, mit Polizeimacht bekämpft werden. Insofern ist der staatliche Umgang mit Gewalttätern oft kontraproduktiv und Kumpanei mit den Tätern: Sexuelle Ausbeutung von Kindern, Vergewaltigungen, getötete AusländerInnen, zusammengeschlagene Schwule, aufs schwerste mißhandelte Ehefrauen und Kinder sind kein existentieller Angriff auf das Selbstverständnis der Herrschenden. Das System kann weiter funktionieren, auch wenn es ein hohes Maß an Gewalt in ihm gibt, teilweise ist es sogar von Nutzen für die Durchsetzung bestimmter Interessen.

Daher gibt es auch kein Geld für Prävention. Gelder gibt es - wenn überhaupt - für die Resozialisierung straffällig gewordener TäterInnen. Solche Programme passen sehr gut zu der Kurzfristigkeit einer Politik, die einen verantwortlichen Umgang nur simulieren will. Bei einem solchen Programm kann man innerhalb einer Legislaturperiode nachweisen: 'Wir haben aus dreizehn Gewalttätern lammfromme Männer gemacht, bei einem hat es leider nicht geklappt.' Bei Präventionsprogrammen oder Einrichtungen, die auf dem freiwilligen Veränderungswillen der Täter beruhen, sind die Ergebnisse weniger sichtbar. Die Männer, die freiwillig in die Beratungsstelle für gewalttätige Männer kommen, sind häufig noch in keiner Polizeistatistik ausgewiesen, deshalb ist es auch nicht statistisch sichtbar, wenn sie nicht mehr schlagen. Jungenarbeit - soweit es sie gibt - kann (bezogen auf ihre Effektivität in der Gewaltprophylaxe) nur sehr indirekt ihren Erfolg beweisen: Eigentlich erst, wenn aus den Jungen Männer geworden sind, die nicht schlagen und vergewaltigen. Weil dieser Zeitraum im System der Parteiendemokratie zu lang ist, gibt's dafür kaum Gelder.

HAFT ?

Knast hat - bei sehr sehr viel Geld, das darauf verwandt wird - auf die Inhaftierten den entgegengesetzten Effekt hat, den er (zumindest offiziell) haben soll. So folgert bspw. der Autor Peters, daß "die beste spezialpräventive Maßnahme bei der Straffälligkeit von Jugendlichen die Einstellung des Verfahrens (ist)", während die Inhaftierung in der Regel eine Karriere der Delinquenz erst in Gang setzt .

Strafen hat, wie anhand der Todesstrafe schon seit langem nachgewiesen ist, auch keine erfolgreiche generalpräventive Wirkung, d.h. es schreckt andere nicht von der Ausübung von Straftaten ab. So ist die Vorstellung, im Gefängnis würde der Täter (quasi wie in einer 'Black box') über den Weg der Reue und Einsicht schließlich sich selbst verändern, ist eine veraltete christliche Vorstellung.

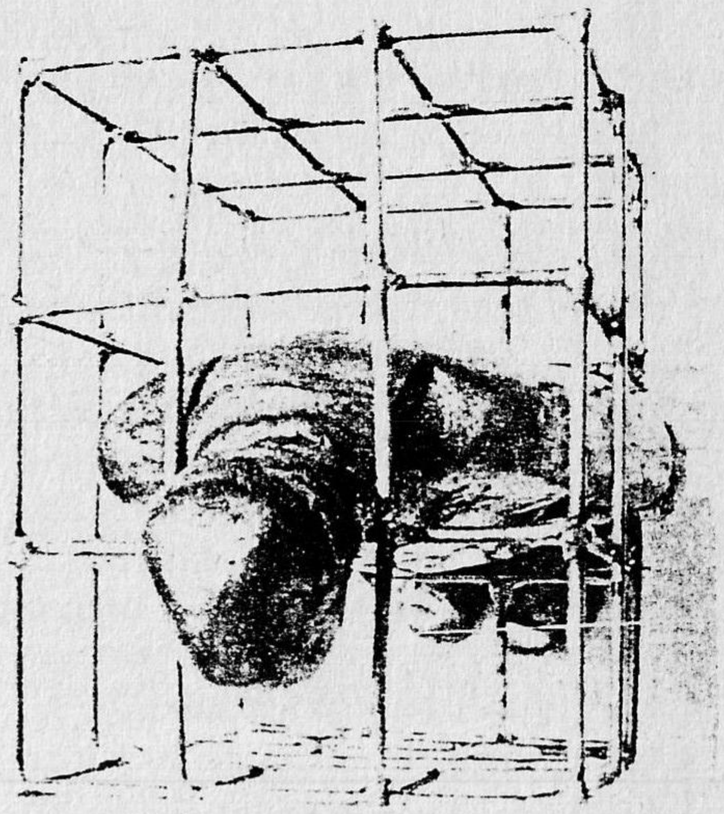
Das Gefängnis ist zudem eine Art Mikrogesellschaft, die die hierarchischen Strukturen der 'freien' Gesellschaft 'draußen' noch einmal verschärft abbildet. Die strukturellen Gewaltverhältnisse im Knast sind allgegenwärtig und provozieren erfolgreich die Gewalt unter den Häftlingen jeden Tag aufs neue. Es gibt tatsächlich keinen vernünftigen Grund, warum jemand an einen solchen Ort gebracht werden sollte, der Menschen mit sozialen Problemen und randständigen Eigenschaften (die von der herrschenden Klasse definiert werden), geradezu zu sammeln scheint.

Gerade Männer werden im Knast supertraditionell sozialisiert, außerdem lernen sie durch die Zwänge der totalen Institution Knast, ihre Gefühle zu verdrängen und sich einen Panzer anzulegen. "Er (der Täter) versucht, sich in Zukunft zusammenzureißen, was nichts anderes heißt, als daß er seine 'bösen' Anteile verschließt, ummauert und bewacht, damit sie nicht erneut zum Ausbruch kommen." (Lempert/Oelemann).

Auf der anderen Seite steht natürlich die Notwendigkeit, gewalttätiges männliches Verhalten rückhaltlos zu ahnden. Carol Hagemann-White hat in einem Vortrag auch darauf hingewiesen, daß es vor allem gilt, die Perspektive der Frauen, die das Opfer gewalttätiger Männer geworden sind, zu stärken:

" ... die gleichgewichtige Verknüpfung von Heilen und Strafe (verändert sich) im Alltag oft so, daß wir Prioritäten setzen müssen: Was hat Vorrang? Was muß auf jeden Fall geschehen? Und hier setzt das feministische Engagement eher auf Strafe, unter anderem weil es für das Rechtsempfinden der Gesellschaft äußerst bedenklich erscheint, das Wohlergehen (oder die Verbesserung) des Täters höher zu bewerten als das Unrechtsgefühl des Opfers, zumal dann, wenn das Opfer in der sozial schwächeren Position ist." (Hagemann-White, 1991, S.5)

Und Salisch (1993, S.15) bringt es dann so auf den Punkt: "Mit welcher Berechtigung darf ein verlassener Freund um sechs Uhr morgens völlig betrunken die Wohnungstür seiner Ex-Freundin eintreten, sie die Treppe hinunterwerfen und es erfolgt keine gesellschaftliche Reaktion?"



Die Haftedingungen dürfen also meiner Meinung nach nicht dazu führen, Haft in jedem Fall verhindern zu wollen. Vor allem dann nicht, wenn es um Gewalttaten geht, die einen anderen Menschen in seiner Persönlichkeit existentiell beeinflussen und bedrohen. Deshalb und solange es keinen anderen gesellschaftlichen Umgang als das Wegsperren gibt, müssen, wenn Grenzen überschritten werden, Konsequenzen erfolgen. Die Haft erfüllt aus dieser Perspektive den Zweck, die Opfer zu beschützen, gegen fortgesetzte Gewalt zu intervenieren und eine eindeutige Bewertung der Tat vorzunehmen.

DER THERAPEUTISCHE UMGANG

Ziel jeder Arbeit mit gewalttätigen Männern muß es sein, daß diese nicht mehr gewalttätig werden. Um dies zu erreichen, um eigene Fehler und Fehlverhalten aufarbeiten und verändern zu können, brauchen diese Männer aber eben irgendwo auch eine Atmosphäre, in der es ihnen möglich ist, ohne Angst vor Repressionen sich erst einmal äußern zu können. Eine solche Atmosphäre läuft vielleicht nicht zwangsläufig auf ein therapeutisches Verhältnis hinaus (auch soll hier keine allgemeine Aussage über die Segnungen von Therapie gemacht werden); meist ist sie jedoch im Moment die einzige Möglichkeit, das obengenannte Ziel anzusteuern.

Was kurz gesagt soviel heißen soll wie: Neben der gesellschaftlichen Verurteilung und schonungsloser Offenlegung des Ausmaßes der Gewalttaten muß es für die Täter einen Raum geben, der ihre Person - nicht die Tat!! akzeptiert und stützt, da dann ein Infragestellen des eigenen Verhaltens erst möglich ist. Diese beiden Ebenen gilt es meiner Meinung nach zu trennen. Denn niemandem ist damit geholfen, wenn wir alle Gewalttaten verstehen, weil

der Täter ja auch so viel Schreckliches erlebt hat, und am liebsten alles 'wegliеben' wollen - denn das verändert den Täter nicht.

Staatlicherseits werden Gelder für diese Arbeit nun nicht an Beratungsstellen vergeben, die mit freiwillig kommenden Männern arbeiten. Stattdessen setzt mensch - wie etwa bei zwei Projekten in Gladbeck und Berlin - auf Repression. Die Beratungsstelle Männer gegen Männergewalt (MGM) in Hamburg hat nun eigentlich bewiesen, daß es möglich ist , Männer zu einer freiwilligen therapeutischen Beratung zu bewegen - 1993 suchten über 400 Männer die Beratungstelle auf (wobei diese Freiwilligkeit natürlich häufig erst durch den Druck der Partnerin oder des Umfelds entsteht. Wirklich aus eigener Motivation kommen sehr wenige Männer in die Beratung).

Wenn offiziell nun an Zwangsprojekten fesgethalten wird, so mag das vielerlei Gründe haben:

» Zwangsprojekte entsprechen mehr dem Wunsch, Männergewalt zu einem Randgruppenphänomen umzudefinieren, da mit ihnen häufig nur strafrechtlich auffällig-gewordene Menschen erreicht werden. Alle, die noch nicht "erwischt" wurden, können sich also leicht von diesen "Kriminellen" distanzieren.

» Instrumente und Mechanismen von Strafverfolgung greifen schichtspezifisch. Für die Herrschenden besteht meist nicht die Gefahr, bei der Ausübung von Gewalt "erwischt" zu werden.

» Der Strafverfolgungsapparat kann durch solche Projekte ausgeweitet, Mechanismen der sozialen Kontrolle verfeinert werden.

» Ein rein kognitiv ausgerichtetes Programm paßt gut ins Patriarchat. Die männlichen Werte, alles im Griff und unter Kontrolle zu haben, werden bestärkt, die Fähigkeit zu Einfühlung nicht herausgearbeitet.

Demgegenüber vertritt MGM die Ansicht, daß erst ein flächendeckendes Beratungsnetz für freiwillig kommende Männer existieren solle, bevor mit der Beratung von verurteilten begonnen werde. Als Gründe für den Vorzug, mit freiwillig Kommenden zu arbeiten, benennt MGM, daß Zwangsberatung so gekennzeichnet sei, daß der Berater der vermeintlich bessere und der Ratsuchende der Schlechtere sei. Diese Hierarchie würde bei freiwillig Kommenden wegfallen. Auch könne letztlich kein Mann gezwungen werden, sich zu verändern, es sei also sehr angesagt, auf Freiwilligkeit zu setzen.

Hier muß jedoch klar sein, daß von einem Freiwilligen-Angebot nur Männer erreicht werden, die ein Bewußtsein davon haben, daß ihre Gewalt ein Problem darstellt (und zwar **ihr** Problem ist). Öffentlichkeitsarbeit, eine flächendeckende Präsenz von Beratungsstellen für freiwillig Kommende würde dieses Bewußtsein wohl beeinflussen und die Zahl der Männer erhöhen. Klar geht Freiwilligkeit vor Zwang, auch Prävention vor Resozialisierung. Es kann aber nur eine Kombination von beiden der Situation gerecht werden. Ein grundsätzlicher Verzicht auf Zwang würde jedenfalls klar zu Lasten der Frauen gehen, die Opfer derjenigen Männer sind, die nicht freiwillig kommen. Bleibt es aber auf der anderen Seite so, wie es derzeit läuft, wird nicht auf Freiwilligkeit, sondern ausschließlich auf Zwang gesetzt, macht sich ein solches Konzept dessen schuldig, was immer wieder zu Recht kritisiert wird: sich für die Staatsmacht funktionalisieren zu lassen und erst dann tätig zu werden, wenn es gar nicht mehr anders geht.

Hartmut Lauch

Literatur:
Schall, Hero; Schirrmacher, Gesa: Gewalt gegen Frauen und Möglichkeiten staatlicher Intervention, Boorberg, 1995.
Neubauer, Erika; Steinbrecher, Ute; Drescher-Aldendorff, Susanne: Gewalt gegen Frauen: Ursachen und Interventionsmöglichkeiten, - Literaturanalyse; Gesellschaft für Familienforschung, Schriftenreihe des BMfJFFG, Bd. 212, 1987
Salisch, Heinke; Rathke, Hans-Hermann: Gewalt gegen Frauen in Europa - Der Versuch einer neuen Antwort - (unveröffentlichtes Papier), Brüssel, 1993
Peters, Helge: Die Vorstellung, staatliches Strafen müss Sinn haben, ist heute selbstverständlich; In: Kassiber Nr. 27
Lempert, Joachim; Oelemann, Burkhart: " ... dann habe ich zugeschlagen" -Männergewalt gegen Frauen. Hamburg, 1995.
Honig, Michael-Sebastian: Verhäuslichte Gewalt, Frankfurt a. M., 1986.

PC-Diskurs und neuer Antifeminismus in der Bundesrepublik

"PC ... IST EINE SACHE VON MINDERHEITEN, IN DEN VEREINIGTEN STAATEN ALSO VOR ALLEM EINE ANGELEGENHEIT DER SCHWARZEN UND ANDERER ETHNISCHER GRUPPEN. ABER DEUTSCHLAND IST KEIN VIELVÖLKERSTAAT, ZUMINDEST NOCH NICHT, UND DESHALB WURDE POLITICAL CORRECTNESS, SEITDEM SIE AUCH BEI UNS IN MODE GEKOMMEN IST, ZUM RESERVAT DER FRAUEN. (KONRAD ADAM IN DER FAZ VOM 22.11.1995)"

Seit Anfang der neunziger Jahre findet die Bezeichnung political correctness im deutschen Sprachraum zunehmend Verbreitung. Vor allem aus den politischen Debatten über Frauen, Minderheiten und Trikont-Themen ist dieses Schlagwort kaum mehr wegzudenken. Gleichzeitig wird in den politischen Tages- und Wochenzeitungen ausführlich über das Phänomen der political correctness berichtet. Auch die Monographien zum Thema häufen sich neuerlings (vgl. Hughes 1994; Bonder 1995; Röhl 1995; Behrens/Rimscha 1995). Von einer publizistischen Debatte, in der KritikerInnen und BefürworterInnen ihre Argumente austauschen, kann trotzdem keine Rede sein. Tatsächlich unterscheiden sich die Beiträge zwar nach ihrem intellektuellen Niveau und der Differenziertheit ihrer Argumentation, aber Unterschiede in der politischen Bewertung der PC sind kaum auszumachen: Die ist durchgängig kritisch. Diese Feststellung ist nicht besonders überraschend, da es in der Bundesrepublik auch keine nennenswerten politischen Gruppen oder Personen gibt, die sich das Etikett pc freiwillig anheften würden. Anders als für Bezeichnungen wie links-alternativ oder feministisch, die nach wie vor noch umkämpft sind, hat sich für politisch korrekt das Konzept des Stigmawortes unwidersprochen durchgesetzt. Es ist also das sonderbare Phänomen zu beobachten, daß die KritikerInnen der »political correctness« auf keinen Gegner stoßen, der sich als solcher zu erkennen gäbe, sondern sich ihren

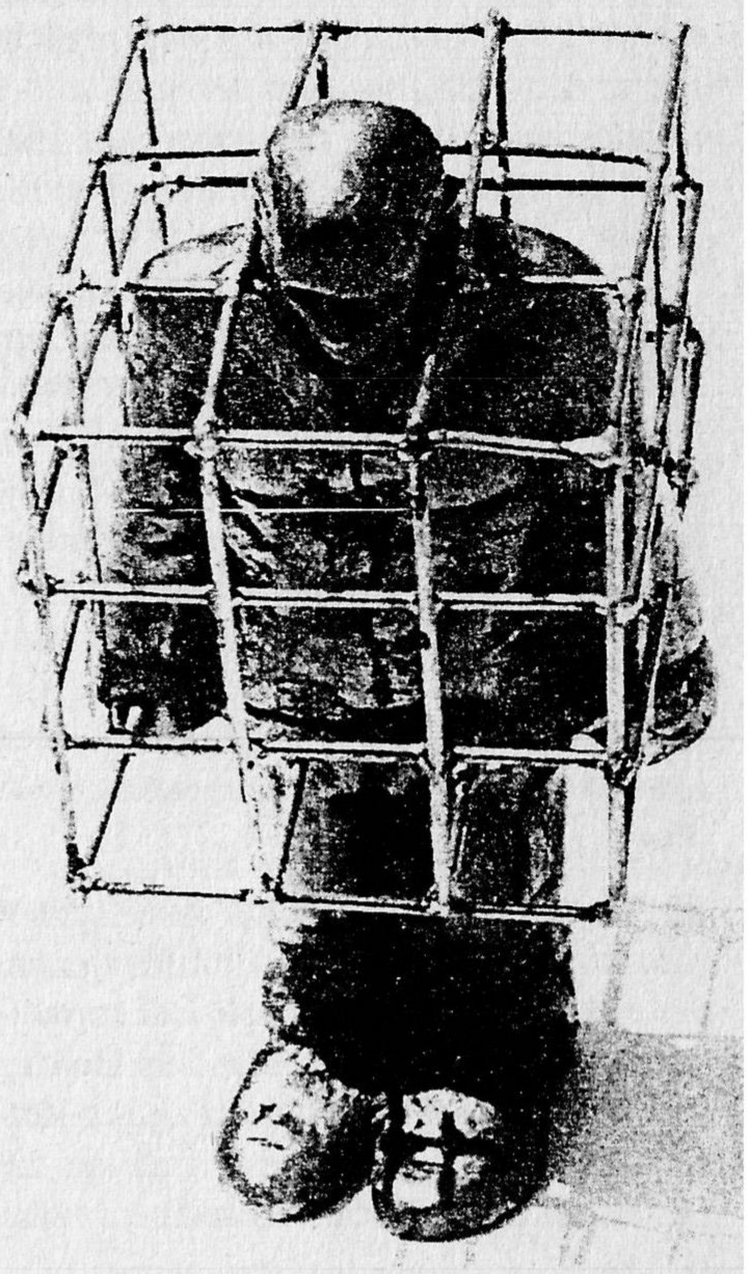
Gegner (»die PC«) gleichsam selbst erschaffen. Das Prinzip scheint darin zu bestehen, so scheußliche Zerrbilder zu zeichnen, daß sich niemand darin erkennen mag und folglich auch niemand dafür in die Bresche springt. Kaum mehr zu übersehen ist inzwischen allerdings, daß eins dieser Zerrbilder weibliche Züge trägt und die Feministin darstellt. Es soll gar nicht bestritten werden, daß der PC-Diskurs Fragen aufwirft, die von Feministinnen bearbeitet werden müssen (und die ohne den Rekurs auf pc zum Teil auch bereits seit Jahren bearbeitet *werd*en: Dazu gehört etwa die Frage nach dem Sinn oder Unsinn von antisexistischen Sprachregelungen ebenso wie die, wem (wenn schon nicht den Frauen) Institutionen wie Die Gleichstellungsbeauftragte oder Die Frauenministerin eigentlich politischen Nutzen bringen. Davon abgesehen *ist* die political correctness in der Bundesrepublik jedoch vor allem das erfolgreiche Produkt eines medialen Diskurses. Hatt einen Pappkameraden, einen bessern findst du nit ... - so kommentierte Benedikt Erenz bereits 1993 die Warnung seines Kollegen Dieter E. Zimmer vor einer »linken Tugenddiktatur«. Aus feministischer Sicht läßt sich über diesen »Pappkameraden« zwar nicht diskutieren, aber als eine Konstruktion ist er durchaus ernstzunehmen: Schon deshalb, weil der PC-Diskurs nicht nur antifeministisch ist, sondern weil er darüber hinaus, so die These, die in diesem Beitrag entwickelt werden soll, einen neuen Antifeminismus stützt, legitimiert und in gewisser Weise auch neu strukturiert

DER PC-DISKURS IN DEN USA

Der Ausdruck »politically correct«, ursprünglich eine selbstironische Phrase der leninistischen Linken in den USA, wurde im Verlauf der bildungspolitischen Debatte Ende der achtziger Jahre wiederentdeckt. In diesem neuen Kontext diente er der kritischen Etikettierung der an einigen US-amerikanischen Universitäten praktizierten Politik des Multikulturalismus. In den USA hatten sich seit Ende der sechziger Jahre weite Teile der Frauenbewegung , der Schwulen- und Lesbenbewegung sowie viele *African Americans* und Angehörige der verschiedenen ethnischen Minderheiten enttäuscht von der egalitären *civil-rights*-Bewegung abgewandt. Als Alternative setzten sich die *identy politics* durch, deren Vertreterinnen eher die Differenz und die Besonderheiten der je eigenen Kultur betonen, als auf die Integration in die Dominanzkultur abzuzielen. Aus den Schwierigkeiten, diese eigene Kultur im angeblichen *melting pot* USA noch zu definieren und sie im öffentlichen Raum (Presse, Theater, Museen, Universitäten) sichtbar zu machen, erwuchs die Kritik an der überwältigenden Dominanz der weißen Kultur, der Kultur der *Dead white European Males* (vgl. z.B. Berman 1992; Diederichsen 1992; Rosenberger 1993; Scheit 1994; Ostendorf 1992). Diese Kritik führte an einigen Universitäten und Colleges zu Konsequenzen. Eine davon war die sogenannte *affirmative action,* also die Einrichtung von Programmen zur Erhöhung des Anteils der *African Americans* und anderer ethnischer Minderheiten an der Studentenschaft.

An einigen geisteswissenschaftlichen Fakultäten wurden zudem dieLehrinhalte (insbesondere die verbindlichen Leselisten für die Studentinnen im Grundstudium) im Geiste des Multikulturalismus erweitert bzw. revidiert. Etliche Colleges und Universitäten verpflichteten die Studierenden, racial awareness seminars oder sensitivity trainings zu absolvieren. Damit wurde auf die Zunahme rassistischer und sexueller Übergriffe auf dem Campus reagiert (Ehrenreich 1992; 335). Eine weitere Reaktion waren die besonders heftig umstrittenen speech codes, die Stanford, die University of California und zahlreiche andere Universitäten erlassen haben. Unter Androhung universitärer Sanktionen verbieten es die speech codes den Studentinnen und Studenten, fighting words zu gebrauchen. Gemeint ist damit die abwertende Referenz auf Rasse, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, aber auch auf Religion oder Behinderung einer Person (vgl. Fish 1992; Gutmann 1993; Hentoff 1992; Perryl/Williams 1992).

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Hochschulpolitik in den USA auf heftigen Widerstand stieß. KritikerInnen (nicht nur aus dem konservativen Lager) sahen das intellektuelle Erbe des Westens gefährdet und zeigten sich besorgt über den Verlust von Qualitätsstandards in der Literatur- und Kunstkritik. »Wenn die Zulus einen Tolstoi hervorbringen, werden wir ihn lesen« - so etwa lautet ein vielzitiertes, Saul Bellow zugeschriebenes Wort, das diese Position auf den Punkt bringt (zit. n. Taylor 1993, 33). Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand jedoch die angeblich auf dem Campus herrschende »Atmosphäre der Unterdrückung«, die an die McCarthy-Ära in den fünfziger Jahren erinnere, die Lehrfreiheit einschränke und Studierende und Lehrkräfte zwinge, ihre Rede zu kontrollieren und öffentlich anders zu sprechen als privat Die Kritiker sahen dadurch die Redefreiheit verletzt, die das



First Amendment, der erste Zusatz zur amerikanischen Verfassung, garantiert. Ähnlich wie später auch in der Bundesrepublik, hat sich die Bezeichnung political correctness in den USA als ein Stigmawort für das Programm des politischen Gegners durchgesetzt, obwohl es zunächst keine Gruppierung gab, die sich mit diesem Kürzel identifiziert hätte (Diederichsen 1992, 27). Daß schließlich die gesamte bildungspolitische Diskussion unter der Überschrift political correctness geführt wurde, sagt deshalb eigentlich schon alles über die darin herrschenden Kräfteverhältnis. (1) Inzwischen sind in verschiedenen Bundesstaaten richterliche Urteile ergangen, mit denen Universitäten gezwungen wurden, ihre *speech codes* zu revidieren oder zurückzuziehen sowie die *affirmative action* einzustellen (vgl. Kister 1992).

DER PC-DISKURS IN DER BUNDESREPUBLIK

In den deutschen mainstream-Medien tauchte die Bezeichnung political correctness zunächst nur in Zusammenhang mit der US-amerikanischen Diskussion auf. Eine Vorreiterrolle kam dabei dem FAZ-Korrespondenten Jörg von Uthmann zu, dessen einseitig diffamierende Berichterstattung die deutsche Diskussion in gewisser Weise vorstrukturiert haben dürfte. Eine erste Verknüpfung mit den bundesdeutschen Verhältnissen leistete dann im Herbst 1993 Dieter E. Zimmer in einem vielbeachteten Zeit-Artikel. Der Verfasser

entwickelt darin die These, das Phänomen der »Political Correctness« existiere nicht nur in den USA, sondern sei auch in der Bundesrepublik »ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung«. Die PC beruhe auf einer Reihe unreflektierter Denkprämissen (z.B. daß Männlichkeit und Weiblichkeit nicht Natur, sondern Kultur sind), deren Diskussion sie tabuisiere. Wer als ein nachdenklicher Mensch diese Denkverbote (z.B. auch zu den Themen Euthanasie oder Nation) mißachte, werde von der unbarmherzig dichotomischen PC als menschenverachtend, rechts oder faschistisch stigmatisiert und gejagt: Gegenpositionen zur PC-Meinung seien nämlich nicht nur falsch, sondern auch böse.

Im Anschluß an den Artikel von Zimmer kam es zu einem Boom von Publikationen, die sich mit dem Thema political correctness auseinandersetzten. Mit dem Beitrag von Zimmer haben die meisten dieser Veröffentlichungen gemeinsam, daß sie die Bezeichnung political correctness zum Stigmawort machen: zu einem Kürzel, das den politischen Gegner diffamiert und als Feind der verbindlichen gesellschaftlichen Werte darstellt (vgl. Strauß u.a. 1989, 36). Entsprechend zielen viele dieser Texte nicht auf die Reflexionsfähigkeit der impliziten LeserIn ab, sondern setzen Stereotype voraus und bedienen sie. Statt zu argumentieren oder zumindest ihre Behauptungen zu belegen, stellen die AutorInnen eine pejorative Bedeutung von political correctness mit suggestiven Strategien her. (2) Dazu gehören u.a. Diffamierungen (PC-Brigade, akademische Ajatollahs, Sprachpolizei usw.) sowie der ausgiebige Gebrauch von Anspielungen und Metaphern, die den komplizierten Sachverhalt zu einer griffigen, Eindeutigkeit suggerierenden Erzählung verkürzen. Übrigens weisen die verwandten Metaphern und Anspielungen so gravierende Übereinstimmungen auf, daß schon daran der intertextuelle Zusammenhang der Beiträge aufweisbar wäre. Angespielt wird typischerweise auf das kommunistische Manifest (Ein Gespenst geht um...), auf Orwells 1984 (Newspeak), auf Kafkas Der Prozeß (die anonym wirkende Behörde, gegen deren Anschuldigungen eine Verteidigung nicht möglich ist), auf den Tugendterror der Jakobiner nach der französischen Revolution und schließlich, ganz subtil, auch auf die stalinistischen Säuberungen. Denselben Horizont des Sinnverstehens eröffnet auch die typische Metaphorisierung von PC als Inquisition, die vor allem bei Dieter E. Zimmer aus-buchstabiert wird, aber auch z.B. in dem Spiegel-Titel *Hexenjagd auf dem Campus* an zentraler Stelle wiederkehrt.

Clemens Knobloch, einer der wenigen journalistischen PC-Kritiker, dem bei diesem Gegenstand nicht die Fähigkeit zu einer differenzierten Argumentation abhanden gekommen ist, hebt schließlich den Aspekt der Banalisierung in der gängigen Berichterstattungspraxis hervor:

Durch die Medien geistert das negative Etikett, verknüpft mit ein paar skurrilen Beispielen, die Distanz. Kopfschütteln und Spott auslösen. Wer wird schon Blinde ‚anderssichtig oder Zwerge vertikal beeinträchtigt nennen wollen?. Das klingt nach einer kabarettistischen Zuspitzung der Euphemismen, an die wir uns schon fast gewöhnt haben. (Knoblauch 1995)

Differenziertere Betrachtungen zum Thema political correctness stellen Ausnahmen dar (z.B. Bendkowski 1995; Detje 1994; Erenz 1993; Harpprecht 1995; Knobloch 1995), die hinsichtlich der Bedeutungsentwicklung wirkungslos blieben. Was sich generell durchgesetzt hat, ist das Konzept des Stigmawortes.

(...)

Unter den Oberbegriff »Political Correctness« fallen z.B. die Kritik an dem Essay *Anschwellender Bocksgesang* von Botho Strauß, die Kritik an Steffen Heitmann (u.a. wegen seiner originellen Äußerungen über die Rolle von Frauen als Müttern), die mit dazu beitrug, ihn als Präsidentschaftskandidaten für die CDU untragbar zu machen, oder die Kritik an Charlotte Höhn, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die u.a. aufgrund ihrer Äußerungen über »rassisch bedingte« Intelligenzunterschiede von ihrem Amt suspendiert wurde. Vor allem die Fälle Höhn und Heitmann müssen zudem als Belege für die Macht herhalten, die die PC, vermittelt durch die »linken Meinungsführer« in den Medien, angeblich ausübt (vgl. z.B. Behrens/Rimscha 1995, 107ff; 118ff).

Auf die Macht der political correctness verweisen schließlich auch die Erfolge der feministischen Sprachkritik, das heißt insbesondere die (angebliche) Durchsetzung geschlechtergerechter Sprachverwendungen:

»Kein Politiker, der eine Versammlung noch mit ‚Liebe Mitbürger anreden könnte im Vertrauen auf die alte Übereinkunft, das damit alle anwesenden Personen gleich welchen Geschlechts gemeint seien ...; heute hat er, wenn er nicht als Sexist unwählbar sein will, ‚Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zu sagen.« (Zimmer 1993; vgl. auch Adam 1995; Behrens/Rimscha 1995, 40ff; Stern 1994, 299ff)

Als die Subjekte der PC haben demnach Feministinnen und die Linke (was immer das zur Zeit sein mag) zu gelten. Dieter E. Zimmers diffuse Behauptung, political correctness sei ein bestimmendes Element der öffentlichen Meinung mußte noch in diesem Sinne dechiffriert werden; in jüngeren Publikationen dagegen werden die linken Meinungsführer ganz direkt angegangen: Sie beherrschen die Medien (3) und lassen konservativen Werthaltungen keine Chance. Der Beleg: Die sogenannten Meinungsführer ordnen sich selbst zu zehn Prozent als konservativ oder christlich-demokratisch ein, zu fast Dreivierteln (sic!) als linksliberal (21%), liberal (19%), sozialdemokratisch (17%). grünalternativ (10%) oder sozialistisch bzw. »kommunistisch« (4%) (Behrens und Rimscha 1985, 112). Diese Behauptung ist natürlich grotesk, wenn man die deutsche Medienlandschaft unter Einschluß von Leo Kirch, Bild, Welt, FAZ, Focus usw. betrachtet. (4) Die Autoren, die ihre Quellen sonst akribisch benennen, bleiben hier denn auch jeden Beleg schuldig. Vorsichtshalber lassen sie auch offen, was sie unter einem Meinungsführer eigentlich verstanden wissen wollen: Das erlaubt bei Nach-

Ich bin sicher keine Tochter der Frauenbewegung. Da ich in der ehemaligen DDR aufgewachsen bin, ist mir der Femiismus eher fremd. Ich denke auch, daß der Feminismus mit seinen oft extremen und lauten Forderungen meinem Wesen wenig entspricht, vor allem weil ich zu realistisch bin. Die Frauenbewegung halte ich trotzdem für wichtig und unverzichtbar — schließlich sage ich ja selbst ständig, daß Frauen für ihre Rechte kämpfen und sie einklagen müssen. Insofern betrachte ich die Frauenbewegung auch als Unterstützung für meine Arbeit. Und sicherlich hat die Frauenbewegung dazu beigetragen, daß sich das Selbstverständnis vieler Frauen gewandelt hat.
Angela Merkel, Bundesfrauenministerin, Bonn

fragen jederzeit eine beliebige Umdeutung.

POLITICAL CORRECTNESS ALS STIGMAWORT

Während es in den Jahren 1992 und 1993 noch von der politischen Ausrichtung der Redaktion bzw. der AutorIn abhängig war, mit welcher sozialen Bewegung der Ausdruck political correctness versehen wurde, sind seit Anfang 1994 in den Medien kaum mehr Wortverwendungen in einer positiven oder zumindest neutralen Bedeutung nachweisbar. (5) Aus den Kontexten ist zu erschließen, daß es nur mehr in den seltensten Fällen Zustimmung für einen Sachverhalt ausdrückt, ihn als politisch korrekt zu bezeichnen. In der Regel wird eine politische Position, eine Person oder ein Verhalten mit dieser Bezeichnung stigmatisiert oder zumindest ironisiert. Einige wenige Ausnahmen sind allenfalls in taz-Leserbriefen (LeserInnen ?, die Red.) oder in alternativen Publikationsorganen zu finden. Dazu eins der inzwischen raren Beispiele:

1) »Gibt es politisch korrekten Sex/Anmache(?)« (Aus dem Fragenkatalog der AG sexuelle Zwangsmoral und neue Moral auf dem Mannergruppentreffen 1 994 in Nürnberg. Männerrundbrief 3, April/Mai 1994, o.S.)

Sehr viel häufiger werden inzwischen aber auch in linksalternativen Kontexten mit der Bezeichnung politically correct die angeblichen Einschränkungen der Rede-, Meinungs- und Handlungsfreiheit im Namen von Antirassismus und Antisexismus als naiv, lächerlich und/oder intolerant angeprangert.

2) Von wegen Gleicher unter Gleichen. Die Sex-Vielfalt der Schwulen funktioniert wie ein Kastensystem. Das Liebesleben der Lesben hingegen pendelt zwischen der political correctness einiger Alice-Schwarzer-Klone und dem Sex ohne Grenzen der verruchten Wilden.(aus einem Bericht über lesbische Sexualität in der taz vom 30.9.94)

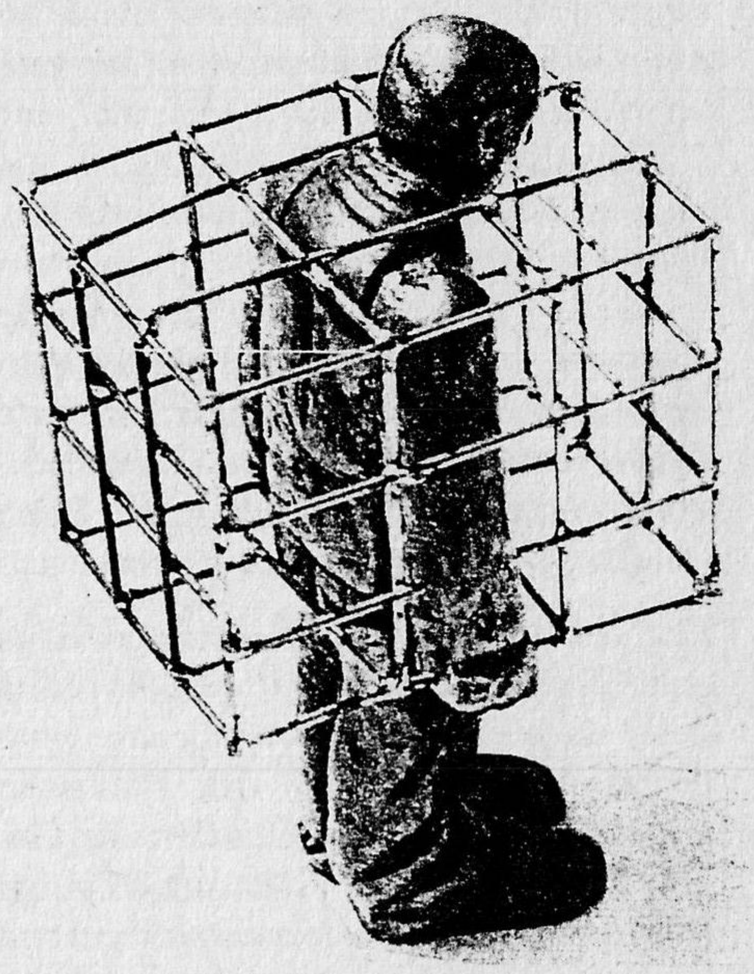
3. Vielen Dank für Deine hochkomische Glosse. Lockere Scheibe, flapsige Formulierungen, voller Sprachwitz wider den Stachel der öden Political Correctness lökkend. (taz-Leserinnenbrief vom 22.6.1995 zu der Glosse *Ich war Bodyguardin bei Wiglaf Droste*)

Diese Wortverwendungen erinnern in gewisser Weise an den selbstironischen Gebrauch der Initialabkürzungen pc innerhalb der leninistischen Linken in den USA. Hier und heute rufen die zitierten Verwendungen allerdings den aktuellen PC-Diskurs auf, zumal in linksalternativen und in konservativen bis rechten Kontexten ein gemeinsamer Bedeutungskern aufweisbar ist. Der rechte PC-Begriff enthält gegenüber dem linken nur einige zusätzliche Merkmale. Als PC-typische gelten hier nicht nur die ideologisch begründeten Einschränkungen individueller Freiheiten, sondern auch die Forderungen nach kompensatorischen Sonderrechten für die Angehörigen unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen. Die damit verbundene soziale Bewertung akzentuiert neben dem Aspekt des Lächerlichen auch den des Gefährlichen: Antidemokratisch, totalitär, mächtig, und bedrohlich sind Merkmale, die der PC häufiger (aber keineswegs ausschließlich!) von rechts als von links zugewiesen werden:

4. Es droht von der Linken keinerlei geistige Anregung mehr; sie wird sich allenfalls beteiligen an der Organisation der gesellschaftlichen Zerfalls in Form der politischen Korrektheit. (Botho Strauß in einer Erwiderung auf die Kritik an seinem Essay *Anschwellender Bocksgesang* in: Der Spiegel vom 18.4.1994, 168)

(...)

Welche politische Funktion erfüllt das Stigmawort political correctness? In liberalen bzw. liberalkonservativen Kontexten (z.B. Zeit, Spiegel, Süddeutsche Zeitung) galten feministische und linke Positionen wie z.B. das Engagement für gesellschaftliche Demokratisierung- und Emanzipationsprozesse oder die Parteilichkeit für Frauen, Homosexuelle, Flüchtlinge usw. bisher als zumindest respektabel. Deren Chiffrierung als politisch korrekt scheint nun die diskrete Distanznahme zu erleichtern. Mit der Chiffrierung wird nämlich das Referenzpotential diffus: Auf welche Subjekte political correctness abzielt, muß in diesen politischen Kontexten jeweils erst aus dem Textzusammenhang entschlüsselt werden. Die Unschärfe des Begriffes erlaubt pauschale Aussagen, Unterstellungen und Diffamierungen, da die VerfasserInnen sich damit nicht festlegen sondern bei Nachfragen und Kritik jederzeit beliebig umdeuten können, worauf die Bezeichnung political correctness eigentlich referiert. Während Denkbilder (vgl. Opp de Hipt 1987; 56ff und 127) wie Feminismus als Inquisition oder Die Linke als Gedeankenpolizei noch im Widerspruch zum liberalen Geist z.B. der Zeit stehen würden (und darüber hinaus offenkundig absurd wären), ist die Inszenierung der entsprechenden Denkbilder durchaus



möglich, wenn für links und feministisch die Chiffre politisch korrekt eingesetzt wird.

PC als Inquisition«oder PC als Gedankenpolizei sind Denkbilder, die Inhalte und politische Zielsetzungen ausblenden und herunterspielen und dafür eine bestimmte angeblich intolerante und totalitäre Geisteshaltung akzentuieren. Tatsächlich werden Methoden und Inhalte aber natürlich niemals als unabhängig voneinander gedacht. Bei genauerer Betrachtung erweist sich im Anti-PC-Diskurs stets, daß die Kritik der Methode die Auseinandersetzung mit den Inhalten ersetzt, das kritische Urteil aber für beides, für Inhalt und Methode gilt. So fällt z.B. in dem bereits erörterten Beitrag von Dieter E. Zimmer die gesamte (linke) Kritik an dem Essay *Anschwellender Bocksgesang* von Botho Strauß unter das Verdikt political correctness, ohne daß der Verfasser zwischen dümmlichen Pauschalurteilen (die es zweifellos auch gegeben hat) und einer differenzierten, rational argumentierenden Kritik unterscheiden würde. Der gemeinsame Nenner zwischen einer Strauß-Kritik, die reflexhaft auf bestimmte Stichwörter anspringt, und einer intelligenten Auseinandersetzung mit dem Text liegt sicher nicht in den Methoden der KritikerInnen, sondern in deren (grundsätzlichem) politischen Standort und einigen der daraus abgeleiteten Werthaltungen. Wenn also beide Formen der Kritik unter political correctness fallen, dann ist das Kriterium für die Zugehörigkeit zu dieser Kategorie offenbar nicht eine intolerante und totalitäre Geisteshaltung (wie die üblichen Metaphorisierungen von pc suggerieren), sondern das Festhalten an bestimmten linken Grundpositionen. Die Etablierung von political correctness als

einem politischen Stigmawort erfüllt somit offenbar die Funktion, eine Desavouierung emanzipatorischer Inhalte und Zielsetzungen gesellschaftsfähig zu machen und damit den *common sense* entsprechend zu verändern. Wie fortgeschritten dieser Prozeß ist, belegt der abfällige Gebrauch von pc selbst in linksalternativen (oder vielleicht richtiger: vormals linksalternativen) Kontexten. Dort reflektiert er vermutlich eine Haltung, die Halina Bendkowski in der taz so beschrieben hat:

> Eher bekennen sich selbst meine nettesten politischen FreundInnen trotzig als rechts denn als politisch links-antiquiert. Gnadenlos kultiviert wird das Politische schlechthin auf den Müllhaufen der Geschichte deponiert. (...) Der Anti-PC-Liga ist es gelungen, sich selbst als aufrecht und bewegt antiideologisch zu präsentieren, wogegen die Feministinnen und die Linken als totalitär verbohrt und illiberal herzuhalten haben. (Bendkowski 1995)

Wenn Politik tatsächlich zuallererst ein Kampf um Begriffe sein sollte, dann dürfte die sich formierende deutschnationale Rechte die Etablierung des Stigmawortes political correctness als einen ersten großen Sieg feiern. In den entsprechenden Kontexten, z.B. in den Beiträgen des Sammelbandes *Die Selbstbewußte Nation,* ist political correctness ganz unverhüllt ein Synonym für den politischen Gegner: Feministinnen, Linke und vor allem die linken Meinungsführer in den Medien.

DER NEUE ANTIFEMISMUS

Brigitta Huhnke hat in ihrer Dissertation zur politischen Berichterstattung über Frauenthemen zwischen 1980 und 1992 die bereits seit längerer Zeit vorliegenden US-amerikanischen Befunde für die Bundesrepublik bestätigt: Danach erfolgt die Ausgrenzung von Frauen in den Medien durch schlichte Nicht-Thematisierung sowie durch subtile Botschaften, misogyne Diskursfetzen (Huhnke 1995;50), die an die Affekte der LeserIn appellieren. Argumentativ scheint der männliche Superioritätsanspruch im untersuchten Zeitraum dagegen kaum mehr vertreten zu werden; auch die offene Diskriminierung von Frauen ist in der politischen Berichterstattung der seriösen Presse eher selten (Huhnke 1994).

Mein subjektiver Eindruck ist, daß sich an diesem Punkt seit 1992 etwas geändert hat, und zwar zum (noch) Schlechteren. Die Berichterstattung über Frauen und über feministische Themen, deren Umfang sich bis 1992 zumindest in einigen Medien (Zeit und dpa) gegenüber 1980 deutlich erhöht hatte, scheint (u.a. zugunsten der Themen Kinder und Familie) quantitativ wieder stark zurückzugehen. Darüber hinaus häufen sich neuerdings die keineswegs mehr subtil, sondern vielmehr offen antifeministischen Beiträge. Huhnke wird für die Buchveröffentlichung ihrer Dissertation noch die Berichterstattung der Jahre 1993 bis 1995 aufarbeiten, so daß sich herausstellen wird, inwieweit diese Vermutung zutrifft.

Was hat das mit dem PC-Diskurs zu tun? Grundsätzlich gilt natürlich, daß die Stigmatisierung bestimmter Positionen als politisch korrekt indirekt gleichzeitig die Gegenposition legitimiert. Zudem bewirkt die Unterstellung, die PC-Positionen repräsentierten den Zeitgeist und seien bestimmend für die öffentliche Meinung, daß die Gegenpositionen plötzlich chic werden: Es kann wieder ganz unbefangen von der Zähigkeit afrikanischer Untugenden wie Nepotismus und Kleptomanie gesprochen werden, oder, als wäre das eine Offenbarung, festgestellt werden, daß die Selbstverwirklichung von Frauen auf Kosten der Kinder geht(Behrens und Rimscha 1995, 140, 110). Solche Positionen erscheinen nicht mehr als Ausdruck dumpfester Ressentiments, wie sie in jedem Boulevardblatt und in jeder Kneipe zu finden sind, sondern als unterdrückte Wahrheiten, die auszusprechen ein Akt der Zivilcourage und Ausdruck eines unabhängigen Geistes ist.

(...)

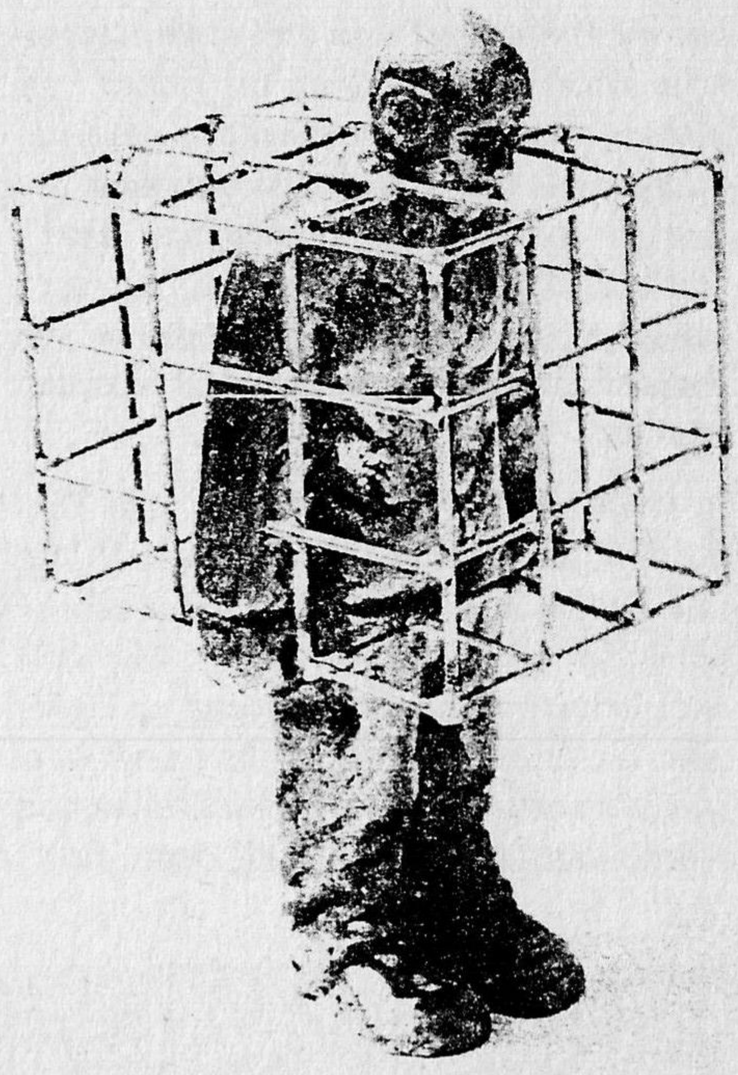
Einen Vorgeschmack davon, wie diese »intensive Auseinandersetzung« aussehen wird, bietet der Beitrag von Felix Stern im selben (o.g., Die Red.) Band: *Feminismus und Apartheid Über den Krieg der Geschlechter.* Im Prinzip läßt er sich auf eine einzige Behauptung reduzieren, die variationsreich wiederholt wird: Der Feminismus ziele erfolgreich auf die Separierung von Frauen und Männern ab. Die Argumentation des Verfassers ist dabei so aufgebaut, daß er die entsprechenden radikalfeministischen Positionen der siebziger Jahre (Firestone usw.) umstandslos zu dem Feminismus erklärt, dessen Ziele nunmehr durch die institutionalisierte Gleichstellungspolitik umgesetzt würden. Der Separierung der Geschlechter dienen seiner Auffassung nach unter anderem die Initiierung und staatliche Förderung von Wohnprojekten für Frauen, das Vordringen einer Frauensprache auch in Behörden und im Sozialbereich, in der Männer nicht einmal mehr mitgemeint sein sollen (299), die Masche mit dem sexuellen Mißbrauch, die das Klima bis in die Familien hinein so vergifte, daß die Abschaffung der Traditionsfamilie wieder ein Stückchen näher (rückt) (298), sowie schließlich die Gesetzesinitiativen im Zusammenhang mit dem Thema Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz:

> Nun haben sies erreicht, den kleinen Flirt, die Anmache im Büro unter Strafe zu stellen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, wo es einst auch die Ohrfeige zur rechten Zeit tat oder man im Rahmen von Betriebsratsaufgaben hätte Lösungen finden können. Nein, Täter müssen kriminalisiert werden, nur das hilft, das Image vom ‚bösen Mann aufrechtzuerhalten. Damit hat die Heteroliebe am Schreibtisch kaum noch aussichtsreiche Chancen, wäre doch für jeden die Gefahr zu groß, bei Sympathiekundgebungen mißverstanden oder gar als Arbeitskollege oder lästiger Konkurrent mit der Schmollmund-, Blusen- oder Honigschoßfalle beruflich kaltgestellt zu werden. Fürwahr eine feministische Meisterleistung, wo doch schon längst die Verwaltungen der großen Dienstleister wie Banken, Versicherungen und Behörden zum anerkannt größten und notwendigen
>
> Heiratsmarkt für den ohnehin bezugsarmen Menschen geworden sind. Liebe im Büro verletzt nämlich nicht nur, sondern kann auch beflügeln. US-Studien haben hier Erstaunliches herausgefunden - warum dies den Menschen nicht selbst überlassen, sondern ideologisch verbieten, womit man selbst vielleicht nicht klar kommt. (297)
>
> (...)
>
> Das Schlüsselwort für diesen Text ist Apartheid. Daran, also »an die frühere Apartheid in Südafrika« (304), fühlt sich der Autor erinnert, wo Feministinnen den Ausschluß und die Diffamierung der Männer als einen meist gar nicht mehr als Sexismus empfundenen Geschlechter-Rassismus (294) praktizierten.
>
> (...)
>
> Der Beitrag von Felix Stern fällt (noch) aus dem Rahmen, weil er auf alle »frauenfreundlichen«, beschwichtigenden Floskeln verzichtet, an die sich auch konservative Publizisten und Politiker in den letzten 15 bis 20 Jahren gewöhnt haben. Tatsächlich ist er aber als Teil eines Diskurses anzusehen. der nicht nur das beschriebene Reformvorhaben legitimiert, sondern der zum Beispiel auch Männern den Zugang zum Beruf der Hebamme verschafft hat, die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots

für Frauen (mit)begründet und möglicherweise irgendwann auch zu einer Wehrpflicht für Frauen (bzw. zu einem Pendant dazu) führen wird. Insofern kann Sterns Argumentation keineswegs als eine Rechts-außen-Position abgetan werden. Die beiden Schlüsselwörter Sexismus« und Apartheid markieren bei Felix Stern die zwei Seiten der selben Medaille: Der Vorwurf, eine Gleichstellungspolitik nur für Frauen sei sexistisch, begründet den Verlust der wenigen Privilegien, die Frauen historisch zugewachsen sind, während die Analogie Feminismus = Apartheid darauf abzielt, Frauen die Chancen, die Männer immer schon hatten, wieder zu nehmen bzw. sie ihnen gar nicht erst zuzugestehen. Als ein antifeministisches Stigmawort (das z.B. mit Alexander von Stahl inzwischen auch in die institutionelle Politik eingezogen ist) wendet sich »Apartheid« dagegen, Frauen als eine gesellschaftlich diskriminierte Gruppe anzuerkennen, für die Chancengleichheit mittels kompensatorischer Maßnahmen erst herzustellen ist. Ironischerweise muß dabei gerade das Prinzip der Gleichheit herhalten, um die Perpetuierung von Ungleichheit zu begründen. Daß auch diese Position zunehmend (wieder) an Boden gewinnt, haben im Oktober 1995 die Ablehnungen eines Frauenquorums durch den Bundesparteitag der CDU in Kahrlsruhe gezeigt sowie der Spruch des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg, Frauen dürften allein wegen ihres Geschlechts bei Ernennungen und Beförderungen nicht bevorzugt werden.

Karsta Frank

aus: Das Argument, Januar/Februar 1996 (redaktionell gekürzt)



Anmerkungen:
(1) Einen guten Überblick über den Verlauf der Debatte und die wesentlichen Kritikpunkte gibt Paul Bermans Einleitung zu der Dokumentation Debating P.C.
(2) Vgl. z.B. Dickwanst im Dunst (1994), Ein Lügengespinst(1994), Hatzenbichler (1994), Das Streiflicht (1994), Faltin (1995), Adam (1995) sowie die Monographie von Behrens und Rimscha (1995). Ähnlich strukturiert war in den letzten Jahren davor bereits die Berichterstattung über die Diskussion in den USA; z.B. Brinck (1991), Graaf(1992), Matussek (1993). Eine ausführliche linguistische Analyse einzelner Beiräge des journaillistische PC-Diskurses lege ich (1996) vor.
(3) Ausführlich dargelegt wird diese These, die generell die Wirklichkeitswahrnehmung der Rechten zu bestimmen scheint z.B. von Bubik (1994).
(4) Vgl. zu.B. zur affirmativen Berichterstattungspraxis der Elitemedien über die PC-Themen Frauen, Flüchtlinge und AusländerInnen die kritischen Beiträge von Gerhard (1992), Huhnke (1993 und 1994), Pinn und Wehner (1992).
(5) Diese Bedeutungsentwicklung läßt sich gut nachvollziehen anhand der (über die CD-ROM-Rechergchen leicht zugänglichen) Wortverwendungen in der taz, der ja eigentlich eine positive Grundeinstellung gegenüber den als pc-typisch geltenden Positionen unterstellt werden dürfte. Wenn political correctness selbst hier seit dem Frühjahr 1994 nahezu ausschließlich in einem negativen oder zumindest höchst ironischen Sinne verwandt wird, ist dies ein überzeugender Beleg dafür, daß sich das Konzept des Stigmawortes im deutschen Sprachraum durchgesetzt hat.

Zu Judith Butlers Feminismus-Kritik

Das Kochbuch des postmodernen Gourmets

DIE DISKURSTHEORIE REKLAMIERT FÜR SICH, DEN KLASSIFIKATIONS- UND IDENTITÄTSZWANG DER MODERNE ZU ÜBERWINDEN. IHRE HAUPTERRUNGENSCHAFT, DIE DEKONSTRUKTION, ERMÖGLICHT IHR TATSÄCHLICH IDENTITÄT ALS GESELLSCHAFTLICHES PRODUKT DETAILSCHARF ZU ENTHÜLLEN. LETZTEN ENDES BLEIBT DIESE DEKONSTRUKTION ABER KONSTRUKTIV: DER MYTHOS DER MACHT, DIE ALS ULTIMA RATIO JEDES DISKURSES ERSCHEINT, IST IHR EBENSO UNÜBERWINDLICHER FETISCH WIE DEM IDENTITÄTSDENKEN DIE NATUR.

Darüber gelangt auch Judith Butler nicht hinaus: Ihre Diskursivierung des Geschlechts hilft nicht den Identitätszwang aufzuheben, sondern nur diesen Zwang zu flexibilisieren. Nicht die Zerstörung der Norm interessiert Butler, sondern die Erringung einer Machtposition bei der Zuweisung gesellschaftlich vermittelter Identität.
Die radikale Frauenbewegung in den 60/70er Jahren bezog sich theoretisch auf die bekannte These von Simone de Beauvoir: " Man kommt nicht als Frau zur Welt, man wird es." Diese These stammt aus ihren Buch „Das andere Geschlecht", das schon Ende der 40iger Jahre entstanden war. Mittlerweile ist der Anspruch der Frauenbewegungen, politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen, weitgehendst der Beschwörung einer substantiellen „Weiblichkeit", also der Betonung von Differenz, gewichen. Angesichts dieser Tatsache ist es um so bemerkenswerter, daß sich die amerikanische Feministin Judith Butler nicht nur wieder auf jene These bezieht, sondern darüber hinaus beansprucht, sie mit ihrem dekonstruktivistischen Ansatz zu radikalisieren. Butler stellt die Unterscheidung zwischen Geschlecht („sex") und Geschlechtsidentität („gender") in Frage und will nachweisen, daß auch Geschlecht ein kulturelles Konstrukt ist. Mit dieser These ist sie nicht nur in universitären Kreisen, besonders in der feministischen Frauenforschung, auf breite Resonanz gestoßen.

Auch Teile der Linken beziehen sich positiv auf Butler und ihre dekonstruktivistische Theorie: man könne bei Butler „auf Anhieb mehr gute Argumente gegen Identitätspolitik und Wir-Konstruktionen finden als in jedem ‚marxistischen' Text", heißt es z.B. in der Nr.10 der 17° Celsius. Im folgenden sollen die Grundzüge von Butlers Theorie dargestellt und kritisiert werden.

In ihrem Aufsatz, „Variationen zum Thema Sex und Geschlecht: Beauvoir, Wittig und Foucault" bezieht sich Butler auf die genannte These von Beauvoir. Sie stellt sich dabei folgende Frage: wenn bei Beauvoir Geschlecht durch Kultur und freie Wahl bestimmt wird, welcher Stellenwert würde dann überhaupt noch dem „Sex", d.h. dem anatomischen Geschlecht, zukommen? Um dies zu beantworten, müsse man die Unterscheidung zwischen Sex und Geschlecht bei Beauvoir rekonstruieren.(1)

Beauvoir sagt in ihrer These, „man wird zur Frau". Dieses „Werden" interpretiert Butler dahingehend, daß ein Geschlecht durch Kultur und freie Wahl entsteht. Beauvoir habe sich an diesem Punkt, so Butler, vom cartesianischen Denken befreit, welches durch die Gegenüberstellung von reinem Denken, Geist, Bewußtsein („res cogitans") und reiner Dinghaftigkeit, Körper, Sein („res extensa") charakterisiert ist und das Butler als Grundlegung der „Geschlechterbinarität" begreift. Denn nach der Lesart von Butler bezeichnet Körperidentität bei Beauvoir eine Bewegung vom natürlichen Körper zum Körper, der eine kulturelle Rolle annimmt. Butler nimmt an, daß Beauvoir damit das cartesianische Konzept des „cogito" verläßt. Sie trenne nicht mehr den Körper vom Geist, sondern begreife das Bewußtsein (Geist) als ein in und durch den Körper verkörpertes, d.h. demnach gebe es weder einen ursprünglichen, natürlichen Körper an sich noch ein außerhalb des Körpers situiertes, transzendentales Bewußtsein. Daß man ein Geschlecht, der Beauvoirschen These zufolge, erst „ wird", bezeichnet nach Butler aber keine lineare, zeitliche Progression eines Prozesses, da der Ursprung des Geschlechtes nicht zeitlich bestimmbar ist. Da kein bestimmbarer Ursprung vorliegt, ist es eine gesellschaftliche Norm, die dem Geschlecht immer schon vorgeschrieben ist. Das Geschlecht muß eine für es vorbestimmte Rolle annehmen, die der Körper in der Welt leben muß, es existiert durch eine unaufhörliche Bewegung durch den eigenen Körper. Die Darstellung des Körpers paßt sich unbewußt den gesellschaftlich normierten Körperstilen und Geschlechtsnormen an. Diese gesellschaftliche Norm muß das Geschlecht erfüllen, wenn es sich nicht gesellschaftlichen Sanktionen aussetzen will. Ein Geschlecht „werden" bzw. die Wahl, ein Geschlecht zu „werden" und nach der vorgeschriebenen Norm zu leben, impliziert, so Butler, „eine Welt von bereits etablierten Körperstilen." (2)

KÖRPER ALS ORT DER KULTURELLEN INTERPRETATION

Der Körper als eine materielle Realität ist der Ort der kulturellen Interpretation, der Austragung eines Wechselspiels zwischen Kultur und Wahl. Er ist das „Theater des Geschlechts", wo die gesellschaftlichen Geschlechtsnormen zur Aufführung kommen. Butler kritisiert den Feminismus als politische Institution, weil dieser die Möglichkeit ausklammert, gerade durch Variation und Vervielfältigung von Körperstilen politisch zu agieren. Diese Kritik ist der Hauptschwerpunkt in ihrem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter".

Bei einem Live-Act Judith Butlers am 23.10.95 im Modernes

Butler beginnt im Vorwort mit der Feststellung, daß die Bedeutung der Geschlechtsidentität immer ein gewisses Gefühl des Unbehagens hervorrufe. Der Feminismus scheitere daran, daß die Bildung feministischer Identität immer „eine Reihe von Prädikaten wie Farbe, Sexualität, Ethnie, Klasse und Gesundheit" ausarbeite und dann stets ein verlegenes" usw." an das Ende der Liste von Prädikaten setze. Die horizontale Aufzählung der Prädikate bezwecke, ein Subjekt in seiner konkreten Situiertheit zu umfassen; „doch gelingt es dieser Aufzählung niemals, vollständig zu sein." (3) Der Feminismus stößt an Grenzen, weil er von der Grundkategorie „Frau" ausgeht, wobei sich das Frau-Sein aus der allgemein-verbindenden Unterdrückung durch das Patriarchat herleitet. Daraus entwickeln sich Schwierigkeiten in der feministischen Zielsetzung, weil das feministische Subjekt, das der Feminismus selbst hervorgebracht hat, sich weigert, gegenüber der konstitutiven Macht die feministischen Ziele zu repräsentieren. Diesem Dilemma könne, so Butler, nur dadurch entgangen werden, daß eine Kritik an jenen Identitätskategorien entfaltet werde, die von den herrschenden Rechtsstrukturen erzeugt und verdinglicht werden. Ihre zentrale Fragestellung lautet deshalb: „Stellt nicht die Konstruktion der Kategorie „Frau(en)" als kohärentes festes Subjekt eine unvermeidliche Regulierung und Verdinglichung der Geschlechterbeziehung dar?" (4)

Butler schlägt vor, die Vorstellung von einer „weiblichen Identität“ gänzlich fallen zu lassen. Solange man auf der anatomischen Unterscheidung des Geschlechts insistiere, bleibt man in einer Binarität stecken, woraus nach Butler folgt, daß dem Konstrukt „Männer“ ausschließlich der männliche Körper zukommt wie den „Frauen“ nur der weibliche; diese Konstrukte sind aber Produkte der Kultur. Durch diesen wird den Frauen kulturell eine bestimmte Rolle („gender" als soziales Konstrukt) zugeschrieben. Mit der Unterscheidung von „sex“ und „gender’"’so Butler, verfalle man wieder in den alten Dualismus von Natur und Kultur. Deswegen f’ragt sich Butler, was der Begriff Geschlecht überhaupt bedeute. Handelt es sich hier nicht bloß um eine „natürliche, anatomische, durch Hormone und Chromosomen bedingte Tatsache?" (5) Ihre Antwort ist klar: die Geschlechter sind keine Naturtatsache, sondern in Wirklichkeit diskursiv produziert, von einer Wisserischaft, die im Dienst der Macht steht. Das Geschlecht (sex) ist immer schon Geschlechteridentität (gender) gewesen. Die Geschlechterordnung oder Binarität der Geschlechter ist nichts Natürliches, sondern eine normative, sprachliche Festlegung, die sichi aus der Zwangsheterosexualität ableitet. Sexualität, im Sinne hieterosexueller und phallischer Kulturkonventionen, ist nach Butler immer durch Diskurs und Macht konstruiert. Damit erweise sich das Postulat einer normativen Sexualität „vor“, „außerhalb“ oder „jenseits“ der Macht als kulturelle Unmöglichkeit und politisch unrealisierbarer Traum. Für Butler gibt es keinen Ursprung des Geschlechts: das wäre in ihren Augen ein kausales Denken, während sie konsequent unterstellt, daß es keine vordiskursive Welt gibt. Gender oder Geschlechtsidentität ist eine kulturelle Konstruktion. Der Körper fungiert dann als passives Medium, als Instrument für die gesellschaftliche Norm. Die kulturelle Konstruktion wirkt nach Butler genauso determinierend, wie es in der Formel „Biologie ist Schicksal" der Natur zugeschrieben wird. (6).

BUTLERS UMWÄLZUNG DER ABENDLÄNDISCHEN PHILOSOPHIE

Mit ihrer Kritik am Feminismus will Butler nichts weniger als jene philosophische Tradition überwinden, die sie für die binäre Konstruktion der Geschlechter verantwortlich macht. Ob sie damit Descartes als einen der Begründer der neuzeitlichen Subjektphilosophie, den Existenzialismus oder ganz allgemein die traditionelle Philosoplie meint, wird dabei nicht recht klar.

Die Binarität der Geschlechter hat für Butler jeden falls seine Ursache im westlichen Denken und in der Metaphysik der Substanz. Mit ihrer Kritik geht sie auf Nietzschcs Kritik der Metaphysik der Substanz zurück. Jeglicher Anspruch auf Idenitität führe dazu, daß dem Vielfältigen und Unausdrückbaren in der Wirklichkeit eine falsche Einheit aufgezwungen werde. Was bedeutet diese Metaphysik der Substanz für die Kategorie des Geschlechts? Bis heute werde in den Gesellschaftswissenschaften von Geschlechtsidentität immer in Verbindung mit einer leiblichen Person gesprochen: dabei werde „nur die weibliche Identität ... als solche markiert, während die männliche Geschlechtsidentität mit der Vorstellung von einer universalen Person verschmelze, so daß die Frauen mittels ihres Geschlechtes definiert, die Männer dagegen als Träger einer den Leib überschreitenden, universalen Perspektive gefeiert werden." (7) Daraus erwachse die Vorstellung, daß ein Geschlecht „Frau" genannt wird, was aber die Tatsache verdecke, daß die Frau nur in Beziehung zum Mann Frau ist. Humanistische Konzeptionen, so Butler, unterstellen dem Subjekt immer eine substantielle Person, die mit verschiedenen Eigenschaften ausgestattet ist, die sich nach der jeweiligen gesellschaftlichen Norm richten. Dieses Subjekt, das „Ich", ist aber genauso wie seine „Eigenschaften" wie eben z.B. „Geschlecht" ein bloßes Konstrukt. Da sich Gesellschaft laufend verändert, wandelt sich auch die Geschlechts-identität und somit ist Geschlechtsidentität nichts substantiell Seiendes.

Unter dieser Prämisse setzt sich Butler im „Unbehagen der Geschlechter" nochmals mit Simone de Beauvoir auseinander. Hier stellt sie darauf ab, daß für Beauvoir zwar Geschlechtsidentität eine Konstruktion sei, doch impliziere ihre These „man wird zur Frau gemacht", einen Handlungsträger, ein cogito, der eine Geschlechtsidentität übernimmt, d.h. daß es jemanden gibt, der für die Tat steht und auch verantwortlich dafür ist. Beauvoir behauptet Butler zufolge, der weibliche Körper sei für die Frauen Situation und Instrument der Freiheit und nicht eine zu definierende Wesensheit. Butler zieht daraus den Schluß - anders als in dem Text „Variationen zum Thema Sex" - daß die Analyse von Beauvoir durch Leiblichkeit geprägt sei. Damit bleibe Beauvoir im cartesianischen Denken stecken; dieses Denken produziert

aber die Geschlechterbinarität sowie die Geschlechterhierarchie. Auch der Existenzialismus überwinde diese traditionelle Denkweise nicht.

Butler will diese philosophische Tradition mit Hilfe der diskurstheoretischen Perspektive überwinden. Unter Diskurs versteht Butler die „geschichtlich spezifische Organisationsform der Sprache, wobei aus den Überschneidungen der Diskurse, verschiedene Modalitäten und diskursive Möglichkeiten erzeugt wer den." (8) Butler schreibt aber an anderer Stelle, daß innerhalb der Diskurse Beziehungen stattfinden; Diskurs sei kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, der sich durch Wiederholung zu etwas Neuem entwickele. Butler definiert die Geschlechter als sprachliche Konstrukte, deren bewegendes Moment die Macht ist, die Machtbeziehung der Diskurse.

In ihrer Theorie entwirft sie eine Totalität, in der alles gesellschaftliche Leben von der herrschenden Macht konstruiert ist und woraus es kein Entrinnen mehr geben kann. Möglich ist nur eine Subversion der Identität, die sich daraus ergibt, daß eine Vielfalt von Identitäten existiert, in die das Subjekt schlüpfen kann, und in der auch die Geschlechteridentität nur ein momentaner Akt sei. Bei Butler wird die Macht dekonstruiert, indem das Subjekt verschiedene Identitäten annimmt. Zwar hatte Butler zuvor das „Ich" als grammatikalische Größe verworfen, sie negiert das Subjekt aber nicht in toto. Sie schreibt an

anderer Stelle, daß das Subjekt zu dekonstruieren nicht heiße, es zu verneinen, sondern nur, es in Frage zu stellen, um es für eine neue „Wieder-Verwendung" zu öffnen. (9)

SUBVERSION DER IDENTITÄT

Das Subjekt verfüge über die Möglichkeit, der bestehenden Macht zu entfliehen - aber nur, um sich wieder einer neuen Macht zu unterwerfen. Durch die Möglichkeit der Vervielfältigung der Körperstile, durch die „Maskerade der Geschlechter", dadurch, daß das Subjekt „politisch" wird, könne die Macht umgestaltet werden.

Und damit ist Butler wieder da angelangt, wo ihre Kritik einsetzte. Denn daß das

Subjekt durch Hineinschlüpfen in verschiedene Identitäten eine Parodie auf das „Normale" vollführt, setzt zwingend voraus, daß hinter diesen bewußt durchgeführten Handlungen, hinter den verschiedenen Identitäten, ein „cogito" als Handlungsträger steht, der für seine Taten verantwortlich ist. Ihre Theorie ist letztendlich eine Subjektivitätstheorie, die sie doch überwinden wollte und für die auch der Existenzialismus steht. Butler stützt sich, wie bereits deutlich werden sollte, zu diesem Zweck auf die theoretischen Arbeiten von Michel Foucault. Indem nämlich Foucault die Analyse objektiver, dem individuellen Handeln vorgelagerter Machtstrukturen in den Mittelpunkt rückt, scheint seine Theorie den radikalen Bruch mit allen „humanistischen" Theorien zu verkörpern, die vom einzelnen Subjekt ausgehen. Bereits Foucaults Machttheorie schlägt aber, wie nun gezeigt werden soll, notwendig in eine Subjektivitätstheorie zurück.

Foucault setzt sich historisch mit der Machtbeziehung zwischen Individuen und Institutionen auf verschiedenen Gebieten auseinander. In jeder Gesellschaft werde der soziale Körper, so Foucault, von vielfältigen Machtbeziehungen überzogen,

charakterisiert und konstituiert - und diese Machtbeziehungen können sich nicht auflösen oder sich stabilisieren ohne Diskurse. Diskurs ist bei Foucault eine sprachliche oder durch Handlungen vollzogene Verständigungsform, die den gesellschaftlichen Raum gestaltet.

Die Macht kann nach Foucault nur anhand ihrer Erscheinung, ihrer Anwendungsbereiche, ihrer Strategien analysiert werden. Die Strategien der Macht sind als ein ununterbrochener, kontinuierlicher Prozeß zu begreifen, der auch das Subjekt konstituiert hat. Die materielle Instanz der Unterwerfung ist in ihrer subjektkonstituierenden Funktion zu erfassen. Foucault versucht sich damit von jenen Theorien abzusetzen, die von einer Vielfalt von Individuen ausgehen, die sich dem Staat unterwerfen. Unter Macht versteht er nicht nur Staat oder eine Klasse, die die andere unterdrückt. „Macht" - das sind entweder Herrschaftsverhältnisse, die als starr, einseitig verlaufend und unmittelbar gewaltförmig charakterisiert sind oder Machtbeziehungen, die nicht hierarchisch funktionieren. Von diesen Machtbeziehungen gibt es vielfältige Formen, die im Inneren der Gesellschaft existieren, z.B. Familie, pädagogische Institutionen, politische Gruppierungen etc.. Macht ist überall, so Foucault, weil sie von oben nach unten und umgekehrt verläuft; sie „funktioniert und wird ausgeübt über eine netzförmige Organisation". (10) Die Individuen besetzen in dieser Organisation nicht die Maschen, sondern sie befinden sich in einer Position, wo sie einerseits Macht ausüben, da sie Verbindungelemente der Macht sind, wo andererseits auf sie Macht ausgeübt wird. Diese vielfältigen Machtbeziehungen machen einseitige Herrschaftsverhältnisse unmöglich. So transformierte sich das Souveränitätsherrschaftsverhältnis, wo der Souverän seine Macht über seine Untertanen ausübte, indem er über deren Leben oder Tod verfügte, zu einer Diziplinarmacht, die sich auf den Körper stützt und ihre Zugriffe auf das Leben ausrichtet.

DAS POSITIVE DER MACHT

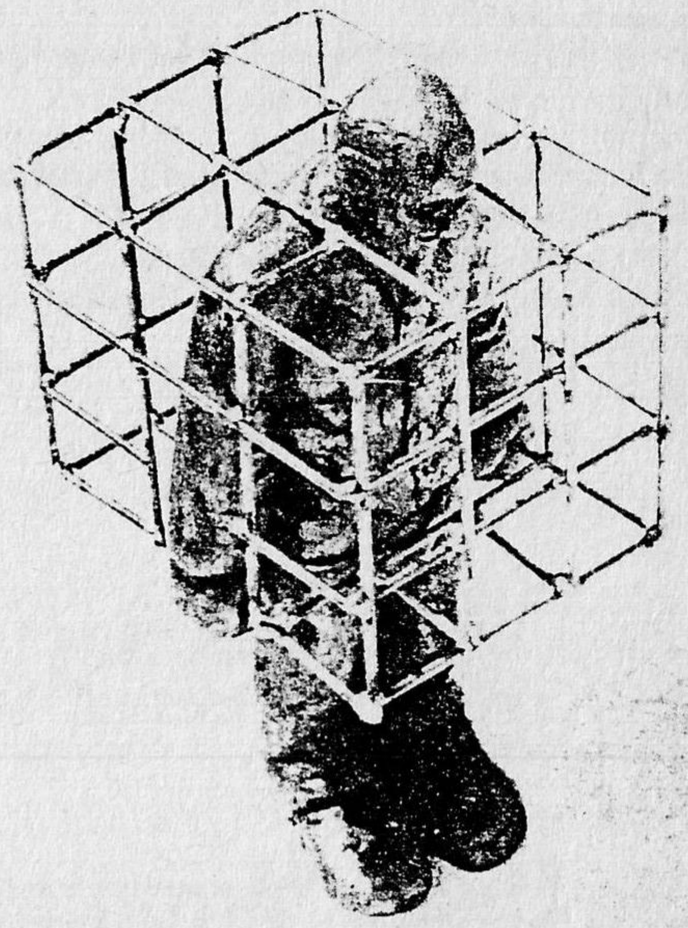
Das Entscheidende dabei: „Macht" ist für Foucault ein Positives, und zwar im Doppelsinn des Worts. Sie ist zum einen etwas selbstverständlich Vorhandenes, etwas Gegebenes, das sich nur hinsichtlich seines Funktionierens beschreiben, nicht aber ursächlich erklären oder kritisieren läßt. Foucault kann hier seinen Lehrer Althusser nicht verleugnen, denn auch dieser begreift Ideologie nur funktionalistisch, als Institution, die die Individuen zu gesellschaftlichen Subjekten konstituiert. (11) In Foucaults historischen Analysen wird deshalb erklärt, wie bestimmte Institutionen und Machtstrukturen sich entwickelt haben, welche Faktoren, wie z.B. gesetzliche Bestimmungen, Entwicklungen in der Wissenschaft etc., hinzugekommen oder weggefallen sind. Die Macht als positive Tatsache ist für Foucault aber auch positiv zu bewerten; so gibt es in der Macht Strukturen, die nach zwei Seiten hin aufzulösen seien. Foucault hat dies an „unproduktiven" Formen der Sexualität zu veranschaulichen versucht: Sie funktionieren nach einem „Doppelimpulsmechanismus" von „Lust und Macht": einerseits gibt es die Lust, Macht auszuüben, andererseits „eine Lust, die sich daran entzündet, dieser Macht zu entrinnen, sie lächerlich zu machen". (12)

An diesem Punkt schlägt Foucaults strukturale Analyse der „Macht" in Subjektivismus um. Die totale Unentrinnbarkeit der Macht wird von ihm einfach umgemünzt in eine großartige Chance für das Subjekt, um besonders intelligente subversive Strategien im Kleinen zu entwickeln. Das Subjekt hat nach Foucault die Wahl, sich im Sinne der herrschenden Macht zu führen oder sich den Vorgaben bzw. der Norm zu entziehen, was dem Subjekt ein Potential an Kritik am Bestehenden ermöglicht. Um dies zu erreichen, muß sich das Subjekt eine gesteigerte politische Sensibilität aneignen, um aufzuspüren, was für die aktuellen Herrschaftsverhältnisse iiicht mehr hinnehmbar ist. Um diese Sensibilität zu erreichen, benötige das Subjekt Erfahrung, kein Wissen, das sich durch reines Denken konstituiert hat. Um nicht in dies reine Denken zu verfallen, brauche das Subjekt außerdem Urteilskraft, welche es durch Kommunikation und Streit mit an-

deren, wo es durch deren Vernunft anderer korrigiert werde, erlange.

Butler teilt mit Foucault nicht nur dessen theoretische Grundannahmen. Beide stimmen auch darin überein, daß sie eine praktische Nutzanwendung ihrer theoretischen Überlegungen nicht nur in Kauf nehmen, sondern auch selbst verfechten. Allerdings verwahren sich beide dagegen, Stellvertreterpolitik zu machen, d.h. den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu handeln haben, was in ihren Augen die Linken tun. Dies stimmt insofern, als ihre Analysen kein, wie man so sagt, „fertiges Rezept" anbieten, das nur noch praktisch umzusetzen wäre. Butlers Theorie richtet sich an den postmodernen Gourmet, dem sie lediglich die Zutaten bereitstellt, die dieser dann kreativ und phantasievoll zu einer Identitätsmahlzeit verrührt und dabei je nach Gusto und Laune neue Zutaten und Mischungen hinzufügen kann. Butlers Theorie liefert damit lediglich die theoretische Verdoppelung eines ohnehin existierenden gesellschaftlichen Zustands.

Seit dem Übergang zur „ fordistischen" Massenproduktion hat das Kapital auch die Reproduktions- und Konsumtionssphäre in seine Regie genommen. Massenhafte Konsumtion ist für das Kapital zu einer Uberlebensfrage geworden, da erst durch den schlußendlichen Absatz der produzierten Warenfülle die Verwertung des Werts sich realisiert. Damit einher geht die durch Reklame forcierte Propagierung und beständige Umwälzung von Moden, Lebensstilen, Leitbildern und Subjekt-Entwürfen, die ihrerseits wieder der Bereitschaft der umworbenen Subjekte entspricht, sich durch souveräne Auswahl aus dem Warenangebot seine höchst eigene, unverwechselbare „Identität" zusammenzubasteln. Bei Butler erfährt diese konsumtionsfreudige Gesellschaft gewissermaßen ihre theoretische „Veredelung". Sie affirmiert das, was gängige Praxis eines jeden Gesellschaftsmitglieds ist, sich als identisches (im Sinne von: unverwechselbares) Subjekt zu verstehen, als gewitzten „subversiven" Akt.



PLURALISMUS DER IDENTITÄTEN

An die Stelle der einen, kohärenten, Identität des Subjekts bzw. der binären Mann/Frau-Geschlechtsidentität setzt Butler einfach den Pluralismus vieler Identitäten. Damit ist aber weder der Identitätszwang als solcher noch die Metaphysik der Substanz, die Butler kritisieren wollte, im Kern angetastet, geschweige denn überwunden. Butler kritisiert, wie gesagt, am Feminismus und an der Subjektphilosophie, daß sie dem Vielfältigen und Unausdrückbaren eine falsche Einheit aufzwingen, es regulieren und verdinglichen. Angesichts ihrer theoretischen Prämisse, in der das Individuum sowieso nur der Inbegriff diskursiver Konstruktion ist, muß es aber unklar bleiben, warum diese Einheit zwanghaft und falsch sein soll, woher plötzlich die Vielfalt kommen und warum diese richtig sein soll. Vor allem aber ist die von Butler proklamierte Freiheit des permanenten Identitätswechsels nicht weniger zwanghaft als die alte, vermeintlich feste Subjekt-Identität. Der Identitätswechsel bedeutet für den Einzelnen den Zwang, ständig „up to date" zu sein, im rasanten Wechsel der Moden den Anschluß nicht zu verpassen. Das Butlersche Subjekt des „Identitätspluralismus" ist der (oder die, die Red.) gewaltsam auf sich selbst verwiesene, auf sein (oder ihr, d. Red.) bloßes Subjekt-Sein reduzierte Einzelne. Was ihm Butler als großartige und bedeutsame Handlungsmöglichkeit zuspricht, ist in Wahrheit völlig belanglos und nichtig. Dem Subjekt bleibt nichts als die trostlose Wiederholung seiner Identitätsmaskerade. Seine Freiheit, die Butler hochhält, entpuppt sich als Unfreiheit, die Macht freier Tathandlung als die aus Ohnmacht geborene Verzweiflungstat.

Daß diese Freiheit also notwendig mit der Unterwerfung unter den Zwangscharakter, die „zweite Natur", der Gesellschaft zusammenfällt, verrät Butler selbst, wenn sie meint, daß die machtgestützten diskursiven Konstruktionen so determinierend wirken, wie es in der Formel „Biologie ist Schicksal" ausgedrückt ist. Aber dies ist bei Butler - und darin adaptiert sie Foucault - nicht kritisch gemeint, sondern ganz und gar positiv. Die Macht und ihre Diskurspraktiken infragezustellen, ist für sie ein sinnloses und sogar undenkbares Unterfangen.

Die Macht als solche ist für Butler eine derart selbstverständliche Tatsache, daß sie als Ermöglichung und Garantie selbstbestimmten, freien Handelns erscheint. DerSpruch, daß eine jede Veränderung sich im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zu bewegen habe, hat, wenn er von herrschenden Politikern gebracht wird, immer etwas von einer Drohgebärde an sich. Butler hingegen geht derselbe Spruch völlig freundlich und arglos voll den Lippen, wenn sie die Absicht ihrer theoretischen Arbeit folgendermaßen charakterisiert: es sei „die gegenwärtige Aufgabe (...) die subversiven Möglichkeiten von Sexualität und Identität im Rahmen der bestehenden Macht neu zu überdenken." (13) „Im Rahmen der bestehenden Macht" - etwas anderes gibt es nicht. Butlers Versuch, Natur in den diskursiven Konstruktionen verschwinden zu lassen, ihre restlose „Diskursivierung" der Natur, affirmiert die restlose Naturalisierung der Gesellschaft und damit die zur zweiten Natur verdinglichte Gesellschaft.

Jutta Willutzki

aus: Bahamas, Nummer 20, Sommer 1996

Anmerkungen:
(1) vgl. Butler, Judith, Variationen zum Ihema Sex und Geschlecht. Beauvoir, Wittig und Foucault, in: Gertrud Nunner-Winkler (Hrsg.), Weibliche Moral. Die Kontroverse um geschlechtsspezifische Ethik, Frankturt/M. 1991, S.57
(2) Butler Judith, Variationen zum Thema ..., S.61
(3) Butler, Judith, Das Unbehagen der Geschlechter, Frankturt/M. 1991, S.210
(4) ebenda, S.21
(5) ebenda, S.23
(6) vgl. ebenda, S.25
(7) ebenda, S.27
(8) ebenda, S.212
(9) vgl. Butler, Kontingente Grundlagen: Der Feminismus und die Frage der „Postmoderne", in: Der Streit um die Differenz, Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Hrg. Seyla Benhabib und andere, Frankturt/M 1993, S.46
(10) Foucault Michel, Recht der Souveränität/Mechanismus der Diziplin der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit, Berlin 1978, S.82
(11)vgl. dazu bahamas 18, Die wundersame Renaissance des Louis Altbusser
(12) vgl. Foucault Michel, Der Wille zum Wissen, Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt /M. 1983, S.61
(13)Butler Judith, Das Unbehagen ..., S.56f

Zur Diskussion um die "Arranca!" Nr. 8 mit dem Schwerpunkt "SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang"

Die Linke, "Arranca!", Moral und Zensur

MIT DER "ARRANCA!" NR.8 WURDE VON EINER LINKEN ZEITSCHRIFT DER VERSUCH UNTERNOMMEN, IN EINER GEMISCHTEN SZENEPUBLIKATION ÜBER SEXUALITÄT ZU SCHREIBEN. EIN SOLCHER VERSUCH MIT EINER ZUMINDEST HALBWEGS HERRSCHAFTSFREIEN PERSPEKTIVE WÄRE SICHER OHNE DIE FEMINISTISCHE POLITIK DER LETZTEN 20 JAHRE NICHT MÖGLICH GEWESEN. ES IST ZUNÄCHST LOBENSWERT, DAß SICH DIE "ARRANCA!" AUF DAS GLATTEIS BEGIBT, EINE SOLCHE DISKUSSION ZU FÜHREN.

"Arranca!" ist ein Zeitungsprojekt der Gruppe Fels, die sich 1989 aus automomen Zusammenhängen gelöst hat, um auf anderen Wegen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen. Die Kritik von Fels ('Für eine linke Strömung') an den 'Autonomen' machte sich u.a. an deren starker Abgrenzung gegenüber 'ReformistInnen', der Unterbewertung von Themenbereichen wie Ökologie und der unzureichenden theoretischen Fundierung fest. Begonnen wurde daher ein Organisierungsversuch und eine Aufarbeitung linker Theorie und Politik, wofür die "Arranca!" gegründet wurde. Gelesen wird die "Arranca!" jedoch auch und vielleicht sogar hauptsächlich in der linksradikal-autonomen Szene.

Kurz nach Erscheinen der aktuellen Nummer 8 haben sich zunächst der Infoladen Schwarzmarkt in Hamburg und später der Bremer Umschlagplatz dazu entschlossen, das Heft nicht zu verkaufen, eine Begründung dafür zu liefern und ein Leseexemplar auszulegen. Parallel dazu und z.T. entlang der Begründungen der Infoläden entzündete sich eine Debatte, die sich sowohl um die Bedeutung des Nichtverkaufs als auch um einzelne Artikel aus der "Arranca!" drehte.

Ich möchte im folgenden kurz darlegen, worum es in der "Arranca!" geht und was kritisiert wird. Anhand von drei Artikeln möchte ich versuchen, einige Schwierigkeiten und Probleme zu nennen, die sich bei einer solchen Auseinandersetzung über Sexualität ergeben, und zeigen, welche Fettnäpfchen nicht nur lauern, sondern im Falle der "Arranca!" für z.T. grobe Ausrutscher gesorgt haben. Am Schluß folgt dann eine Auseinandersetzung über den Nichtverkauf in den Infoläden.

Die Debatte um die "Arranca!" wurde bislang gemischtgeschlechtlich geführt. Für mich als Mann darüber zu schreiben und Stellung zu beziehen ist mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Ich beleuchte u.U. andere Aspekte als viele FrauenLesben das tun würden. Ich denke aber, daß die patriarchatskritische Auseinandersetzung um Sexualität und Macht gerade für Männer und unter Männern sehr wichtig ist.

TABUS HINTERFRAGEN

Die Weichen für den inhaltlichen Bezug werden schon mit dem Namen des Schwerpunktthemas gestellt: Es heißt nicht "Sexualität", sondern "SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang". In der Einleitung wird deutlich, daß es dabei um einen gefährlichen Spagat geht: *"Wenn es in der radikalen Linken um 'Sexualität' geht (wo fängt sie an, wo hört sie auf), dann meistens im Zusammenhang mit dem 'Verbotenem', von dem wir uns abgrenzen wollen: Pornographie, Prostitution, Pädophilie, Vergewaltigung (wobei Vergewaltigung mit Sexualität herzlich wenig zu tun hat).*

Wir finden solche Diskussionen, wie sie in den autonomen und linksradikalen Publikationen ausführlich geführt werden, zwar notwendig, aber die Gewichtung erscheint uns trotzdem seltsam. Wer die Debatten verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexue

Die Artikel kündigen schon in den Überschriften an, daß es um 'heiße Eisen' geht: Da gibt es einen bereits in der Redaktion heftig umstrittenen Artikel "Sexuelle Phantasien, Pornographie und Zensur": *"Darüber waren die Meinungen ... in der Redaktion so konträr, daß eine Auseinandersetzung kaum noch möglich war"*. Ihre Kritik formulierten 'Die Assistentinnen' in einer Antwort, die gleich hinter dem umstrittenen Artikel abgedruckt wurde, mit dem Unbehagen, daß die als *"Feigenblatt"* benutzt wird. Weiter geht es "Über das Untenliegen und Political Correctness", es gibt ein Interview über freie Sexualität in einer Kommune der AAO

und einen Überblick über "Die Linke und die sexuelle Revolution".

Es wird deutlich, daß durch das Konzept die daraus folgende Zusammenstellung der Beiträge zu einer gefährlichen Gratwanderung zwischen "freier Liebe" und Doppelmoral wird. Diese Gratwanderung zieht sich durch viele Artikel in dem Heft durch und führt zu einigen Ausrutschern.

In vielen Beiträgen geht es nicht darum, in Anknüpfung an feministische Diskussionen eine bestehende Debatte weiterzuführen, sondern zum Teil scheinbar bewußt quer dazu Tabus zu hinterfragen. Es ging der "Arranca!"-Redaktion darum, *"einerseits bestehende Tabus zu hinterfragen, aber andererseits eben auch keinen Tabubruch um des Tabubruchs willen"* zu forcieren. Dabei brechen sie dennoch einige erkämpfte und wohlbegründete Tabus, indem sie z.T. pornografisches Layoutmaterial verwenden (was in der Debatte durchgehend kritisiert wird) und in einigen Texten hinter lang erarbeitete feministische Positionen zurückfallen.

Dies ist auch wesentlicher Teil der Kritik und der Begründung zum Nichtverkauf. So heißt es in der Erklärung von Frauen-Lesben aus dem Schwarzmarkt: *"Den Ansatz der Arranca-Redaktion, sich dem Thema Sexualität zu nähern, begrüßen wir zwar, doch die Umsetzung finden wir - gelinde gesagt - mißlungen. Nach dem Lesen der Artikel bleibt das Grundgefühl zu diesem Heft übrig, daß es sich um eine reine Heterobeschreibung von Sexualität handelt bzw. daß es ein Ausdruck vom rollback inklusive der Demontage feministischer Positionen und Geschichte ist."* Bezüglich der Einleitung vermissen die Schwarzmarkt-FrauenLesben die Thematisierung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Stattdessen werden *"erkämpfte Definitionen von Grenzverletzungen .. als 'moralische Tabus' dem Zeitgeist entsprechend abgestempelt. Ziel ist das lustvolle, sexuelle Leben für Alle, wobei Geschlechterunterschiede und -kämpfe scheinbar keine Rolle mehr spielen!"* In der Bremer Erklärung wird außerdem *"das unkommentierte Abdrucken der zum größten Teil sexistischen Bilder"* kritisiert.

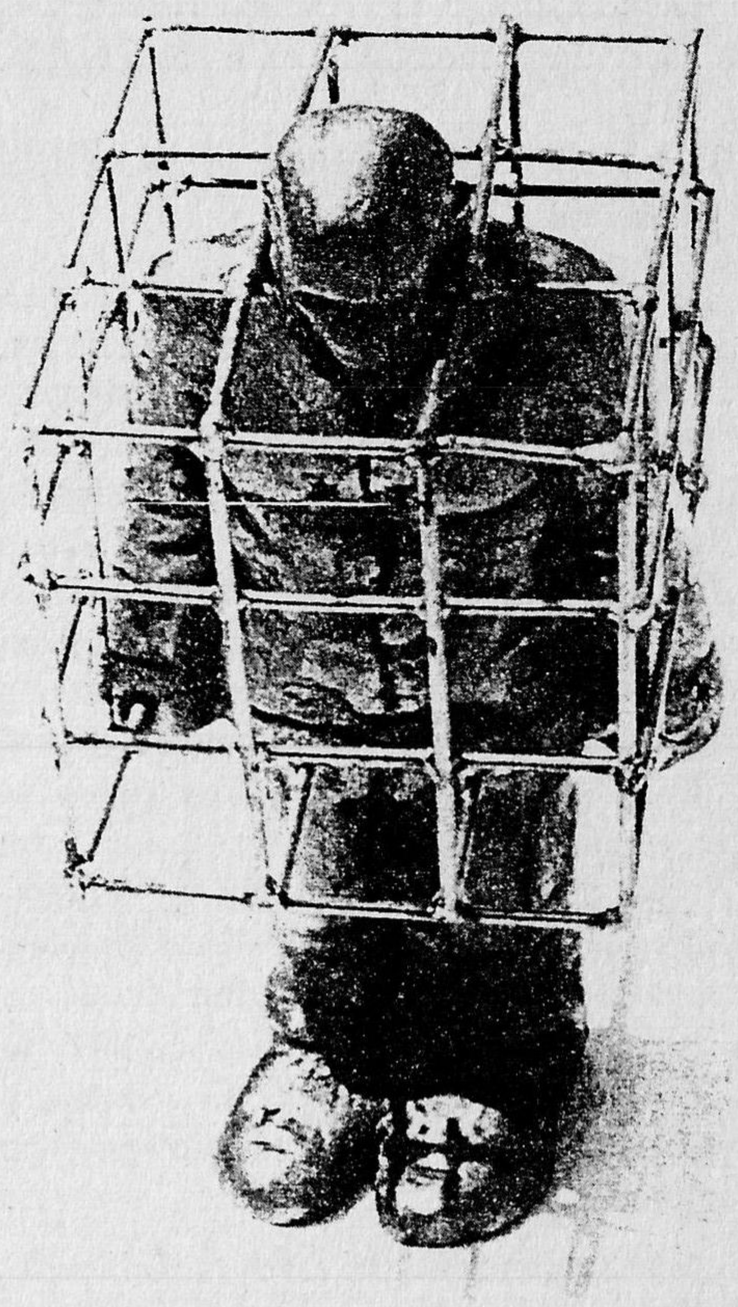
"ARRANCA!": AUF DER SUCHE NACH EINER "BEFREITEN SEXUALITÄT"?

Wie schon angedeutet wurde, finden sich in der Nr.8 einige Andeutungen, die suggerieren, daß eine 'sexuelle Befreiung' eine wunderbare, 'befreite' und 'natürliche' Sexualität ermögliche. Im Einleitungsartikel "Die Linke und die sexuelle Revolution" kommt der Autor, u.a. durch seine Beschränkung auf die marxistische Linke - anarchistische und neuere feministische und links-autonome Diskussionen werden leider nicht berücksichtigt oder nur angerissen - zu dem Schluß, daß *"bei allen positiven Veränderungen .. die 'sexuelle Revolution' also bisher keineswegs stattgefunden"* hat.

Den Begriff der Unterdrückung der Sexualität übernimmt der Autor von Foucault. Dabei kommt aber zu kurz, daß es nicht darum gehen kann, eine 'natürliche' Sexualität anzustreben, die es mit Inhalt zu füllen gäbe. Der 'Urzustand' einer Sexualität ist ungeformt. Unsere anfangs ungeformte Sexualität wird durch eine machtvolle geschlechtsspezifische Sozialisation erst geprägt und ist damit Abbild der gesellschaftlichen Realität. Es gibt nicht die Sexualität, die unterdrückt ist, sondern eine Sexualität, die mehr oder weniger den repressiven Normen unserer Gesellschaft entspricht. Thematisiert wird Sexualität auf bestimmte Art durch den Filter der herrschenden Diskurse. Diskurs bedeutet bei Foucault nicht nur die gesprochene Rede, sondern auch die Bedingungen, die uns konstituieren und normieren. Nach einer 'natürlichen', lustvollen und 'befreiten' Sexualität zu suchen blendet die Existenz und Macht eben dieser herrschenden Diskurse aus.

Eine weitere Gratwanderung, die dem Schreiber des "Arranca!"-Artikels offensichtlich nicht bewußt war, sieht Kermit in der bloßen Thematisierung von Sexualität, die dadurch die Besonderheit erhält, die wir eigentlich kritisieren:

"Dadurch, daß Sexualität den Status des Besonderen in dieser Gesellschaft erhält, wird sie umso leichter in eine Warenform gezwängt. Die Vermarktung von Sex bezieht sich auf eine ambivalente Haltung der KonsumentInnen, die einerseits den diffusen Wunsch nach dem 'freien' Ausleben von Sex beinhaltet, andererseits von der Tabuisierung sexueller Praktiken durch den kirchlich-moralischen Diskurs geprägt ist. Das Kokettieren mit dem Tabuisierten, 'Verbotenen' gibt der Vermarktung von Sexualität dadurch eine Dynamik, daß sich damit die Energie des Verdrängten nach Freisetzung drängt. Der Anreiz, tabuisierte sexuelle Praktiken durch deren Konsumierung z.B. über Werbung, 'erotische' Filmszenen oder ganze Sexfilme ausleben zu dürfen, überschreitet die eigenen und von außen gesetzten Grenzen des Tabus, 'Verbots'. Die Subversion, d.h. das Tabu mit anderen 'Eingeweihten' zu brechen, vermittelt ein Gefühl von Freiheit, das im Alltag rar geworden ist."



Kermit formuliert weiter das ambivalente, von der Doppelmoral (halb tabu - halb 'freie Liebe') geprägte Verhältnis von Sexualität, das sich in der breiten Öffentlichkeit findet und sich in sehr ähnlicher Weise auch in der "Arranca!" wiederspiegelt. Die 'freie Liebe' beinhaltet all die Wunschvorstellungen, die eigene Sexualität 'frei' ausleben zu können. Die Tabuisierung bestimmter sexueller Praktiken drückt sich hingegen vor allem im Charakter der Beichte und des Verdrängens aus. *"Dieses ambivalente Verhältnis zur Sexualität ist mit den patriarchalischen Machtverhältnissen gewachsen und sehr komplex verwoben. Das heißt, daß heute kaum ein Diskurs über Sexualität besteht, der nicht den Wunsch nach 'freier Liebe', 'Schuldeingeständnisse', die allgemeine sexuelle Verdrängung in den Privatbereich und gleichzeitig die patriarchalen Machtverhältnisse beinhaltet."* Diese Kategorien findet Kermit auch in linksradikalen Auseinandersetzungen über Sexualität wieder, und auch in Männergruppen ist der 'Beichtcharakter' nicht zu übersehen. Dabei geht es natürlich zum einen darum, eine Sensibilität für Macht auch in der eigenen Sexualität zu entwickeln, andererseits käme es darauf an, jenseits des 'Beichtzwangs' die Funktion von (durch Beichte perpetuierten) Tabus zur Auf-

rechterhaltung der Wunschvorstellung nach 'freier Sexualität' zu hinterfragen.

GEMISCHTE DISKUSSION ÜBER SEXUALITÄT?

Im Artikel "Die Linke und die sexuelle Revolution" heißt es mehrmals, daß sexuelle Befreiung sich gegen die Festlegung von uns allen auf Rollen und Identitäten richten soll. Hier entsteht der Verdacht, daß postmoderne Ansätze über Geschlecht und Sexualität es Männern ermöglichen könnten, um die Auseinandersetzung um Sexualität und Gewalt herumzukommen. Die Auflösung der herrschenden Identitäten ist schließlich nur ein Weg, gegen Sexismus und Patriarchat anzugehen, aber übergeht möglicherweise die Verarbeitung der gewaltvollen, typisch männlichen Sexualität, eine Verarbeitung, die es vor allem unter uns Männern noch kaum gegeben hat. Stattdessen eine 'lustvolle' Auseinandersetzung zu beginnen, wäre vorschnell.

Nur ausgehend von einer gemeinsamen Patriarchatsanalyse können wir Männer beginnen, eigene Vorstellungen von 'guter Sexualität' zu entwickeln. Es ist daher unangebracht, wie die "Arranca!" die Ebene der Moral, die durch die Diskussionen über Vergewaltigung und Sexismus geprägt wurde, durch die Ebene der 'lustvollen Auseinandersetzung' über Sexualität zu ersetzen. Wichtig ist eben gerade die Auseinandersetzung um "Männersexualität" und "Männerphantasien", und wichtig sind die FrauenLesbenkämpfe gegen sexistische Unterdrückung.

Ein ausschließlich gemischter Ansatz würde viele tabuisierte und unangenehme Themen unangetastet lassen. Männer und Frauen verfolgen, gesellschaftlich gesehen, verschiedene Interessen und Absichten, über Sexualität zu reden. Vor dem Hintergrund des Patriarchats gibt es keine 'gleiche' Ebene des Diskurses zwischen den Geschlechtern.

Gefragt ist für uns Männer eine Kombination von Selbsterfahrungsansätzen zur Selbstveränderung einerseits mit politischer Auseinandersetzung andererseits, d.h. praktische Ansätze vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Analyse zu entwickeln. Hier stimme ich durchaus mit dem Autor des "Arranca!"-Einleitungsartikels überein: *"Die Veränderung der Sexualität ist jedoch kein einfaches Hinüberwechseln, sondern ein Prozeß, in dem das Verhalten ständig hinterfragbar ist. Wir sollten sowohl unsere Lust entdecken und darüber reden, als auch unsere Vorstellungen mit ethischen und politischen Maßstäben vergleichen."*

Dennoch denke ich nicht, daß eine öffentliche 'gemischtgeschlechtliche' Auseinandersetzung über Sexualität völlig unmöglich ist, aber muß natürlich vor dem Hintergrund auch diesen Artikel hinterfragen. Für eine solche 'gemischte' Diskussion über Sexualität gäbe es eine Reihe von Einschränkungen und Grundvoraussetzungen, die die "Arranca!" eben nicht erfüllt.

MIßVERSTÄNDNISSE?

In der Auseinandersetzung um den Artikel "Stellungslehre - über das 'Untenliegen' und Political Correctness", der von einer Frau bewußt als nicht-theoretischer, assoziativer Text geschrieben wurde, wird deutlich, wie wichtig es ist, jedem Diskurs über Sexualität eine (pro-)feministische Patriarchatsanalyse vorwegzunehmen. Nur so ist die Klarheit garantiert, wie ein Text vor dem Hintergrund des herrschenen Bildes von Sexualität verstanden werden soll. In der "Stellungslehre" geht es der Verfasserin um die *"konkrete Auseinandersetzung einer weißen, priviligierten, mittelschichtssozialisierten, bis dato heterosexuellen Frau"*. Auf einer objektiv-abstrakten Ebene soll der Text einen Ausbruch aus dem *"Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis heteropatriarchaler Rollenzuweisung"* aufzeigen, *"indem die Oben-Unten-Polarität als patriarchale Konstruktion entlarvt wird."*

Zu leicht kann der Text - veröffentlicht in einer gemischten Zeitschrift - vor allem Männern zur Rechtfertigung althergebrachter Sexualpraktiken dienen, die seit langem von der feministischen Kritik als Ausdruck sexueller Hierarchien entlarvt wurden. Passagen wie *"Aber: Manchmal liege ich 'dabei' unten. Gerne. Ich lasse mich penetrieren. Er penetriert. ...Was tue ich? Auf der Suche nach einem Verb, um zu sagen, was ich tue. Empfangen? Sich Öffnen? Sich Hingeben? Aufsaugen? ... Klingt alles passiv."* könnten ohne Klarstellung des politischen/ethischen Hintergrunds mißverstanden werden. Bezüglich der Funktionalisierbarkeit und der Grenzen einer Vorwegnahme einer Patriarchatsanalyse stellt sich die Autorin in der nachgelieferten Erläuterung die Frage: *"Muß jeder feministische Text ...das gesamte Repertoire feministischer Theorie wiederholen, um nicht funktionalisierbar zu sein? Würde damit nicht eine spontane und konkrete Auseinandersetzung erschwert? Liegt gerade in diesem Anspruch auch eine Ursache dafür, daß Feminismus oft Sache von Expertinnen bleibt?"*

Daß ein ExpertInnentum nicht anzustreben ist, dürfte kaum kontrovers sein. Die spontane, nicht unbedingt die konkrete Auseinandersetzung erfordert jedoch ein Mindestmaß an gemeinsamen Grundprämissen.

Das Defizit an offengelegter Patriarchatskritik würde ich aber im Falle der "Arranca!" weniger bei einem konkreten Artikel suchen als vielmehr in der Konzeption des Heftes, dessen Einleitung zu kurz greift und die verfolgten Ziele und Absichten nicht offen diskutiert.

PORNOGRAPHIE UND ZENSUR

Häufig kritisiert wurde der Artikel "Sexuelle Phantasien, Pornographie und Zensur" von Nummerzehn, so ja auch bereits innerhalb der Redaktion. In der Kritik des Infoladens Umschlagplatz heißt es, *"der psychoanalytische Ansatz, der hier als neu, anders und progressiv dargestellt wird, soll einer unpolitischen Auseinandersetzung mit Sexualität dienen."* Durch die bewußte Abgrenzung des psychoanalytischen Ansatzes von soziologischen oder politischen *"nehme ich notwendigerweise einen anderen Standpunkt ein"*, so Nummerzehn.

Obwohl er sich vornehmlich auf einen gesellschaftskritischen, feministischen Ansatz der Psychoanalyse bezieht, der ein Wechelverhältnis sieht zwischen unserer psychischen Struktur und den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, greift sein Verständnis offensichtlich zu kurz, wenn er konstatiert: *"In Phantasien und Träumen werden sexuelle Aggressionen aber auf der Ebene des Symbolischen inszeniert. Diese Ebene sollte nicht mit der Wirklichkeit, mit realen Handlungen verwechselt werden."* Leider wird das Verhältnis zwischen Phantasien und Wirklichkeit nicht weiter expliziert.

Phantasie und die Konstitution der 'Realität' stehen im Wechselverhältnis. Männerphantasien sind nicht nur Traumgebilde, sondern entspringen unserer Wirklichkeit und prägen sie zugleich. Zudem gibt es auch den Nachahmungseffekt, dessen Bedeutung Nummerzehn übersieht.

Stattdessen tritt er in seinem Artikel für 'alternative' Pornos ein, in denen emanzipative Ideen enthalten sein sollen. Pornographie liegt in seinem Verständnis quer zur Macht, da sie immer verboten wurde. Kermit geht darauf näher ein: *"Das, was in der Geschichte das 'Subversive' an Pornographie ausmachte, ist nicht, daß sie sich der herrschenden Macht entziehen wollte, sondern sie konterkarierte, d.h. sie eben unverhüllt (im wahrsten Sinne des Wortes) darstellte. Sexualität sollte zumindest im öffentlichen Diskurs von den Herrschenden ihren Platz in der Weltordnung zugewiesen und definiert werden. Dazu hat die Kirche als machtstabilisierendes Gefüge ihre Rolle gespielt. Sie lieferte die dazugehörige Moral. Diese Moral ist es auch noch, die PornobefürworterInnen durchbrechen wollen, ohne dabei zu sehen, daß sie mit den Pornofilmen nur die ergänzende Seite zur Herrschaft darstellen."*

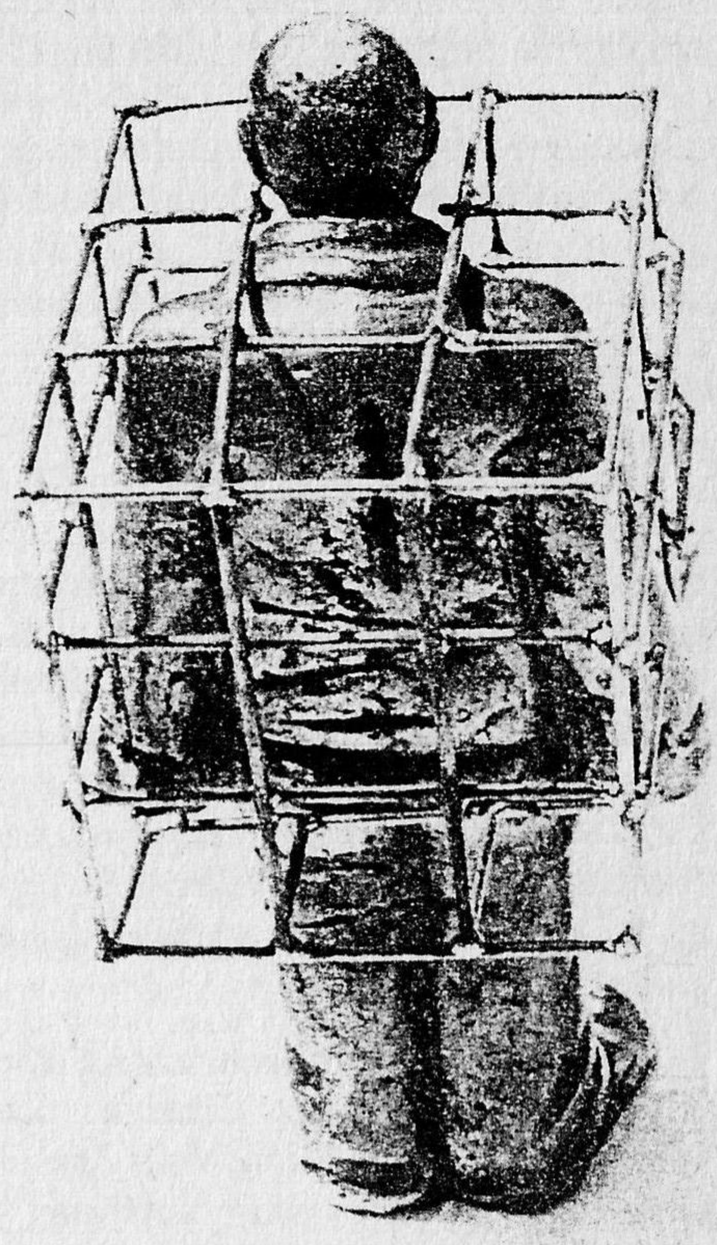
Auch bei Nummerzehn findet sich wieder das Motiv des zu Befreienden: *"Lust sollte nicht als etwas verstanden werden, das aus den Tiefen des Egos herausbricht und nur von außen, durch das Über-Ich, die Moral oder 'politische Korrektheit' zu begrenzen ist, denn sie ist die Beziehung zwischen den Menschen."* Offensichtlich darf die Lust nicht durch 'pc' oder Herrschaftskritik angetastet werden, sonst würden ja zwischenmenschliche Beziehungen zerstört werden... - Ein Verständnis der Verflechtung von Lust und Macht fehlt hier völlig.

LINKE & MORAL

Versuche, Sexualität zu thematisieren, scheitern zwangsläufig, wenn nicht der gesellschaftliche Hintergrund und die Moral thematisiert werden. Sofern keine Alternativen formuliert wurden, muß zunächst von herrschenden Moralkodexen und Machtverhältnissen ausgegangen werden. Die Art und Weise, wie wir durch unser Verständnis von Moral und von verinnerlichter Herrschaft geprägt sind, prägt unsere Herangehensweise an jedes Thema.

Dazu wieder Kermit: *"So kann beispielsweise die Aussage 'das wichtigste am Sex ist, daß er Spaß macht' nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden. ... Während Sex und Spaß sich bei den einen im halbwegs gleichberechtigten, harmonischen Zusammensein ausdrückt, kann es sich bei den anderen um die krasse ungleiche Subjekt-Objekt-Beziehung handeln... Die Frage der Moral ist hierbei, wie derartige Analysen über ungleiche Beziehungen aufgefaßt werden. Wenn alle am Sex Beteiligten 'Spaß' daran haben, aber ihre unterdrückerischen Anteile nicht reflektieren, so werden sie mit einer (restriktiv aufgefaßten) Moral des Besseren auch nicht zur Reflexion bewegt. Vielmehr verstärkt sich eine Antihaltung gegen linksradikale Ethik/Moralansätze."*

Eine solche Antihaltung gegenüber moralisierend aufgefaßter Patriarchatskritik ist das Tabubrechen, und zwar in Form der Selbstaufwertung der Tabubrecher als Rebell gegen die 'Unterdrückung unliebsamer Diskurse'. In krasser Form ist eine solche Haltung in vielen Ausdrucksformen des (neo-)patriarchalen 'Backlash' zu finden, so z.B. in der 'Mißbrauch mit dem Mißbrauch'-Kampagne oder bei Wiglaf Droste. Wie oben angedeutet, ist diese Haltung in der bürgerlich-kirchlichen Moral verwurzelt und zeugt von einer Reflexionslosigkeit der Tabubrecher.



"Es war vor allem eine Errungenschaft der feministischen Bewegung, bestehende soziale Rollen in Frage gestellt zu haben. Dabei schlug die Diskussion jedoch auch ins Gegenteil um. Das Kritisierte wurde zum Verbotenen, es bildete sich ein Moralkodex, der erneut Rollen festschrieb. ... Die Errichtung neuer, oppositionell formulierter Moralkodexe ist anscheinend keine Lösung", heißt es im Artikel "Die Linke und die sexuelle Revolution". Hier wird deutlich, daß es dennoch wichtig ist, die Moral anhand der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen der einzelen zu überprüfen, um einer 'Gleichschaltung' vereinheitlichter Normen entgegenzutreten. Eine universale Moral kann es nicht (mehr) geben, daher ist sie - mit der Grundlage einer kritischen Gesellschaftsanalyse - letztlich eine Abwägungssache. Andererseits fehlt es aber auch am Verständigungswillen von Männern, feministische Forderungen in ihr Verständnis von 'revolutionärer Moral' mit aufzunehmen.

Aufgrund der (bürgerlichen) Blockaden, die (oft restriktiv aufgefaßte) linksradikale Ethik zu verstehen, kommt der Auseinandersetzung über und den Begründungen der jeweiligen ethisch-moralischen Entscheidungen und Setzungen große Bedeutung zu. Nur so kann das Entstehen und der Hintergrund einer moralisierend wirkenden Patriarchatskritik verstanden werden. Daher ist es kein Wunder, daß die Erklärungen der Infoläden eben nicht bloß ihren Nichtverkauf mitteilen und um Vertrauen

werben, sondern dies mehr oder weniger ausführlich begründen, um nicht moralisierend zu wirken. Das ist natürlich ein schwieriger Spagat, weil damit eine inhaltliche Auseinandersetzung, deren Grundlage die Lektüre der "Arranca!" und damit auch deren Vertrieb ist, bereits eingeläutet ist.

NICHTVERKAUF: ZENSUR?

Ob es der Nichtverkauf der "Arranca!" durch die Infoläden in Hamburg und Bremen war, der die Diskussion um die Zeitung bewirkt hat, ist unklar. Selten wurde eine Zeitschrift der Szene so stark zur Kenntnis genommen und so viel diskutiert. Den inhaltlichen Begründungen zum Nichtverkauf von den Infoläden Schwarzmarkt und Umschlagplatz stimme ich im großen und ganzen zu.

Zu fragen bleibt, ob ein Nichtverkauf eine passende Umgangsweise damit ist. Ich würde den Nichtverkauf nicht als Zensur bezeichnen, sondern - wenn überhaupt - als eine Boykottaktion. Zensur ist ein Herrschaftsmittel, das von Kirchen, Staaten, aber auch innerhalb der Linken immer wieder eingesetzt wurde, um mißliebige Meinungen und Informationen zu unterdrücken, und das sind nicht selten subversive. Weniger autoritären Staaten dient zudem das Mittel der Legitimation der Zensur dazu, die Zensur für die Begründung und Aufrechterhaltung bürgerlich-demokratischer 'Freiheiten' zu funktionalisieren.

Die FrauenLesben aus dem Schwarzmarkt bezeichnen ihren Nichtverkauf selber als Zensur und begründen ihn ausführlich. Um die Auseinandersetzung nicht völlig zu verhindern, gibt es in beiden Infoläden, in Hamburg wie in Bremen, je ein Leseexemplar. Die FrauenLesben aus dem Schwarzmarkt erhoffen sich mit ihrer ausführlichen Kritik an der Arranca! Nr. 8 bezüglich des Nichtverkaufs das Vertrauen, da sie *"die Geschichten schon 'richtig' dargestellt haben und keine Demontage aus irgendwelchen undefinierbaren 'Rachegelüsten' oder sonstigen Motiven betreiben"*. Genau dasselbe Vertrauen also, wie es auch bei Aktionen zur Verhinderung von Droste-Auftritten seitens der VeranstaltungsbesucherInnen erwartet wird.

Der Kritik an diesem Nichtverkauf, die, wie es sich für linksradikale Debatten ziemt, natürlich nicht ohne die Schlammschlacht-Untertöne geübt werden kann, sind durch das naheliegende Mißverständnis der Parallele zwischen der Begründung des als Zensur bezeichneten Nichtverkaufs und dem Einsatz inklusive der Legitimation von Zensur im bürgerlich-demokratischen Pluralismus Tür und Tor geöffnet worden. In der bürgerlichen Demokratie bedeutet Pluralismus jedoch letztendlich Freiheit der Presseagenturen und -konzerne, zu veröffentlichen, was ihnen gefällt und was ihrer Ideologie entspricht. Freie Meinungsäußerung und Kommunikation bieten zwar die Chance emanzipativer Politik, ziehen diese jedoch nicht zwangsläufig nach sich. Auf der anderen Seite kann es, da der diskursive Raum nicht frei von Macht ist, durchaus sinnvoll sein, gegen bestimmte Diskurse vorzugehen. Dies geschieht zum Beispiel in Bezug auf die Euthanasiedebatte.

Da im Falle der "Arranca!" jedoch kein breit organisierter Protest vorliegt, muß schlicht von einem Nichtverkauf die Rede sein. 'Wegzensiert' ist die "Arranca!" damit nicht. Anzumerken ist aber, daß dieser Nichtverkauf - zumindest in Bremen - faktisch dadurch einige Auswirkungen hat, daß die "Arranca!" nur im Infoladen erhältlich ist und damit von dennoch Interessierten oder von denen, die dem Laden kein Vertrauen schenken, nur postalisch oder über den Buchhandel bestellt werden kann.

Ziel des Nichtverkaufs kann eigentlich nicht sein, die potentiellen KonsumentInnen vor den Inhalten zu schützen (selbst wenn dies von KritikerInnen unterstellt wird). Auch wenn es sich, so die HamburgerFrauenLesben, um *"den Ausdruck vom rollback inklusive der Demontage feministischer Positionen und Geschichte"* handelt, ist doch, weil es schließlich Ausdruck eines gesellschaftlichen Phänomens auch innerhalb der Linken ist, die Auseinandersetzung nötig, alles andere würde den rollback ungehindert weiter rollen lassen. Die Notwendigkeit, eine Auseinandersetzung über Sexualität zu führen sehen die Hamburgerinnen und wollen dafür Texte zusammenstellen, um sie - statt der "Arranca!", die keine Grundlage dazu ist - interessierten FrauenLesben zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen hat aus Anlaß der aktuellen "Arranca!" eine Auseinandersetzung stattgefunden, in der - neben einigen Punkten, in denen sich (fast) alle einig waren, z.B. das z.T. sexistische Layout - auch deutlich wurde, daß eine Auseinandersetzung über bestimmte Inhalte zwar in einigen Szenen, so in FrauenLesben-Zusammenhängen, bereits geführt und zu "erkämpften Positionen" wurde, in anderen Subszenen jedoch noch nicht in dem Maße Konsens erzielt wurde, so z.B. in großen Teilen der gemischten Strukturen, aber auch in der Männergruppenszene.

UND NUN?

Inzwischen ist die Existenz der "Arranca!" von so vielen Diskussionsbeiträgen umrahmt, daß sie nicht mehr unkritisiert alleine durch ihre Qualität als Druckerzeugnis eine gewisse Deutungsmacht hätte. Der Bremer Infoladen erwartet zunächst, daß sich die "Arranca!"-Redaktion zu den Kritiken verhält.

Es wäre in den Infoläden eine Überlegung wert, die "Arranca!" in Verbindung mit den Diskussionsbeiträgen aus "Interim" und "Zeck" wieder in ihr Programm zu nehmen. Der Effekt der Signalwirkung gegenüber der "Arranca!"-Redaktion wäre natürlich flöten, aber schließlich ist die "Arranca!" Nr.8 inzwischen zu einer - wenn auch nicht gerade besonders guten - Diskussionsgrundlage für eine wichtige Debatte geworden. Damit soll die "Arranca!" nicht aufgewertet werden, der wertvolle Teil ist die Debatte, nicht die Zeitschrift selber, ohne die allerdings die Debatte nur halb verstanden werden kann.

Bleibt die Frage, welche Bedeutung die "Arranca!"-Auseinandersetzung über den Tellerrand der Szene hinaus hat. Die Debatte wurde in den Szeneblättern Zeck und Interim geführt, und der Nichtverkauf in den Infoläden wird auch kaum eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Die Zeit für emanzipative gemischtgeschlechtliche Diskussionen über Sexualität in einer breiteren Öffentlichkeit ist anscheinend noch nicht gekommen, und in Bezug auf Vermittlungsformen muß noch einiges entwickelt werden!

Daffke

Strickende Staatsanwälte

AM 19. JULI GING DER PROZEß GEGEN BIRGIT HOGEFELD, GEFANGENE AUS DER RAF, DIE IM SOMMER 1993 IN BAD KLEINEN FESTGENOMMEN WURDE, IN DIE SOMMERPAUSE. BIS MITTE AUGUST SIND GERICHTSFERIEN. FÜR DEN 27. AUGUST IST DAS PLÄDOYER DER BUNDESANWALTSCHAFT (BAW) VORGESEHEN. MIT DEM URTEIL WIRD FÜR DEN SEPTEMBER GERECHNET. DIE EIGENTLICHE VERHANDLUNG, DIE IM NOVEMBER 1994 VOR DEM OBERLANDESGERICHT FRANKFURT/MAIN ERÖFFNET WORDEN WAR, IST PRAKTISCH ABGESCHLOSSEN.

Die BAW wirft Birgit Hogefeld (40) vor, als Mitglied der RAF an dem mißlungenen Attentat auf den damaligen Finanzstaatssekretär und heutigen Bundesbankchef Hans Tietmeyer 1988 und an dem Anschlag auf die Frankfurter Rhein/Main-Air-Base der US-Army im Jahre 1985 beteiligt gewesen zu sein. Auch die Sprengung des Gefängnisneubaus Weiterstadt Ende März 1993 wird ihr angelastet. Für besonderes Aufsehen sorgte allerdings noch ein anderer Tatvorwurf: Obwohl Birgit Hogefeld bei der Festnahmeaktion am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen ihre Waffe unbestrittenermaßen nicht einmal gezogen hatte, soll sie für die tödlichen Schüsse, die den GSG-9-Beamten Michael Newrzella trafen, verantwortlich sein und wegen Mordes und sechsfachen Mordversuchs verurteilt werden. (1)

Für dieses juristische Kabinettstückchen zitiert die BAW eigene *"Erkenntnisse"* aus dem Jahr 1977, wonach es in der RAF eine Verabredung gegeben haben soll, sich in einer Festnahmesituation den Weg freizuschießen. Wolfgang Grams habe Newrzella also mit Birgit Hogefelds Einverständnis erschossen. Daß seit 1984 ganz andere Leute die RAF weiterführten, tut da nichts zur Sache. Birgit Hogefeld erklärte, daß es keine solche Verabredung gegeben habe. Für sie sei klar gewesen, sich bei einer Festnahme nicht mit der Waffe zu wider-

KEINE MORD-ANKLAGE IM FALL WOLFGANG GRAMS

Das Oberlandesgericht (OLG) Rostock hat am 29. März den Antrag von Ruth und Werner Grams, die Erhebung der Anklage gegen GSG-9-Beamte wegen Mordes an ihrem Sohn Wolfgang Grams anzuordnen, als unbegründet abgewiesen.

Auf 38 Seiten setzt sich das OLG mit der ca. 1.200 Seiten umfassenden Antragsschrift auseinander und begründet seine Entscheidung damit, *"daß die Beschuldigten der ihnen vorgeworfenen Straftat nicht hinreichend verdächtig sind und infolgedessen ihre Verurteilung in der Hauptverhandlung nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist"*. Die unanfechtbare Entscheidung des OLG Rostock wird der erdrükkenden Fülle der die GSG-9-Beamten belastenden Indizien und Beweise in keiner Weise gerecht. Es stellt eine völlig neue Theorie zum Tatgeschehen auf, wonach *"der Verletzte sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit während des Sturzes auf die Gleise in suizidaler Absicht den Todesschuß beigebracht hat, also unmittelbar bevor er in bewegungsloser Haltung auf das Gleisbett fiel"*. Das OLG benötigt diese, von keinem Sachverständigen für wahrscheinlich erachtete, Variante des Tatgeschehens als Erklärung dafür, daß die Wolfgang Grams verfolgenden GSG-9-Beamten sowie ein Teil der Zeugen keine Angaben machen konnten, wie das Loch in den Kopf von Wolfgang Grams gelangt ist.

Laut beeideter richterlicher Aussage des BKA-Beamten Nr. 12, der nach Angaben der Staatsanwaltschaft Schwerin *"beste Sichtverhältnisse auf den Tatort"* hatte, befanden sich die GSG-9-Beamten unmittelbar hinter Wolfgang Grams, so daß ihnen ein solches Geschehen, wie es jetzt vom OLG angenommen wird, nicht verborgen geblieben sein kann. Diesen nicht unerheblichen Widerspruch erklärt das OLG damit, daß *"(...) die Vielzahl der in diesem Augenblick sich darstellenden Eindrücke (Niederstürzen der getroffenen Beamten der GSG 9, Sturz des Verletzten und die sich dabei ergebenden raschen körperlichen Bewegungen) eine genaue Beobachtung infolge der Reizüberflutung unmöglich machten"*.

Das hier dargestellte offensichtliche Bemühen des OLG Rostock, belastendes Aktenmaterial zu ignorieren, zieht sich wie ein roter Faden durch die Begründung des ablehnenden Beschlusses und kann mit einer Vielzahl weiterer Beispiele belegt werden. Mit hanebüchenen Erklärungen führt das OLG vor, wie sich aus *"Beobachtungslücken"* einiger ziviler Zeugen und der als Täter in Betracht kommenden GSG-9-Beamten schlüssig und für den Senat mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ergibt, daß das von keinem Zeugen Beobachtete das wahre Tatgeschehen darstellt. Die Aussagen der den objektiven Befund des aufgesetzten Kopfschusses bezeugenden Personen werden dagegen insgesamt als *"nicht verwertbar"* qualifiziert.

Die Eltern von Wolfgang Grams fühlen sich durch die Oberflächlichkeit und Ignoranz, mit der die minutiös belegten belastenden Beweise und Indizien durch das OLG Rostock abgehandelt werden, beleidigt und brüskiert. Sie (...) haben ihre Bevollmächtigten damit beauftragt, die Voraussetzungen einer Verfassungsbeschwerde und einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu prüfen.

Andreas Groß und Thomas Kieseritzky, Anwälte der Eltern von Wolfgang Grams

setzen, auch um die Gefährdung Unbeteiligter auszuschließen.

Diese Einlassung wurde Anfang Juli mit einer Zeugenaussage gestützt. Der Notar und Rechtsanwalt Ernst Ronte berichtete als Zeuge von Hörensagen, daß eine *"Person aus dem liberal-demokratischen Spektrum"*, die aufgrund des Verfolgungswillens der BAW nicht selbst vor Gericht erscheinen wolle, ihm von Treffen mit Birgit Hogefeld erzählt habe. So sei die Person Ende 1992 von der Angeklagten auf dem Weg zur Arbeit angesprochen wurden und habe sich 1993 zweimal mit ihr getroffen. Beim gemeinsamen Schwimmbadbesuch sei der Person aufgefallen, wie Birgit Hogefeld eine Waffe in einer Tasche verstaute. Die Person, die den bewaffneten Kampf grundsätzlich ablehne, habe Birgit Hogefeld darauf angesprochen. Die habe damals erklärt, die Waffe allenfalls zur Drohung benutzen zu wollen. Nachdem die Person in der Presse lesen mußte, daß der Mordvorwurf an Newrzella aufrecht erhalten wird, habe sie sich gedrängt gefühlt, hierzu auszusagen.

Birgit Hogefeld verwies in diesem Zusammenhang auf ein Angebot, das ihr die Polizei im Sommer 1993 gemacht habe. Wenn sie mit dem Staatsschutz kooperiere, werde man dafür Sorge tragen, daß bei zukünftigen Festnahmesituationen niemand mehr erschossen werden würde. Was das im Umkehrschluß bedeutet, kann sich jede und jeder selbst ausmalen.

Für den Gerichtssenat stand von Anfang an fest, daß Wolfgang Grams, der auf bisher ungeklärte Weise bei der Festnahmeaktion in Bad Kleinen umkam, den GSG-9-Beamten Newrzella erschossen hat. Dabei kann bis heute nicht einmal als sicher gelten, daß die später vom Wissenschaftlichen Dienst in Zürich untersuchten Projektile, die aus Wolfgang Grams' Waffe stammen sollen, zum Tode Newrzellas geführt haben. Der justizielle Alltag will es, daß der Weg jedes Beweisstückes, Asservat genannt, vom Ort des Auffindens bis zur Einführung in die Hauptverhandlung lückenlos nachzuvollziehen ist. So dokumentieren Gutachten und Übergabeprotokolle minutiös den Weg der Projektile. Doch außer der Verteidigung stößt sich in diesem Verfahren niemand daran, daß die Projektile auf dem Weg von Bad Kleinen nach Zürich von Professor Brinkmann in Münster begutachtet wurden, *bevor* sie - laut einem der Protokolle - dort eintrafen. Der Sitzungsvertreter der BAW, Walter Hemberger, empfahl Birgit Hogefelds Anwältin, Ursula Seifert, hinsichtlich weiterer Ungereimtheiten in der Datierung von

GROßANGELEGTER LAUSCHANGRIFF AUF ANWÄLTE DER ELTERN VON WOLFGANG GRAMS

Auf das Büro der Wiesbadener Rechtsanwälte Groß und Kutsch wurde mit Hilfe des Bundeskriminalamts (BKA) ein großangelegter Lauschangriff durchgeführt. Aufgrund eines Hinweises erhielt das betroffene Rechtsanwaltsbüro bereits am 6.11.95 Kenntnis davon, daß in einem dem Anwaltsbüro gegenüberliegenden Anwesen ein voll automatisierter Horch- und Observationsposten, bestehend aus Richtmikrophonen, Videokamera, Fotoapparat etc., durch Ermittlungsbehörden installiert worden war. Zum damaligen Zeitpunkt existierte der Lauschposten bereits seit mindestens 15 Monaten. Dies stützt sich auf Angaben des Pächters, der bei seinem Einzug im Sommer 1994 den Posten bereits vorfand. Die Tatsache, daß der Horch- und Observationsposten sofort abgerüstet wurde, nachdem telefonisch die Presse (...) über den Vorgang informiert worden war, weist darauf hin, daß zusätzlich eine direkte Telefonüberwachung stattfand. (...) Bei weiteren Nachforschungen in der Sache wurde den Unterzeichneten zugetragen, daß auf Antrag der Bundesanwaltschaft (BAW) der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs zunächst einen Beschluß nach § 100a StPO (Überwachung des Fernmeldeverkehrs) erlassen hatte, dem dann ein Beschluß nach § 100c StPO (Einsatz technischer Mittel) nachgeschoben wurde.

Der hier praktizierte Lauschangriff wäre durch diese richterlichen Beschlüsse allerdings keinesfalls rechtlich abgedeckt. Vielmehr ist aufgrund der festgestellten Umstände davon auszugehen, daß es sich um eine rechtlich unzulässige Maßnahme der Ermittlungsbehörden handelt. Da die strafprozessual vorgeschriebene Benachrichtigung der Betroffenen (_ 101 StPO) von einer solchen Maßnahme bisher nicht erfolgt ist, muß davon ausgegangen werden, daß der Lauschangriff in modifizierter Weise bis heute fortgesetzt wird.

Es steht zu vermuten, daß der Hintergrund dieses Vorgehens in einem engen Zusammenhang damit steht, daß das betroffene Anwaltsbüro die Eltern von Wolfgang Grams als Nebenkläger in dem Ermittlungsverfahren gegen unbekannte GSG-9-Beamte wegen des Verdachts des Mordes an Wolfgang Grams vertritt. Mit Hilfe des Lauschangriffs konnten sich die an dem Einsatz in Bad Kleinen unmittelbar verantwortlich beteiligten Dienststellen (BKA und BAW) laufend über den aktuellen Erkenntnisstand der Nebenkläger und deren Aktivitäten bezüglich der Aufklärung des tatsächlichen Geschehens informieren. Die in den Ermittlungsakten zu Bad Kleinen dokumentierte Spuren- und Beweismittelvernichtung durch Experten des BKA konnte somit auf bisher nicht geahnte Weise auch auf Ermittlungsansätze der Nebenanklageberechtigten ausgedehnt werden.

Ende Mai wurde das Sekretariat des betroffenen Anwaltsbüros durch BKA und BAW aufgrund eines Ermittlungsverfahrens gegen eine Mitarbeiterin durchsucht [s. Kurzmeldungen]. Eine Verbindung zwischen dem Ermittlungsverfahren und dem Lauschangriff wurde bisher von seiten der Behörden nicht hergestellt. Sollte dies geschehen, ist schon heute festzustellen, daß ein solches Verfahren keine Rechtfertigung für die Durchführung des großangelegten Lauschangriffs auf ein Anwaltsbüro darstellt. Im Rahmen der Berufsausübung eines Rechtsanwalts kommt der Vertraulichkeit des Wortes eine außerordentliche Bedeutung zu. Die Gespräche mit den Mandanten, insbesondere zwischen Strafverteidiger und Mandant, genießen einen besonderen, grundgesetzlich verankerten Vertrauensschutz. Der begründete Verdacht, daß gerade das Abhören solcher Gespräche Gegenstand des Lauschangriffs war, macht das Ausmaß der Grundrechtsverletzung besonders deutlich.

Es ist bezeichnend, daß, während der "Große Lauschangriff" im Bundestag noch diskutiert wird, die Ermittlungsbehörden, ungeachtet der gesetzlichen Grundlagen, bereits das praktizieren, was erst den Gegenstand der Beratung der gesetzgebenden Organe bildet. (...)

Andreas Groß für Rechtsanwälte Groß und Kutsch, 29.5.96 (leicht gekürzt)

Übergabeprotokollen die Akten doch bitte *"verständnisvoll"* zu lesen.

Dr. Pfister, Leiter des Wissenschaftlichen Dienstes (WD) der Stadtpolizei Zürich, wurde als Gutachter dazu befragt, wie er darauf komme, daß die bei ihm abgelieferten Projektile aus der Waffe von Wolfgang Grams stammen. Er legte dar, daß objektive Meßmethoden viel zu unsicher seien, und nannte als Kriterium für die Zuordnung eines Projektils zu einer bestimmten Waffe: *"Die Übereinstimmung der Merkmale muß so sein, daß der Gutachter sie als solche empfindet."* Zu den Untersuchungen des WD ein Obergutachten durch den international renommierten Professor Wolfgang Bonte anfertigen zu lassen, wurde vom Gericht abgelehnt. Lieber verließ man sich auf den WD, mit dem man *"gute Erfahrungen"* gemacht habe. Der WD hatte 1977 die Untersuchungen zu den Todesursachen der RAF-Gefangenen in den Gefängnisse Stuttgart-Stammheim und Stadelheim vorgenommen und war zu dem von staatlicher Seite von Anfang an behaupteten Ergebnis gekommen, daß es sich um Selbstmorde gehandelt habe.

VERSCHWUNDENE BERICHTE AUS DEM BKA

Die vielen Ungereimtheiten veranlaßten Birgit Hogefelds Verteidigung dazu, mehr als 50 Beweisanträge zu stellen. Der Senat wiederum verbrachte mehr Zeit damit, dagegen revisionssichere Ablehnungsbeschlüsse zu fassen als die Anhörung der beantragten ZeugInnen und Gutachter benötigt hätte.

Für den Schußwechsel auf dem Bahnsteig von Bad Kleinen interessierte sich der Senat ohnehin nicht. Außer einem Lokomotivführer, der im entscheidenden Augenblick wegsah, um einer Kollegin zu helfen, die von einer Kugel der wild herumballernden GSG-9-Truppe getroffen worden war, wurden keine ZeugInnen des Schußwechsels vernommen. Vom GSG-9-Beamten "Nr. 4" wollte das Gericht nur wissen, was in der Sekunde der Festnahme Birgit Hogefelds geschah. Alles andere - so der Tenor der Senatsbeschlüsse - gehöre nicht zur Sache. Damit waren vor allem die Versuche der Verteidigung gemeint, die Todesumstände Wolfgang Grams' (2) zu erhellen, bei denen vieles darauf hindeutet, daß er, nach seinem Sturz auf das Gleis, von einem Polizisten durch einen aufgesetzten Kopfschuß regelrecht hingerichtet wurde.

Nicht als Zeuge geladen wurde der Verfassungsschutz-Spitzel Klaus Steinmetz, der die Ermittler auf die Spur von Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld gebracht und die Aktion in Bad Kleinen ermöglicht hatte. An einem anderen Zeugen kam das Gericht allerdings nicht vorbei: dem Bundeskriminalamt-Mitarbeiter Dirk Lang. Im März 1996 hatte der BKA-Beamte seine Behörde angezeigt. Von ihm erstellte Berichte seien verschwunden und Untersuchungsergebnisse, die Birgit Hogefeld entlasten würden, unterschlagen und vernichtet worden. Auf seine Abteilung sei seitens der BAW Druck ausgeübt worden. Ihm habe man gesagt: *"Das Ergebnis ist so nicht erwünscht."*

Aus Briefen, die in Bad Kleinen gefunden worden waren, konstruierte die BAW eine Beteiligung der Angeklagten an dem Anschlag auf das Gefängnis Weiterstadt. Lang hingegegen hatte geschrieben, daß die Briefe nichts dergleichen hergeben würden. Sein Bericht hierzu blieb unter Verschluß. Ebenso ging Lang davon aus, daß es keine Absprache zum Schußwaffengebrauch gebe. Auch dieser Bericht ging auf dem Dienstweg *"verloren"*.

Anstatt sich nun Langs Analyse darlegen zu lassen, belehrte der Senat diesen über Nuancen der deutschen Sprache: *"Entlastend"* wäre, wenn Birgit Hogefeld nachweislich weitab vom Geschehen in Weiterstand gewesen wäre. Langs Untersuchungen würden die Angeklagte allenfalls *"nicht belasten"*. Denn ihre Beteiligung an der RAF-Aktion in Weiterstadt steht für den Senat bereits fest. Das Wachpersonal und die Justizbeamten, die in der Tatnacht vom *Kommando Katharina Hammerschmidt* überrascht worden waren, schilderten jedoch übereinstimmend, daß nur eine Frau beteiligt war - und deren Beschreibung paßt nicht auf Birgit Hogefeld. Für den Senat schließt das immerhin nicht aus, daß eine zweite Frau beteiligt gewesen sein könnte. Solange Hogefeld ihre Nichtbeteiligung nicht nachweisen kann, gilt diese als möglich; und was das Gericht als möglich ansieht, wird gegen die Angeklagte verwendet.

Ähnlich konstruiert sind die beiden anderen Tatvorwürfe: die Anschläge auf Tietmeyer und die US-Air-Base. Auch hier ist die Beweislage äußerst dürftig, der Verurteilungswille jedoch augenscheinlich hoch (3). Keiner der Prozeßbeobachter zweifelt daran, daß der Senat gegen Birgit Hogefeld eine Haftstrafe verhängen wird, vermutlich eine lebenslange. Die Angeklagte ist seit 1986 das erste und seit der Neukonstituierung der RAF 1984 erst das zweite RAF-Mitglied, das der Justiz in die Hände gefallen ist. Und da der Mordvorwurf gegenüber der Polizei in Bad Kleinen im öffentlichen Bewußtsein nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, wird zumindest ein RAF-Mitglied für den Tod des Polizisten Newrzella büßen müssen - und wenn es Birgit Hogefeld ist, die gefesselt in der Bahnhofsunterführung in Bad Kleinen am Boden lag, bevor auf der Treppe zu den Bahnsteigen überhaupt der erste Schuß fiel.

Walter Kuhl/Ivo Bozic (redaktionell überarbeitet)

aus: junge Welt, 26.7.96

Anmerkungen der Redaktion:

(1) Der o.g. Wolfgang Bonte, Direktor des Instituts für Rechtsmedizin der Uni Düsseldorf, kam in einem im Juli 1994 veröffentlichten Gutachten zu dem Ergebnis, daß die im Abschlußbericht der Bundesregierung zu Bad Kleinen aufgestellten Thesen bezüglich des angeblichen "Selbstmordes" von Wolfgang Grams nicht haltbar sind. Vgl.: K. Kiel, GSG 9 erneut unter Mordverdacht, in: kassiber 23, Oktober 1994, S.61.

(2) Zu den Anklagepunkten im einzelnen: Willi Leow, "Mittelbare Täterschaft", in: kassiber 24, Januar 1995, S. 52ff.

(3) Vgl.: Willi Leow, Lebenslänglich wegen angeblicher O-Beine?, in: kassiber 25, Mai 1995, S. 69ff; und: ders., Manipulierte ZeugInnen können sich an nichts erinnern, in: kassiber 26, Juli 1995, S. 39ff. Sehr lesenswert ist das "Info zum Prozeß gegen Birgit Hogefeld", das u.a. im Infoladen Umschlagplatz, St.-Pauli-Straße 10/12, erhältlich ist.

Weiterstadt

der High Tech Knast

1. Teil: Der Wohngruppenvollzug, Voraussetzungen und Architektur.
2. Teil: Repression und Kriminalisierung.

DIE ROTE HILFE

4. Auflage — BUNTE HILFE — 10 DM

Der umstrittene Gefängnisneubau in Weiterstadt
- Hochsicherheitsgefängnis -
-Abschiebehaftanstalt -
- als humaner Knast verkauft -
- wird 1997 bezogen.
Jetzt erscheint die 4. überarbeitete Auflage der kritischen Informationsbroschüre.
Zu bestellen bei der
Roten Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Preis 10 DM incl. Porto Bezahlung nur in bar oder Brief- marken

BENJAMIN RAMOS VEGA

Katalanischer Linker in Blitzaktion an den spanischen Staat ausgeliefert!

DER KATALANISCHE LINKE BENJAMÍN RAMOS VEGA, DER SICH SEIT ENDE JANUAR 1995 NACH SEINER FESTNAHME IN BERLIN IN AUSLIEFERUNGSHAFT BEFAND, IST AM 5.6.96 IN EINER BLITZAKTION DES DEUTSCHEN STAATES UND SEINER JUSTIZ AUSGELIEFERT WORDEN.

Ihm wird vorgeworfen, in Barcelona für ein Kommando der baskischen ETA eine Wohnung angemietet zu haben. Die einzige ihn belastende Aussage ist unter Folter gemacht und später zurückgezogen worden. Nachdem das Berliner Kammergericht vage Aussagen des spanischen Staates bezüglich eines korrekten Verfahrens und adäquater gesundheitlicher Versorgung als "Garantien" akzeptiert hatte, stimmte es im Dezember '95 der Auslieferung zu. Sein Asylverfahren war noch im Gange, als das Bundesverfassungsgericht (BVG) die Entscheidung des Kammergerichtes für rechtmäßig erklärte und am 29.5.96 der Auslieferung zustimmte. Benjamin Ramos' Anwältin wurde von dieser bedeutenden Entscheidung erst *sieben Tage später* informiert, sodaß sie die für diesen Fall geplante Klage vor der Europäischen Menschenrechtskommission nicht mehr einreichen konnte. Am Tag danach, dem 5.6., wurde er dann überraschend und unter menschenunwürdigen Umständen abgeschoben, indem ihm ein "Mundschutz" verpaßt (angeblich wegen seiner Immunschwächeerkrankung - die wird jedoch nicht durch Speichel verbreitet, so daß damit nur die Erniedrigung des politischen Gefangenen beabsichtigt war) und Plastikfesseln angelegt wurden. Auch ihm selbst wurde die Entscheidung zur Auslieferung erst an diesem Tage bekanntgegeben.

MENSCHENRECHTE?

Unter anderem der zeitliche Ablauf und die Tatsache, daß das Asylverfahren noch nicht beendet war, zeigen deutlich die rein politische Absicht, die die deutsche Justiz und Regierung bei der Auslieferung von politisch Verfolgten haben: Die gemeinsame Linie der EU-Staaten zur Bekämpfung von Widerstand, der gegen Ausbeutung und Unterdrückung geleistet wird, läßt sich nicht von Menschenrechtsfragen beeindrucken. Benjamins Verhaftung, die Begleitumstände und der politische Kontext müssen im Zusammenhang der Aufstandsbekämpfung im imperialistischen Projekt »Europäische Union« gesehen werden. Der Vereinheitlichungsprozeß Europas zeigt sich in der repressiven Flüchtlings- und Einwanderungspolitik, den Versuchen der Eliminierung der Widerstandsstrukturen (wie z.B. in der BRD mit dem PKK-Verbot 1993 oder den Durchsuchungen vom 13.6.95 und später), dem Export von Isolationsfolter gegen politische und kämpfende Gefangene, der Aufrechterhaltung der institutionalisierten patriarchalen Strukturen oder in der Angleichung des politischen Strafrechts nach Vorbild des deutschen Gesinnungsparagraphen 129a - alles Teile einer Unterdrückungsstrategie, die bei Massenarbeitslosigkeit mit gleichzeitiger Intensivierung der Ausbeutung und Ausgrenzung der im Kapitalismus nicht Verwertbaren systemerhaltend notwendig ist. Das ist der Krieg nach Innen zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen. Nach Außen werden diese auf Expansion und Eroberung ausgerichteten ökonomischen und politischen Interessen durch militärische Interventionen von imperialistischen Militärbündnissen abgesichert wie beispielsweise in Somalia, Kurdistan oder im ehemaligen Jugoslawien. Auch der »Krieg niederer Intensität« im Baskenland gehört zur europäischen Aufstandsbekämpfung. Daher das große Interesse des spanischen Staates an Benjamin Ramos und die Bereitschaft der BRD, ihn auszuliefern.

POLITISCHE JUSTIZ

Die plötzliche Auslieferung Benjamins hatte zur Folge, daß die Verteidigung keine Rechtsmittel mehr einlegen konnte, der Verfolgte selbst konnte seinen für den Fall der Auslieferung angekündigten Hungerstreik nicht mehr beginnen (gegen den der

BENJAMIN RAMOS VEGA

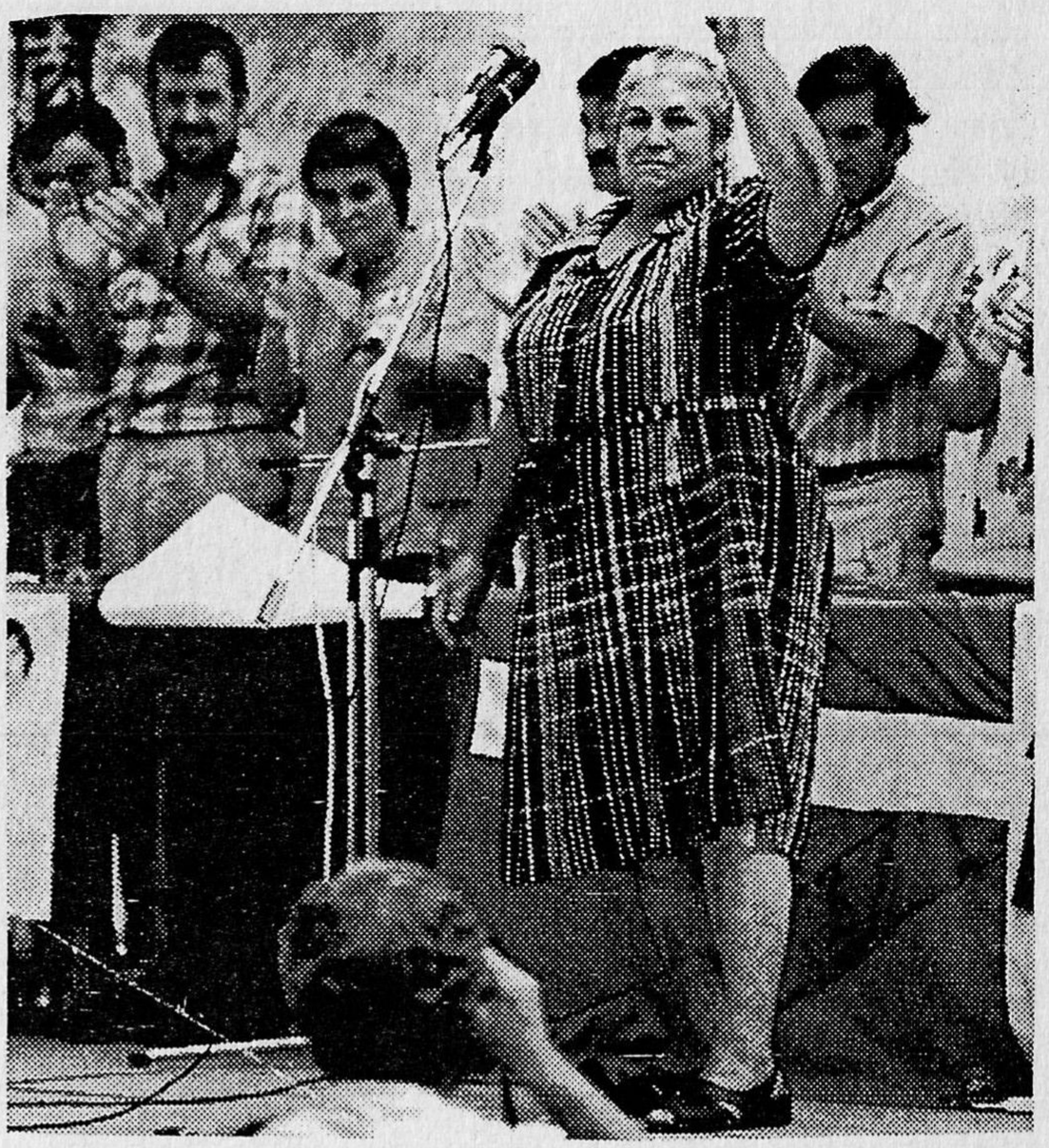
Bis zu seinem Untertauchen war Benjamin Teil der legalen linken Bewegung in Barcelona. Er beteiligte sich an der Anti-Olympia-Bewegung, gegen dieses Projekt des spanischen Staates und der Generalitat Kataloniens, das Teil einer großen Umstrukturierung in Barcelona war. Er hatte sich als jugendlicher Antifaschist in der Franco-Zeit politisiert. Seine kontinuierliche, langjährige politische Tätigkeit konzentrierte sich auf die Solidarität mit dem Unabhängigkeitskampf des baskischen, katalanischen, palästinensischen und saharauischen Volkes. So unterstützte er beispielsweise die baskische Wahlplattform Herri Batasuna (HB) bei ihrem Wahlkampf 1989. Dessen Wahlbüro in Barcelona, untergebracht im Lokal der katalanischen Organisation MDT, wurde damals von Faschisten oder Staatsschutz zerbombt.

Nachdem im April 94 in Barcelona ein im Untergrund lebendes, ehemaliges Führungsmitglied von HB, Felipe San Epifanio San Pedro (Pipe) verhaftet wurde, entzog Benjamin sich der einsetzenden Fahndung und lebte seit Mai 94 als politischer Flüchtling illegal im Ausland, zuletzt in Berlin. Benjamin hat vom 28.1.95 bis zum 5.6.96, also über 16 Monate, in der BRD in Isolationshaft gesessen. Während dieser Zeit lief sein Auslieferungsverfahren an den spanischen Staat. Er hat sich im Knast dem Kollektiv der baskischen Gefangenen angeschlossen und im Januar 96 einen 14-tägigen Hungerstreik gegen seine Auslieferung geführt. Am 5.6.96 wurde er ausgeliefert - die Solidarität endet hier aber nicht!

zuständige Richter Nöldecke bereits Zwangsernährung angekündigt hatte!), und die Solidaritätsbewegung hatte keine Möglichkeit, Aktivitäten gegen die Auslieferung zu entfalten.

Das BVG hat mit seiner Entscheidung die Abschaffung des politischen Deliktes in der EU bestätigt und gleichzeitig einen Präzedenzfall für die Auslieferung von politischen Flüchtlingen aus der BRD an Spanien geschaffen. Nach der baldigen Neuregelung des Auslieferungsverfahrens in der EU sollen sogar Staatsbürger des eigenen Landes ans Ausland ausgeliefert werden können. In der Neuregelung des Auslieferungsabkommens ist beabsichtigt, das politische Delikt auch formal abzuschaffen und die Auslieferungen zu automatisieren. Die Verabschiedung war im Juni vorerst an einem Einspruch der Niederlande gescheitert, wird aber zweifellos vollzogen werden (1).

Ebenfalls im Juni haben der französische und der spanische Staat ein Auslieferungsabkommen getroffen, welches die verstärkte Auslieferung von baskischen Flüchtlingen in Frankreich nach sich zog, die z.T. nach Absitzen einer Haftstrafe gleich an der Grenze den spanischen Repressionsorganen übergeben wurden. Amnesty international fragte bei der französischen Regierung nach, ob mit diesem Verfahren rechtliche Normen umgangen würden (2). Auch sechs der baskischen Deportierten, die Anfang Juni eine Kirche in Bayonne besetzten, um auf die über 50 des Landes verwiesenen BaskInnen aufmerksam zu machen, die sich in Ländern Afrikas und Amerikas befinden, wurden nach der brutalen Räumung der Kirche an den spanischen Staat ausgeliefert. Sie waren in Algerien, Venezuela und Kap Verde deportiert. Vier von ihnen sind nach unseren letzten Informationen noch in spanischen Knästen. Auch mit Mexiko hat der spanische Staat ein Auslieferungsabkommen unterzeichnet, das prinzipiell die Auslieferung von ca. 200 BaskInnen aus Mexiko erlaubt (3).



Die Mutter von "Beltza", einem baskischen Flüchtling, der in Bayonne von der GAL ermordet wurde.

POLITISCHE GEFANGENE IN SPANIEN

Neben der staatsterroristischen GAL, an deren Gründung und Taten sozialdemokratische Regierungsmitglieder bis hin zum Präsidenten beteiligt waren, gibt es viele Ebenen der Repression im spanischen Staat. Eine Form ist die Zerstreuung der baskischen politischen Gefangenen, die auf zig Gefängnisse verteilt sind, die sich teilweise auf den weit entfernten Kanarischen Inseln oder in Nordafrika befinden, sodaß ihre Angehörigen sie nicht oder nur unter großem Aufwand besuchen können. Ein spanisches Gesetz besagt, daß Gefangene in der Nähe ihres Heimatortes inhaftiert werden müssen. Diese Forderung haben die Gefangenen und ihre Angehörigen seit Ende letzten Jahres durch Hungerstreiks und andere Aktionen bekräftigt. Nachdem ETA ende Juni einen einwöchigen Waffenstillstand ausrief, verlegte der Staat 32 Gefangene in Knäste in oder nahe Euskal Herrias (Baskenland) (4) - vermutlich solche, die sich im »tercer grado« befinden, einem Freigängerstatus, der meist bei kollabarierenden Gefangene angewendet wird.

Ferner befanden sich Anfang diesen Jahres viele Gefangene aus der PCE(r) und der GRAPO im Hungerstreik, die nach

DEUTSCHES KAPITAL FINANZIERT DEN KAMPF GEGEN SEINE GEGNERINNEN IN SPANIEN

An dieser Stelle soll nicht die ganze Geschichte des GAL-Staatsterrorismus aufgerollt werden, an dem zwei ehemalige Innenminister, die Staatssicherheit, der militärische Geheimdienst, der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Gonzalez und viele Angehörige der paramilitärischen Guardia-Civil beteiligt waren (unter anderem ein gewisser Galindo, an GAL-Morden beteiligt und Mitverantwortlicher für deren Gründung und Praxis, der noch nach Bekanntwerden seiner Beteiligung von der sozialdemokratischen PSOE-Regierung zum General ernannt wurde) - nein, hier geht es um ein Detail, das hier kaum bekannt ist: die Verwicklung von Siemens, SEL, AEG und ABB in die geheime Finanzierung der PSOE-Parteikasse und der GAL, die als geheime, staatliche Terrororganisation 28 Morde an BasKInnen begangen hat.

Über die Auftragsvergabe für den Bau des Schnellzuges AVE seien ca. 14 Millionen DM Schmiergelder auf schweizer Konten gelandet, sogenannten Reserve-Fonds. Die Siemens-Schecks landeten bei Luis Roldán, dem damaligen Generaldirektor der Guardia Civil, der mittlerweile haufenweise Aussagen macht und andere belastet: er will das Geld vom ehem. Sekretär der Staatsicherheit, Vera, erhalten haben mit dem Auftrag, es auf eben diese Konten einzuzahlen. Das Geld sei für die GAL und die PSOE bestimmt gewesen. Wegen seiner Verantwortung als Inhaber eines dieser Konten in der Schweiz ist im Juni diesen Jahres der sozialdemokratische Ministerpräsident der Region Navarra, Otano, zurückgetreten.

Eine spanische Richterin will jetzt die Vernehmung des Ex-Präsidenten von Siemens, Kaske, und des Vizepräsidenten Baur erreichen.

(Quellen u.a.: El Mundo v. 28. und 29.3.96)

einem 14-monatigen Hungerstreik mit Zwangsernährung (1989-91) z.T. schwer krank sind und zusammengelegt bzw. unbedingt freigelassen werden müssen! Auch den anarchistischen und antimilitaristischen Gefangenen sowie jenen aus der galizischen und katalanischen Bewegung gilt unsere Solidarität.

Gegen die Auslieferung von Benjamin Ramos hatten sich in der BRD Abgeordnete, GewerkschafterInnen, Antirassistische, Antifaschistische und Internationalistische Gruppen sowie "Personen des öffentlichen Lebens" u.a. in einem Brief an den Bundesjustizminister ausgesprochen. Ferner wurden weit über 1000 Unterschriften für seine Freilassung gesammelt. Eine andere Form der Unterstützung war ein Anschlag auf eine Seat-Niederlassung in Berlin. Ferner wurden Demos gemacht, Veranstaltungen, ein Videofilm gedreht, Infostände und vieles mehr. Unsere Solidarität darf jetzt nicht aufhören.

ÜBERSETZUNGEN DER BEILIEGENDEN POSTKARTEN

Karte an Benjamin Ramos Vega

"Lieber Benjamin, mit dieser Karte schicke ich Dir herzliche und solidarische Grüße. Gleichzeitig mit dieser habe ich eine weitere Protestkarte an den Nationalen Gerichtshof [u.a. für politische Verfahren zuständig, Anm.] geschickt, in der ich Deine sofortige Freilassung und die Einstellung des Verfahrens fordere.
Ich sende Dir viele Grüße und auch Kraft für die Situation, in der Du Dich befindest. Solidarische Grüße"

Karte an den Nationalen Gericht

"Damen und Herren RichterInnen,
wir protestieren energisch gegen das Verfahren, welches gegen Benjamin Ramos Vega durchgeführt wird, der in Madrid inhaftiert ist. Ich fordere seine sofortige Freilassung, da es keine legalen Beweise gegen ihn gibt. Die einzige Zeugenaussage wurde unter Folter abgegeben. Der spanische Staat hat das Europäische Anti-Folterabkommen unterzeichnet und darf keine Beweise benutzen, die mit solchen Erklärungen erlangt wurden.
Ich fordere die sofortige Freilassung des politischen Gefangenen Benjamin Ramos Vega und die Einstellung des Verfahrens."

Wenn ihr mehr Informationen über eines der angesprochenen Themen haben wollt, dann schreibt uns. Wir arbeiten seit April 1995 in Solidarität mit Benjamin und können Material zur Verfügung stellen. Außerdem fordern wir Euch auf, die im kassiber liegenden Protestpostkarten abzuschicken und so Benjamin zu unterstützen! (Die Postkarten können bei uns auch nachbestellt werden: 10 St. kosten DM 5,-, incl. Porto [bitte in Briefmarken]. Bei mehr Exemplaren. gibt's Rabatt.)

Internationalistische StudentInnen, Bremen
c/o AStA Uni Bremen, Postfach 330 440, 28334 Bremen

Anmerkungen:
(1) El Mundo, 26.6.96
(2) Frankfurter Rundschau, 7.8.96
(3) Junge Welt, 20.7.96
(4) Junge Welt, 1.7.96

Klassenjustiz in der BRD am Beispiel der Verfolgung der PKK

GEGENWÄRTIG ERLEBT DIE LINKE IN DER BRD -JEDENFALLS SCHEINT ES SO- EINE GANZE WELLE VON PROZESSEN. DAZU GEHÖREN NICHT NUR DIE VERFAHREN, DIE ZU DEN DURCHSUCHUNGEN AM 13.6.1995 FÜHRTEN, ALSO GEGEN DIE ZEITUNG RADIKAL, DAS K.O.M.I.T.E.E., AIZ UND RAF, SONDERN Z.B. AUCH DAS - MITTLERWEILE EINGESTELLTE - GEGEN DIE AUTONOME ANTIFA (M) AUS GÖTTINGEN UND INSBESONDERE DIE VIELEN PROZESSE GEGEN HIER IN DER BRD WIDERSTAND LEISTENDEN KURDINNEN, DIE MIT DER PKK IN ZUSAMMENHANG GEBRACHT WERDEN. SIE BILDEN HEUTE DIE WEITAUS GRÖßTE GRUPPE VON POLITISCHEN GEFANGENEN IN BRD-KNÄSTEN UND BESITZEN FÜR DIE BRD GLEICHSAM GEISELSTATUS.

Es erscheint an dieser Stelle wieder einmal sinnvoll, darauf hinzuweisen, daß KurdInnen hier nicht als solche verfolgt werden, sondern insbesondere dann, wenn sie der BRD als Gefahr für ihre Innere oder Äußere Sicherheit erscheinen. Das ist natürlich in der Regel dann der Fall, wenn sie organisiert gegen die Interessen eines imperialistischen Staates wie der BRD Widerstand leisten und sie als Partner der Türkei bei ihrem Krieg gegen das kurdische Volk begreifen und angreifen.

Auch nicht unerwähnt bleiben darf an dieser Stelle, daß z.B. Demonstrationen, auf denen Symbole von PKK und ERNK gegen Angriffe der Staatsmacht verteidigt werden, von der BRD immer wieder dazu instrumentalisiert werden (sollen), z.B. das Staatsschutz-Strafrecht oder das ohnehin rassistische AusländerInnenrecht zu verschärfen.

Daß die BRD dabei insbesondere die PKK als eine Gegnerin begriffen hat, zeigte sich besonders -aber gewiß nicht zum ersten Mal- an dem (zwar nicht rechtlichen, aber dennoch faktischen) Verbot von 1993 und vielen regionalen Vereinsverboten. Erst 1995 verbot der Bremer Innensenator Borttscheller den kurdischen Verein Hevalti als "Folkloregruppe zur Unterstützung der PKK".

Erst am 16.6.1996 wurde in Celle der Kurde Murat E. unter dem Verdacht festgenommen, spätestens seit Mai 1995 die Eu

ropäische Frontzentrale der PKK (ACM) geleitet zu haben.

BRD-KLASSENJUSTIZ GEGEN KURDINNEN

Über die gesamte BRD verteilt finden zur Zeit Prozesse gegen KurdInnen statt, denen z.B. Mitgliedschaft in oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB vorgeworfen wird. Die terroristische Vereinigung stellt nach Auffassung der BRD-Justiz die PKK/ERNK dar; eine Partei also, unter deren Führung das Kurdische Volk gegen den Türkischen Kolonialimus kämpft. Von deutscher Seite wird die vielfältige Unterstützung des türkischen Regimes ganz offen mit ihrer Bedeutung als „Eckpfeiler auch unserer Sicherheit“ (Zitat Helmut Kohl) an der Südost-Flanke der NATO begründet. Der Erfolg des kurdischen Befreiungskampfes würde aber gerade diese Südost-Flanke der NATO (weiter) destabilisieren. Die von den westlichen Staaten also durchaus erkannte und benannte Relevanz der Türkei für die Sicherheit des imperialistischen Staatengefüges führte und führt zu vielfacher Unterstützung der Türkei in wirtschaftlicher, politischer und insbesondere auch militärischer Hinsicht. Auch die Verfolgung der PKK auch hier in der BRD stellt damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses status quo dar und wird konsequenterweise auch vom türkischen militärkontrollierten Regime begrüßt.

Prozesse gegen angebliche PKK-Kader laufen zur Zeit in Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, München und Hamburg.

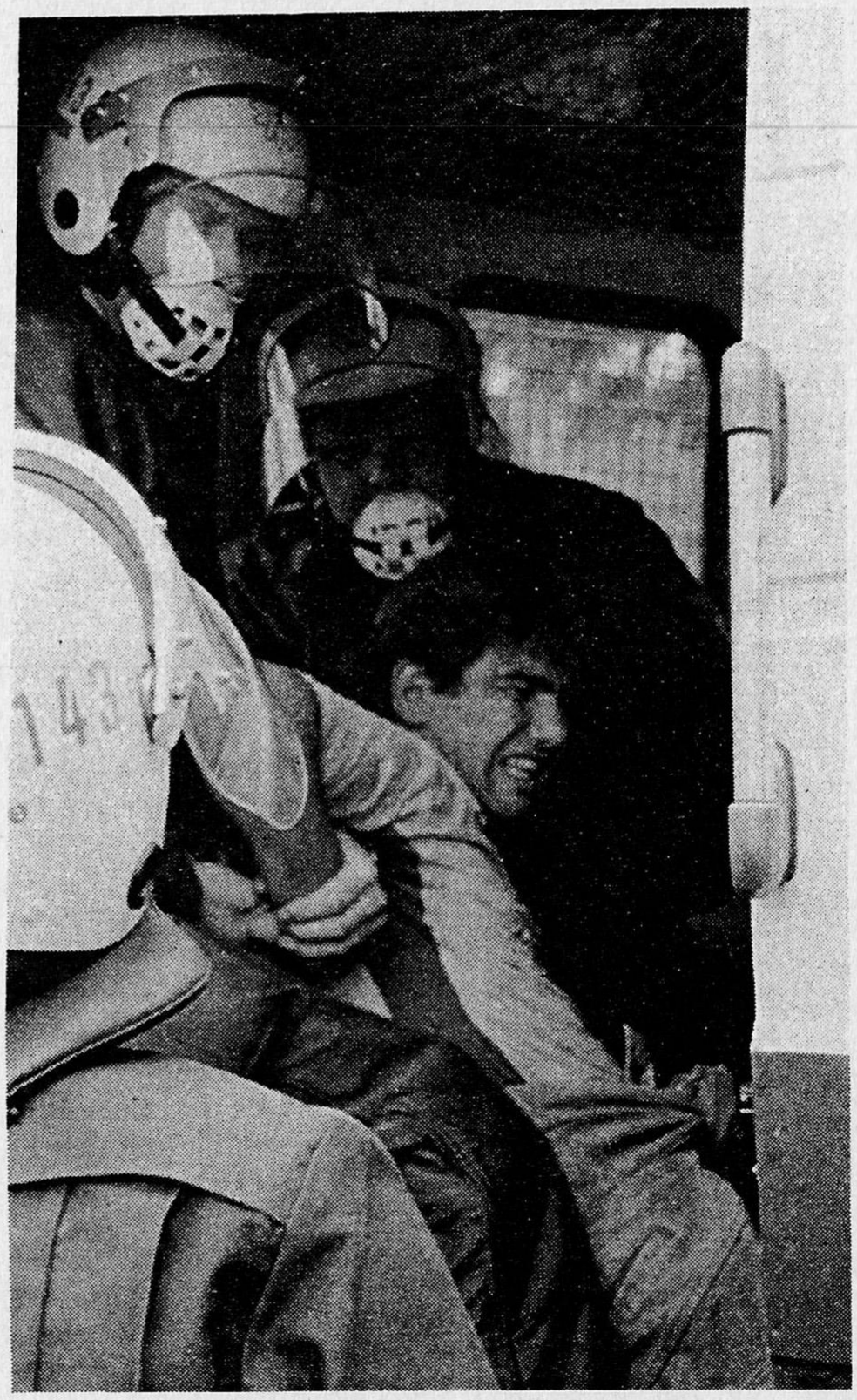
DER HAMBURGER PKK-PROZESS

Vor dem Hamburger Oberlandesgericht begann am 20. März 1996 die Hauptverhandlung gegen eine Frau und einen Mann aus Bremen sowie eine Frau aus Hamburg. Gegen Azime Yilmaz, Meryem Yagicibulut und Sait Bilgin wird nicht nur nach § 129a verhandelt, ihnen wird darüber hinaus auch noch vorgeworfen, wegen ihrer vermeintlichen Stellung innerhalb der PKK für sogenannte “Bestrafungsaktionen” verantwortlich zu sein.

Bemerkenswerterweise begann der Prozeß gerade in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum traditionellen Newroz-Fest, daß die KurdInnen sowohl als Neujahrsfest als auch als Zeichen ihres Widerstandes gegen Unterdrückung feiern. An jenem 20.03.96 fand daher am gleichen Abend auch eine Newroz-Demonstration statt, die jedoch nach einigen hundert Metern in einem Kessel der Hamburger Polizei im Schanzenviertel endete. Hunderte Menschen wurden festgenommen. Über die ganze Stadt war ein Demonstrationsverbot verhängt worden.

Die Anklage der Bundesanwaltschaft (BAW) gegen Azime lautet auf “Gebietsverantwortlichkeit” für die “Region Nord”. Meryem wird die Zuständigkeit für Bremen seit Sommer 1993 zugeschrieben und gegen Sait wird der Vorwurf der Unterstützung erhoben.

Die Anklagekonstruktion der BAW stützt sich auf die Aussagen von 73 ZeugInnen,



6 Sachverständigen und über 200 sonstigen Beweismittel.

Zum Prozeßauftakt wurde von verschiedenen Solidaritätsgruppen nach Hamburg mobilisiert. Die deutsche Staatsmacht nahm das zum Anlaß, 2000 Bullen zusammenzuziehen und die gesamte Umgebung des Gerichts in eine Art Ausnahmezustand zu versetzen. Wie bei solchen Prozessen üblich, mußten und müssen sich alle BesucherInnen vor dem Einlaß einer ausführlichen Leibesvisitation unterziehen. Die ProzessbeobachterInnen erreichen den Gerichtssaal durch vom übrigen Gericht abgetrennte Flure. Im Saal selber ist der ZuschauerInnenraum durch eine ca. drei Meter hohe Glaswand abgetrennt. Bis zur Decke des Raumes ist ein starkes Netz gespannt, wohl um Würfe mit den spätestens nach der Einlaßkontrolle nicht mehr vorhandenen Gegenständen zu verhindern.

DER BISHERIGE PROZEßVERLAUF

Nachdem die Angeklagten den Saal betreten hatten, erhoben sich die ZuschauerInnen und brachten durch lang anhaltendes Klatschen und Rufen ihre Solidarität mit den drei KurdInnen zum Ausdruck. Klar, daß das vom Vorsitzenden Richter gerügt wurde, hatte sich doch bei Erscheinen des Gerichtes, wenigstens im ZuschauerInnenraum, niemand erhoben.

Schon zum Beginn der Verhandlung wurde das Klima deutlich, in dem der Vorsitzende Richter Mentz gedenkt, die Verhandlung durchzuführen: die von Azime gehaltene Prozeßerklärung wurde von den Dolmetschern so fehlerhaft übersetzt, daß das Publikum und die AnwältInnen intervenieren mußten. Richter Mentz zeigte sich davon jedoch völlig unbeeindruckt und drohte stattdessen mit der Räumung des Saals. Azime und Sait gingen in ihren sich über mehrere Verhandlungstage erstreckenden Erklärungen auf die Geschichte des türkischen Kolonialismus und den Widerstand dagegen ein. Auch die Unterstützung der Türkei durch die BRD bei der Unterdrückung der KurdInnen und die eigenständige Verfolgung der KurdInnen durch den deutschen Staat werden thematisiert. Sie ordneten das gegen sie geführte Verfahren in diesen Zusammenhang ein und bezeichneten den Senat des OLG konsequenterweise als “Kriegsgericht”.

Die von der Anklage benannten ZeugInnen machten überwiegend keine die Anklage stützenden Aussagen, und es wird sich erst nach den Gerichtsferien zeigen, welche Vorwürfe weiter verfolgt werden sollen und können.

Es vergehen zwischendurch etliche Prozeßtage, an denen das Gericht sich ausschließlich mit der Vernehmung von irgendwelchen StaatsschützerInnen beschäftigt, die über irgendwelche gefundenen Spuren XY berichten. Ein sarkastischer Umgangston zwischen den Angehörigen des 3. Strafsenats und der Verteidigung wie auch ständige Unterbrechungen gehören zum Prozeßalltag: einer für die stets anwesenden ProzeßbesucherInnen recht einschläfernden Prozedur. Nur hin und wieder läßt das Gericht erkennen, daß es seinen Feind nicht aus den Augen verloren hat. So wurde Anfang August eine Zuschauerin für 24 Stunden in Ordnungshaft genommen, weil sie nach der Aufforderung von Richter Mentz, nach einer Prozeßerklärung von Azime nicht -wie üblich- zu klatschen, gelacht hatte. Der Vorfall beschreibt die gereizte Stimmung. Auch die Verteidigung muß sich immer wieder Angriffen seitens des „hohen Gerichts" erwehren. So soll beispielsweise Rechtsanwalt Rainer Ahues das Publikum durch Gesten zum Applaudieren animiert haben, was nach Wertung des Gerichts -wenn auch nicht ausgesprochen- seine Verbundenheit mit den angeklagten kurdischen „Terroristen" demonstrieren könnte. Es könnte sich dabei um die Vorbereitung zu einem neuerlichen Ausschluß eines Verteidigers aus dem Verfahren handeln, was in der Geschichte der BRD-Klassenjustiz ja keine neue Taktik in der Prozeßführung wäre.

AUFRUF

Die Gefangenen brauchen Unterstützung! Fahrt nach Hamburg, beobachtet auch diesen Prozeß, unterstützt die Angeklagten!

Setzt euch für die Durchbrechung des PKK-Verbotes ein!
Solidarität mit dem kurdischen Widerstand!
Kampf der Klassenjustiz!
Freilassung aller politischen Gefangenen!

WilliStof

POLITISCHE GEFANGENE/PROZESSE

Kurzmeldungen

PROZEß GEGEN MONIKA HAAS IN DER SOMMERPAUSE

Seit mehreren Monaten läuft vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main der Prozeß gegen Monika Haas. (Eigentlich begann er am 18. Januar, mußte aber wiederaufgerollt werden, nachdem die Angeklagte im Februar einen akuten Bandscheibenvorfall erlitt und in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte; seit Mitte März befindet sie sich wieder in Untersuchungshaft.) Monika Haas war am 10.11.94 verhaftet worden und soll, 18 Jahre nach der Entführung der Lufthansa-Maschine *Landshut* durch das *Kommando Martyr Halimeh,* wegen gemeinschaftlichen Mordes, erpresserischen Menschenraubes, Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr verurteilt werden (s. auch kassiber 28, S.52 f, kassiber 26, S. 46 und kassiber 25, S. 77). Die Bundesanwaltschaft (BAW) hatte sich bei ihrer Anklagekonstruktion im wesentlichen auf Aussagen der von Norwegen ausgelieferte "Kronzeugin" Souhaila Andrawes gestützt. Die einzige Überlebende des 1977er Kommandos hatte ihre Aussagen aber schon im Januar zurückgezogen (s. kassiber 28, S. 53).

Entsprechend erklärte sie am 19. Juli, als Zeugin im Monika-Haas-Prozeß vorgeladen, als Zeugin nicht zur Verfügung zu stehen, denn sie habe in dem parallel gegen sie in Hamburg laufenden Prozeß bereits alles gesagt. Monika Haas bedauerte dies in einer kurzen Erklärung, sei doch Souhaila Andrawes die einzige, die die gegen sie gemachten Vorwürfe hätte entkräften können. Die beiden Anwälte von Monika Haas stellten daraufhin einen Antrag auf Haftentlassung ihrer Mandantin, da so zumindest eine der drei Säulen (unbekannte Quellen aus dem Bundeskriminalamt, Akten des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit [MfS] und eben die ehemalige "Kronzeugin") des Anklagekonstrukts zusammengebrochen sei. Aber auch die MfS-Akten hätten sich nach den entlastenden Aussagen des ehemaligen RAF-Mitglieds Werner Hoppe am Vortag für Monika Haas als nicht belastendend erwiesen. Über diesen Antrag will das Gericht nach dem Sommerpause, am 19. August, entscheiden.

BÜRO DES LÜBECKER BÜNDNISSES GEGEN RASSISMUS DURCHSUCHT

Am 23. Juli durchsuchten PolizistInnen - auf der Suche nach *"Plakaten mit der Aufschrift 'Safwan ist unschuldig'"* das Büro des Lübecker Bündnisses gegen Rassismus; beschlagnahmt wurden 153 Plakate, zwei Computer sowie Disketten und CDs. Im Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts wurde moniert, daß auf dem Plakat die Forderung erhoben werde, die *"rassistischen Ermittlungen"* im Zusammenhang mit dem Brand im Flüchtlingswohnheim am 18. Januar zu beenden; gar nicht gefallen konnte auch, daß *"daneben der zuständige Staatsanwalt abgebildet und damit zum Ausdruck gebracht (wird), daß er rassistisch ermittelt"*. Durch die Verbreitung der Plakate werde möglicherweise *"die Würde des Staatsanwaltes Dr. Bröckenhauer und sein Ruf mißachtet und geschädigt"*. Der hatte sich beleidigt gesehen und deshalb ein entsprechendes Verfahren gegen das Bündnis angestrengt. Nun wird zusätzlich wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole ermittelt.

Quelle: junge Welt, 25.7.96

URTEIL GEGEN URSEL QUACK

Am 24. Juni wurde Ursel Quack durch den Staatsschutzsenat des OLG Koblenz zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu DM 20 plus Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Die BAW hatte in ihrem Plädoyer neun Monate Haft auf Bewährung plus Zahlung der Prozeßkosten gefordert. Die BAW hatte einen Brief, der 1993 in Birgit Hogefelds Rucksack gefunden wurde, der Angeklagten zugeordnet, die überdies Briefverkehr mit politischen Gefangenen hätte und sich in Basisinitiativen und Zeitungsprojekten engagieren würde. Dieses Engagement sei als Umsetzung der

angeblichen RAF-Strategie *"Gegenmacht von unten"* zu bewerten.

Im Verlauf des Prozesses traten immer wieder Widersprüche zwischen Senat und BAW auf, was sich auch in der Urteilsbegründung ausdrückte: So sei das Verständnis über den Inhalt des _ 129a StGB unter den jeweiligen Prozeßbeteiligten sehr verschieden gewesen. Der BAW sei daran gelegen gewesen, mit ihrer Anklage die Anwendung des _ 129a auszuweiten, die Verteidigung forderte dessen Abschaffung, während das Gericht sich ausdrücklich an die bisherigen Auslegungen und Konkretisierungen des Bundesgerichtshofs halten wollte. In der weiteren Urteilsbegründung wurde deutlich, daß das Gericht den Prozeß gegen Ursel Quack für den falschen Ort für eine Ausweitung des _ 129a hielt, da dies eine Aufwertung ihrer politischen Aktivitäten darstellen würde und sie zur *"Märtyrerin"* der Szene machen könnte. Festgehalten wurde ferner, daß der Senat - im Gegensatz zur BAW - nicht von der Existenz einer RAF-Strategie *"Gegenmacht von unten"* ausgeht und daß der o.g. Brief, obwohl er der Angeklagten zugeordnet wurde, nicht als *"Unterstützungshandlung"* zu bewerten sei.

Verurteilt wurde Ursel Quack für *"die Ingangsetzung und Inganghaltung"* einer Diskussionsrunde unter linken Zusammenhängen und Personen um die Geschichte radikaler und revolutionärer Politik, in der auch die RAF-Erklärungen zur Zäsur Inhalt waren, sowie die Verschickung von Diskussionsmitschriften an vier politische Gefangene. Der Senat legte diesem Vorgang die Intention zugrunde, der RAF ein "Feedback" in Basisprozessen verschaffen zu wollen. Dies sei geeignet gewesen, für die RAF ein Gefühl des *"Zusammenhalts"* herzustellen, verbunden mit dem *"Mandat"*, den bewaffneten Kampf weiterzuführen.

Quelle: Erklärungen des Komitees "Solidarität heißt Widerstand", Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken

VERFAHREN GEGEN AUTONOME ANTIFA (M) EINGESTELLT

Die *Autonome Antifa (M)* wurde zweieinhalb Jahre als eigenständige *"terroristische Vereinigung"* (_ 129a), danach zweieinhalb Jahre als *"kriminelle Vereinigung"* (_ 129) verfolgt, 13.929 Telefonate wurden abgehört, 143 Personen auf Mitgliedschaft mit allen technisch zur Verfügung stehenden Mitteln überprüft, alle BesucherInnen von politischen Veranstaltungen gefilmt, 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt, eine Revision des Urteils beim Oberlandesgericht Celle, die *Autonome Antifa (M)* sei *"keine kriminelle Vereinigung"*, beim Bundesgerichtshof erwirkt, 131 Verhandlungstage, dreimal wöchentlich - 250 Kilometer vom Wohnort der Angeklagten entfernt -, angesetzt und DM 380.000 für den Umbau einer Bundesgrenzschutz-Reithalle zum Prozeßbunker bewilligt.

Übrig geblieben ist letztendlich eine Geldstrafe incl. Erklärung der Angeklagten zum Versammlungsrecht. In der Vergangenheit hatten die Generalstaatsanwaltschaft Celle und die Staatsschutzkammer Lüneburg versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der Politik der Autonomen Antifa (M) abzuringen. Die Angeklagten sind auf diese Forderung nicht eingegangen. Die Bedingungen für eine Einstellung wurden in den letzten Monaten heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung wurde auf Allgemeinplätze reduziert. Dabei hat eine wie auch immer geartete Erklärung keinerlei juristischen Wert, da eine Einstellung nach _ 153a Strafprozeßordnung keine Erklärung vorsieht.

Nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten wurde Ende Juli endgültig eingestellt, sondern auch alle noch anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der *Autonomen Antifa (M)* 'beschuldigt' werden, und die Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli 1994 von der *Autonomen Antifa (M)* initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt ausnahmslos die Staatskasse.

Erklärung der Autonomen Antifa (M), Göttingen, v. 25.6.96 (gekürzt und überarbeitet)

HANNA KRABBE IST FREI

Am 10. Mai wurde Hanna Krabbe, Gefangene aus der RAF, nach über 21 Jahren Knast entlassen. Hanna war die Letzte aus der ehemals in Lübeck existierenden Kleingruppe.

STEINMETZ, WEITERSTADT UND KEIN ENDE

Am 14. Mai wurden in Wiesbaden eine Wohngemeinschaft und das Sekretariat einer Anwaltskanzlei auf Anordnung des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof durchsucht. Bei der Durchsuchung waren insgesamt ca. 50 Vertreter der BAW, Beamte des Bundeskriminalamts, des LKA und diverse Grüne anwesend. Grundlage für den Durchsuchungsbefehl war ein Ermittlungsverfahren von Anfang 1994 wegen *"Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"* gegen eine der WG-BewohnerInnen, die in der Anwaltskanzlei arbeitet (s. auch Kasten "Großangelegter Lauschangriff auf Anwälte ..."). Die Begründung für die angebliche Mitgliedschaft war mehr als dünn: Die betreffende Person wird, aufgrund von Unterlagen, die bei Birgit Hogefeld in Bad Kleinen gefunden wurden, verdächtigt, Kontakt zu ihr gehabt zu haben. Sie sei eine dieser in der Legalität lebenden *"Nahtstellenpersonen"* und habe sich in dieser Funktion für die RAF mitgliedschaftlich betätigt (was auch immer das heißen soll).

Bei der Durchsuchung wurden diverse Materialien - auch aus den anderen WG-Zimmern - beschlagnahmt. Dann sind sie mit verschiedenen Textilfasern die vorhandenen Kleidungsstücke durchgegangen und haben Sachen nach Farbkriterien beschlagnahmt. Zum Abschluß wurde die Frau, gegen die das Verfahren läuft, noch mit ins Polizeipräsidium genommen, wo ein erfolgloser Verhörversuch stattfand.

Sämtliche Bewohner der WG waren auch im Februar diesen Jahres als Zeugen im Verfahren *"gegen Unbekannt wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung* [gemeint war die RAF, Anm.] *und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion"* (konkret ging es um Weiterstadt) vom BKA vorgeladen worden. Insgesamt 20 Personen aus Wiesbaden, zwei aus Hamburg und jeweils eine/r aus Karlsruhe, Frankfurt und dem Hunsrück, die früher in Wiesbaden wohnten, hatten damals erste Vorladungen in diesem Ermittlungsverfahren erhalten. Gemeint war wohl das Ermittlungsverfahren, welches von der BAW im Zusammenhang mit der Sprengung des Knastneubaus in Weiterstadt durch ein Kommando der RAF im März 1993 geführt wird. Da ZeugInnen kein Recht auf Akteneinsicht in den Verfahren haben, zu denen sie vorgeladen sind, kann niemand mit Sicherheit sagen, ob es sich um das ursprüngliche Ermittlungsverfahren wg. Weiterstadt handelt, die Betroffenen gehen aber davon aus. Dieses Verfahren wurde zuerst gegen den Spitzel des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes, Klaus Steinmetz, geführt, 1994 aber eingestellt und dann gegen *"Unbekannt"* eröffnet.

Es ist anzunehmen, daß die Vorladungen in Wiesbaden etwas mit dem aktuellen Verfahren der BAW gegen Steinmetz *("Unterstützung einer terroristischen Vereinigung")* zu tun hatten. Auf jeden Fall aber besteht ein politischer Zusammenhang mit den Durchsuchungen, Verfahren und Vorladungen in der Fritzlarer Straße in Frankfurt/Main. Keine/r der Betroffenen hatte den Vorladungen am 12. bzw. 13. Februar in Wiesbaden Folge geleistet.

Am 7. Mai war Stefan Frey aus Frankfurt/Main im Verfahren gegen Steinmetz vor die BAW geladen. Im Vorfeld wurde Stefan ein längerer Fragenkatalog zu drei Komplexen - sein Kontakt zu Steinmetz, die Steinmetz-Fahrzeuge samt Zubehör und persönliche Kontakte zu Steinmetz - vorgelegt. Stefan ist zu diesem Verhör gar nicht erst hingegangen. Gegen ihn war, nachdem Steinmetz 1993, wenige Tage nach Bad Kleinen, ausgesagt hatte, daß Stefan die Person gewesen sei, die ihm Kontakt zur RAF verschafft hatte, ein Ermittlungsverfahren wegen *"Mitgliedschaft in der RAF"* eingeleitet worden, das aber 1994 eingestellt wurde. Nun soll Stefan in einem Verfahren gegen Steinmetz als Zeuge auftreten - in einer Sache, in der er zuvor Beschuldigter war. Da er im Gegensatz zum Beschuldigten als Zeuge Aussagen machen muß, kann dies schon als Schachzug gewertet werden. Interessant ist dabei, daß die Zeugenvorladung nach einer neuerlichen Vernehmung von Steinmetz als Beschuldigtem erfolgte.

Quellen: Erklärungen aus Wiesbaden und Frankfurt

Für eine
unkontrollierte
Widerstandspresse!
Lebt und lest
radikal